

DAS ARGUMENT 74

P 20 109 F

Fragen der marxistischen Theorie (IV)

- Wolfgang Fritz Haug**
Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer
Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie 561
- Richard Albrecht**
Die Kritik von Korsch und Pannekoek an Lenins
„Materialismus und Empirioskritizismus“ 586
- Frigga Haug**
Gibt es eine marxistisch-leninistische Rollentheorie? 626
- Manfred Hahn**
Der sogenannte Frühsozialismus als Forschungsproblem 638
- ***
- Margherita von Brentano**
Wissenschaft, Beruf, Öffentlicher Dienst 656
- Thomas Metscher**
„Rote“ und „Grüne“ I.R.A. 666
- Hilfaufruf der Irischen Unabhängigkeitsbewegung 676
- Diskussion:**
- Stellungnahme des Deutschen Romanisten-Verbands 678
- Erwiderung von Michael Neriich 681
- Besprechungen** 686
Schwerpunkte: Marxistische Theorie; Situation der Frau;
Massenmedien und Manipulation

14. Jahrgang September 1972 Heft 7/8 · Doppelheft

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:
Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Heribert Adam (Vancouver), Wilhelm Alff (Braunschweig), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Marburg), Bruno Frei (Wien), Peter Fürstenau (Gießen), Peter Furth (Berlin), Imanuel Geiss (Hamburg), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn (Frankfurt/Main), Dieter Hirschfeld (Berlin), Baber Johansen (Berlin), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Kurt Steinhaus (Marburg), Rolf Tiedemann (Frankfurt/Main), K. H. Tjaden (Marburg), Erich Wulff (Gießen).

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Chr. Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730, Tel. 0721/5 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Dieter Krause, Bernd Schüngel, Prof. Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Sekretariat: Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a

Telefon: (03 11) 7 69 26 15 (8 31 49 15)

Besprechungen

Philosophie

- Schmidt, Friedrich W.: Zum Begriff der Negativität bei Schelling und Hegel (Enderwitz)* 686
- Becker, Werner: Idealistische und materialistische Dialektik (Kurth)* 689
- Barion, Jakob: Hegel und die marxistische Staatslehre (H. M. Lohmann)* 691

(Fortsetzung auf Seite III)



Das ARGUMENT erscheint 1972 in 12 Hefen mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Diese 12 Hefte werden in 6 Zeitungs-Nrn. (alle 2 Monate 1 Lieferung) teils als Einfach-, teils als Mehrfachhefte ausgeliefert. Die einzelnen Lieferungen werden fortlaufend nummeriert. — Preise: Einzelheft 3,50 DM, Doppelheft 7,— DM, Dreifachheft 10,50 DM. Studenten und Schüler erhalten Einzelhefte zum reduzierten Preis von 2,50 DM, Doppelhefte zu 5,— DM, Dreifachhefte zu 7,50 DM. Preis des Jahresabonnements 30,— DM zuzüglich Versandkosten (Preis für Studenten 24,— DM zuzüglich Versandkosten). Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1972. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 1051 14, Postscheckkonto Karlsruhe 1363 60. Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH., 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Tel. 559 55. — 1.—15. Tausend: September 1972.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Bestellkarte des Argument Verlages bei, sowie je ein Prospekt vom Kindler-Verlag München; vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M.; vom C. H. Beck Verlag, München, und vom Rowohlt-Verlag, Hamburg.

Wolfgang Fritz Haug

Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie *

Fragestellung

Das marxistische Verständnis von Wissenschaft findet unbestritten im *Kapital* von Karl Marx, seiner *Kritik der politischen Ökonomie*¹, den am meisten entwickelten Ausdruck. Da dieses Werk die Basis der bürgerlichen Welt in Frage stellt, ruft es die abwehrende Kritik derer hervor, die ein Interesse daran haben, an der sozio-ökonomischen Grundlage des Bürgertums, der kapitalistischen Produktionsweise, festzuhalten.

Auf dem Felde dieser Abwehr begegnen immer wieder zwei Formen, die sich gegensätzlich zueinander verhalten, so daß man auf den ersten Blick nicht meinen möchte, daß ihre Kritik auf ein und dasselbe Werk sich bezieht. Die eine faßt die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie wesentlich als parteiisches Denken. Letztlich hänge darin alles von Glaubensentscheidungen ab. Insofern die Kritik der politischen Ökonomie Ausdruck des kommunistischen Standpunkts ihres Urhebers, also kommunistische Ideologie sei, könne sie keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben. Wissenschaft werde durch Wertfreiheit begründet. Diesem Kriterium widerspreche der sozialistische Charakter des Marxismus.

Dem steht eine andere Argumentationsweise entgegen. Sie legt den Akzent in erster Linie nicht auf den Ideologiecharakter, sondern im Gegenteil auf den Wissenschaftscharakter, und zwar erklärt sie *Das Kapital* zum Denkmal eines veralteten Wissenschaftsideals, wie

* Habilitationsvortrag, gehalten am 10. 2. 1972 vor dem Fachbereich für Philosophie und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

1 Wenn im folgenden von *Kritik der politischen Ökonomie* die Rede ist, sollen darunter nicht nur die drei Bände „Kapital“ verstanden werden, die ja im Untertitel so heißen, sondern auch, entsprechend der Absicht von Marx, die *Theorien über den Mehrwert*, das vierte Buch des *Kapital*, das Marx im Unterschied zu den drei systematischen Büchern „den historisch-kritischen oder historisch-literarischen Teil seines Werkes“ nannte (vgl. MEW 26. 1, S. V). Nicht verwechselt werden sollte dieser umfassende Begriff insbesondere mit dem Titel der Veröffentlichung von 1859, „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (MEW 13). — Die folgende Untersuchung gilt dem Hauptwerk von Marx. Zitiert wird nach Marx/Engels Werke (MEW), Dietz Verlag, Berlin/DDR 1958—1968. — Bei den Zitaten (vor allem aus den „Theorien über den Mehrwert“) wurde an einigen Stellen auf Hervorhebungen, wie sie im Original stehen, verzichtet, soweit sich dadurch keine Sinnveränderung ergab.

es für das 19. Jahrhundert kennzeichnend gewesen sei. Vor allem aber setzt sie bei der Verknüpfung der Kritik der politischen Ökonomie mit der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus an. Böhm-Bawerk endete 1896 seine Rezension des 1894 erschienenen dritten Bandes des Kapitals mit dem Wink an die Adresse der „klugen leitenden Köpfe“ des Sozialismus, sie würden „sicherlich nicht versäumen, rechtzeitig die Anknüpfung an ein lebensfähigeres wissenschaftliches System zu suchen“².

Kein geringerer als Rudolf Hilferding zeigt sich 1909 im Vorwort zu seinem Werk über das Finanzkapital von der Infragestellung des Wissenschaftscharakters der *Kritik der politischen Ökonomie* so beeindruckt, daß er versucht, die Wertfreiheit der Marxschen *Kritik* glaubhaft zu machen. Statt den Wissenschaftscharakter der Werturteilsdiskussion selber in Frage zu stellen, läßt er sich von ihr die Begriffe vorgeben. „Wie die Theorie, so bleibt auch die Politik des Marxismus frei von Werturteilen“, meint er versichern zu müssen³. Es sei deshalb „eine, wenn auch intra et extra muros weit verbreitete, so doch falsche Auffassung, Marxismus mit Sozialismus schlechthin zu identifizieren“⁴. Man dürfe sich nicht den Blick von den historischen Wirkungen des Marxismus trüben lassen, „denn logisch, nur als wissenschaftliches System betrachtet . . . , ist Marxismus . . . logisch wissenschaftliche, objektive, von Werturteilen freie Wissenschaft“, die „den Anspruch jeder Wissenschaft auf die objektive Allgemeingültigkeit ihrer Ergebnisse unbeugsam festhält“⁵.

Bestimmte Äußerungen von Marx scheinen Hilferdings Auffassung zu bestätigen. Zur Frage des Standpunktes der Wissenschaft nimmt Marx bei seiner Konfrontation des von ihm hochgerühmten bürgerlichen Wissenschaftlers Ricardo mit dem nicht einmal konsequent bürgerlichen Apologeten und Plagiator Malthus Stellung: „Einen Menschen aber, der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrtümlich sie immer sein mag), sondern von außen, ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkomodieren sucht, nenne ich ‚gemein‘“⁶. Aus Anpassung an das „Sonderinteresse bestehender herrschender Klassen oder Klassenfraktionen . . . verfälscht er seine wissenschaftlichen Schlußfolgerungen. Das ist seine wissenschaftliche Gemeinheit, seine Sünde gegen die Wissenschaft . . .“⁷. Unterstellt man, die zitierten Äußerungen von Marx bestätigten Hilferdings Auffassung vom wertungslosen Charakter des Marxismus, so erhebt sich die Frage, wie dann die unaufhörliche

2 Eugen v. Böhm-Bawerk: Zum Abschluß des Marxschen Systems, in: Staatswissenschaftliche Arbeiten. Festgaben für Karl Knies, hrsgg. v. Otto v. Boenigk, Berlin 1896, S. 205.

3 Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital (1910). Zit. Ausg.: Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1968, S. 20.

4 a.a.O.

5 a.a.O., S. 20 f.

6 MEW 26. 2, S. 112.

7 a.a.O., S. 113.

Bekämpfung des Marxismus von bürgerlicher Seite zu erklären ist. Hilferding führt sie auf ein herrschaftstechnisches Problem zurück. „Die Einhaltung der Klassenherrschaft“, schreibt er, „ist an die Bedingungen geknüpft, daß die ihr Unterworfenen an ihre Notwendigkeit glauben... Daher die unüberwindliche Abneigung der herrschenden Klasse, die Resultate des Marxismus anzuerkennen⁸.“ Der parteiliche Charakter käme demnach nachträglich und von außen. Solange eine Klassenherrschaft die allgemeine Unklarheit über ihren Aufbau zu ihrer Herrschaftsstütze hat, solange würde jegliche allgemeingültige Wissenschaft, ohne auf eigener Parteinahme zu beruhen, Parteinahmen zur Folge haben können. Aber diese Parteilichkeit bliebe ihr äußerlich. — Allerdings fände dann wohl die Wissenschaft in dieser von außen hinzutretenden historischen Wirkung ihre Schranke, wie es sich ja auch am Beispiel Ricardos zeigt. Mit seinem „wissenschaftlichen Verdienst“ hängt nämlich, wie Marx zeigt, „eng zusammen, daß Ricardo den ökonomischen Gegensatz der Klassen — wie ihn der innere Zusammenhang zeigt — aufdeckt, ausspricht...“⁹. Seiner Leistung wegen ist dieser bürgerliche Wissenschaftler als revolutionärer Ideologe denunziert worden: „Ricardos System ist ein System der Zwietracht... es läuft hinaus auf die Erzeugung der Feindschaft zwischen Klassen und Nationen... Seine Schrift ist das wahre Handbuch des Demagogen, der die Macht anstrebt, vermittelt der Landteilung, des Kriegs und der Plünderung“¹⁰.

Nach Hilferding wäre es Marx demnach prinzipiell nicht anders ergangen als Ricardo. Er hätte Wissen bereitgestellt über eine Gesellschaft, die zu ihrer Stabilisierung des Nichtwissens bedarf. Das Wissen aber bliebe, für sich genommen, unberührt von den sozialen Gegensätzen, reines wert- und klassenneutrales Wissen.

Im folgenden soll untersucht werden, ob oder ob nicht ein innerer Zusammenhang zwischen der sozialistischen Position Marxens und seiner Kritik der politischen Ökonomie besteht. Läßt er sich nachweisen, ist zu prüfen, wie er einerseits den Wissenschaftscharakter, andererseits den Charakter, Kritik zu sein, bedingt. Wenn er schließlich Marxens Pathos von der autonomen Wissenschaft nicht Lügen strafen soll, muß er sich dann nicht den Kriterien der einen Seite, der Wissenschaft nämlich, unterwerfen, ohne doch dabei aufzuhören, ein Zusammenhang beider Seiten zu sein?

I. Die sozialistische Perspektive im „Kapital“ und ihre Bedeutung für die Theoriebildung

Die erste Frage lautet: Nimmt die Kritik der politischen Ökonomie Bezug auf den Sozialismus, und wenn ja, welcher Art ist die Beziehung?

⁸ Hilferding, a.a.O., S. 20.

⁹ MEW 26.2, S. 163.

¹⁰ H. C. Carey: The Past, the Present, and the Future. Philadelphia 1848, S. 74 f. Z. n. MEW 26. 2, S. 163.

Es ist oft hervorgehoben worden, daß Marx und Engels sich nicht bei der Ausmalung künftiger Zustände des Sozialismus aufgehalten haben. Die Stellen im Text des *Kapital*, an denen von Sozialismus die Rede ist, zeigen Marx uninteressiert an seiner näheren Ausführung^{10a}. Daraus ist geschlossen worden, daß diese gelegentlichen Bezugnahmen allenfalls den Charakter von Einsprengseln haben, ohne wesentlichen Zusammenhang mit der theoretischen Entwicklung. Untersucht man indes den Text näher, so wird man die Entdeckung machen, daß nichts verkehrter ist als diese Auffassung.

Die erste Stelle findet sich im Abschnitt über den *Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis*. Voraus geht die sorgfältige Entwicklung des Fetischcharakters der Ware. Er entsteht dadurch, daß die Warenproduktion sich reguliert vermittelt des Austausches der Produkte. Nicht die Produzenten kontrollieren die Produktion, sondern die Bewegung der Produkte reguliert sie im Resultat. Den dinglichen Machwerken kommt aufgrund ihrer Regulierungsfunktion gesellschaftliche Macht über die zu, die sie gemacht haben. Nachdem entwickelt worden ist, daß aufgrund dieser Verkehrung alles darauf Aufbauende verkehrt erscheint, vergleicht Marx die warenproduzierende Gesellschaft mit anderen Gesellschaftsformen: „Aller Mystizismus der Warenwelt, all der Zauber und Spuk, welcher Arbeitsprodukte auf Grundlage der Warenproduktion umnebelt, verschwindet daher sofort, sobald wir zu anderen Produktionsformen flüchten¹¹.“ Die Fluchtpunkte, auf die Marx der Reihe nach den Blick orientiert, sind: die Einpersonenvirtschaft Robinsons auf seiner Insel; das feudale Mittelalter mit seinen persönlichen Abhängigkeiten, seinen Naturaldiensten und Naturalleistungen; die gemeinschaftliche Arbeit einer Bauernfamilie, die sich selbst versorgt. „Stellen wir uns endlich“, heißt es dann weiter, „zur Abwechslung einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben¹².“ „Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen.

10a Engels konnte eine etwas eigentümliche, wie für die Zensur geschriebene Rezension des Ersten Bandes des *Kapital* daher so beginnen: „Dies Buch wird manchen Leser sehr enttäuschen. ... mancher mag sich vorgestellt haben, ... daß er hier nun erfahren werde, wie es denn eigentlich im kommunistischen Tausendjährigen Reich aussehen werde. Wer sich auf dies Vergnügen gespitzt hat, der hat sich gründlich geirrt. Er erfährt hier allerdings, wie die Dinge nicht sein sollen ... Aber was dann nach der sozialen Umwälzung werden soll — darüber gibt er uns nur sehr dunkle Andeutungen“ (MEW 16, S. 216).

11 MEW 23, S. 90.

12 a.a.O., S. 92.

Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution¹³.“ Was hier so durchsichtig einfach geleistet wird, kann nun als identisch erkannt werden mit dem, was in der Warenproduktion undurchsichtig kompliziert geleistet wird. Als Nichtidentisches wird dagegen eingegrenzt die *Form*, in der die warenproduzierende Gesellschaft ihren Stoffwechsel mit der Natur regelt. — Schwierigkeiten der Analyse der Warenproduktion werden hier dadurch gelöst, daß die Warenproduktion auf andere Produktionsweisen bezogen wird. Dieses Verfahren läßt sich als transsoziale Relativierung bezeichnen. Sie erlaubt es, die zunächst dunkle Funktionsweise einer bestimmten Gesellschaftsform dadurch aufzuheben, daß sie als besondere Organisationsform einer allen Gesellschaften gemeinsamen Funktion dargestellt wird. Als allgemeine Gesellschaftsform fungiert dabei die sozialistische, indem in ihr das allen Gesellschaften inhaltlich Gemeine unmittelbar die Form bestimmt. Sie hat heuristische Funktion für die Gesellschaftswissenschaft, insbesondere für die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise. Insofern die Beziehung der warenproduzierenden Gesellschaft auf andere Gesellschaftsformen innerhalb eines historischen Kontinuums geschehen kann, ist sie darüber hinaus historische Relativierung. Was zunächst als selbstverständlich, naturgegeben und unwandelbar erschien, wird jetzt als geworden, weiter werdend und vergehend sichtbar.

Betrachtet man die Sache näher, sieht man, daß es dabei nicht sein Bewenden hat. Hieß es weiter oben, daß „all der Zauber und Spuk, welcher Arbeitsprodukte auf Grundlage der Warenproduktion umnebelt, verschwindet . . . , sobald wir zu anderen Produktionsformen flüchten“, so ordnen sich nun auf den Fluchtpunkt Sozialismus hin die zu erklärenden Erscheinungen. Das heißt, die Beziehung auf den Sozialismus als auf die allgemeine Gesellschaftsform, alles andere als bloßes Einsprengsel, trägt eine Perspektive in den Stoff hinein auch dort, wo sie nicht ausdrücklich beim Namen genannt wird¹⁴. Indem

13 a.a.O., S. 93.

14 Dieser Zusammenhang, auf den hier die Aufmerksamkeit gelenkt werden soll, wird in der bisherigen Sekundärliteratur teils übersehen, teils nur am Rande gestreift. Wygodski etwa bemerkt: Marx „verglichen den Kapitalismus systematisch sowohl mit den vorkapitalistischen Formationen als auch mit der kommenden kommunistischen Produktionsweise. Diese Methode bot Marx die Möglichkeit, einmal die Spezifik der kapitalistischen Gesellschaft tiefer zu begreifen und zum anderen ihre Entwicklungstendenzen aufzudecken, also auch zu beweisen, daß die sozialistische Revolution unvermeidlich ist“. Wie nun die Begriffsbildung durch diesen nicht näher nachgewiesenen oder untersuchten „systematischen Vergleich“ bedingt ist, darauf geht Wygodski nicht weiter ein. (Vgl.

sich der Stoff durch die Beziehung auf den Sozialismus perspektivisch anordnet und aufschließt, zeigt sich eine Schlüsselfunktion der sozialistischen Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie. Um diese Schlüsselfunktion näher zu bestimmen, ist zunächst zu fragen, wie der Sozialismus von Marx gefaßt wird^{14a}, indem er ihn derart als Schlüssel zum Kapitalismus verwendet.

W. S. Wygodski: Die Geschichte einer großen Entdeckung. Über die Entstehung des Werkes ‚Das Kapital‘ von Karl Marx. Berlin/DDR 1967, S. 149 f.) — Vgl. auch die Überlegungen von Brus zu den „wenigen Anmerkungen von Marx und Engels zu den Funktionsprinzipien der künftigen sozialistischen Wirtschaft“. Formuliert wurden sie nach Brus u. a. „im Zusammenhang mit der Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitalismus und in der Regel zu dem Zweck, den historisch vergänglichen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise hervorzuheben. Das gilt insbesondere von einigen im *Kapital* verstreuten Bemerkungen, die zwischen Sozialismus und Kapitalismus einen ähnlichen Konnex herstellen wie zwischen der Anatomie des Menschen und der des Affen“ (vgl. weiter unter Anm. 76a). Auch hier wird der Gedanke nicht weiterverfolgt. (Vgl. W. 1971, S. 30 f.) — Reichelt sieht an einem Passus aus dem Abschnitt über den Fetischcharakter der Ware, „wie die Vorstellung einer mündigen Gesellschaft in die begriffliche Verarbeitung der kapitalistischen Struktur eingeht“. Freilich wehrt er sich, „um einem eventuellen Mißverständnis vorzubeugen“, sogleich gegen die Auffassung, Marx analysiere den Kapitalismus „unter dem Gesichtspunkt, wie man sich die rationelle Organisation einer Gesellschaft vorzustellen hat“. Was immer man sich unter diesem Gesichtspunkt vorzustellen hat — Reichelt wehrt die entsprechende Auffassung ab als „eine verkürzt-technizistische Interpretation“. Im Mittelpunkt stehe „das Spezifikum der historischen Formbestimmtheit“, gemeint ist vermutlich der historisch-transitorische Charakter der ökonomischen Formbestimmtheit (denn die Form ist nicht Form der Geschichte, sondern der sich betätigenden Produktionsverhältnisse, ökonomische Form). Als Funktion der sozialistischen Perspektive“ anerkennt Reichelt nur die Historisierung des Gegenstands und — der marxistischen Theorie selbst, die in der Beziehung auf ihn sich erschöpfe. „Nur das ist gemeint, wenn hier davon gesprochen wird, daß die vorweggenommene zukünftige Gesellschaft in die theoretische Durchdringung der gegenwärtigen Gesellschaft eingeht, und dabei wiederholt sich lediglich, was wir bei der Betrachtung der *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* als fragmentarische Schilderung eines nicht-entfremdeten Verhaltens des Menschen zur Natur kennengelernt haben, die notwendig einhergeht mit der Darstellung der Form absoluter Verkehrung.“ (Vgl. Helmut Reichelt: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx. Frankfurt/M. 1970, S. 145; zur Interpretation des Zusammenhangs anhand der Pariser Manuskripte vgl. S. 27 und S. 29 f.)

14a Um Mißverständnisse von vorneherein auszuschalten: während die Begriffe Sozialismus und Kommunismus später mit wichtigen unterschiedlichen Bedeutungen aufgeladen wurden, werden sie im folgenden, der theoretischen Ebene der Kritik der politischen Ökonomie gemäß, undifferenziert gebraucht. — Sprachlich hängt jeder von ihnen mit einem der beiden wichtigen Begriffe der folgenden Untersuchung zusammen: Sozialismus mit Gesellschaft und Kommunismus mit dem Allgemeinen.

Der allgemeinste redende Name, den Marx für den Sozialismus verwendet, lautet: gesellschaftliche Produktion¹⁵ oder gemeinsame Produktion¹⁶. Ihr Zweck ist die Befriedigung der gesellschaftlichen

15 Etwa in MEW 24, S. 358, heißt es einfach „auf Basis gesellschaftlicher Produktion“ bzw. „bei gesellschaftlicher Produktion“. „Das Geldkapital fällt bei gesellschaftlicher Produktion fort. Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige.“ — Entsprechend in MEW 24, S. 423: „Wäre die Produktion gesellschaftlich, statt kapitalistisch, so . . .“ — Diesem Sprachgebrauch scheint bei Marx ein anderer entgegenzustehen, und dadurch könnten die folgenden Ausführungen zu Mißverständnissen Anlaß bieten. Weist doch Marx immer wieder auf die eigentliche historische Leistung des Kapitalismus hin, die darin besteht, im Rahmen der durch den Privatbesitz bestimmten Produktionsverhältnisse die gesellschaftliche Stufenleiter der Produktion und damit die materielle Basisbedingung für die Möglichkeit des Sozialismus entwickelt zu haben. Aber erinnern wir uns: schon der vorkapitalistische Tausch setzt die in der Ware vergegenständlichte Arbeit als gesellschaftliche, obgleich ihre unmittelbar herrschende Bestimmung war und bleibt, Privatarbeit zu sein. Es kommt alles darauf an, diese Widersprüchlichkeit klar zu fassen, und die vorliegende Untersuchung will hierzu einen Beitrag leisten. Die Kategorie der bestimmten Negation, die im dritten Teil entwickelt wird, erlaubt es, diesen Widerspruch, daß dieselbe Sache zugleich gesellschaftlich und nichtgesellschaftlich ist, in seiner Konsequenz, von der Möglichkeit seiner Aufhebung her, aufzufassen und sich in seinen alltäglichen Erscheinungsformen praktisch-politisch zu bewegen. — Hier nur noch einmal eine charakteristische Formulierung — auf die im Abschnitt über bestimmte Negation noch eingegangen wird —, die von der Entwicklung des Gesellschaftlichen im Rahmen des Privaten handelt. Im Kontext geht es um Akkumulation, Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Das Ergebnis dieser Prozesse schätzt Marx folgendermaßen ein: „Mit dieser äußersten Form des Gegensatzes und Widerspruchs, (ist) die Produktion, wenn auch in entfremdeter Form, in gesellschaftliche verwandelt. Gesellschaftliche Arbeit und im wirklichen Arbeitsprozeß Gemeinsamkeit der Produktionsinstrumente. Die Kapitalisten werden als *Funktionäre* des Prozesses, der zugleich diese *gesellschaftliche* Produktion und damit die Entwicklung der Produktivkräfte beschleunigt, in demselben Maß überflüssig, als sie (per) procura der Gesellschaft die Nutznießung eingehen und als *Eigentümer* dieses gesellschaftlichen Reichtums und *Kommandeure* der gesellschaftlichen Arbeit aufgebläht werden.“ (MEW 26. 3, S. 309) Das, was hier „entfremdete Form“ heißt, ist freilich das unmittelbar herrschende, das sich den gesellschaftlichen Inhalt unterwirft und die Produktionsverhältnisse bestimmt. „Mit der Form der Entfremdung, die die verschiedenen Momente der gesellschaftlichen Arbeit gegeneinander haben, und die sich im *Kapital* darstellt, verschwindet die kapitalistische Produktionsweise.“ (MEW 26. 3, S. 308) — „Gesellschaftliche Produktion“, als allgemeinsten sprechender Name für Sozialismus, meint die unmittelbar herrschende Form und ihre Übereinstimmung mit dem — im Kapitalismus immer nur mittelbaren — Inhalt.

16 Vgl. etwa MEW 24, S. 448: „Es ist nachher zu untersuchen, wie sich das anders darstellen würde, vorausgesetzt, die Produktion sei gemeinsam und besitze nicht die Form der Warenproduktion.“ — An anderer Stelle spricht Marx statt von „gemeinsamer“ von „allgemeiner Organisation der gesellschaftlichen Arbeit“ (MEW 23, S. 377).

Bedürfnisse¹⁷. Daß in ihr „der gesellschaftliche Reichtum für die Entwicklungsbedürfnisse des Arbeiters da ist¹⁸“, stellt den einen Akzent dar. Der andere Akzent liegt auf der Organisationsform. „Nur wo die Produktion unter wirklich vorherbestimmender Kontrolle der Gesellschaft steht, schafft die Gesellschaft den Zusammenhang zwischen dem Umfang der gesellschaftlichen Arbeitszeit, verwandt auf die Produktion bestimmter Artikel, und dem Umfang des durch diese Artikel zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisses¹⁹.“ Die Weise, in der die Gesellschaft die Kontrolle über die Produktion ausübt, ist die der bewußten, gemeinsamen Planung²⁰. Sie ist das Werk des vereinigten, assoziierten Verstandes der Produzenten²¹. Er denkt voraus²². Seine Aufgabe ist es, den gesetzmäßigen Zusammenhang der gesamten Produktion zu begreifen und zu beherrschen²³. Der assoziierte Verstand sucht bewußt nach „jeder mit den vorhandenen Produktionsmitteln und Arbeitskräften unmittelbar und planmäßig bewirkbaren, rationelleren Kombination²⁴“.

Der Gedanke der gemeinsamen, bewußten, vernünftigen Besorgung des Lebensnotwendigen läuft in der Kritik der politischen Ökonomie nicht beiher, sondern verkörpert geradezu das Medium des Gedankens, worin sich nun die kapitalistische Produktionsweise darstellt. Indem sie auf der einen Seite als eine besondere und historisch spezifische Art von *Ordnung* dargestellt wird, hebt sich auf der anderen Seite ihre spezifische *Unordnung* ab. Die beiden Seiten sind miteinander vermittelt; es ist gerade die *Unordnung*, durch die sich die *Ordnung*²⁵, die *Schwankung*, durch die sich das Gleich-

17 Über Ausdehnung oder Einschränkung der Produktion entscheidet allein „das Verhältnis der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen, zu den Bedürfnissen gesellschaftlich entwickelter Menschen“ (MEW 25, S. 269).

18 MEW 23, S. 649.

19 MEW 25, S. 197.

20 Es ist „eine Gesellschaft, worin die Produzenten ihre Produktion nach einem voraus entworfenen Plan regeln...“, heißt es etwa in MEW 25, S. 271.

21 Zu „assoziierter Verstand“ vgl. etwa MEW 25, S. 267.

22 Schon im Innern jedes kapitalistischen Betriebs wird der Zusammenhang aller Momente „a priori und planmäßig hergestellt“ (vgl. MEW 23, S. 377).

23 Indem der Zusammenhang — ein anderer Ausdruck für die Gesellschaftlichkeit der Produktion — „als von ihrem“, der Produzenten, „assozierten Verstand begriffenes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozeß der gemeinsamen Kontrolle unterworfen hat“ (MEW 25, S. 267). — Diese positive Bestimmung ist strukturierend eingebettet in eine Aussage über den Kapitalismus, wo dies eben gerade nicht so ist. Vgl. weiter unten, Anm. 38.

24 Vgl. MEW 23, S. 636.

25 Zwischen den Kapitalisten herrscht „die vollständigste Anarchie, innerhalb deren der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz der individuellen Willkür gegenüber geltend macht“ (MEW 25, S. 888).

gewicht²⁶ durchsetzt. Die Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Prozesses pendelt sich immer nachträglich ein²⁷, wirkt als werdendes Ergebnis dieses Prozesses. Indem die Leistung des derart *resultierenden Gesetzes*²⁸ und *regulierenden Resultats*²⁹ in allgemeinen Begriffen der gesellschaftlichen Produktion ausgesprochen wird, löst sich nun das historisch Besondere vom allen Gesellschaften Gemeinen los.

So ist es in sozialistischer Perspektive, daß von Anfang an als Grundwiderspruch der warenproduzierenden Gesellschaft erscheint: der Widerspruch zwischen ihrer unmittelbar vorherrschenden Bestimmung, privat-planlose Produktion zu sein, und der resultierenden Bestimmung, planartiger gesellschaftlicher Stoffwechsel zu sein³⁰. Ins Kurze zusammengezogen zeigt sich der Zusammenhang dieser Produktionsweise als planloser Plan³¹.

26 So wird etwa in MEW 25, S. 887, die Funktionsweise des Wertgesetzes dadurch charakterisiert, daß es „das gesellschaftliche Gleichgewicht der Produktion inmitten ihrer zufälligen Fluktuationen durchsetzt“. „Aber diese beständige Tendenz der verschiedenen Produktionsphären, sich ins Gleichgewicht zu setzen, betätigt sich nur als Reaktion gegen die beständige Aufhebung dieses Gleichgewichts.“ (MEW 23, S. 377)

27 „Die bei der Teilung der Arbeit im Innern der Werkstatt a priori und planmäßig befolgte Regel wirkt bei der Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft nur a posteriori als innere, stumme, im Barometerwechsel der Marktpreise wahrnehmbare, die regellose Willkür der Warenproduzenten überwältigende Naturnotwendigkeit.“

28 Vgl. hierzu etwa MEW 13, S. 32: „Die allgemein gesellschaftliche Arbeit ist daher nicht fertige Voraussetzung, sondern werdendes Resultat.“ Dies „werdende Resultat“ ist aber zugleich der Angelpunkt, um den sich alles dreht, Inhalt des Wertgesetzes.

29 Vgl. etwa in MEW 23, S. 117, die Charakterisierung jedes Systems privater Warenproduktion als einer „Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.“

30 Diese nachträgliche Planartigkeit ist es, die Ricardo verführt, die kapitalistische Produktion unmittelbar zu betrachten „als *gesellschaftliche* Produktion, so daß die Gesellschaft, wie nach einem Plan, ... verteilt ...“ (MEW 26. 2, S. 529 f.) „Umgekehrt wäre zu fragen“, wie nämlich in der Anarchie überhaupt Ausgleichung möglich ist (vgl. ebenda).

31 Der „Fetischcharakter der Waren“ und viele Formulierungen über „Verdinglichung“ und „Entfremdung“ bezeichnen nichts anderes als Merkmale des Funktionierens einer Gesellschaftsform, in der das Privatinteresse unmittelbar herrschend ist. „Privat“, ein anderer negativ strukturierter Begriff, der für „un-gesellschaftlich“ steht, bezeichnet die Seite der Planlosigkeit, „gesellschaftlich“ die der Planartigkeit. — Eine frühe Formulierung für diesen Widerspruch, wie er sich in der bürgerlichen Nationalökonomie reflektiert, findet sich in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ von 1844: „Teilung der Arbeit und Austausch sind die beiden Erscheinungen, bei denen der Nationalökonom auf die Gesellschaftlichkeit seiner Wissenschaft pocht und den Widerspruch seiner Wissenschaft, die Begründung der Gesellschaft durch das ungesellschaftliche Sonderinteresse in einem Atemzug bewußtlos ausspricht“ (MEW, Ergänzungsband, Erster Teil [Marx], S. 562). — Die *Funktionsweise* dessen, was ich hier planloser Plan genannt habe, erfaßt eben das Wertgesetz, dessen

Daß es die Perspektive der gesellschaftlichen Produktion ist, die die Begriffe für private Warenproduktion begründet, findet seinen Niederschlag in der Struktur dieser Begriffe. Sie sind negativ bestimmt. Das heißt, sie gehen vom Gedanken der gesellschaftlichen Produktion aus und fassen die private Warenproduktion jeweils in der Hinsicht, in der sie diesen Gedanken negiert, in der sie nicht-gesellschaftliche Produktion ist. Der gesellschaftliche Zusammenhang der privaten Warenproduktion erscheint jetzt als bewußtlos³², planlos³³, blind³⁴, hinter dem Rücken der Beteiligten³⁵ hinterher³⁶ sich durchsetzend.

eine Hauptleistung im Rahmen der Kritik der politischen Ökonomie darin besteht, „klarzumachen, daß in einer warenproduzierenden Gesellschaft trotz des Fehlens eines zentralisierten und koordinierten Entscheidens Ordnung herrscht und nicht bloßes Chaos. Niemand entscheidet darüber, wie die produktive Anstrengung gelenkt, wieviel von den verschiedenen Güterarten produziert werden soll, aber das Problem wird gelöst, und zwar nicht nur in einer rein willkürlichen und nicht einsichtigen Art und Weise. Die Funktion des Wertgesetzes liegt darin, die Erklärung zu liefern, wie dies geschieht...“ (vgl. Paul M. Sweezy: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie. Bund Verlag, Köln 1959, S. 40).

32 So kann Marx mit einem abgewandelten Wort des Gekreuzigten die soziale Praxis der Warenproduzenten kennzeichnen, die vermittels des Tauschverhältnisses ihrer Waren ihr eigenes gesellschaftliches Verhältnis betätigen, indem sie durch die „sachlichen Hüllen“ ihrer Produkte hindurch ihre darin vergegenständlichten Arbeiten gleichsetzen: „Sie wissen das nicht, aber sie tun es.“ (MEW 23, S. 88)

33 Vgl. etwa MEW 24, S. 173: „... weil nichts nach gesellschaftlichem Plan geschieht, sondern von den unendlich verschiedenen Umständen, Mitteln etc. abhängt, womit der einzelne Kapitalist agiert. Hieraus entsteht große Verschwendung der Produktivkräfte“ — „zum Teil zum Schaden der Arbeitskraft“.

34 Etwa in MEW 25, S. 828, spricht Marx davon, daß im Kapitalismus die Menschen von ihrem Stoffwechsel mit der Natur „als von einer blinden Macht beherrscht“ werden.

35 Vgl. etwa MEW 23, S. 59: „Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedene Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozeß hinter dem Rücken der Produzenten festgesetzt und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben.“ — „Naturwüchsigkeit“ ist ein anderer Gegenbegriff zur bewußten, unmittelbar gesellschaftlichen Praxis. Vgl. etwa MEW 23, S. 121, wo die Schwierigkeit erörtert wird, die daraus resultiert, daß der private Warenproduzent seine Arbeit „in gesellschaftlich nützlicher Form“ verausgaben und seine Arbeit sich folglich „als Glied der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bewähren“ muß. „Aber die Teilung der Arbeit ist ein naturwüchsiger Produktionsorganismus, dessen Fäden hinter dem Rücken der Warenproduzenten gewebt wurden und sich fortweben.“

36 „Denken wir uns die Gesellschaft nicht kapitalistisch, sondern kommunistisch, ... Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß ... In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen, wo der gesellschaftliche Verstand sich immer erst post festum geltend macht, können und müssen so beständig große Störungen eintreten...“ (MEW 24, S. 316 f.).

Der gesellschaftliche Verstand macht sich immer erst post festum geltend³⁷ — so kann gesprochen werden ausgehend von der Vorstellung, daß er sich vorher geltend mache. Indem am einen Pol der Gedanke der gesellschaftlichen Produktion festgehalten wird, zeigt sich auf dem anderen Pol, „... daß innerhalb der kapitalistischen Produktion die Proportionalität der einzelnen Produktionszweige sich als beständiger Prozeß aus der Disproportionalität darstellt, indem hier der Zusammenhang der gesamten Produktion als blindes Gesetz den Produzenten sich aufzwingt, nicht als von ihrem assoziierten Verstand begriffenes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozeß der gemeinsamen Kontrolle unterworfen hat³⁸“.

Die sozialistische Perspektive hat also nicht nur die Funktion, zur Entmystifizierung der Formbestimmungen der kapitalistischen Produktion und zu ihrer historischen Relativierung zu dienen, sondern sie erlaubt es, deren System als solches zu definieren. Omnis determinatio est negatio. Dieser Satz Spinozas, von dem es in Hegels Logik heißt, daß er von „unendlicher Wichtigkeit“ ist³⁹, konkretisiert sich hier so: Wo überall diese Produktionsweise umfassend — und das heißt: als endliche, vorübergehende, abgeschlossene — ausgesprochen wird, wird sie als Nicht-Sozialismus ausgesprochen.

Die Frage nach der Beziehung der Kritik der politischen Ökonomie auf den Sozialismus hat jetzt eine erste Antwort gefunden. Diese Beziehung ist offensichtlich wirksam. Sie ist weder nur äußerlich noch bloß beiher spielend, sondern von konstitutiver Bedeutung für die Bildung der Begriffe, die die Funktionsweise des Systems der kapitalistischen Warenproduktion oder diese als Ganzes fassen. Hier stellt sich die Frage: Worin gründet diese Perspektive? Sie scheint Perspektive insofern, als vom antizipierten, nur gedachten Standpunkt des Sozialismus aus auf den Kapitalismus zurückgeblickt zu werden scheint. Ist es von hier aus, daß sich die Momente der kapitalistischen Gesellschaft in der beschriebenen Weise einander zuordnen? Ist es von einem phantastischen Standpunkt außerhalb der politischen Ökonomie, daß ihre „Geheimnisse“ durchschaubar, perspektivisch gemacht werden sollen?

Um die Frage nach dem Standpunkt der für die Kritik der politischen Ökonomie konstitutiven Perspektive gesellschaftlicher Produktion ihrer Beantwortbarkeit näher zu bringen, sei zunächst der begriffliche Zusammenhang von Standpunkt und Perspektive, wie er in der Kritik der politischen Ökonomie von Bedeutung ist, allgemein untersucht.

37 Vgl. etwa MEW 24, S. 317, zit. in Anm. 36.

38 MEW 25, S. 267.

39 G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Erster Teil. Hrsg. v. G. Lasson, Meiner Verlag, Leipzig 1951, S. 100.

II. Standpunkt

Am 10. Oktober 1868 schrieb Marx an Engels, er habe in einem Buchantiquariat einen Untersuchungsbericht des Oberhauses über das irische Pachtrecht von 1867 entdeckt. „Dies war ein wahrer Fund. Während die Herren Ökonomen es als reinen Dogmenstreit behandeln, ob die Grundrente Zahlung für natürliche Bodendifferenzen oder aber bloßer Zins für das in Boden angelegte Kapital sei, haben wir hier einen praktischen Kampf auf Leben und Tod zwischen Farmer und Landlord, wieweit die Rente außer der Zahlung für Bodendifferenz auch die Zinsen des nicht vom Landlord, sondern vom Pächter in Boden angelegten Kapitals einschließen solle⁴⁰.“ Das Problem ist noch immer von Bedeutung, etwa im Mietrecht: Wenn der Mieter durch Einbauten auf eigene Kosten den Wert der gemieteten Wohnung erhöht, kann sich der Vermieter auf den Rechtsstandpunkt stellen, für den höheren Wert der Wohnung komme ihm ein höherer Mietzins zu. — Marx verdankte dem Bücherfund die Entdeckung der Interessenstandpunkte, aus deren Gegensatz ein anders unverständlicher Dogmenstreit seine Erklärung findet. Man merkt dem Ton des Briefes die Begeisterung an, hervorgerufen von einer der zahllosen Entdeckungen, aus denen sich eine neue Wissenschaft aufbaut. „Nur dadurch“, fährt Marx fort, „daß man an die Stelle der conflicting dogmas die conflicting facts und die realen Gegensätze stellt, die ihren verborgenen Hintergrund bilden, kann man die politische Ökonomie in eine positive Wissenschaft verwandeln⁴¹.“ Indem die widerstreitenden Theorien auf die Standpunkte bezogen werden — in diesem Falle sind es die Standpunkte der Klassen der Grundbesitzer und der Pächter, wie sie sich einander entgegensetzen im Kampf um die Aufteilung von Mehrwert —, verlieren diese Theorien ihre scheinhafte Form, absolute Theorien zu sein, und werden so verständlich.

Rückbeziehung von Theorien und Erscheinungen auf bestimmte Standpunkte ist ein für die Kritik der politischen Ökonomie außerordentlich wichtiges, von Marx systematisch angewandtes Verfahren. Als Rückbeziehung gleichsam vom Überbau zur Basis wird dieses Verfahren ermöglicht durch sein umgekehrtes Gegenstück, die Ableitung oder Entwicklung von der abstrakten Grundlage zum fertigen Phänomen, in dem die Spuren seiner Herleitung ausgelöscht sind. Die Rückführung einer Sichtweise auf ihren realen Grund artikuliert sich, der Differenziertheit der Zusammenhänge entsprechend, in einer ganzen Reihe unterschiedlicher Formen⁴². Ihre Artikulation im Topos — hier wörtlich als „Ort“ zu übersetzen — des Standpunkts soll im folgenden stellvertretend untersucht werden.

40 MEW 32, S. 180 f.

41 a.a.O., S. 181.

42 Teils als Formen praktisch interessierter Anschauung, teils als Erscheinungen-als-für (die Sache x erscheint für die sozial als A bestimmte Person als x_A, für die sozial als B bestimmte Person dagegen als x_B).

Das Wort Standpunkt weist teils zurück in die ständische Gesellschaft, teils in die Sphäre des Rechtsstreits. Wenn im Begriff des Standes noch die räumliche Stelle anklingt, an der, etwa im feudalen Bethaus, die Menschen je nach Klassenzugehörigkeit sich aufzustellen hatten bzw. sitzen durften⁴³, so klingt im Rechtsstandpunkt die räumliche Form an, in der ein Zivilprozeß sich abspielt. Sie zeigt ein soziales Verhältnis in seiner Gegensätzlichkeit. Rechts vor dem Richter befindet sich der Standpunkt des Klägers, links der des Beklagten. Jeder vertritt von seiner Position aus seine besondere Sichtweise der Dinge im Gegensatz zu der des andern.

Die entscheidenden Standpunkte, auf die Marx die Erscheinungen zurückbezieht, bedeuten nichts anderes als die praktisch-ökonomische Basis, auf der eine Person steht und über der ein Bewußtsein und bestimmte Charaktere sich aufbauen. Die ökonomische Praxis eines Individuums findet ihre Form und ihr Operationsfeld fertig vor. Im Ergebnis richten sich ihre Operationen auf Einkommen. Sofern einerseits die Stellung zur Produktion durch die Stellung zu den Produktionsmitteln bestimmt ist, andererseits das Einkommen auf einer Teilung der Produkte beruht, wobei jeder Teil sich im Gegensatz zum anderen bestimmt, ihn begrenzt, sein einschränkendes Gegenteil ist, macht dies gegensätzliche Verhältnis den Standpunkt zum Klassenstandpunkt. So vielfältig sich der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion differenziert, in Funktionsebenen und Organe auseinanderlegt, so vielfältig sind die besonderen kapitalistischen Standpunkte. Von jedem Standpunkt aus gibt es, entsprechend der Funktionsebene, bestimmte Unterschiede, die zu machen ökonomisches Gebot ist. Sie zählen, weil sich ihre Beachtung auszahlt. So entspringt aus der praktisch-ökonomischen Tätigkeit von jedem Standpunkt eine besondere Perspektive mit besonderen bestimmenden Gegensätzen.

Wenn die Dinge von jedem Standpunkt aus in besonderer Weise erscheinen, so spiegelt ihre Erscheinung nur die aktive Einstellung und praktische Stellungnahme zu ihnen wider. Da es sich bei den erscheinenden Dingen um gesellschaftliche Beziehungen handelt, sind sie aus keinem prinzipiell anderen Stoff als der Standpunkt selbst. Die gegensätzlichen Aspekte, die sie von gegensätzlichen Standpunkten aus zeigen können, sind ihnen ebenso objektiv immanent, wie die Standpunkte selbst, die innerhalb eines sozialen Verhältnisses einander gegenüberstehen. — Je enger dieser Zusammenhang von Standpunkt und erscheinendem Verhältnis ist, desto relevanter ist

43 Vgl. hierzu etwa Rudolf Herrnstadt: Die Entdeckung der Klassen. Die Geschichte des Begriffs Klasse von den Anfängen bis zum Vorabend der Pariser Julirevolution 1830. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1965, S. 11 f. — In der ständischen Gesellschaft hat jede Klasse ihre eigene Rechtsstellung; in der bürgerlichen sind die Klassen dagegen „wenigstens im Prinzip“ juristisch gleichberechtigt. Formal stehen alle Rechtsstandpunkte jedem Individuum offen. Vgl. hierzu W. I. Lenin: Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Band 6, Berlin 1956, S. 103, Anm. (zit. b. Herrnstadt, a.a.O., S. 13).

die Erscheinung, das heißt, desto mehr Aufhebens wird von ihr gemacht, weil sie desto unmittelbarer aus praktischer Stellungnahme entspringt, auf Praxis hin orientiert und also interessierte Erkenntnis ist.

Die Standpunktbeziehung bewährt sich in ihrer Anwendung durch Marx zunächst als sprachkritisches Instrument. Die Beziehung einer Aussage auf ihren Standpunkt deckt ihre Konstitution in eins mit ihrer Grenze auf. Erst die ausdrückliche Relativierung einer Aussage macht sie — sei sie auch in gewisser Hinsicht falsch — unmißverständlich und also erwidierbar. Ohne solche ausdrückliche Relativierung von Bestimmungen gerät der Streit um sie leicht zum Streit um des Kaisers Bart. Etwa eine Bestimmung gewisser Formen von Arbeit als produktiv bzw. unproduktiv kann zu endloser Konfusion Anlaß geben, wird nicht der Standpunkt angegeben, von dem aus eine Bestimmung erst ihren Sinn erhält. „Bloß die bürgerliche Borniertheit, die die kapitalistischen Formen der Produktion für die absoluten Formen derselben hält — daher für ewige Naturformen der Produktion —, kann die Frage, was produktive Arbeit vom Standpunkt des Kapitals aus ist, mit der Frage, welche Arbeit überhaupt produktiv ist, ... verwechseln...“⁴⁴ Vom Standpunkt des Kapitals ist diejenige Arbeit — und nur sie — produktiv, die dem Kapitalisten einen Mehrwert schafft⁴⁵. Am nützlichen Charakter der Tätigkeit ist diese Bestimmung ebensowenig ablesbar, wie am Gebrauchswert ihres Produkts⁴⁶. Vom Standpunkt einer Subsistenz-

44 MEW 26. 1, S. 368 f.

45 Vgl. hierzu etwa MEW 26. 1, S. 122 f.

46 Die Bestimmungen produktiv/unproduktiv — wie andere derartige Bestimmungen — „sind also nicht genommen aus der stofflichen Bestimmung der Arbeit . . ., sondern aus der bestimmten gesellschaftlichen Form, den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, worin sie sich verwirklicht“ (MEW 26. 1, S. 127). — So sieht man sie nicht nur nicht den konkreten Arbeiten und nützlichen Arbeitsprodukten an, sondern dieselbe Arbeit und dasselbe Produkt können von verschiedenen Standpunkten ganz unterschiedliche Bestimmungen erhalten. „Dieselbe Arbeit kann produktiv sein, wenn ich sie als Kapitalist, als Produzent kaufe, um sie zu verwerten, und unproduktiv, wenn ich sie als Konsument, Ausgeber von revenue kaufe, um ihren Gebrauchswert zu verzehren...“ (MEW 26. 1, S. 135). „Z. B. die Köche und waiters in einem öffentlichen Hotel sind produktive Arbeiter, sofern ihre Arbeit sich in Kapital für den Hotelbesitzer verwandelt. . . . In der Tat sind aber auch dieselben Personen für mich, den Konsumenten, unproduktive Arbeiter in dem Hotel.“ (MEW 26. 1, S. 129); (vgl. auch MEW 26. 1, S. 381). — Daß nicht nur die Formbestimmtheit einer Sache vom bestimmenden Standpunkt abhängt, sondern auch die der produzierenden Tätigkeit, läßt die Kategorie der „Bestimmung“, gemäß dem sprachlichen Doppelsinn, schicksalhaft auf für die Arbeiter. So kann Marx an Ricardo als Beweis von dessen Klarsichtigkeit besonders hervorheben: „... er teilt nicht mehr Smiths Zärtlichkeit für und Illusion über die produktive Arbeit. Es ist ein Pech, ein produktiver Arbeiter zu sein. Ein produktiver Arbeiter ist ein Arbeiter, der fremden

produktion „wäre, absolut gesprochen, die Arbeit produktiv“, die den Arbeiter am Leben erhält, also reproduktiv ist⁴⁷. „Aber gesetzt, es existierte kein Kapital, sondern der Arbeiter eignete sich selbst seine Surplusarbeit an . . . So wäre nur von dieser Arbeit zu sagen, daß sie wahrhaft produktiv ist, das heißt neue Werte schafft⁴⁸.“

Von gegensätzlichen sozialen Standpunkten aus erhalten die Bestimmungen gegensätzliche Bedeutung. Auch der Begriff Ökonomie, dessen eine Bedeutung sich mit „Sparsamkeit“ wiedergeben läßt, nimmt vom Standpunkt der Arbeit eine andere Bedeutung an als vom Standpunkt des Kapitals. Der Gegensatz wird schon deutlich bei der Bestimmung des Kostpreises. „Die kapitalistische Kost der Ware mißt sich an der Ausgabe in Kapital, die wirkliche Kost der Ware an der Ausgabe in Arbeit⁴⁹.“ Dies kann dazu führen, daß der Einsatz von Maschinen „vom Standpunkt des Kapitals, dessen Gewinn ohnehin aus der Verminderung“ — und dies ist hier das Wort für Ökonomie — „nicht der angewandten, sondern der bezahlten Arbeit entspringt, überflüssig, oft unmöglich ist“, während er vom Standpunkt der Ökonomie der Arbeit geboten sein könnte⁵⁰. Entsprechend gegensätzlich geht der Begriff des Reichtums auseinander, bezieht man ihn auf die entgegengesetzten Standpunkte von Arbeit und Kapital. „Das Höchste, wozu es auf dem kapitalistischen Standpunkt gebracht wird“, ist es: „den möglichst kleinen Teil der Gesellschaft zur Sklaverei der Arbeit, zur Zwangsarbeit zu verdammen⁵¹“. Dagegen bestimmt sich vom Standpunkt der Arbeit der Reichtum durch die Ver-

Reichtum produziert. Nur als solches Produktionsinstrument für fremden Reichtum hat seine Existenz einen Sinn.“ (MEW 26. 1, S. 196) Erst indem die Arbeiter ihren Klassenstandpunkt geltend machen — abhängig von Reichweite und Macht, wie sie es tun —, vermögen sie den Sinn ihrer Existenz anders zu bestimmen.

47 26. 1, S. 122.

48 a.a.O.

49 MEW 25, S. 34.

50 MEW 23, S. 415.

51 MEW 26. 3, S. 253. — Marx bezieht sich hierbei auf Ricardos Kapitel über „Wert und Reichtum und ihre unterschiedlichen Eigenschaften“. Indem nicht die Quantität von Wert — die ja nur Kennziffer für verausgabte Arbeit ist — sondern die Quantität von Gebrauchswerten, genauer: „daß möglichst viel values in use von möglichst wenig value geschaffen werden“, das Kriterium für gesellschaftlichen Reichtum ist, reduziert sich auch hier der Reichtum letztlich auf freie Zeit. In Begriffen der kapitalistischen Klassengesellschaft bedeutet dies Reichtumskriterium der freien Zeit folgerichtig, „daß die Klassen der Gesellschaft, deren Zeit nur teilweise oder gar nicht in der materiellen Produktion absorbiert ist, obgleich sie die Früchte derselben genießen, möglichst zahlreich sein sollen gegen die Klassen, deren Zeit ganz in der materiellen Produktion absorbiert ist . . .“ (ebd.).

bindung eines Optimums ihrer Produkte mit einem Maximum an freier Zeit der Arbeiter selbst⁵².

Ein bestimmter Standpunkt begründet Interesse an bestimmten Erkenntnissen, Uninteressiertheit an anderen, Widerstand gegen wieder andere. „Was den einzelnen Kapitalisten angeht, so ist klar, daß das einzige, was ihn interessiert, das Verhältnis ... des Wertüberschusses, wozu er seine Waren verkauft, zu dem für die Produktion der Ware vorgeschossenen Gesamtkapital ist; während ihn das bestimmte Verhältnis dieses Überschusses zu, und sein innerer Zusammenhang mit den besonderen Bestandteilen des Kapitals nicht nur nicht interessiert, sondern es sein Interesse ist, sich blauen Dunst über dies bestimmte Verhältnis und diesen inneren Zusammenhang vorzublasen⁵³.“ Da aber die Wissenschaft, selbstredend auch die bürgerliche, sich danach bemüht, wie weit es ihr gelingt, den „inneren Zusammenhang“ der untersuchten Phänomene aufzudecken⁵⁴, stellt sie sich mit ihrem Interesse in Gegensatz zu dem Geschilderten des Einzelkapitalisten. Auf diese Spannung wird noch einzugehen sein. Von der praktischen Interessiertheit vom Standpunkt des Kapitals an dem, was herauspringt, sind die bürgerlichen Theoretiker mehr oder weniger affiziert. In der Auseinandersetzung mit Ricardos Theorien über fixes und zirkulierendes Kapital führt Marx das Durcheinanderwerfen zweier Gegensatzpaare, deren eines aus dem Verwertungsprozeß, deren anderes aus dem Zirkulationsprozeß geschöpft ist, auf solche praktische Befangenheit zurück. Entscheidend ist, daß der Unterschied im Falle des behandelten Beispiels keinen Unterschied am Profit, also am kapitalistisch interessierenden Resultat, ausmacht. „Wenn man, statt das innere Getriebe des kapitalistischen Produktionsprozesses zu durchschauen, sich auf den Standpunkt der fertigen Phänomene stellt, so fallen diese Unterschiede in der Tat zusammen⁵⁵.“ Der an die zitierte Stelle anschließende Text Marxens ist ein Schulbeispiel sorgsamer Differenzierung zwischen Funktionsebenen, Standpunkten und den in ihrer Perspektive jeweils bestimmenden Gegensätzen. Ist vom Standpunkt des Zirkulationsprozesses der bestimmende Gegensatz der von fixem und zirkulierendem Kapital, so vom Standpunkt des Produktionsprozesses, als Verwer-

52 Vgl. hierzu, neben den berühmten perspektivischen Äußerungen über das Verhältnis des „Reiches der Freiheit“ zum „Reich der Notwendigkeit“ (MEW 25, S. 828), Marxens Aussagen über Ökonomie der Arbeit und Ökonomie der Zeit, vor allem aber zur antagonistischen Form, worin sich, als Resultate der Betätigung des Wertgesetzes, diese Ziele im Kapitalismus verwirklichen.

53 MEW 25, S. 53.

54 Die Aufdeckung dessen, was Marx „den inneren Zusammenhang der ökonomischen Kategorien oder den verborgenen Bau des bürgerlichen ökonomischen Systems“ nennt, bestimmt die „esoterische“ Seite von Adam Smith (vgl. etwa MEW 26. 2, S. 162 f.).

55 MEW 24, S. 218.

tungsprozeß betrachtet, der von konstantem und variablem Kapital; vom Standpunkt des Produktionsprozesses, als Arbeitsprozeß betrachtet, der von Menschen und Sachen, von Subjekt und Objekt⁵⁶.

Marx wendet das Instrumentarium der Standpunktbeziehung in der Kritik der politischen Ökonomie durchgängig und mit großem Nachdruck an. Je konkreter die Beziehung und je konkreter der Standpunkt, desto härter und präziser der Sinn einer Aussage. Die standpunktlos erscheinende Aussage kann allenfalls im Interesse der bürgerlichen Borniertheit liegen, die mit fertigen Phänomenen rechnet, als wären sie außermenschlicher Natur, um ebenso unvergänglich zu sein, wie diese es in der Vorstellung ist. Je nebensächlicher oder phantastischer ein Standpunkt ist, desto unwesentlicher oder irrealer die ihm entspringende Perspektive. — Nachdem diese Position nun so nachdrücklich aus Marxens Schriften herausgelesen ist, richtet sich von ihr aus die Frage an ihn selbst zurück, nach seinem eigenen wissenschaftlichen Standpunkt. Gefragt sei also nach dem Standpunkt der sozialistischen Perspektive, deren konstitutive Bedeutung für die Kritik der politischen Ökonomie eingangs herausgearbeitet worden ist.

III. Bestimmte Negation

Nach dem Standpunkt der sozialistischen Perspektive fragen, heißt nach dem Standpunkt der Kritik fragen. Wenn derart nach der Begründung der Kritik gefragt ist, steht der Wissenschaftscharakter der Kritik der politischen Ökonomie in Frage. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Der Anspruch auf Begründung und Ableitung, den Marx mit seiner Kritik an die politische Ökonomie stellt, muß auch an die Kritik ergehen können. Nur soweit sie in der Sache gründet, hat sie etwas zur Sache zu bestellen. Aber schien nicht die grundlegende Perspektive von außen zu kommen? Ist es nicht eine Bedeutung von Kritik, das Bestehende zu verneinen im Namen eines anderen, hier zudem eines rein Ideellen? Ist die Kritik der politischen Ökonomie, bei aller Ehrenwertigkeit der Gesinnung, bloße Utopie oder Ideologie im Gewande der Wissenschaft?

Die Negativität braucht nicht von außen an die politische Ökonomie herangetragen zu werden. Ihr Gegenstand ist ein vielfältiger Prozeß, innerhalb dessen auf vielerlei Ebenen gegensätzliche Standpunkte negativ aufeinander wirken. Jede Position bestimmt sich in Opposition zu einer anderen. Mitunter herrscht zwischen ihnen ein Streit auf Leben und Tod — wie der bereits erwähnte zwischen Grundbesitzer und Pächter. Die Opposition der Standpunkte findet ihren Ausdruck im Ideenstreit, der dann in seiner abgelösten Erscheinung als reiner Dogmenstreit, wechselseitige Bestreitung von Theorien der politischen Ökonomie, auftreten kann. Im Gegensatz der Standpunkte der politischen Ökonomie findet die Kritik dersel-

56 Vgl. hierzu MEW 24, S. 218—224.

ben mannigfache Präfigurationen⁵⁷. Doch stellt die Gegensätzlichkeit der Standpunkte nicht die einzige Art von Negativität in der politischen Ökonomie dar. Marx zeigt, daß das Kapital selber negativ bestimmt ist. Seine Vorgeschichte ist die Vernichtung der Gesellschaft der kleinen Produzenten. „Ihre Vernichtung, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaften Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger, daher die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals⁵⁸.“ So ist das Kapital selbst „erste Negation⁵⁹“. Die materiellen Bedingungen der Produktion können als Kapital nur fungieren, wenn ihrem Besitzer sein Gegensatz als Besitzlosigkeit und bloße Arbeitskraft gegenübertritt⁶⁰. Dieser Gegensatz ist Existenzbedingung des Kapitals. Es ist Eigentum einiger, dessen Form und Funktion auf Nichteigentum vieler beruht. Die Aneignung, die es begründet, ist nach der anderen Seite Enteignung der Produzenten. — Aber das Kapital bestimmt sich negativ nicht nur in seinem Verhältnis zur Arbeiterklasse. Seine bloße Betätigung als Kapital richtet seine Negativität gegen es selbst.

57 Nicht nur darin, daß die Theoretiker jeder Fraktion der Bourgeoisie die deren Interessen im Wege stehenden Positionen aller anderen Fraktionen kritisieren, sondern, bis zu einem bestimmten Punkt, auch in der theoretischen Leistung, begriffliche Zusammenhänge herzustellen, die in unmittelbarem Gegensatz zu Erscheinungen und praktisch interessierten Annahmen stehen. Marx kann daher bei Ricardo geradezu von einer „Kritik der bisherigen politischen Ökonomie“ sprechen. Die Stelle gibt Aufschluß über Marxens Begriff von Kritik der politischen Ökonomie und sei deshalb in einiger Ausführlichkeit hier zitiert: „Das ganze Ricardosche Werk ist also enthalten in seinen ersten zwei Kapiteln. In diesen werden die entwickelten bürgerlichen Produktionsverhältnisse, also auch die entwickelten Kategorien der politischen Ökonomie, konfrontiert mit ihrem Prinzip, der Wertbestimmung, und zur Rechenschaft gezogen, wieweit sie ihm direkt entsprechen oder wie es sich mit den scheinbaren Abweichungen verhält, die sie in das Wertverhältnis der Waren hereinbringen. Sie enthalten seine ganze Kritik der bisherigen politischen Ökonomie... und liefern durch diese Kritik zugleich einige ganz neue und überraschende Resultate. Daher der hohe theoretische Genuß, den diese zwei ersten Kapitel gewähren, da sie in gedrängter Kürze die Kritik des in die Breite ausgelaufenen und verlaufenen Alten geben und das ganze bürgerliche System der Ökonomie als einem Grundgesetz unterworfen darstellen, aus der Zerstreuung und der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen die Quintessenz herauskonzentrierend“ (MEW 26. 2, S. 166).

58 MEW 23, S. 790.

59 MEW 23, S. 791.

60 Wo die als Kapital fungieren sollenden Produktionsmittel nicht auf Nichtbesitzer derselben treffen, können sie auch nicht als Kapital fungieren. Per Kontrast zu zeigen, daß „Kapital“ nichts als die Betätigung eines Klassenverhältnisses von Besitzenden und Nichtbesitzenden ist, ist die Funktion des Schlußkapitels von *Kapital I* (25. Kap., „Die moderne Kolonisationstheorie“, MEW 23, S. 792 ff.).

„Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot⁶¹.“ Die andere Seite der Enteignung vieler, der Anhäufung der materiellen Produktionsbedingungen in immer weniger Händen und der vernichtenden Wirkung von Konkurrenz und Profitstreben, ist die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit. Der Funktionsprozeß des Kapitals entfaltet „die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts...⁶²“. Sich gegenüber schafft das Kapital eine „stets anschwellende und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulte, vereinte und organisierte Arbeiterklasse⁶³“. Durch seine bloße Selbstbetätigung entwickelt das Kapital nicht nur — wenn auch in partikularer und gegensätzlicher Form — gesellschaftliche Produktion auf ständig wachsender Stufenleiter und negiert nicht nur — was die andere Seite dieser Entwicklung ist — als Kapital im allgemeinen eine ständig wachsende Zahl von Einzelkapitalen, es schlägt also nicht nur mehr ein Kapitalist viele Kapitalisten tot, sondern das Kapital im allgemeinen entwickelt sich zu seiner ebenso allgemeinen Schranke: seine Selbstbejahung geht in Selbstverneinung über⁶⁴. Der spezifische Reichtum an Produktivkräften, den das Kapital entwickelt, wird zur Quelle stetiger Störungen seines Gesamtprozesses⁶⁵. Schon Ricardo zeigte sich, wie es bei Marx heißt, beunruhigt darüber, „daß die Profitrate, der Stachel der kapitalistischen Produktion und Bedingung, wie Treiber der Akkumulation, durch die Entwicklung der Produktion selbst gefährdet wird... Es liegt in der Tat etwas Tieferes zugrunde, das er nur ahnt. Es zeigt sich hier in rein ökonomischer Weise, das heißt vom Bourgeois-Standpunkt, innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Verstandes, vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion

61 MEW 23, S. 790.

62 Ebenda.

63 MEW 23, S. 791.

64 Seine durch den Profitmechanismus gesteuerte Betätigung ist es, die das Gesetz vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate in Gang setzt und damit einen Mechanismus zweiten Grades, der seine innere Triebfeder angreift. Vgl. hierzu MEW 25, Dritter Abschnitt.

65 Genauer: „Es ist die unbedingte Entwicklung der Produktivkräfte und daher die Massenproduktion auf Grundlage der in den Kreis der necessities eingeschlossenen Produzentenmasse einerseits, der Schranke durch den Profit der Kapitalisten andererseits, die die Grundlage der modernen Überproduktion.“ (MEW 26. 2, S. 529)

selbst, ihre Schranke, ihre Relativität, daß sie keine absolute, sondern nur eine historische, einer gewissen beschränkten Entwicklungs-epoche der materiellen Produktionsbedingungen entsprechende Produktionsweise ist⁶⁶.“ — Beschränkung mag man als ein Wort für Determination auffassen. Die Negation, welche Determination des Kapitals ist, entspringt aus dem Kapital selbst. „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangs- und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt, die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind⁶⁷.“

Der Zweck der kapitalistischen Produktion — und das Kapital ist sich selbst Zweck — und ihr Mittel, die vom Profit hunger angetriebene, fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion, stehen in zunehmendem Gegensatz. „Der Widerspruch zwischen der allgemeinen gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital gestaltet, und der Privatmacht der einzelnen Kapitalisten über diese gesellschaftlichen Produktionsbedingungen entwickelt sich immer schreiender und schließt die Auflösung dieses Verhältnisses ein, indem sie zugleich die Herausarbeitung der Produktionsbedingungen zu allgemeinen, gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktionsbedingungen einschließt⁶⁸.“ Damit ist ein Punkt erreicht, an dem „die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse — und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet⁶⁹.“ Indem die Entwicklung des Kapitals selbst im Verlauf seiner Konzentration und Zentralisation „mit dieser äußersten Form des Gegensatzes und Widerspruchs die Produktion, wenn auch in entfremdeter Form, in gesellschaftliche verwandelt“, so ist damit im Schoße der alten Gesellschaft eine neue herangewachsen als „gesellschaftliche Arbeit und im wirklichen Arbeitsprozeß Gemeinsamkeit der Produktionsinstrumente⁷⁰.“ Die „Umwälzungsmomente der alten Gesellschaft“ sind „daher gleichzeitig die Bildungselemente einer neuen⁷¹.“

Man sieht, die Negativität der Kritik der politischen Ökonomie ist begründet in der politischen Ökonomie selbst. Wenn Kritik das Machen von Unterschieden heißt, so macht das Kritisierte die Unterschiede selbst. Ihr Nein zur kapitalistischen Produktionsweise kommt nicht von außen, sondern hat seinen Standpunkt im Verneinten. Das Nein ist nicht ungerichtet; es entspringt der Selbstbejahung der in kapitalistischer Form entwickelten gesellschaftlichen Arbeit bei Ver-

66 MEW 25, S. 269 f.

67 MEW 25, S. 260.

68 MEW 25, S. 274.

69 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf). Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 365.

70 MEW 26. 3, S. 309.

71 MEW 23, S. 526.

neinung der kapitalistischen Formbestimmtheit. Indem die Kritik der politischen Ökonomie nichts anderes tut, als an dieser dreifachen Basis, der Arbeit, ihren materiellen Produktivkräften und ihren schon unmittelbar gesellschaftlichen Charakteren festzuhalten gegen die herrschende Privatmacht, begründet sich die sozialistische Perspektive als bestimmte Negation. Als solche baut sie auf die „Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära⁷²“. Indem sie das Gegensätzliche an dieser Errungenschaft negiert, ist sie Negation der Negation⁷³. Indem sie an dem, was der Kapitalismus in gegensätzlicher Form entwickelt hat, festhält, es aus der Schranke seiner Gegensätzlichkeit befreit, ist sie bestimmte Negation. — Sie grenzt sich ab von einer Verneinung, die mit der kapitalistischen Produktionsweise deren Früchte wegwirft. In den *Theorien über den Mehrwert* behandelt Marx zwei für das Proletariat Partei ergreifende Schriftsteller, die die gegensätzliche Form der Errungenschaften der kapitalistischen Epoche mit diesen Errungenschaften selbst verwechseln. „Sie teilen hierin — wenn auch von dem umgekehrten Pol — mit den (bürgerlichen) Ökonomen die Borniertheit, die gegensätzliche Form dieser Entwicklung mit ihrem Gehalt selbst zu verwechseln. Die einen wollen den Gegensatz verewigen seiner Frucht wegen. Die anderen sind entschlossen, um den Gegensatz loszuwerden, die in dieser antagonistischen Form herangewachsenen Früchte aufzuopfern⁷⁴.“ Die letzteren treten daher „asketisch“ auf⁷⁵. — Aus der Position der bestimmten Negation folgt eine Art von Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, die gerade ihre Notwendigkeit, wenn auch nur historisch-transitorischer Natur, betont⁷⁶.

Die sozialistische Perspektive — deren eingangs beobachtete Schlüsselfunktion^{76a} nun durch den Zusammenhang verständlich geworden ist — und mit ihr der Kritikcharakter der Kritik der politi-

72 MEW 23, S. 791.

73 Vgl. MEW 23, S. 791.

74 MEW 26. 3, S. 257.

75 Ebenda.

76 Vgl. hierzu *Grundrisse*, S. 715 f. Die Rede ist dort von der im Kapitalverhältnis beinhalteten grundlegenden Verkehrung von Subjekt und Objekt. Die Entwicklung der Produktivkräfte erscheint daher „vom Standpunkt des Kapitals so, nicht daß das eine Moment der gesellschaftlichen Tätigkeit — die gegenständliche Arbeit — zum immer gewaltigern Leib des andren Moments, der subjektiven, lebendigen Arbeit wird, sondern daß — und dies ist wichtig für die Lohnarbeit — die objektiven Bedingungen der Arbeit eine immer kolossalere Selbständigkeit ... gegen die lebendige Arbeit annehmen, und der gesellschaftliche Reichtum in gewaltigern Portionen als fremde und beherrschende Macht der Arbeit gegenübertritt. ... Aber offenbar ist dieser Verkehrsprozeß bloß *historische* Notwendigkeit, bloß Notwendigkeit für die Entwicklung der Produktivkräfte von einem bestimmten historischen Ausgangspunkt aus, oder Basis aus, aber keineswegs eine *absolute* Notwendigkeit der Produktion; vielmehr eine verschwindende, und das Resultat und der Zweck (immanente) dieses Prozesses ist diese Basis selbst aufzuheben, wie die Form des Prozesses.“

schen Ökonomie bauen also auf eine Grundlage innerhalb des Kritisierten. Aber damit scheint ihr Wissenschaftscharakter noch immer in Frage gestellt. Ist die Gesellschaft auch in sich antagonistisch — müßte sich dann nicht die Gesellschaftswissenschaft über den Antagonismus erheben und wie ein ideales Gericht über den streitenden Parteien thronen und unparteiisch urteilen? Ist nicht die Wissenschaft an die Form der Allgemeinheit gebunden und erreicht sie nicht nur durch unparteiische reine Aufnahme dessen, was ist, die erforderliche Allgemeingültigkeit? — Wenn es aber richtig ist, daß die eine Seite des Antagonismus ein Interesse an blauem Dunst hat, dann kommt der unparteiische Versuch, es beiden Seiten recht zu machen, einem partiellen *Sacrificium intellectus* gleich. Wissenschaftlich aufgefaßt, ist das Kapital „ein bestimmtes gesellschaftliches Produktionsverhältnis“⁷⁷. „Wird es aber so aufgefaßt“, darauf kann Marx mit Recht verweisen, „so tritt sogleich der historisch-transitorische Charakter dieses Verhältnisses hervor, dessen all-

76a In der Einleitung zu den *Grundrissen* spricht Marx davon, daß die bürgerliche Ökonomie „den Schlüssel zur antiken“ liefere. Mit Hilfe dieses Schlüssels eine Formation verstehen heißt nicht, sie mit ihm identifizieren. Diese Schlüsselfunktion der bürgerlichen Ökonomie fürs Verständnis der vorbürgerlichen sieht Marx aber eingeschränkt dadurch, daß „die bürgerliche Gesellschaft selbst nur eine gegensätzliche Form der Entwicklung“ ist. Wieviel geeigneter muß dann die höhere, nicht mehr gegensätzliche Formation sein, in der nun wirklich vollends „bloße Andeutungen sich zu ausgebildeten Bedeutungen entwickelt haben“. Was Marx über die gesellschaftswissenschaftliche Schlüsselfunktion der bürgerlichen Gesellschaft sagte, unter Zuhilfenahme einer Analogie aus der Evolution des Lebens, gilt m. E. ohne Einschränkung erst für die sozialistische Gesellschaft: „In der Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen. Die Andeutungen auf Höheres in den untergeordneteren Tierarten können dagegen nur verstanden werden, wenn das Höhere selbst schon bekannt ist“ (*Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, S. 26.) — Hier ließe sich anknüpfen für eine historische Theorie der Erkenntnis, die, obgleich historisch, auf dem tragfähigsten Boden gegründet ist, statt in bodenlosen Relativismus zu verfallen. Eine weiterführende Bemerkung Marxens findet sich im *Kapital* (Kapitel 1.4): „Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d. h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt oder eine Reihe materieller Existenzbedingungen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind“ (MEW 23, S. 94). Die Formen der bürgerlichen Ökonomie werden von der bürgerlichen Theorie in Formeln gefaßt, „denen es auf der Stirn geschrieben steht, daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch *noch nicht* den Produktionsprozeß bemeistert...“ (MEW 23, S. 95 — Hervorhebung von mir). — Von dem her, was noch nicht war, aber im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft heranwuchs, wurde der Kapitalismus durchschaubar.

77 Etwa MEW 26. 3, S. 261.

gemeine Erkenntnis mit seiner Fortdauer unvereinbar...⁷⁸. Eine gesellschaftliche Macht aber, deren allgemeine Erkenntnis mit ihrer Fortdauer unvereinbar ist, wird sich, solange sie fort dauert, gegen allgemeine Erkenntnis geltend machen⁷⁹. Die Perspektive, in der die politische Ökonomie dargestellt wird, ist den in ihr enthaltenen Standpunkten nicht gleichgültig. Wenn ein Sonderinteresse das Licht der allgemeinen Erkenntnis scheut, so kann ein Wissenschaftler nicht an ihm festhalten, ohne seine Wissenschaft zu verraten. Das Selbsterhaltungsstreben der Sonderinteressen setzt ständig gegen ihre allgemeine Erkenntnis falsche Allgemeinbegriffe, von denen man mit Hodgskin sagen kann, daß sie „von denen, die darauf ausgehen, die übrige Menschheit zu rupfen, erfunden worden sind, um die Hand zu verbergen, die sie rupft⁸⁰!“ Wenn auch ein Wissenschaftler sich mitunter wünschen und einbilden mag, über den Dingen zu schweben, so bleiben doch die Dinge nicht ruhig und gleichgültig unter ihm liegen.

Marxens Kritik der politischen Ökonomie stellt sich durchweg auf den Standpunkt dessen, was allgemein ist oder doch seine Verallgemeinerung erträgt. Ihrer Verallgemeinerung drängt insbesondere die Arbeit entgegen, weil sie durch sie verkürzt und aus ihrer gegensätzlichen Form befreit wird. „Die absolute Grenze für die Verkürzung des Arbeitstages ist nach dieser Seite hin die Allgemeinheit der Arbeit⁸¹.“ Andere für sich arbeiten lassen, ist nicht verallgemeinerbar, wird also durch Verallgemeinerung negiert^{81a}. In dem Vergilschen VOS, NON VOBIS, das Marx zitiert⁸² und das sich übersetzen läßt mit „Ihr arbeitet, aber nicht für Euch“, zeigt das NON die Herrschaft des Sonderinteresses an. Verneinung dieses Nein ist Setzung des Allgemeinen als bestimmte Negation.

78 MEW 26. 3, S. 261.

79 Sie tut dies bei weitem nicht nur kraft des ideologischen Automatismus, des notwendigen Scheins von der Art des Fetischismus, der den Waren anklebt. Mit ständig wachsendem Aufwand an positiven und negativen Sanktionen wird der gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnis und vor allem ihrer Verallgemeinerung mit vollem Bewußtsein entgegen gewirkt. Die Maßnahmen reichen von der Korruption und dem Großinsatz käuflicher Kopfarbeiter über die Manipulation auch der wissenschaftlichen Öffentlichkeit und über institutionelle und personalpolitische Steuerung der akademischen Wissenschaft bis zur physischen Liquidation, der etwa Rudolf Hilferding trotz seines beschwörenden Bekenntnisses zur reinen Wissenschaft zum Opfer gefallen ist.

80 (Thomas Hodgskin:) Labour defended against the Claims of Capital; or, the Unproductiveness of Capital proved. By a Labourer. London 1825, S. 17 (wieder aufgelegt bei The Hammersmith Bookshop, London 1964). Zit. n. MEW 26. 3, S. 263.

81 MEW 23, S. 552.

81a Freilich ist auch das vordergründige Gegenteil der Ausbeutung nicht verallgemeinerbar, wie folgende Anzeige aus dem „Tagesspiegel“ beweist: „Dame, mehr Freude am Geben als am Nehmen, sucht eben solchen Partner.“

82 Vgl. MEW 26. 1, S. 197. Marx zitiert dort aus Vergils Epigrammen.

Von dieser Position aus urteilt Marx über die kapitalistische Epoche und über die Person des Kapitalisten: „Nur soweit der Kapitalist personifiziertes Kapital ist, hat er einen historischen Wert und jenes historische Existenzrecht, das, wie der geistreiche Lichnowski sagt, keinen Datum nicht hat. Nur soweit steckt seine eigene transitorische Notwendigkeit in der transitorischen Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise⁸³.“ Soweit er sein Kapital personifiziert, ist es von seinem Standpunkt aus die „rastlose Bewegung des Gewinnens“ und „leidenschaftliche Jagd auf den Wert“⁸⁴, in die er sich stürzt; vom Standpunkt der gesellschaftlichen Produktion ist es seine bewußtlose Entwicklung derselben und der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die ihn zu ihrem setzenden Grund und daher notwendig macht⁸⁵. — Das Werturteil, das Hilferding nicht wahrhaben mochte, gründet in der Sache selbst. Es bejaht das werdende Allgemeine und wertet damit das Privatinteresse. Der innere Antagonismus ihres Gegenstands kann die politische Ökonomie nicht unberührt lassen. Die Kritik derselben macht sich an einer Seite des Antagonismus fest, die zwar erst im Werden ist, aber von ihrem Gehalt her der Form der Wissenschaft adäquat entgegenbringt. Die gesellschaftliche Produktion wird zur praktischen Gestalt der Vernunft. Durch ihre Bejahung, die ein Nein zu ihrer Verneinung durch das herrschende Privatinteresse⁸⁶ und ein Akt der

83 MEW 23, S. 618.

84 MEW 23, S. 168.

85 Für Wygodski ist die Einsicht in die transitorische Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise „eine der wichtigsten Erkenntnisse, die die Marxsche ökonomische Theorie vermittelt“. Auch Engels hebt in seinen Rezensionen des ersten Bandes des *Kapital* diesen Aspekt besonders hervor (MEW 16, S. 216 und 227). Vgl. hierzu Wygodski: Die Geschichte einer großen Entdeckung, S. 132 f. — Wie Marx mit seiner Einsicht von der transitorischen Notwendigkeit des Kapitalismus vom Antizipierten her die Gegenwart beurteilte, so kann heute die sozialistische Gesellschaft auf Phasen kapitalistischer Entwicklung zurückblicken und sie als in der Vergangenheit liegende Bedingungen ihrer selbst anerkennen. „Es ist gerade der ursprünglich zuerst mit der modernen maschinellen Großproduktion verbundene Vergesellschaftungsprozeß, der die einheitliche zentrale Leitung des arbeitsteiligen und zugleich hochkonzentrierten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses auf die Tagesordnung setzte, die ihre Erfüllung mit der sozialistischen Revolution und dem sozialistischen Eigentum findet.“ (Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 204.)

Theorie und Praxis. Nicht zuletzt ergeben sich daraus Gesichtspunkte für eine Didaktik der Kritik der politischen Ökonomie. Es gilt, sie sich auf Anwendung hin anzueignen. Weder irgendein vage unbehagliches Nein noch das abstrakt-totale Nein mit leeren Vorstellungen eines Ganz Anderen in petto können, bei Lichte besehen, im *Kapital* von Karl Marx Anhaltspunkte finden. Seine Position ist die der bestimmten Negation. Die materialistische Dialektik ist „dem Bürgertum und seinen doktrinären Wortführern ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Ver-

Selbstbejahung der menschlichen Vernunft ist, wird auch die gesellschaftliche Produktivkraft Wissenschaft, wie alle gesellschaftlichen Produktivkräfte, von den Schranken ihrer gegensätzlichen Form befreit.

ständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation ... einschließt...“ (MEW 23, S. 28). — Es ist gerade der kritische und revolutionäre Charakter der Marxschen Methode, der die Negation im Positiven gründen läßt. Es erscheint mir daher ganz widersinnig, dieses Moment auf Kosten aller andern auszudehnen und so lange umzubiegen, bis die Position der bestimmten Negation im Gegensatz zu diversen Positionen der „reinen“ Negation zur konservativen erklärt wird. Vgl. hierzu Martin Puder: Marx und Engels als konservative Denker, in: Neue deutsche Hefte Nr. 1/1972.

Richard Albrecht

Die Kritik von Korsch und Pannekoek an Lenins „Materialismus und Empirioskritizismus“

I. Die Entstehung von „Materialismus und Empirioskritizismus“

„Materialismus und Empirioskritizismus“¹ ist die einzige in sich geschlossene Arbeit Lenins, die sich ausdrücklich mit philosophischen Problemen beschäftigt; sie trägt den Untertitel „Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie“. 1908 geschrieben, wurde die Studie ein Jahr später in einer Auflage von ca. 2000 Exemplaren in Moskau legal veröffentlicht².

Die umfassende Bedeutung dieser philosophischen Arbeit wurde erst nach der russischen Oktoberrevolution deutlich, denn bis dahin konnten nur leitende Funktionäre der Bolschewiki und Vertreter anderer antizaristischer revolutionärer Gruppierungen von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen. Erst 1920 erfolgte in Rußland ein Nachdruck mit größerer Auflage. In Westeuropa erschien das Werk im Rahmen der Lenin-Gesamtausgabe erst Mitte der zwanziger Jahre (mit einem Vorwort von A. Deborin)⁴.

Eine Kritik der Leninschen philosophischen Positionen konnte daher in Westeuropa erst in dieser Zeit einsetzen. Diese Kritik, die hier anhand der Arbeiten von Korsch und Pannekoek dargestellt und interpretiert wird, steht ihrem Selbstverständnis nach in engem Zusammenhang mit der Kritik an der damaligen Komintern-Politik. Sie steht — nach Korsch — in der Tradition des „westeuropäischen marxistischen Linksradikalismus“⁵ und fand in Korsch's „Antikritik“ aus dem Jahre 1930 zu seinem Aufsatz „Marxismus und Philosophie“ (1923) ihren ersten Ausdruck⁶. Da Korsch

1 W. I. Lenin: Materialismus und Empirioskritizismus. In: Werke Bd. 14; im folgenden zit. nach der weitgehend textidentischen Einzelausgabe der „Bücher des Marxismus-Leninismus“, Berlin 1967.

2 Vgl.: a.a.O., S. VII-XXII und S. 370—376.

3 Entfällt.

4 Von Deborins Broschüre „Lenin der kämpfende Materialist“, erschienen anlässlich Lenins Tod, wird hier abgesehen. In ihr sollen die philosophischen Positionen von „Materialismus und Empirioskritizismus“ populärisiert werden, was Deborin jedoch nicht ohne Verkürzungen gelingt.

5 Karl Korsch, in: Anton Pannekoek: Lenin als Philosoph. Hrsg. von Alfred Schmidt, mit einer Rezension von K. Korsch und einem Vorwort von P. P. Mattick, Frankfurt/M. 1969, hier S. 130.

6 Karl Korsch: Marxismus und Philosophie. Hrsg. u. eingel. von E. Gerlach, Frankfurt/M. 1966.

versucht, die „materialistische Geschichtsauffassung auch auf die materialistische Geschichtsauffassung selbst“⁷ anzuwenden — dieses Vorgehen bezeichnet er als die „völlig undogmatische und antidogmatische, historische und kritische, also im eigentlichen Sinn des Wortes materialistische Auffassung des Marxismus“⁸, und da sowohl Korsch als auch Pannekoek Entstehungsbedingungen und Entstehungsgeschichte der von Lenin vertretenen Philosophie stark akzentuieren⁹, müssen diese Aspekte hier kurz dargestellt werden.

Der unmittelbare Anlaß für die Abfassung von „Materialismus und Empiriokritizismus“ dürfte das Erscheinen des Sammelbandes „Beiträge zur Philosophie des Marxismus“ (1908) gewesen sein. Nach Lenin wurde hier die marxistische Philosophie mit Hilfe der Lehre Ernst Machs revidiert. Die Sammlung enthielt Aufsätze führender Intellektueller der Bolschewiki (Lunatscharski, Bogdanow, Basarow). Die Kritik ihrer Auffassungen erachtete Lenin als eine vordringliche politische Aufgabe, zumal er bereits 1906/07 geplant hatte, eine Arbeit unter dem Titel „Betrachtungen eines einfachen Marxisten über Philosophie“ gegen Bogdanow zu veröffentlichen, diesen Plan aber offenbar nicht ausführen konnte¹⁰.

„Materialismus und Empiriokritizismus“ gab Lenin Gelegenheit, die positivistische Philosophie Machs und Avenarius' systematisch zu kritisieren und ihre erkenntnistheoretischen Implikationen aufzudecken, um so den Revisionsversuchen des Marxismus den Boden zu entziehen. Nicht allein die Entwicklung der Erkenntnistheorie des dialektischen Materialismus war also Ziel, sondern darüber hinaus die politische Überwindung jener Marxismusrevision, die auch innerhalb der Fraktion der Bolschewiki zur Gefahr geworden war. Tendenziell führten diese philosophischen Versuche, so Lenin, zur Aussöhnung mit dem zaristischen Regime, indem die Theorie des proletarischen Klassenkampfes durch idealistische und sogar religiöse Theoreme ersetzt wurde¹¹. Insofern sind zweifellos Parallelen zu ziehen zu den Entstehungsbedingungen von Engels' „Anti-Dühring“.

7 A.a.O., S. 34 f.

8 A.a.O., S. 59 f.; vgl. auch: Korsch: Karl Marx, Frankfurt/M. 1967, S. 148.

9 Anton Pannekoek: Lenin als Philosoph, bes. Kap. VIII. Lenins Theorie habe — so Korsch und Pannekoek übereinstimmend — ihre „materiellen Wurzeln“ in den sozialökonomischen Zuständen des „zurückgebliebenen Rußland“. Daher sei „der Leninismus“ als Ideologie für das westeuropäische Proletariat gänzlich untauglich; er taue allenfalls für die unterdrückten Volksmassen der vorkapitalistischen Länder (vgl. Korsch, Marxismus und Philosophie, a.a.O., S. 57 f.).

10 Vgl. Lenins Brief an Gorki vom 25. 2. 1908, in: Werke Bd. 13, Berlin 1965, S. 454—461. — Ein Manuskript dieses Inhalts ist bisher nicht gefunden worden.

11 Korsch und Pannekoek halten den Kampf Lenins gegen die Revision des Marxismus für richtig (vgl. Korsch, Marxismus und Philosophie, a.a.O., S. 76 f. und Pannekoek, Lenin als Philosoph, a.a.O., S. 82). — Zur Veran-

Trotzdem können die Versuche von Korsch und Pannekoek, die Entstehung des „Machianer-Marxismus“ (Korsch) und Lenins Kampf dagegen allein zurückzuführen auf Rußlands „vorbürgerliche, barbarische Gesellschaftsordnung“¹², auf die Klassenposition der russischen Intelligenz nach der niedergeworfenen Revolution von 1905¹³, auf die Notwendigkeit der Popularisierung des philosophischen Materialismus „unter den Millionen und Abermillionen Bauern und sonstigen rückständigen Massen in Rußland, Asien und der ganzen Welt“¹⁴ nur als sehr dürftige Interpretation der Entstehung des „Machianer-Marxismus“ und der Funktion von Lenins Kritik angesehen werden.

Was eine historisch-materialistische Interpretation — besonders von Korsch immer wieder als Voraussetzung der Analyse von Entstehung und Entwicklung der marxistischen Theorie gefordert — leisten muß, soll am Beispiel der Entstehung des Werkes „Materialismus und Empirioskritizismus“ skizzenhaft entwickelt werden.

Ausgangspunkt bei der Untersuchung von Ideen und philosophischen Richtungen ist die Aufdeckung der je spezifischen Entwicklung der Klassenverhältnisse. So entspricht der philosophische Materialismus nur in der Epoche des Emanzipationskampfes gegen den Feudaladel den Interessen des Bürgertums. Sobald sich die der bürgerlichen Gesellschaft innewohnenden Widersprüche herausgebildet haben, tendieren große Teile der bürgerlichen Intelligenz als „politische und literarische Vertreter“ (Marx) des herrschenden Klasseninteresses zu idealistischen, solipsistischen oder agnostizistischen Auffassungen. Freilich geschieht dies nicht in offener Form:

schaulichung der Position des vor Kautsky repräsentierten „orthodoxen Marxismus“ der II. Internationale kann eine Äußerung Kautskys dienen: „Ist Mach ein Marxist? ... Ich verstehe unter Marxismus ... keine Philosophie, sondern eine Erfahrungswissenschaft, eine besondere Auffassung der Gesellschaft. (Diese) ... ist nicht ... unvereinbar mit der Machschen Erkenntnistheorie ... Ich selbst finde zwischen der Marxschen und der Dietzgenschen Auffassung keinen wesentlichen Unterschied. Mach aber steht Dietzgen sehr nahe ...“. (In: Der Kampf, Wien 1909, Heft 10; zit. nach: Philosophenkongreß der DDR 1970. Teil III, Berlin 1970, S. 51). — Lenin war der einzige bekannte Marxist der II. Internationale, der gegen die Machsche Lehre kämpfte, der also das Problem der Revision des dialektischen Materialismus durch die „Machianer-Marxisten“ überhaupt erkannte. Auch Korsch und Pannekoek kommen nicht umhin, diesen Sachverhalt anzuerkennen.

12 Pannekoek, Lenin als Philosoph, a.a.O., S. 82.

13 Nach Pannekoeks Einschätzung stand die russische Intelligenz im Gegensatz zur westeuropäischen noch nicht „im Dienste der Bourgeoisie“, nahm jedoch teil an deren ideologischer Orientierung und hatte somit eine sehr zwiespältige gesellschaftliche Funktion (a.a.O., S. 82).

14 Korsch, Marxismus und Philosophie, a.a.O., S. 57; sofern Korsch diese seiner Ansicht nach progressive Funktion der Philosophie Lenins auf die erste Auflage von „Materialismus und Empirioskritizismus“ bezieht, ist sie gegenstandslos.

„Die Entwicklung der Natur- und Gesellschaftswissenschaften im Laufe des 19. Jahrhunderts macht den philosophischen Idealismus untauglich, stellt ihn vor unüberwindbare Schwierigkeiten. Da nun aber die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Strömungen den Idealismus für ihre Weltanschauung nicht entbehren können, offenbart sich die Krise darin, daß immer wieder Versuche gemacht werden, einen philosophischen ‚dritten Weg‘ ausfindig zu machen, mit dessen Hilfe es — angeblich — möglich wäre, sowohl den Idealismus als auch den Materialismus zu überwinden. In Wirklichkeit handelt es sich natürlich um die Erneuerung des Idealismus in einer verzerrten Form, um neue Formen des Kampfes gegen die materialistische Weltanschauung ¹⁵.“

Dieses von Lukács beschriebene Verfahren kennzeichnet die Machsche Philosophie: Die philosophisch grundlegende Bestimmung des Verhältnisses von Sein und Bewußtsein — im Zusammenhang mit der Entwicklung der Naturwissenschaften von Descartes als Subjekt-Objekt-Problem in die neuzeitliche Philosophie eingebracht — wird hier zum Scheinproblem erklärt. Für Mach können nur die Empfindungen der Individuen als wirkliche Tatsachen gelten. Damit glaubt Mach, die „Einseitigkeit“ sowohl des philosophischen Materialismus als auch des Idealismus überwunden zu haben: die philosophische Auseinandersetzung über die reale materielle Welt ist für ihn Metaphysik, welche jetzt durch die Entwicklung der Naturwissenschaften, insbesondere der Physik, überwunden werden könne ¹⁶.

Eine der gesellschaftlichen Funktionen des Machschen Positivismus liegt zweifellos in der Verschleierung realer gesellschaftlicher Probleme, lag doch dieser Strömung die Abneigung zugrunde, den Tatsachen zu beugen: „denn diese Tatsachen, vor allem die gesellschaftlichen, wurden für bürgerliche Intellektuelle immer unangenehmer ... Andererseits drangen positivistische Vorstellungen leicht in den intellektuellen Flügel der sozialistischen Bewegung, wo sie die Tendenz, sich von unangenehmen Realitäten abzuwenden, verstärkten und ihre Kampftschlossenheit schwächten ¹⁷.“

Die zweite Ebene einer historisch-materialistischen Interpretation der Hinwendung der bürgerlichen Philosophie zu idealistischen und/

15 Georg Lukács, Die Erkenntnistheorie Lenins und die Probleme der modernen Philosophie. In: Schriften zur Ideologie und Politik, Neuwied und Berlin 1967, S. 465.

16 Vgl. E. Mach, Die Analyse der Empfindungen und das Verhältnis des Physischen zum Psychischen. Jena 1922, S. VIII, X, 9, 10 f., 19, 22—26, 295 f., 299 f.

17 J. D. Bernal, Wissenschaft. Science in History. 4. Bd., Reinbek 1970, S. 1011 f.; vgl. auch Klara Zetkin, Die Intellektuellenfrage (1924), in: Ausgewählte Werke, Bd. 3., Berlin 1960, S. 9—60.

oder Philosophien des „dritten Weges“ ist in der Entwicklung der modernen Naturwissenschaft, besonders der theoretischen Physik, begründet¹⁸. In ihr zeichnete sich die Einverleibung der Naturwissenschaften in den kapitalistischen Verwertungsprozeß im Ausgang des 19. Jahrhunderts ab.

Die Entdeckungen der Physik — häufig als Revolutionierung der gesamten Naturwissenschaft bezeichnet (Röntgenstrahlen, Radioaktivität, Relativitätstheorie, Entwicklung des Atommodells) — machten immer mehr das Experiment zur Grundlage der Theoriebildung und beeinflussten darüberhinaus nicht nur das theoretische Denken der Naturwissenschaftler, sondern wurden von der bürgerlichen Philosophie rezipiert und — besonders in der Wissenschaftstheorie — adaptiert. Gleichzeitig wurde auch das gesamte Weltbild der bürgerlichen Intelligenz, besonders seit Entwicklung und (hauptsächlich in den zwanziger Jahren) Popularisierung der Einsteinschen Relativitätstheorie, nachhaltig beeinflusst. Insofern kann die Philosophie Machs und ihre Rezeption seit etwa 1905 zum Zwecke der Revision der marxistischen Philosophie durch fortschrittliche russische Intellektuelle, die der marxistischen Arbeiterbewegung nahestanden, als Antizipation einer Tendenz angesehen werden, die Bernal wie folgt beschreibt:

„Die physikalischen Theorien des 20. Jahrhunderts zeigen jedenfalls nicht weniger Einflüsse, die sich aus idealistischen Tendenzen außerhalb der Wissenschaft ergeben, als die Theorien früherer Jahrhunderte. Trotz all ihrer Symbolik und ihrer mathematischen Formulierungen kommt darin noch immer viel von jener Flucht vor der Realität zum Ausdruck, die letzten Endes in der Religion wurzelt ... Der Einfluß des Positivismus von Ernst Mach auf die theoretischen Formulierungen der modernen Physik war vorherrschend ... (Daher konnten) die Physiker den Positivismus nicht als das erkennen, was er wirklich ist: eine geistreiche Methode, eine objektive Welt mit subjektivistischen Begriffen wegzudisputieren¹⁹.“

Das dritte wesentliche Moment betrifft die Entwicklung der russischen Gesellschaft nach dem Scheitern der Revolution von 1905/06; diese hatte sowohl eine Periode der extremen politischen Reaktion als auch der verschärften ökonomischen Ausbeutung zur Folge. Eine Interpretation der Entstehungsbedingungen von Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ hat den Niederschlag dieser Prozesse sowohl auf die Klassen der russischen Gesellschaft im allgemeinen als auch auf die verschiedenen Gruppierungen der russischen Intelligenz im besonderen zu behandeln; weiter hat sie zu erklären, inwieweit durch die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung sich sowohl das Verhältnis der Klassen der russischen Gesellschaft

18 Vgl. Bernal, a.a.O., S. 676—685.

19 Bernal, a.a.O., S. 694.

untereinander und zum Staat als auch die politische Theorie der Klassen²⁰ veränderte²¹.

Die Periode nach 1905 ist *ökonomisch* gekennzeichnet durch die weitere Zerstörung der traditionellen russischen Dorfgemeinschaft. Dieser Prozeß wurde durch die Stolypinsche Agrarreform beschleunigt, indem die Möglichkeit des privaten Aufkaufs von Land, eine Bedingung der Entwicklung der kapitalistischen Warenwirtschaft, rechtlich garantiert und abgesichert wurde. Diese Möglichkeit konnten ausschließlich die reicheren Bauern nutzen; durch die Agrarreform wurde damit die Masse der Bauern abhängiger und tendenziell proletarisiert.

Kam die Zersetzung der russischen Dorfgemeinschaft den reichen Bauern zugute und beschleunigte sie die Herausbildung einer Bourgeoisie auf dem Dorf, so entsprach die Agrarreform gesamtgesellschaftlich den Interessen des für die russische Gesellschaft nach 1905 konstitutiven Klassenbündnisses zwischen der — zahlenmäßig geringen — Bourgeoisie, dem feudalen und halbfeudalen agrarischen Großgrundbesitz und dem bürokratischen Staatsapparat mit dem Zaren an der Spitze: durch die Agrarreform wurden insbesondere die Interessen der sich herausbildenden russischen Kapitalistenklasse wahrgenommen, indem ein innerer Markt für landwirtschaftliche Produkte geschaffen bzw. der bereits vorhandene erweitert wurde. Indem so die kapitalistische Warenproduktion im russischen Dorf in Gang gesetzt wurde, mußten sich auch dort die Klassengegensätze zuspitzen.

Im Bereich der industriellen Produktion ist diese Periode gekennzeichnet durch Rückgang, z. T. absolutes Sinken des Produktionsvolumens wichtiger Industriezweige. Gleichzeitig begann ein Prozeß

20 Vgl. dazu die Bemerkungen von Marx zum allgemeinen Verhältnis der Klasseninteressen zu ihren literarischen und politischen Vertretern in: Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Marx-Engels-Werke, Bd. 8, hier bes. S. 142 f. Auch Korsch weist auf diese Bemerkungen hin. Anstatt sie aber zum Ausgangspunkt der von ihm immer wieder geforderten „kritischen“ Analyse zu nehmen, bleibt es bei diesen Verweisen (vgl. Marxismus und Philosophie, a.a.O., S. 79).

21 Zur folgenden Darstellung vgl. die entsprechenden Kapitel von: Illustrierte Geschichte der russischen Revolution von 1917 — Hrsg. v. W. Astrow, A. Slerkow, J. Thomas, Berlin 1928; Geschichte der KPdSU (B) — Kurzer Lehrgang. O.O. o.J.; A. Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus. Eingel. v. O. K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1967. Es muß hier auf eine Diskussion der herangezogenen Quellen verzichtet werden, zumal es nicht um eine historiographische Detailuntersuchung geht, sondern um die Darstellung der Verschränkung der Philosophie der „Machianer-Marxisten“ Rußlands mit der Entwicklung der russischen Gesellschaft in der Zeit der „Stolypinschen Reaktion“. Im übrigen werden die „bolschewistischen“ Quellen, was diese Periode betrifft, von der durch und durch anti-kommunistischen Darstellung des „Ostforschers“ G. v. Rauch, früher Propagandist der nazi-faschistischen Ostpolitik, bestätigt (vgl. seine Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1955, S. 35—52).

der Konzentration und Zentralisation des Kapitals²². Die Folgen für das russische Industrieproletariat in den großen Städten waren Massenentlassungen, absolute Verlängerung des Arbeitstages, drastische Lohnsenkung, d. h. Herauspressen von Extramehrwert zur Erweiterung der industriellen Produktionskapazitäten und damit verbunden die Erhöhung des kapitalistischen Profits²³.

Die Periode der Stolypinschen Reaktion ist *politisch* durch die blutige Unterdrückung aller revolutionären Kräfte in den Industriezentren und auf dem russischen Dorf gekennzeichnet. Die Massenschießungen 1906, die die militärische Niederlage des Volksaufstandes begleiteten, nicht mitgerechnet, wurden in den Jahren 1907—1909 Tausende von Todesurteilen vollstreckt, meist an Arbeitern, Bauern und kleinen Gewerbetreibenden. Zehntausende wurden lebenslänglich verbannt und eingekerkert; die sozialdemokratischen Organisationen wurden illegalisiert und zum Teil zerstört. Von diesen Repressionsmaßnahmen waren besonders die Menschewiki betroffen, wollten sie doch gänzlich auf illegale Arbeit verzichten und sich auf die legale Politik in den von der Konterrevolution unter dem Druck des Volkes geschaffenen Institutionen — hauptsächlich Duma — konzentrieren. Nach Auffassung der Vertreter der Menschewiki in der SDAPR war die Duma, die 1905 geschaffen wurde (und 1907 im Zuge des Erstarkens der Konterrevolution aufgelöst und unter undemokratischen Bedingungen mit eingeschränktem Wahlverfahren für die fortschrittlichen Kräfte rekonstituiert wurde), ein erster Schritt zur Parlamentarisierung des zaristischen Systems und zur Annäherung an die Regierungsform der konstitutionellen Monarchie der westlichen bürgerlichen Staaten.

Neben der Auflösung der vom Volk gewählten Duma und der Errichtung einer neuen, die den herrschenden Klassen die Möglichkeit einer absoluten Dominanz auch auf der parlamentarischen Ebene zusicherte, wurden — um die wirklichen Organe der Arbeiter- und Bauernmassen zu schwächen, die unterdrückten Massen zu zersplittern und damit die Klassenwidersprüche zu neutralisieren — legale Organisationen, wie Gewerkschaften, Arbeiterclubs u. ä.,

22 Gleichwohl blieb Rußland natürlich im Vergleich mit den westeuropäischen Staaten ökonomisch „rückständig“ und weitgehend vom Kapital von Frankreich, England und vom Deutschen Reich abhängig (vgl. dazu die komparativen Daten in W. J. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1917). In: *Ausgewählte Werke*, Bd. I. Berlin 5 1966, S. 767—873.

23 Zu Lenins damaliger Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten des sich kapitalisierenden Rußland s. sein Vorwort zur 2. Auflage von „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ von 1907 (In: *Marx-Engels-Marxismus*. Berlin 1967, S. 218—222). Hier zeigt sich, daß Lenin durchaus die für die revolutionäre Bewegung positiven Seiten der Stolypinschen Reaktion und ihrer ökonomischen Maßnahmen sah: daß die Bauernmassen tendenziell aus dem autochthonen Milieu der russischen Dorfgemeinschaft gerissen wurden.

geschaffen, welche sich häufig unter der Kontrolle der zaristischen Geheimpolizei befanden.

Die Niederlage von 1905 beeinflusste nachhaltig die Entwicklung großer Teile der russischen *Intelligenz*, die — anti-zaristisch und revolutionär-sozialromantisch orientiert — zwar in der Phase des Aufschwungs der revolutionären Bewegung diese unterstützten, nach dem Sieg der Konterrevolution jedoch resignierten und von den Unterdrückungsmaßnahmen demoralisiert wurden — jedenfalls nicht die Kraft aufbrachten, unter schwersten Bedingungen alle legalen, halb- und illegalen Wege der revolutionären Tätigkeit zu nutzen. Stattdessen flüchteten sie sich z. T. in mystische Ideologien (so wollte eine Richtung innerhalb der russischen Intelligenz eine neue Religion begründen; diese sollte den armen Bauer befähigen, sich aus seiner elenden gesellschaftlichen Lage zu befreien).

Aus dieser kurzen Skizzierung der gesellschaftlichen Bedingungen, die direkt oder indirekt die Entstehung von Lenins „Materialismus und Empirioskritizismus“ beeinflussten, wird deutlich, daß weder die Interpretationen von Korsch noch die Pannekoeks die Entstehungsgeschichte und die Problemorientierung von Lenins Arbeit klären.

Korsch interpretiert den Briefwechsel zwischen Lenin und Gorki (der zwar mit der Fraktion der Bolschewiki sympathisierte, gleichzeitig aber zum Mystizismus tendierte) in den Jahren 1905 bis 1909 und die verschiedenen, taktisch bestimmten Erklärungen der von Lenin geleiteten Gruppe der Bolschewiki dahingehend, daß der Gehalt von Lenins Philosophie „sekundär“ sei gegenüber der parteipolitischen Funktion²⁴. Dabei geht er auf die *sachliche* Notwendigkeit der marxistischen Kritik an der Machschen Philosophie und auf den Versuch, die marxistische Philosophie mit Hilfe Machscher Gedanken zu revidieren, nicht näher ein. Pannekoek erklärt die Entstehung der von Lenin angegriffenen Richtung aus dem „geistigen Verkehr (der russischen sozialistisch orientierten Intelligenz, R.A.) mit der westeuropäischen Intelligenz“²⁵.

Beide Interpretationen sind zu allgemein und bestenfalls einseitig. Lenins Anliegen war nicht bloß der Kampf um die „Reinheit“ der marxistischen Lehre und um die ideologische „Geschlossenheit“ der bolschewistischen Fraktion in Fragen der Philosophie, Theorie und Taktik. Vielmehr war Lenins Kampf gegen den „Machianer-Marxismus“ bestimmt sowohl von der philosophischen Kritik an jeder Form des Mystizismus im allgemeinen als auch vom Kampf gegen den Versuch, mit Hilfe der Machschen Philosophie den Marxismus zu „verbessern“, im besonderen. Die oben geschilderten geschichtlichen Bedingungen ließen diesen Kampf um so notwendiger erscheinen, als nur unter den besonderen Bedingungen der Niederlage und des Erstarkens der Konterrevolution jene Rezeption der Philosophie Machs durch die russische Intelligenz und durch führende Intellek-

24 Korsch, *Marxismus und Philosophie*, a.a.O. S. 54 f.; Karl Marx a.a.O., S. 149, und *Why I am a Marxist* („die alternative“ 41/1965).

25 Pannekoek, *Lenin als Philosoph*, a.a.O., S. 82.

tuelle der Fraktion der Bolschewiki in dieser Form möglich wurde ²⁶.

Insofern müßte, gerade wenn es sich um Strömungen innerhalb der Intelligenz handelte, die — wie die westeuropäische und die russische — sich an die Bourgeoisie kettete, eine Auseinandersetzung mit diesen Versuchen durchaus die *revolutionäre Seite* der bürgerlich-materialistischen Philosophie hervorheben, sollte doch durch die Propagierung dieser Seite die philosophische Tradition, aus der sich die marxistische Theorie erst entwickeln konnte, betont werden und Teilen der bürgerlichen Intelligenz die Krise der bürgerlichen Weltanschauung verdeutlicht werden, um einem Teil der Intelligenz die Perspektive des politischen Bündnisses mit der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei zu eröffnen ²⁷.

Lenins zentrale Problemstellung konnte es also nicht sein, die Grundzüge des dialektischen Materialismus im allgemeinen und seiner erkenntnistheoretischen Seiten im besonderen als übergeschicht-

26 Vgl. dazu Lenins Erklärung der Fraktionsauseinandersetzungen im russischen sozialistischen Lager in der Zeit der Stolypinschen Reaktion von 1910. Lenin geht dabei von seiner Auffassung der marxistischen Dialektik als der „Lehrer von der allseitigen und widerspruchsvollen historischen Entwicklung“ aus und wendet sie auf die konkrete geschichtliche Situation an. Die widerspruchsvolle geschichtliche Entwicklung sei besonders stark ausgeprägt in Phasen der tiefgreifenden Veränderung der gesellschaftlichen und Klassenstrukturen. Allgemein formuliert Lenin, daß sich je nach Veränderung der konkreten gesellschaftlichen und politischen Situation im „Marxismus als einer lebendigen Lehre“ jeweils „verschiedene seiner Seiten“ in den Vordergrund drängten und notwendig in den Vordergrund treten müssen. In der konkreten Lage in Rußland hätte die Kapitalisierung Rußlands eine „Umwertung aller Werte“ hervorgebracht, die eine „sehr ernste innere Krise des Marxismus“ bedingt hätte; diese äußere sich u. a. theoretisch in dem Versuch, die marxistische Theorie mit Hilfe der bürgerlichen Philosophie zu revidieren. Daher sei es notwendig, daß sich alle Marxisten zur Verteidigung der theoretischen Grundlagen des Marxismus zusammenfänden, da man nicht „mit einer Handbewegung“ einfach über die innere Krise des Marxismus hinweggehen könne. Es sei dies um so mehr in Rußland eine praktische Notwendigkeit, da seit den Stolypinschen Reformen „breite Schichten zur bewußten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben“ tendenziell gezwungen werden und daher auch mit der marxistischen Theorie und der sozialistischen Bewegung konfrontiert werden: „Gerade weil der Marxismus kein totes Dogma, nicht irgendeine abgeschlossene, fertige, unveränderliche Lehre, sondern eine lebendige Anleitung zum Handeln ist, gerade deshalb mußte er unbedingt den schroffen Wechsel der Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens widerspiegeln.“ (Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus, in: Marx-Engels-Marxismus, S. 277—283).

27 Daraus erklärt sich beispielsweise die Betonung der die damalige Philosophie revolutionierenden Seiten der materialistischen Elemente der Philosophie Diderots und anderer französischer Materialisten (Holbach, Helvetius) sowie Feuerbachs durch Lenin. Im übrigen ist dies keine besondere „Eigenart“ Lenins, sondern findet sich bei Marx und Engels und wird von allen Marxisten im Rahmen der Kritik der bürgerlichen Ideologie angewandt.

lich-zeitloses Substrat darzustellen, sondern er mußte diese Grundzüge in lebendiger Auseinandersetzung mit den herrschenden philosophischen Strömungen entfalten. Insofern diese in ihrem Gehalt verschiedene Varianten des subjektiven Idealismus darstellten, mußte Lenins Schwerpunkt auf dem philosophischen Materialismus liegen. Es ist dies ein allgemeines Kennzeichen der marxistischen Ideologiekritik: Keineswegs um die Konstatierung geschichtsloser „Wesenheiten“ bemüht, kann sie sich nur konkret mit den Erscheinungsformen bürgerlicher Ideologie auseinandersetzen.

Die weitere Beschäftigung Lenins mit philosophischen Sachverhalten bestätigt diese Aussage: In den „Philosophischen Heften“ wird vielfach auf die revolutionäre Seite der Dialektik Hegels hingewiesen, ohne daß damit in irgendeiner Weise Hegels System oder seine erkenntnistheoretische Lösung der Subjekt-Objekt-Problematik akzeptiert wird²⁸.

In dem programmatischen Geleitwort zu „Unter dem Banner des Marxismus“ hat Lenin 1922 die konstitutive Funktion des streitbaren, gegen jede Form des Idealismus in der Philosophie kämpfenden philosophischen Materialismus für die Annäherung der Intelligenz an die Partei des Proletariats hervorgehoben. Dies führte ihn allerdings keineswegs dazu, die Bedeutung der Hegelschen Dialektik zu verleugnen — im Gegenteil:

„Gestützt auf die Marxsche Anwendung der materialistisch aufgefaßten Dialektik können und müssen wir diese Dialektik nach allen Seiten hin ausarbeiten, in der Zeitschrift Auszüge aus den Hauptwerken Hegels veröffentlichen und sie materialistisch auslegen, indem wir sie durch Musterbeispiele der Anwendung der Dialektik bei Marx kommentieren, ebenso aber auch durch Musterbei-

28 Hier muß auch die Auffassung des Herausgebers der letzten deutschen Ausgabe von Teilen aus Lenins „Philosophischen Heften“ zurückgewiesen werden, der — in der Tradition der in Frankfurt praktizierten Marxologie stehend — meint, daß Lenin „in seinen fortgeschrittensten Positionen (im Konsepekt zu Hegels Wissenschaft der Logik, R. A.) zum frühen Marx zurückfindet“ und der damit in der Tat einer „hegelischen“ Lenin-Interpretation verpflichtet ist (Th. Meyer, Einleitung zu: W. I. Lenin, Hefte zu Hegels Dialektik. München 1969, S. 71). — S. dagegen die Bemerkungen Lenins in den „Philosophischen Heften“, die sich auf die Hegelsche Methode beziehen (in diesem Sinn ist auch die Rezeption des von Hegel entwickelten Prinzips der Einheit von Logik, Erkenntnistheorie und Dialektik zu verstehen). So ist für Lenin nicht fraglich, ob es (in der Natur) Bewegung gibt, sondern wie diese wirkliche Bewegung in der Logik der Begriffe ausgedrückt werden muß und kann (Werke Bd. 38, Berlin 1970, S. 242 f.). Zwar müsse hier auf Hegels Lehre zurückgegriffen werden, aber in rationeller Form; diese rationelle Form habe Marx der Hegelschen Dialektik gegeben, indem er sie in der Kritik der politischen Ökonomie anwende. So werde in „Kapital“ „auf eine Wissenschaft Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie ... des Materialismus angewandt, ... alles Wertvolle von Hegel übernommen und weiterentwickelt“. (a.a.O., S. 316; vgl. S. 168, 170, wo Lenin auf die Bedeutung von Hegels Logik für die marxistische Theorie hinweist).

spiele der Dialektik auf dem Gebiet der ökonomischen und politischen Verhältnisse, wie sie uns die neueste Geschichte, besonders der moderne imperialistische Krieg und die Revolutionen, in so ungewöhnlich großer Anzahl bieten ²⁹."

II. Die Schwerpunkte der Kritik von Korsch und Pannekoek

1. Lenin als vorkritischer Philosoph und undialektischer Materialist

Die Kritik von Korsch und Pannekoek an Lenins „Materialismus und Empirio-kritizismus“ konzentriert sich im wesentlichen auf zwei Schwerpunkte. Zwar bezeichnen beide Lenins Philosophie durchaus als materialistisch; sie setzen übereinstimmend mit ihrer Kritik dort an, wo der Rahmen des philosophischen Materialismus bei der Bestimmung des Subjekt-Objekt-Verhältnisses zwar von der materialistischen Philosophie Marxens nicht verlassen wird, dieses aber durch die marxistische Philosophie eine besondere Konkretion durch die Anwendung der von Hegel entwickelten dialektischen Methode in Form der materialistischen Dialektik Marxens erfahren hat. In diesem Sinn sei Lenin zwar philosophischer Materialist, aber kein Vertreter des *dialektischen* Materialismus. So kommt Korsch zu seinem Urteil, daß Lenins Philosophie „vorkritisch“ sei: Lenins Behandlung der erkenntnistheoretischen Grundfrage falle zurück auf eine Position, die von der klassischen Philosophie von Kant bis Hegel „überwunden“ sei³⁰. Diese habe „das Absolute“ aus dem „*Sein*“ sowohl „des *Geistes*“ als auch „der *Materie*“ „endgültig verbannt“ und sei in der Vollendung der Auflösung der Leibnitz-Wolffschen Metaphysik bei Hegel „in die dialektische *Bewegung der Idee*“ verlegt worden. Somit bestand dann das philosophische Verdienst von Marx und Engels „nur noch“ darin, „die Hegelsche Dialektik von ihrer letzten mystifizierenden Hülle zu befreien, in der dialektischen Selbstbewegung der Idee die darunter verborgene *wirkliche geschichtliche Bewegung* zu entdecken und diese revolutionäre geschichtliche Bewegung als das jetzt noch übrigbleibende einzige ‚Absolute‘ zu proklamieren ³¹.“

Lenin habe diese Weiterentwicklung der Hegelschen Dialektik in den Händen von Marx und Engels nicht begriffen; er kehre in „Materialismus und Empirio-kritizismus“ zu „absoluten Gegensätzen“ von „Denken“ und „Sein“, „Geist“ und „Materie“ zurück: Er spreche von „absolutem Sein“ und „absoluter Wahrheit“ ³².

Es handelt sich also bei konsequenter Weiterführung der Kritik Korschens um zwei *grundsätzlich* verschiedene Auffassungen der materialistischen Dialektik, da die Anwendung der materialistischen Dialektik die Philosophie Marxens wie alle marxistische

²⁹ Lenin, Über die Bedeutung des streitbaren Materialismus, in: Ausgewählte Werke Bd. 3, Berlin ⁵1966, S. 762.

³⁰ Korsch, „Antikritik“ zu Marxismus und Philosophie, a.a.O., S. 60 f.

³¹ A.a.O., S. 61.

³² Ebda.

Philosophie kennzeichnet und somit die ontologische Dimension des vor-marxischen philosophischen Materialismus überwindet. Insofern ist jede materialistische Philosophie, die un- und anti-dialektisch ist, als „bürgerliche Philosophie“ zu bezeichnen, während — begreift man die marxistische Theorie als Ausdruck des revolutionären proletarischen Emanzipationskampfes — die materialistische Dialektik Marxens durchaus als „proletarische Dialektik“ bezeichnet werden kann³³.

Korsch's Kritik an Lenins „Materialismus und Empiriekritizismus“ ist im Ansatz verbunden mit jener Kritik an der von Lenin seiner Ansicht nach betriebenen Negation der Philosophie, die der theoretische Ausgangspunkt Marxens in der „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ (1844) war und sich auf die Hegelsche Philosophie bezog. Lenin selbst aber habe die Philosophie keineswegs „aufgehoben“ im Sinne von Marx, sondern sie auf eine bloß parteitaktische Angelegenheit heruntergebracht³⁴. So habe Lenin, anstatt die Hegelsche Dialektik bei Analyse und Darstellung der erkenntnistheoretischen Grundzüge des dialektischen Materialismus anzuwenden, den verhängnisvollen Irrtum begangen, vor dem Engels schon die „Vulgärmarxisten“ des ausgehenden 19. Jahrhunderts (Büchner, Vogt) warnte³⁵. Lenin habe Hegel einfach „beiseite gelegt“, während doch Marx an die revolutionäre Seite der Hegelschen Philosophie — die dialektische *Methode* — bewußt angeknüpft habe und sie zum zentralen Bestandteil seiner proletarischen Wissenschaft gemacht habe. Wenn Lenin sich den Übergang „von der Hegelschen idealistischen Dialektik zu dem dialektischen Materialismus von Marx und Engels ... als eine bloße Auswechselung der dieser dialektischen Methode bei Hegel zugrundeliegenden Weltanschauung durch eine andere, nicht mehr ‚idealistiche‘, sondern ‚materialistische‘ *philosophische Weltanschauung*“ vorstellt — was nur eine „terminologische Veränderung“ sei —, dann wolle „der Philosoph Lenin ... als *Marxist* allen Ernstes zugleich *Hegelianer* bleiben“³⁶.

2. Die Kritik an Lenins Materiebegriff

Die Kritik Pannekoeks an der Leninschen Definition der „Materie“ — „eine philosophische Kategorie zur Bezeichnung der objektiven Realität, die dem Menschen in seinen Empfindungen gegeben ist, die von unseren Empfindungen kopiert, fotografiert, abgebildet

33 So Brecht in einem Fragment zur materialistischen Philosophie. Werksausgabe Bd. 20. Frankfurt/M. 2 1968, S. 150 f.

34 Korsch, Marxismus und Philosophie, a.a.O., S. 58.

35 Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in MEW, Bd. 21, Berlin 1969, S. 263—307, hier S. 292.

36 Korsch, Marxismus und Philosophie, a.a.O., S. 60.

wird und unabhängig von ihnen existiert“³⁷ — ist eingebettet in die Kritik an der gesamten methodischen Vorgehensweise Lenins. Diese entspräche nicht „einer Diskussion, die die Anschauungen klärt“, sondern Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ „... ist die Kampfschrift eines Parteiführers, der die Gefahr für seine Partei abzuwenden hat mit allen Mitteln“³⁸. Das ist nach Pannekoek der eine Grund, weshalb Lenin die Gedanken von Mach und Avenarius „schnoddrich und verständnislos“ wiedergebe³⁹, Machs Philosophie verdrehe⁴⁰ und sich überhaupt nicht bemühe, „in die wirklichen Ansichten des Gegners einzudringen“⁴¹; denn ihm komme es nicht darauf an, „was Mach wirklich denkt, sondern was er denken sollte, wenn er in derselben Weise konsequent wäre wie Lenin“⁴². Insofern sei Lenins Kampfschrift „Teil eines Gerichtsverfahrens“ zur Herstellung der Geschlossenheit der Fraktion der Bolschewiki auf theoretischem Gebiet, weshalb angeblich auch die Wortführer der von Lenin bekämpften Philosophie „unschädlich gemacht“ werden sollten und ihr Ansehen „vernichtet“ werden sollte⁴³.

Daher habe Lenin den Idealismus und Solipsismus in die Philosophie Machs und Avenarius' hineininterpretiert⁴⁴, indem er das „Schema Materialismus — Idealismus im Sinne des bürgerlichen Materialismus anwendet, also für die erste Richtung die physische Materie als Merkmal annimmt“⁴⁵.

Damit ist der zweite Tatbestand, der es unmöglich gemacht habe, daß Lenin die von ihm kritisierten Autoren überhaupt habe verstehen können, genannt. Er besteht nach Pannekoek in der Übereinstimmung Lenins mit dem — von ihm selbst allerdings als „mechanisch“ klassifizierten⁴⁶ — Standpunkt der bürgerlichen Materialisten. Le-

37 Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus“, a.a.O., S. 124; vgl. auch S. 267; Pannekoek gibt diese begriffliche Fassung nicht ganz korrekt wieder, was wohl an der grammatikalisch unrichtigen Rückübersetzung des Pannekoek-Textes aus dem Englischen liegt.

38 Pannekoek, Lenin als Philosoph, S. 115.

39 Pannekoek, a.a.O., S. 85.

40 A.a.O., S. 83.

41 A.a.O., S. 85.

42 A.a.O., S. 84.

43 A.a.O., S. 87 f.

44 Pannekoek, a.a.O., S. 84/85; vgl. Korschens Pannekoek-Rezension, in der Korsch Lenin eine „glatte Fehlinterpretation des entschieden materialistischen Ansatzes, welcher der neueren positivistischen Philosophie zugrundeliegt“, attestiert (a.a.O., S. 131).

45 Pannekoek, a.a.O., S. 87; Pannekoek geht soweit, Lenin vorzuwerfen, daß er die Urteile bürgerlicher Fachphilosophen über Mach und Avenarius benutzt (in denen diese als Vertreter des subjektiven Idealismus und Solipsismus dargestellt werden). So richtig Pannkoeks Bemerkung, man könne die Wahrheit einer Philosophie vor allem aus ihren eigenen Quellen verstehen (S. 87), so ist es doch ebensosehr gerechtfertigt, die Implikationen einer Philosophie, ihre Wirkungen und Widersprüche aufzuzeigen. (vgl. Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, a.a.O., S. 62—66).

46 Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, S. 239.

nin verwechsele die „beobachtbare wirkliche Welt und (die) physikalischen Begriffe“⁴⁷ und setze die „physische Materie als gleichbedeutend mit der realen Welt“⁴⁸. Diese Gleichsetzung entstehe dadurch, daß für Lenin „Natur“ und „Materie“ identisch seien:

„Der Name ‚Materie‘ ist (für Lenin) gleichbedeutend mit objektiver Welt. In dieser Gleichsetzung stimmt er mit dem bürgerlichen Materialismus überein, der auch in der Materie die einzig reale Substanz der Welt sah . . . Für Lenin (besteht) die Natur nicht nur aus Materie, sondern auch aus den Naturgesetzen, welche unabhängig von uns in der Welt als feste Gebote bestehen, denen die Dinge zu gehorchen haben. Die objektive Existenz der Naturgesetze verneinen, bedeutet für ihn daher, die Natur selbst zu verneinen“⁴⁹. Es liege also eine einfache Verwechslung der Naturgesetze und der menschlichen Kenntnis der Naturgesetze vor: Lenin halte die Kenntnis der Naturgesetze, die sich die Menschen durch die Aneignung der Natur in ihrer praktisch-sinnlichen Tätigkeit erwerben, für die Naturgesetze selbst:

„Wir kleiden (das Naturgesetz) in die Form der Notwendigkeit, aber die Praxis zeigt stets wieder Abweichungen, die wir als neue Gesetze zu formulieren suchen. Das Gesetz bestimmt nicht, was die Natur tun wird, sondern was wir erwarten, daß sie tun wird“⁵⁰.

Die Kritik Pannekoeks an der Widerspiegelungstheorie und der Form, in der Lenin sie in „Materialismus und Empiriokritizismus“ vertritt — von Korsch wiederholt als eine „bloß passive Widerspiegelung und Abbildung (des) objektiven Seins in dem subjektiven Bewußtsein“ bezeichnet⁵¹ —, bezweifelt, daß das menschliche Denken die Natur außer ihm überhaupt richtig erfassen könne. Hierbei geht es Pannekoek um Theorien⁵², Lenin jedoch um die *Verifizierung*

47 Pannekoek, a.a.O., S. 90.

48 Pannekoek, a.a.O., S. 99.

49 Pannekoek, a.a.O., S. 90 f. — Die Übereinstimmung des Marxschen mit dem Leninschen Naturbegriff sowie des erkenntnisleitenden Interesses an der Natur, die sich für den Menschen durch seine Praxis vermittelt, indem sie von ihm angeeignet, verändert wird und er sich selbst verändert, in immer größerem Ausmaß die Natur beherrschen lernt, ist nicht zu verkennen.

50 Pannekoek, a.a.O., S. 91; hier deuten sich materielle Übereinstimmungen Pannekoeks mit Mach sowie dem modernen (Neo-)Positivismus und der von beiden vorgenommenen erkenntnistheoretischen Reduktion objektivierbarer Prozesse auf subjektive Erwartungsmuster an.

51 Korsch, *Marxismus und Philosophie*, a.a.O., S. 62; auch: Karl Marx, a.a.O., S. 207 f.

52 Pannekoek, a.a.O., S. 94; Pannekoek trifft in diesem Zusammenhang die — zweifellos richtige — Feststellung, daß die Theorie „immer nur ein angenähertes Bild ist, das nur die Hauptzüge, das Allgemeine in einer Gruppe von Erscheinungen wiedergibt“ — was von Lenin gar nicht bestritten wird, der sagt: „Die Anerkennung der objektiven Realität der Außenwelt und der Gesetze der äußeren Natur . . . (sind) sehr wohl für den Menschen erkennbar, (können) aber nie *restlos* von ihm erkannt werden.“ (*Materialismus und Empiriokritizismus*, a.a.O., S. 186).

oder Falsifizierung der Theorie in der Praxis. Dazu führt Lenin bei der Analyse der erkenntnistheoretischen Implikationen der von Engels entwickelten Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit⁵³ aus:

„Bei Engels bricht die ganze lebendige menschliche Praxis in die Erkenntnistheorie selbst ein, wobei sie das *objektive* Kriterium der Wahrheit gibt: Solange wir das Naturgesetz nicht kennen, das neben unserem Bewußtsein, außerhalb unseres Bewußtseins existiert und wirkt, macht es uns zu Sklaven der ‚blinden Notwendigkeit‘. Sobald wir aber dieses Gesetz, das ... *unabhängig* von unserem Willen und unserem Bewußtsein wirkt, erkannt haben, sind wir die Herren der Natur. Die Herrschaft über die Natur, die sich in der Praxis der Menschheit äußert, ist das Resultat der objektiv richtigen Widerspiegelung der Erscheinungen und Vorgänge der Natur im Kopfe des Menschen, ist ein Beweis dafür, daß diese Widerspiegelung (in den Grenzen dessen, was uns die Praxis zeigt) objektive, absolute, ewige Wahrheit ist⁵⁴.“

Hier besteht zweifellos ein Bezug zur materialistischen Widerspiegelungstheorie, der die nur passiv aufgefaßte Widerspiegelung der äußeren Natur im menschlichen Bewußtsein, wie sie noch in den Vorstellungen der vor-marxischen Materialisten vorherrschen mußte und die von der Widerspiegelungstheorie des dialektischen Materialismus transzendiert wird, aufdeckt und der darüber hinaus den Zusammenhang mit der marxistischen Auffassung des Verhältnisses von Freiheit und Notwendigkeit verdeutlicht. In ihr ist immer die gesellschaftliche Vermittlung enthalten. Erst dadurch wird die **abstrakt-unvermittelte** Dimension der vor-marxischen materialistischen Philosophie überwunden⁵⁵.

In der Kritik an den von den vor-marxischen Materialisten entwickelten Vorstellungen von Raum und Zeit, an denen sich Lenin angeblich gänzlich orientiert, führt Pannekoek die Ergebnisse der Physik zu Beginn des 20. Jahrhunderts an, um die Unhaltbarkeit

53 Vgl. Engels, „Anti-Dühring“: MEW, Bd. 20, Berlin 1969, a.a.O., S. 106.

54 Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, a.a.O., S. 187; vgl. auch S. 326, wo Lenin gegen die von Bogdanow vertretene Identitätsbeziehung von Sein und Bewußtsein polemisiert: „Das gesellschaftliche Sein und das gesellschaftliche Bewußtsein sind nicht identisch, ebensowenig wie Sein überhaupt und Bewußtsein überhaupt identisch sind ... Das gesellschaftliche Bewußtsein *widerspiegelt* das gesellschaftliche Sein — darin besteht die Lehre von Marx. Die Widerspiegelung kann eine annähernd richtige Kopie des Widergespiegelten sein, aber es ist unsinnig, hier von Identität zu sprechen. Das Bewußtsein widerspiegelt überhaupt das Sein — das ist eine allgemeine These des gesamten Materialismus.“

55 Das drückt der von Engels bündig formulierte marxistische Freiheitsbegriff aus: „Freiheit besteht also in der auf Erkenntnis der Naturnotwendigkeit gegründeten Herrschaft über die äußere Natur, sie ist damit notwendig ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung.“ (Anti-Dühring, MEW, Bd. 20, S. 106); vgl. Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, a.a.O., S. 130 f.

und den naiven Realismus der Leninschen Auffassungen, nach denen Raum und Zeit objektiv-reale Formen des Seins sind, zu belegen⁵⁶. Als Entdeckungen, die die Auflösung der klassischen Newtonschen Mechanik einleiteten, führt Pannekoek das Michelsen/Morley-Experiment (1889) an (das keinen Unterschied in der Lichtgeschwindigkeit erkennen ließ, wie schnell und wohin auch immer sich der Beobachter bewegte⁵⁷) sowie die ersten theoretischen Erklärungen Einsteins für diese und andere Ergebnisse der Physik in seiner Speziellen Relativitätstheorie (1905) (die die Relativität von Raum und Zeit beinhaltet⁵⁸).

„Lenin bezeichnet als materialistisch den Glauben, daß die Abstraktion des absoluten Raumes und der absoluten Zeit, die die Wissenschaft zeitweilig aus den Erfahrungen zog, die Realität der Welt ist⁵⁹.“

Lenin selbst sagt aber keineswegs, daß die Abstraktion des „absoluten Raumes“ und der „absoluten Zeit“ die wirkliche Welt ist. Er behandelt die menschlichen Vorstellungen von Raum und Zeit als Widerspiegelungen der „Grundformen allen Seins“ (Engels). Diese sind insofern objektiv-real (nicht „absolut“, wie es bei Pannekoek heißt), als Sein außerhalb von Raum und Zeit undenkbar ist. Lenin erkennt bei Mach, für den Raum und Zeit „wohlgeordnete Systeme von Empfindungsreihen“ sind⁶⁰, einen erkenntnistheoretischen Relativismus, gegen den er seinen materialistischen Standpunkt entwickelt:

„Raum und Zeit sind objektiv reale Formen des Seins. In der Welt existiert nichts als die sich bewegende Materie, und die sich bewegende Materie kann sich nicht anders bewegen als in Raum und Zeit. Die menschlichen Vorstellungen von Raum und Zeit sind relativ, doch setzt sich aus diesen Vorstellungen die absolute Wahrheit zusammen, diese relativen Vorstellungen entwickeln sich in der Richtung der absoluten Wahrheit, nähern sich dieser. Die Veränderlichkeit der menschlichen Vorstellungen von Raum und Zeit wiederlegt nicht die objektive Realität beider, ebensowenig wie die Veränderlichkeit der wissenschaftlichen Kenntnisse über Struktur und Bewegungsformen der Materie die objektive Realität der Außenwelt widerlegt⁶¹.“

56 Pannekoek, a.a.O., S. 96 f.; vgl. Lenin, a.a.O., S. 171.

57 Bernal, a.a.O., Bd. 3, S. 691.

58 Vgl. Bernal, Bd. 3, S. 691 f.; vgl. Pannekoek, a.a.O., S. 97.

59 Pannekoek, a.a.O., S. 98.

60 E. Mach, Die Mechanik in ihrer Entwicklung historisch-kritisch dargestellt (1883). Hier zit. nach Lenin, a.a.O., S. 174, und Pannekoek, a.a.O., S. 96.

61 Hier orientiert sich Lenin nicht nur an Engels, sondern auch an Feuerbach, dessen Aussagen er zitiert: „Raum und Zeit sind die Existenzformen allen Wesens. Nur die Existenz in Raum und Zeit ist Existenz.“ Und: *Raum und Zeit sind keine bloßen Erscheinungsformen, — sie sind Wesensbedingungen, Vernunftsformen, Gesetze des Seins wie des Denkens*“ (zit. nach: Philosophische Kritiken und Grundsätze 1839—1846. Hrsg. v. W. Schuffenhauer, Leipzig 1969, S. 179 und 258). Das Lenin-Zitat in Materialismus und Empiriokritizismus, a.a.O., S. 171 f.

Lenin spricht also nicht von „absolutem Raum“ und „absoluter Zeit“, sondern von Raum und Zeit als objektiv-realen Formen des Seins und von „objektiv-realem Raum“ und „objektiv-realer Zeit“⁶², und zwar in dem Sinn, daß Raum und Zeit unabhängig vom Menschen existieren und daß die menschlichen Vorstellungen von Raum und Zeit (historisch) begrenzt, relativ sind, sich jedoch mit dem menschlichen Erkenntnisfortschritt und insbesondere dem Fortschritt der Naturwissenschaften der objektiven und absoluten Wahrheit *annähern*, nicht aber die absolute Wahrheit *sind*.

Die Kritik Pannekoeks an Lenins Bestimmung der Materie, von der hier ausgegangen wurde, zielt auf eine *Erweiterung* des Materiebegriffs ab. Lenins Materiebegriff umfasse nur die physikalische Materie und sei insofern bürgerlich bzw. entspreche der Auffassung des bürgerlichen Materialismus. Beide Materiebegriffe umfaßten nur die „aus Molekülen und Atomen bestehende physische Materie“⁶³, nicht dagegen Elektrizität, Energie und — die menschlichen Ideen, „das Geistige“, welches genauso wie das Materielle im Sinne der (physikalischen) Materie zur „wirklichen Welt“ gehöre⁶⁴.

„Wenn wir unsere ganze Erfahrungswelt zusammenfassend wiedergeben wollen — als Wissenschaft, zur Richtlinie künftigen Handelns —, kommen wir mit dem Begriff der physischen Materie nicht

62 Lenin, a.a.O., S. 173.

63 Pannekoek, Lenin als Philosoph, a.a.O., S. 98 f.

64 Pannekoek, a.a.O., S. 99. Aus diesem Versuch, den Materiebegriff zu erweitern durch „das Geistige“, erklärt sich auch die Hochschätzung Dietzgens durch Pannekoek. Denn auch für Dietzgen, dem Pannekoek einen selbständigen Beitrag zur Herausbildung und Entwicklung des dialektischen Materialismus zuschreibt bei der Systematisierung der „Wissenschaft des Geistes“ in der marxistischen Gesellschaftswissenschaft, waren Gedanken und Vorstellungen „*sinnlich, materiell, d. h. wirklich*“ (J. Dietzgen, Kleinere philosophische Schriften, Berlin 1954, S. 48). Die Einschätzung Dietzgens durch Pannekoek stimmt allerdings keineswegs mit der von Marx und Engels überein, die in verschiedenen Briefen zwar Dietzgens Bemühen um die Philosophie anerkannten, ihm allerdings ein nur intuitives Erfassen der materialistischen Dialektik bescheinigten (1868) und bei ihm eine theoretische Rückentwicklung feststellten (1882) (Vgl. die Briefe von Engels an Marx vom 8. Oktober 1868, 6. Nov. 1868, von Marx an Engels vom 4. Okt. 1868, 7. Nov. 1868, 5. Jan. 1882). — In der Einschätzung der Gedanken als „materiell“, die sich auf allen Ebenen seiner Lenin-Kritik findet, zeigt sich ein in Pannekoeks Denken immer wiederkehrender Topos. Dieser findet sich bereits 1913 (in dem Artikel: Dietzgens Werk. In: Die Neue Zeit. 31. Jg. 1913. Bd. 1, S. 37—47), kommt auf dem Höhepunkt der politischen Auseinandersetzungen zwischen Lenin, Pannekoek u. a. zum Ausdruck (vgl. Weltrevolution und kommunistische Taktik (1920), in: Pannekoek / Gorter, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution. O.O., o.J. (Frankfurt/M. 1969, S. 123—167, bes. II. Abschnitt) und findet sich in Pannekoeks letzter hier untersuchten Arbeit (1938).

aus. Wir brauchen da noch andere Begriffe, wie die Energie, den Geist, das Bewußtsein ⁶⁵.“

An diesen Überlegungen werden die verschiedenen Problemstellungen von Lenin und Pannekoek deutlich: Ist Pannekoeks Hauptproblem die gedankliche Reproduktion der Einheit der Welt im Zusammenhang mit ihrer Entwicklung und der des menschlichen Denkens als Gesamtheit ⁶⁶, so geht es Lenin hauptsächlich darum, einerseits die Erkenntnistheorie des philosophischen Materialismus und andererseits die des dialektischen Materialismus darzustellen; weiter geht es Lenin um das bewußte Hervorheben der gemeinsamen Ausgangspunkte und Berührungspunkte aller materialistischen Philosophie gegen sämtliche Erscheinungsformen des Idealismus (was sich als eine Notwendigkeit des ideologischen Kampfes gegen den sich herausbildenden Imperialismus erwies).

Pannekoeks Kritik müßte also, will sie nicht am Gegenstand selbst vorbeigehen, auf einer anderen Ebene ansetzen: Sie müßte nachweisen, daß es in der marxistischen Philosophie „reine Erkenntnistheorie“, die sich vom Erkenntnisobjekt so weit entfernt hat, daß sie jegliche Vermittlung des Objekts mit dem erkennenden Subjekt außer acht lassen muß, nicht geben kann ⁶⁷.

Die Kritik von Pannekoek, seine eigene Auflösung des Subjekt-Objekt-Verhältnisses, mündet in einen abstrakten Revolutionaris-

65 Pannekoek, a.a.O., S. 99.

66 Pannekoek, a.a.O., S. 81; hier bezeichnet Pannekoek das menschliche Denken und die menschliche Erfahrung als „Kollektiverfahrung der Menschheit“. Die „Welt“ wird somit „zu einem Gesamterlebnis der Menschen überhaupt.“ Insofern ist es nur folgerichtig, wenn von Pannekoek Dietzgens Analysen des menschlichen Denkprozesses als „lichtvolle Darlegungen des Wesens des Denkens“ (S. 47) bezeichnet werden.

67 Wollte Pannekoek sich nicht in ganz offensichtliche Widersprüche verwickeln, käme er dann aber jener Auffassung nahe, die vorgibt, die erkenntnistheoretischen Grundlagen der marxistischen Theorie ebenso wie die Grundzüge der materialistischen Dialektik selbst nicht darstellen zu können. Dies war ein ausgeprägter Zug des „Marxismus der II. Internationale“, bei dem trotz der Priorität auf der Objektseite im Subjekt-Objekt-Verhältnis oder seiner Mechanik in gesellschafts- und revolutions-theoretischer Hinsicht hier eine Übereinstimmung zu dem Dietzgen-Pannekoekschen Versuch, die reale wie die Begriffdialektik als Ausdruck der Subjekt-Objekt-Problematik auf die Subjektseite hin — also subjektivistisch — aufzulösen. — Der von beiden Tendenzen vertretenen Auffassungen zur Dialektik und ihrer Darstellung stehen freilich verschiedene Pläne von Marx und Engels entgegen: Marx wollte sehr wohl eine „Dialektik“ schreiben und befürchtete keineswegs, daß diese Darstellung zum abstrakten Prinzip herunterkäme (vgl. dazu verschiedene Briefe: Marx an Engels am 16. Jan. 1858 und an Dietzgen — Fragment — vom 9. Mai 1868). Neben Engels — s. die Fragmente zu „Dialektik der Natur“ (in: MEW, Bd. 20) hatte auch Lenin systematisch Material zusammengetragen, so daß durchaus die Absicht ersichtlich wird, die materialistische Dialektik in ihren Grundzügen darzustellen (vgl. das Fragment: Zur Frage der Dialektik, in: Werke Bd. 38, S. 338—344).

mus, hinter dem sich der naive Glaube verbirgt, gesellschaftliche Prozesse entwickelten sich in „reinen“ Formen. Dem Primat der „reinen Theorie“ entspricht als logische Konsequenz eine aktivistisch-revolutionaristische Wendung zur Tat. Da die Vertreter der „Theorie in ihrer reinen Form“ wie Pannekoek und Korsch von einer sich „rein“ entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft ausgehen⁶⁸, in der nur noch auf der imperialistischen Stufe der Grundwiderspruch zählt, können sie weder theoretisch noch praktisch die hauptsächlichliche Seite der widersprüchlichen Entwicklung im Geschichtsprozeß mit den nebensächlichen Seiten vermitteln. In ihrer Vorstellung heben sie — gleichsam von selbst — die nebensächlichen Widersprüche wie die empirisch vorfindlichen Widersprüche aus der vorangegangenen Gesellschaftsformation und/oder aus früheren Entwicklungsstadien der bürgerlichen Gesellschaft auf. — In Wirklichkeit dagegen ist zwar der Charakter der Widersprüche im geschichtlichen Prozeß durch die Notwendigkeit der Geschichtsentwicklung bestimmt, aber freilich nie in reiner Form, sondern stets als *historische Tendenz*: So ist beispielsweise der Charakter der Widersprüche zwischen der modernen bürgerlichen Ideologie und dem religiösen Glauben, gemessen am Hauptwiderspruch, ein durchaus untergeordneter, nebensächlicher, dessen Mißachtung in der revolutionären Praxis gleichwohl zu schwerwiegenden Fehlern führen kann⁶⁹.

68 Auch Marx entlarvte im „Kapital“ explizit derartige falsche Vorstellungen über die Struktur der Wirklichkeit und den Charakter der theoretischen Aussagen über diese: „... in der *Theorie* wird vorausgesetzt, daß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich *rein* entwickeln. In der *Wirklichkeit* besteht immer nur *Annäherung*; aber diese Annäherung ist umso größer, je mehr die kapitalistische Produktionsweise entwickelt ist und je mehr ihre *Verunreinigung* und Verquickung mit Resten früherer ökonomischer Zustände beseitigt ist“ (MEW, Bd. 25, S. 184; Hervorhebung von mir, R.A.).

69 Diese abstrakte Dimension linkskommunistischer Theorie wirkt sich besonders bei Pannekoek in seiner Einschätzung der widersprüchlichen Entwicklung im imperialistischen Stadium im nationalen wie im Weltmaßstab aus; Marx, Engels und Lenin analysierten die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus und die Auswirkungen auf die Klassenstrukturen der jeweiligen Gesellschaft. Die wesentlichen theoretischen und praktisch-politischen Differenzen zwischen Lenin und Pannekoek (ebenso wie, in geringerem Maß, Korsch) liegen in der Einschätzung der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und den historischen Möglichkeiten des Proletariats in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Korsch und Pannekoek halten fest an einem Begriff der Arbeiterklasse, der als gedankliche Abstraktion des realen gesellschaftlichen Prozesses gewisse Plausibilität beanspruchen konnte, in Wirklichkeit aber auch im vor-imperialistischen Stadium nicht die historische Tendenz ausdrückte; Lenin stellt ihren Vorstellungen von der Arbeiterklasse als einer in ihrer Gesamtheit durch sozio-ökonomische Interessen vereinheitlichten Klasse (die nur noch durch gemeinschaftliches Handeln die Macht über Produktion und Staat ergreifen müsse) seine in der Imperialismustheorie entwick-

Pannekoeks Kritik an Lenins Materiebegriff muß aufgrund ihrer inneren Logik zu einer Erweiterung des Leninschen Materiebegriffs führen. In diesem Zusammenhang rekurriert Pannekoek auf Dietzgen, der das Denken zwar als eine Funktion des Gehirns auffaßte, dieses und das Bewußtsein aber als der Materie zugehörig beschrieb. Pannekoek will den Leninschen Materiebegriff dergestalt erweitern, daß auch das Denken und das Bewußtsein vor ihm erfaßt werden, da auch das Bewußtsein „objektive Realität“ sei ⁷⁰.

Hatte Dietzgen betont, daß es kein menschliches Denken losgelöst vom Gegenstand, vom Objekt geben könne und die „*gemeinschaftliche Natur*“ des Denkprozesses mit dem gedachten Objekt hervorheben, so kam er zu folgender allgemeiner Einschätzung des Verhältnisses von Sein und Bewußtsein: „Gleichwohl ist doch auch die unsinnliche Vorstellung *sinnlich, materiell, das heißt wirklich* . . . Trotzdem der Gedanke von diesen Dingen (von materiellen Gegenständen, R.A.) sich wohl unterscheidet, hat er doch soviel gemein mit ihnen, daß er *wirklich ist, ist wie andere Dinge* ⁷¹.“ In der Einschätzung der Dietzgenschen Überlegungen zum Wesen des menschlichen Denkprozesses stelle sich Lenin in Widerspruch zu seiner eigenen Definition der Materie ⁷², indem er ausführe, daß die Dietzgenschen Feststellungen wohl zuträfen; die von Dietzgen vorgenommene Bezeichnung des menschlichen Denkprozesses als materiell aber beinhalte für Lenin die Auflösung der durch die Beantwortung der erkenntnistheoretischen Grundfrage möglichen allgemeinsten Strukturierung und Klassifizierung der erkenntnistheoretischen

kelte Realanalyse entgegen: Innerhalb der Arbeiterklasse selbst muß differenziert werden; die Interessen einer — wenn auch zahlenmäßig geringen — Oberschicht tendieren zur Bourgeoisie, ein Interesse an der Durchführung der Revolution kann hier nicht vorausgesetzt werden.

So verwundert es nicht, wenn Pannekoek in der Epoche des europäischen Faschismus und der des drohenden Weltkriegs, in der seine philosophische Lenin-Kritik entstand, als Strategie und Taktik dem Faschismus nichts entgegenzusetzen hat als den Glauben an die proletarische Klasse und den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, die die notwendige Einheit der Arbeiterklasse sabotiert und das „gemeinsame Ergreifen der Macht über Produktion und Staat“ verunmöglicht (a.a.O., S. 121). Darüber hinaus denunziert Pannekoek die Versuche der Komintern, eine Einheitsfront der Arbeiterklasse und eine breite antifaschistische Volksfront herzustellen, als „bürgerlich-revolutionär“ (S. 124) und sieht die Funktion von Lenins „Materialismus und Empirio-kritizismus“ in Westeuropa darin, daß hier ein philosophischer Baustein zur Volksfront gelegt ist (S. 123).

70 Pannekoek, Lenin als Philosoph, a.a.O., S. 100.

71 Dietzgen, a.a.O., S. 48 f. Marx selbst hat im Zusammenhang seiner Kritik der politischen Ökonomie den Denkprozeß als „Naturprozeß“ bezeichnet und das menschliche Denken in seiner (natur-)geschichtlichen Begrenzung erkannt (s. Brief an Kugelmann vom 11. Juli 1868, S. 553). Das Denken bleibt für Marx immer ein gedanklicher Aspekt des gesamten materiellen Lebensprozesses und somit diesem selbst verhaftet.

72 Pannekoek, a.a.O., S. 100.

Grundpositionen und „vermenge“ diese⁷³. Dieser Lenin zugeschriebenen Kennzeichnung von Gedanken und Empfindungen hält Pannekoek entgegen, daß die Empfindung ein Merkmal der *lebenden* Organismen sei und erst „bei einer so verwickelten Molekularstruktur wie der des Eiweißes“ aufträte⁷⁴. Pannekoek verweist in diesem Zusammenhang auf die Übereinstimmung seiner Auffassung mit der, die Engels im „Anti-Dühring“ vertrete⁷⁵ und stellt fest, die Empfindung könne nicht als „allgemeine Eigenschaft der Materie“ bezeichnet werden⁷⁶: „Eine solche Verallgemeinerung einer Eigenschaft, die bei einigen speziellen Formen der Materie auftritt, zu aller Materie gehört wesentlich zu der undialektischen, bürgerlich-materialistischen Einstellung⁷⁷.“ In der Einschätzung der Empfindung im Zusammenhang mit der erkenntnistheoretischen Grundfrage und der Bestimmung der Materie stellt Pannekoek eine Übereinstimmung zwischen G. W. Plechanow (als typischem Vertreter des „Marxismus der II. Internationale“) und Lenin fest. Plechanow habe die Lehre von der „*Beseeltheit der Materie*“ — die Materie besitze die Eigenschaft der Abbildung in den menschlichen Empfindungen (wie die vor-marxistischen Materialisten annahmen⁷⁸) — als die „Übersetzung der materialistischen Theorie Feuerbachs von der Einheit des Seins und Denkens, des Objekts und Subjekts, in die Sprache der modernen Naturwissenschaft“ aufgefaßt und als in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen aller Strömungen des philosophischen Materialismus dargestellt. Denn die Materie überhaupt und insbesondere

73 Lenin, *Materialismus und Empirio-kritizismus*, a.a.O., S. 242. Lenin hatte vorher in Anlehnung an Engels' Abgrenzung gegenüber den „Vulgärmaterialisten“ (MEW, Bd. 24, S. 278) die Empfindung, den Gedanken, das Bewußtsein als das „höchste Produkt der in besonderer Weise organisierten Materie“ bezeichnet (S.47) und die Empfindung, durch welche der Mensch die sich bewegende Materie erfährt, als eine „Eigenschaft der Materie“ charakterisiert (S. 39).

74 Pannekoek, a.a.O., S. 101.

75 Engels hatte, die Ergebnisse der Chemie verarbeitend, das Leben als die „Daseinsweise der Eiweißkörper“ bezeichnet, die sich durch die ständige Regeneration ihrer chemischen Bestandteile auszeichnen („Anti-Dühring“, in: MEW, Bd. 20, S. 75) und die Gebundenheit allen Lebens an die Eiweißkörper festgestellt.

76 Pannekoek, a.a.O., S. 101.

77 Ebd.; daß diese Aussage auf den Leninschen Materiebegriff nicht zutrifft, ist schon aus den hier referierten Auffassungen Lenins ersichtlich. — Die Kennzeichnung Pannekoeks, was die Vorstellungen der vor-marxistischen Materialisten über die „Materie“ betrifft, ist durchaus zutreffend und wird durch Helvetius' Auffassung bestätigt, für den die Materie „die Gesamtheit der allen Körpern gemeinsamen Eigenschaften“ ist (Über den Geist; zit. nach *Oeuvres complètes. I/II*, Hildesheim 1969, S. 263).

78 Vgl. z. B. Holbach: „Das Empfinden ist nichts anderes als die besondere, bestimmten Organen belebter Körper eigentümliche Art und Weise, affiziert zu werden, und zwar durch die Gegenwart eines materiellen Objekts.“ (29 Thesen des Materialismus nach d'Holbachs System der Natur, Leipzig o. J. [1960], These 8, S. 11) und System der Natur ... (Berlin 1960), S. 33.

die „organisierte Materie“ besitze einen bestimmten Grad von *Empfindlichkeit*⁷⁹.

Die weitere Klassifizierung der Philosophie Lenins als „bürgerlichen Materialismus“ exemplifiziert Pannekoek am Schwerpunkt der Leninschen Polemik gegen den „Fideismus“. Darüber hinaus werde — nach Pannekoeks Auffassung in Übereinstimmung mit Plechanow — die bürgerlich-materialistische Einstellung Lenins bestätigt durch Lenins Einschätzung der Philosophie Feuerbachs sowie der der Materialisten des 17. und 18. Jahrhunderts. So arbeite Lenin die Unterschiede zwischen dem dialektischen Materialismus von Marx und Engels und dem ontologischen, vor-marxsschen Materialismus heraus, indem er die Beschränkung der Erkenntnisse des vor-marxsschen Materialismus nur an drei Ebenen festmache und die neue Qualität des dialektischen Materialismus darauf verkürze:

- Lenins Kritik des vor-marxsschen Materialismus⁸⁰ setzt an bei
1. der mechanischen Übertragung und Anwendung der Ergebnisse und Methoden der Naturwissenschaft, insbesondere der Mechanik, auf andere — chemische und organische — Prozesse;
 2. der metaphysischen Denkweise⁸¹;
 3. der Beschränkung der materialistischen Philosophie auf die außermenschliche stoffliche Natur. Somit werde die idealistische Denk- und Untersuchungsmethode im gesellschaftlich-geschichtlichen Bereich beibehalten.

Ausgehend von dieser Abgrenzung Lenins soll hier versucht werden, in einem kurzen Exkurs die Besonderheiten des dialektischen Materialismus herauszuarbeiten, wobei diese aus der Entwicklung von Gesellschaft und Erkenntnis selbst interpretiert werden.

79 G. W. Plechanow, *Grundprobleme des Marxismus* (1908). Berlin 1958, S. 43. Pannekoek zitiert anstatt „organisierte Materie“ „organische Materie“ (a.a.O., S. 101) und setzt „Empfindlichkeit“ mit „Empfindung“ gleich. — Zur Entwicklung des Marxsschen Materialismus im Zusammenhang mit den Marxsschen Feuerbachthesen (1845), in dem diese Stelle Plechanows zu interpretieren ist, s. auch Plechanow, S. 24/25: die Kritik Marxens an Feuerbach in den Feuerbachthesen hebe die Philosophie Feuerbachs nicht auf, sondern „verbesserte“ die Grundsätze der Feuerbachschen Philosophie nur. Marx fordere eine „konsequentere Anwendung dieser Grundsätze auf die Erklärung der den Menschen umgebenden Wirklichkeit, insbesondere aber auf des Menschen eigene Tätigkeit.“ (a.a.O., S. 34). — Zur Einschätzung der Plechanowschen Philosophie, die sich mit der Pannekoeks deckt, durch Korsch s. Karl Marx, a.a.O., S. 146.

80 Vgl. Lenin, *Materialismus und Empiriokritizismus*, S. 238 f.

81 Die Kennzeichnung der Denkstruktur des vor-marxsschen Materialismus als „metaphysisch“ lehnt sich an Engels' Kennzeichnung an (vgl. „Anti-Dühring“, a.a.O., S. 19, 24, und „Ludwig Feuerbach...“, a.a.O., S. 294). Damit ist im Grunde jede nicht materialistisch-dialektische Philosophie und Denkweise bezeichnet: sowohl der mechanische Materialismus (etwa Holbachs und Helvetius') als auch der seit Mitte des 19. Jahrhunderts aufkommende „naturwissenschaftliche Materialismus“. Die Unterscheidung zwischen un- und antidialektisch bezieht sich hauptsächlich auf den historisch-genetischen Aspekt. Der Begriff „metaphysisch“ deckt beides ab.

III. Lenins Erkenntnistheorie

1. Die Grenzen der erkenntnistheoretischen Grundpositionen

Aus seinem Materiebegriff⁸² entwickelt Lenin in der Abgrenzung gegen den metaphysischen, undialektischen Materialismus naturwissenschaftlicher Prägung, der einerseits die Strukturelemente der physischen Materie erforschte, andererseits die Relativität der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Materie nachwies, seinen Standpunkt gegenüber einem Relativismus in der Erkenntnistheorie und verallgemeinert einen Grundtatbestand allen philosophischen Materialismus sowie der erkenntnistheoretischen Seiten des dialektischen Materialismus: „Die *einzig* ‚Eigenschaft‘ der Materie, an deren Anerkennung der philosophische Materialismus gebunden ist, ist die Eigenschaft, *objektive Realität zu sein*, außerhalb unseres Bewußtseins zu existieren ... Die Anerkennung irgendwelcher unveränderlicher Elemente, eines ‚unveränderlichen Wesens der Dinge‘ usw. ist nicht Materialismus (dialektischer Materialismus, R. A.) sondern *metaphysischer*, d. h. antidialektischer Materialismus⁸³.“ Lenin betont also die Abhängigkeit der philosophischen Erkenntnis von den Ergebnissen der (Natur-)Wissenschaft, ihre Relativität, grenzt diese Auffassung aber sogleich wieder ab von einem erkenntnistheoretischen Relativismus, bei dem sich die Relativität der menschlichen Erkenntnis bis in die erkenntnistheoretischen Grundpositionen erstreckt: Einerseits „betont ... der dialektische Materialismus nachdrücklich, daß jede wissenschaftliche These über die Struktur und die Eigenschaften der Materie nur annähernde, relative Geltung hat, daß es in der Natur keine absoluten Schranken gibt...“⁸⁴, andererseits müsse in der Erkenntnistheorie des dialektischen Materialismus die wissenschaftliche Unterscheidung der materialistischen und idealistischen philosophischen Richtungen aufrechterhalten werden, da eine Relativierung der beiden konträren Standpunkte zum einen eine Unterscheidung der Grundkategorien, Materie und Bewußtsein, verunmögliche, zum anderen eine „Versöhnung“ dieser konträren philosophischen Systeme beinhalte⁸⁵. Freilich gilt der *grundsätzliche* (und in diesem Sinn „absolute“) Unterschied im Ausgangspunkt des materialistischen und idealistischen Lagers nur im *engen Rahmen der Erkenntnistheorie*: „Daß man in den Begriff der Materie auch die Gedanken einzu beziehen habe ... (wie Dietzgen, R. A.), ist eine Konfusion, denn dadurch verliert die erkenntnistheoretische Gegenüberstellung von Materie und Geist, von Materialismus und Idealismus ihren Sinn ...

82 Vgl. Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, a.a.O., S. 124.

83 A.a.O., S. 260.

84 A.a.O., S. 261.

85 Vgl. Lenin, a.a.O., S. 242 f., wo er sich mit Dietzgens Vorstellungen über den Erkenntnisprozeß auseinandersetzt: „Richtig ist, daß sowohl das Denken als auch die Materie „wirklich“ sind, d. h. existieren. Daß Denken aber als materiell bezeichnen heißt einen falschen Schritt tun zur Vermengung von Materialismus und Idealismus.“ (S. 242).

Daß diese Gegenüberstellung nicht ‚überschwenglich‘, übertrieben, metaphysisch sein darf, ist unbestreitbar (und das große Verdienst des *dialektischen* Materialisten Dietzgen besteht darin, daß er dies betont). Die Grenzen der absoluten Notwendigkeit und absoluten Wahrhaftigkeit dieser relativen Gegenüberstellung sind eben jene Grenzen, die die *Richtung* der erkenntnistheoretischen Forschung bestimmen. Außerhalb dieser Grenzen mit der Gegensätzlichkeit von Materie und Geist, von Physischem und Psychischem als einer absoluten Gegensätzlichkeit zu operieren, wäre ein gewaltiger Fehler ⁸⁶.“

Diese Aufrechterhaltung der grundsätzlich entgegengesetzten erkenntnistheoretischen Grundpositionen ist darüber hinaus eine sachliche Notwendigkeit, da durch sie die *begriffliche Unterscheidung* und damit eine wissenschaftliche Analyse des Verhältnisses von (gesellschaftlichem) Sein und (gesellschaftlichem) Bewußtsein erst ermöglicht wird. Erstreckte sich die Relativierung bestimmter Erkenntnisse der Naturwissenschaften, insbesondere der Physik, auf diese erkenntnistheoretischen Grundkategorien, so wäre damit jener begrifflich-analytische Rahmen, der die gedankliche Abstraktion aus einer unendlichen Menge der Erscheinungen ausdrückt und auf ihre *Struktur* zurückführt, zugunsten einer metaphysisch-organistischen Lehre, die nicht zwischen Allgemeinem und Besonderem differenzieren kann, verlassen ⁸⁷.

86 A.a.O., S. 244; vgl. auch S. 142 f.: „Freilich ist auch der Gegensatz zwischen Materie und Bewußtsein nur innerhalb sehr beschränkter Grenzen von absoluter Bedeutung: im gegebenen Fall ausschließlich in den Grenzen der erkenntnistheoretischen Grundfragen, was als primär und was als sekundär anzusehen ist. Außerhalb dieser Grenzen ist die Relativität dieser Entgegensetzung unbestreitbar“ — nämlich dadurch, daß die menschliche Praxis andere Polarisierungen und begriffliche Unterscheidungen ständig konstituiert.

87 In diese Richtung bewegen sich Korschens Auffassungen und seine Interpretation der Marxschen Lehre, die in den „10 Thesen...“ von 1950 (die alternative, a.a.O.) ihren logischen Abschluß finden. So ist in „Karl Marx“ (1938) in der Hinwendung zum exakten Quantifizieren gesellschaftlich-geschichtlicher Prozesse, die im Rahmen der Marxschen Methodologie aufgrund der Parteilichkeit und des Klassencharakters der Marxschen Wissenschaft ausgeschlossen ist, diese Relativierung impliziert, da sie den Charakter gesellschaftlich-geschichtlicher Prozesse nicht nach der Richtung bestimmt (a.a.O., § 15). — Pannekoek, der die psychischen Elemente in den Materiebegriff auf Grund ihres Wirklichkeitscharakters (der von Lenin keineswegs bestritten wird) einbeziehen will und damit den Leninschen Materiebegriff erweitern muß, bewegt sich auch in dieser Richtung, da damit formell eine begrifflich notwendige Unterscheidung von Materie und Bewußtsein keine inhaltlich-sachliche Grundlage hätte. Diese Tendenz drückt die Verabsolutierung einer bestimmten wissenschaftlichen Erkenntnis, die Relativität der menschlichen Erkenntnis und ihre Abhängigkeit von geschichtlichen, objektivierbaren Schranken, aus, indem sie auch auf die erkenntnistheoretischen Grundpositionen, die durch diese wissenschaftliche Erkenntnis keineswegs relativiert wird, ausgedehnt wird.

2. Das dialektische Verhältnis von absoluter und relativer Wahrheit

Zwar ist es hier nicht unsere Aufgabe, die materialistische Dialektik Marxens und Engels' darzustellen; gleichwohl ist doch diese „lebendige Seele (des Marxismus)“ (Lenin)⁸⁸ in Lenins Wahrheits-theorie, seiner Bestimmung des Verhältnisses von absoluter und relativer Wahrheit, enthalten und soll insofern auch hier behandelt werden.

Lenins Bestimmung des dialektischen Verhältnisses zwischen absoluter und relativer Wahrheit steht im Zusammenhang der Abgrenzung gegenüber dem erkenntnistheoretischen Relativismus des Machschen Positivismus, der erst auf der Grundlage der Krise der Physik im Ausgang des 19. Jahrhunderts verständlich wird und in diesem Kontext historisch-materialistisch von Lenin interpretiert wird.

Als objektive Wahrheit bezeichnet Lenin die vom erkennenden Subjekt unabhängig existierende objektive Wirklichkeit; richtige, von den Wissenschaften bestätigte Aussagen in diesem Bereich haben den Charakter einer objektiven Wahrheit, die insofern „ab-

88 Lenin, Über einige Besonderheiten der Entwicklung des Marxismus (1910), a.a.O., S. 277; dort wird für den gesellschaftlich-geschichtlichen Bereich („Historischer Materialismus“) die materialistische Dialektik als die „Lehre von der allseitigen und widerspruchsvollen historischen Entwicklung“ bezeichnet. Lenin hat an anderer Stelle — in den „Philosophischen Heften“ (1914) — die materialistische Dialektik als „Lehre von der Einheit der Gegensätze“ bezeichnet (vgl. Werke Bd. 38, S. 214). Gerade in der Unfähigkeit des metaphysischen, nicht-dialektischen Materialismus, die materialistische Dialektik auf den „Prozeß und die Entwicklung der Erkenntnis anzuwenden“, bestehe sein „Hauptübel“. (Zur Frage der Dialektik [1915]. In: Werke Bd. 38, S. 338—344, hier S. 344). Die bekannteste Definition der materialistischen Dialektik findet sich bei Engels in „Ludwig Feuerbach . . .“, a.a.O., S. 293: Im Zusammenhang mit dem materialistischen Ausgangspunkt der marxistischen Philosophie und Weltanschauung, der materialistischen Abbild- oder Widerspiegelungstheorie, nach der die Kategorien und Begriffe als Widerspiegelungen der objektiven Realität im menschlichen Denken aufzufassen sind, bezeichnet Engels die Dialektik als die „Wissenschaft von den allgemeinen Gesetzen der Bewegung, sowohl der äußeren Welt wie des menschlichen Denkens — zwei Reihen von Gesetzen, die der Sache nach identisch, dem Ausdruck nach aber insofern verschieden sind, als der menschliche Kopf sie mit Bewußtsein anwenden kann, während sie in der Natur und bis jetzt auch größtenteils in der Menschheitsgeschichte sich in unbewußter Weise, in der Form der äußeren Notwendigkeit, inmitten einer endlosen Reihe scheinbarer Zufälligkeiten durchsetzen. Damit wurde die Begriffsdialektik selbst nur der bewußte Reflex der dialektischen Bewegung der wirklichen Welt . . .“. An anderer Stelle hat Engels die dann hier implizierte Unterscheidung von objektiver (Natur-)Dialektik und subjektiver (Begriffs-)Dialektik ausgeführt, wobei die subjektive Dialektik der „Reflex der in der Natur sich überall geltend machenden (dialektischen) Bewegung“ ist. (Dialektik der Natur. In MEW, Bd. 20, S. 481). — Sowohl bei Engels als auch bei Lenin stehen die Bemerkungen bzw. die Darstellungen der Dialektik im Zusammenhang mit der materialistischen Abbildtheorie.

solut“ ist, als ihre Gültigkeit unabhängig vom erkennenden Subjekt besteht⁸⁹ (den Charakter einer objektiven Wahrheit hätte etwa die Aussage, daß die Erde vor der Menschheit existiert hat). Die menschlichen Erkenntnisse, die objektive Wahrheit ausdrücken, können diese nur im Prozeß der *Annäherung* an die absolute Wahrheit erkennen und zum Ausdruck bringen. Insofern sind sie relativ. Die Summe der relativen Wahrheiten ist als absolute Wahrheit zu bezeichnen:

„Das menschliche Denken ist ... seiner Natur nach fähig, uns die absolute Wahrheit, die sich aus der Summe der relativen Wahrheiten zusammensetzt, zu vermitteln, und es tut dies auch. Jede Stufe in der Entwicklung der Wissenschaft fügt dieser Summe der absoluten Wahrheit neue Körnchen hinzu; aber die Grenzen der Wahrheit jedes wissenschaftlichen Satzes sind relativ und können durch die weitere Entwicklung des Wissens entweder weiter oder enger gezogen werden ... Vom Standpunkt des modernen Materialismus, d. h. des Marxismus, sind die *Grenzen* der Annäherung unserer Kenntnisse an die objektive, absolute Wahrheit geschichtlich bedingt, *unbedingt* aber ist die Existenz dieser Wahrheit selbst, *unbedingt* ist, daß wir uns ihr nähern. Geschichtlich bedingt sind die Konturen des Bildes, *unbedingt* aber ist, daß dieses Bild ein objektiv existierendes Modell wiedergibt⁹⁰.“

Es ist also nicht die These von der jeweiligen Begrenztheit der Erkenntnisse des Menschen über die ihn umgebende Welt und über ihn selbst, die die Erkenntnistheorie des dialektischen Materialismus von der des Relativismus trennt. Vielmehr behauptet der Relativismus die prinzipielle Beschränktheit, den ausschließlich relativen Charakter aller Aussagen über die Wirklichkeit:

„Der Relativismus als Grundlage der Erkenntnistheorie ist nicht nur die Anerkennung der Relativität unserer Kenntnisse, sondern auch die Leugnung irgendeines objektiven, unabhängig von der Menschheit existierenden Maßes oder Modells, dem sich unsere relative Erkenntnis nähert ... Die Dialektik *schließt in sich* ... ein Moment des Relativismus, des Skeptizismus, *ein*, aber sie *reduziert sich nicht* auf den Relativismus. Die materialistische Dialektik von Marx und Engels schließt unbedingt den Relativismus in sich ein, reduziert sich aber nicht auf ihn, d. h. sie erkennt die Relativität aller unserer Kenntnisse an nicht in dem Sinne der Verneinung der ob-

89 Vgl. Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, a.a.O., S. 116—132.

90 Lenin, a.a.O., S. 129, 130; vgl. auch zum asymptotischen Charakter der menschlichen Erkenntnis zur Wirklichkeit Lenins „Philosophische Hefte“, a.a.O., S. 172, wo explizit ausgeführt wird, daß die Wirklichkeit ihrer Struktur nach nicht als Gesamtheit erkannt und begrifflich ausgedrückt werden kann. Vgl. Marx, Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 631—639, und die von uns am Schluß des 2. Abschnittes zitierten Aussagen Marxs über den Annäherungscharakter der Aussagen des historischen Materialismus über die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft (MEW, Bd. 25, S. 184).

jektiven Wahrheit, sondern in dem Sinne, daß die Grenzen der Annäherung unserer Kenntnisse an diese Wahrheit geschichtlich bedingt sind⁹¹.“

Dieser „geschichtlich bedingte“ Annäherungscharakter der menschlichen Erkenntnis der Wirklichkeit ist zum einen abhängig von der Beschaffenheit und Struktur der Wirklichkeit selbst, zum anderen von der Form der Aneignung der Wirklichkeit durch die menschliche Praxis. Der Grad der Richtigkeit der Widerspiegelung der objektiven Realität im menschlichen Bewußtsein, der den Prozeß der menschlichen Erkenntnis reflektiert, hängt ab von der Gesamtheit der gegenständlichen Lebensbedingungen der Menschen. An dieser Stelle führt Lenin in „Materialismus und Empirio-kritizismus“ folgerichtig die *Praxis als erkenntnistheoretische Kategorie* ein. Sind für Mach, Avenarius und für alle idealistischen, solipsistischen und agnostizistischen philosophischen Strömungen „Praxis“ und „Erkenntnistheorie“ zwei gänzlich verschiedene Bereiche, die in keinerlei Verhältnis zueinander stehen⁹², so arbeitet Lenin in der Kritik der Machschen Philosophie die Praxis als zentrale Kategorie der materialistisch-dialektischen Erkenntnistheorie heraus⁹³. Zugleich deckt Lenin die inneren Widersprüche der Philosophie Machs und ähnlicher Theorien auf⁹⁴. Die Praxis als Kriterium für Wahrheit, die im gesellschaftlichen Leben ihre tagtägliche Anwendung findet, wird vom dialektischen Materialismus *bewußt* zur Grundlage seiner Erkenntnistheorie gemacht:

„Der Gesichtspunkt des Lebens, der Praxis, muß der erste und grundlegende Gesichtspunkt der Erkenntnistheorie sein. Und er führt unvermeidlich zum Materialismus . . . Freilich darf dabei nicht vergessen werden, daß das Kriterium der Praxis . . . niemals irgendeine menschliche Vorstellung *vollständig* bestätigen oder widerlegen kann. Auch dieses Kriterium ist unbestimmt genug, um die Ver-

91 Lenin, *Materialismus und Empirio-kritizismus*, a.a.O., S. 131 f. Im selben Abschnitt deckt Lenin ein Strukturelement metaphysischen Denkens auf. Kennzeichen ist die Unfähigkeit, das dialektische Verhältnis von absoluter und relativer Wahrheit zu begreifen, was dann in logischer Konsequenz immer zum Vorwurf des „Dogmatismus“ gegenüber den Vertretern des dialektischen Materialismus führt. Lenin selbst bezeichnete diese Einwände gegen die materialistisch-dialektische Erkenntnistheorie als „ur-alten Plunder“.

92 Lenin, a.a.O., S. 134.

93 Wir verzichten hier darauf, den Prozeß der Herausbildung und Entwicklung der Praxis als erkenntnistheoretische Kategorie bei Marx und Engels zu belegen und verweisen auf die entsprechenden Abschnitte in Lenins „Materialismus und Empirio-kritizismus“.

94 Vgl. Lenin, *Materialismus und Empirio-kritizismus*, a.a.O., S. 135: „Es bleibt das wertvolle Eingeständnis Machs, daß die Menschen sich in ihrer Praxis gänzlich und ausschließlich von der materialistischen Erkenntnistheorie leiten lassen, der Versuch aber, sie „theoretisch“ zu umgehen, drückt nur die gelahrt-scholastischen und geschraubt-idealistischen Bestrebungen Machs aus.“

wandlung der menschlichen Kenntnisse in ein ‚Absolutum‘ zu verhindern, zugleich aber auch bestimmt genug, um gegen alle Spielarten des Idealismus und Agnostizismus einen unerbittlichen Kampf zu führen. Wenn das, was von unserer Praxis bestätigt wird, die einzige, letzte, objektive Wahrheit ist, so ergibt sich daraus, daß man als einzigen Weg zu dieser Wahrheit den Weg der auf dem materialistischen Standpunkt stehenden Wissenschaft anerkennen muß⁹⁵.“

3. Die materialistische Abbildtheorie

Die Abbild- oder Widerspiegelungstheorie war und ist — in unterschiedlicher Form — Bestandteil jeder materialistischen Philosophie. In der Abbildtheorie des dialektischen Materialismus ist sowohl die materialistisch-sensualistische Philosophie von Hobbes und Locke als auch deren Weiterentwicklung durch Diderot und d'Holbach aufgehoben.

Die Abbildtheorie ist der Schlüssel zur Beantwortung der erkenntnistheoretischen Grundfrage und zum Begreifen des Subjekt-Objekt-Verhältnisses. Die entgegengesetzten Ausgangspunkte des Idealismus und des Materialismus werden hier besonders deutlich.

Dabei ist die *Form* der Abbildtheorie des vor-marxschen Materialismus streng zu unterscheiden von ihrer Fassung im dialektischen Materialismus. Der vor-marxsche Materialismus mußte die Abbildung der Natur, der außerhalb vom Menschen existierenden objektiven Realität, im Bewußtsein als mechanischen Prozeß begreifen.

Insofern die Vermittlung des Menschen mit der Natur durch die menschliche Arbeit als allgemeine Form der menschlichen Praxis nicht erkannt wurde, mußte die Erkenntnistheorie in die Lehre von der „Beseeltheit“ der Materie⁹⁶ ausmünden, da das Verhältnis zwischen Materie, Natur, Sein einerseits und Bewußtsein andererseits nicht anders bestimmt werden konnte.

Trotz eines gemeinsamen Ausgangspunkts bei vor-marxscher materialistischer Philosophie und dialektischem Materialismus handelt es sich bei der materialistisch-dialektischen Abbildtheorie weder um die bloße „passive Widerspiegelung“⁹⁷ der Eigenschaften der Materie im menschlichen Bewußtsein, noch ist in der Widerspiegelungstheorie des dialektischen Materialismus „... die entscheidende Problematik allen Erkennens verfehlt und durch eine bloße Behauptung

⁹⁵ Lenin, a.a.O., S. 137/138. Man sieht, daß die Kritik von Korsch, Lenin führe das „Absolute“ wieder in die Erkenntnistheorie ein, ersetze den Hegelschen „absoluten Geist“ durch „Materie“, falle hinter Kant und Hegel zurück usw., nur das eigene Unverständnis ausdrückt: Die Praxis ist weder als Wahrheitskriterium noch als Klassenkampf des Proletariats begriffen. Dies zeigt sich an Korschens Aufgreifen identitäts-philosophischer Fragestellungen. Gerade die Kategorie „Praxis“ in der Leninschen Konkretion impliziert aber in der Tat eine deutliche Absage an jede Identitätsphilosophie.

⁹⁶ Holbach, System der Natur, a.a.O., S. 78.

⁹⁷ Korsch, Marxismus und Philosophie, a.a.O., S. 62.

tung ersetzt⁹⁸.“ Ebensovienig ist — wie Negt glaubt souverän feststellen zu können — die materialistisch-dialektische Abbildtheorie „mittlerweile als falsch erkannt“ worden⁹⁹.

All diese offenen Anfeindungen, Ablehnungen und kritischen Vorbehalte gegen die Abbildtheorie in ihrer materialistisch-dialektischen Form verbindet die Gleichsetzung der spezifisch marxistischen Form der Abbildtheorie mit der Abbildtheorie des mechanischen Materialismus, der die Vermittlung zwischen Subjekt und Objekt durch den Aneignungsprozeß der objektiven Welt durch den Menschen in der praktischen Tätigkeit nicht einbeziehen konnte. So drückt Korschens Vorstellung der Passivität des Prozesses der Widerspiegelung nichts anderes aus als das Unverständnis des tatsächlichen Aneignungsprozesses der Wirklichkeit, die im Naturbegriff Marxens impliziert ist¹⁰⁰.

Die materialistisch-dialektische Abbildtheorie und ihre Darstellung in „Materialismus und Empiriekritizismus“ ist keineswegs eine „Erfindung“ der Marxisten und Lenins, sondern sie hängt

98 Fetscher, Von der Philosophie. . ., a.a.O., S. 62.

99 Oskar Negt, Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese stalinistischer Philosophie. In: Bucharin / Deborin, Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus. Hrsg. von O. Negt, Frankfurt/M. 1969, S. 7—48, zit. S. 13. Negts Vorwort, in dem eine Beziehung zwischen der stalinistischen Herrschaftsform, ihrer Ideologie und dem von Lenin vertretenen dialektischen Materialismus hergestellt wird, ist eng an der marxologischen Fragestellung Fetschers orientiert. So ist Negts Ausgangspunkt, die „Vermenschlichung“ der Kommunikationsstrukturen der sich emanzipierenden und selbstorganisierenden Menschen (S. 48), nichts anderes als eine Orientierung auf die Entfremdungproblematik etwa Fetschers, die bei diesem an der Hegelschen Selbstentfremdung klebt. Insofern ist Negts Beitrag einerseits eingebettet in die westdeutsche Marxologie, andererseits orientiert er sich eng an vielen Topoi der linkskommunistischen Lenin-Kritik. Man muß wohl — worauf Alfred Schmidt hingewiesen hat — Negts Standpunkt als einen wissenssoziologisch-formalen auffassen, der die „Wahrheitsfrage innerphilosophisch nicht ausdiskutiert“ (Diskussionsbeitrag. In: Zur stalinistischen Philosophie. Hamburg 1970, S. 65). Schmidt selbst hat im Zusammenhang der Diskussion um die von Lenin systematisierte Abbildtheorie zugegeben, daß diese Widerspiegelungstheorie insofern „richtig“ ist, als sie eine Absage an jede Identitätsphilosophie beinhaltet, indem sie ausdrückt, daß „der zu erkennende Gegenstand nicht . . . im Erkenntnisprozeß (aufgeht)“ (a.a.O., S. 61). Gleichzeitig schreibt er, daß über die „konkreten Formen“ der menschlichen Aneignung der Welt nur historisch-konkret etwas ausgesagt werden könne und weist auf die Abhängigkeit des Erkenntnisgegenstands vom „emanzipatorischen Erkenntnisinteresse“ — also auf die Parteilichkeit der Philosophie — hin (a.a.O., S. 61/62).

100 In die gleiche Richtung wie bei Korsch gehen auch die heute wieder hoch im Kurs stehenden Argumente gegen die materialistisch-dialektische Abbildtheorie von ganz anderer Seite. Dabei hat sich die Struktur der Argumente kaum verändert: noch immer überwiegen die Klassifizierungen „naiv“, „primitiv“, „deterministisch“, „mechanistisch“ usw.

selbst aufs engste zusammen mit dem Annäherungscharakter der menschlichen Erkenntnis an die objektive Wirklichkeit.

Gegen den Vorwurf der „Naivität“ der Abbildtheorie in der materialistischen Philosophie im allgemeinen und im dialektischen Materialismus im besonderen wendet sich Lenin in „Materialismus und Empirio-kritizismus“ folgendermaßen:

„Unsere Empfindungen, unser Bewußtsein sind nur das *Abbild* der Außenwelt, und es ist selbstverständlich, daß ein *Abbild* nicht ohne das *Abgebildete* existieren kann, das *Abgebildete* aber unabhängig von dem *Abbildenden* existiert. Diese ‚naive‘ Überzeugung der Menschheit wird vom Materialismus *bewußt* zur Grundlage seiner Erkenntnistheorie gemacht ¹⁰¹.“

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die materialistisch-dialektische Abbildtheorie drei wesentliche Besonderheiten enthält, durch welche sie sich von der Abbildtheorie des mechanischen Materialismus unterscheidet und dessen abstrakte Unvermitteltheit und seine ontologische Dimension überwindet:

1. Aufdeckung und Darstellung des menschlichen Aneignungsprozesses durch die menschliche Praxis, die gegenständliche menschliche Arbeit, die als zentrale Kategorie in die Erkenntnistheorie eingeht.
2. Überwindung der Identitätsphilosophie und Hervorhebung des asymptotischen Charakters der menschlichen Erkenntnis der objektiven Wirklichkeit, wobei das erkennende Subjekt mit dem fortschreitenden praktischen Aneignungsprozeß sich der objektiv richtigen Erkenntnis der Wirklichkeit immer mehr annähert, indem unrichtige, mangelhafte Vorstellungen durch die Praxis ständig notwendig korrigiert werden.
3. Erkenntnis der gesellschaftlichen Bedingtheit des Erkenntnisprozesses und seiner historischen Schranken, von denen der Grad der Aneignung und Erkenntnis sowie der Fortschritte der Erkenntnis abhängig ist.

Der Dogmatismusvorwurf, der besonders gegen die Leninsche Form der materialistisch-dialektischen Abbildtheorie erhoben wird, kann bei einigen Autoren nur durch eine äußerst oberflächliche Beschäftigung mit den Aussagen Lenins zustande kommen, zumal — wie wir gezeigt haben — bei Lenin über das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein im allgemeinen und in der bürgerlichen Gesellschaft im besonderen die (gesellschaftliche) Praxis als entscheidendes Vermittlungs- und Wahrheitskriterium enthalten und herausgearbeitet ist. Zwar steht die Hervorhebung des *materialistischen* Elements des dialektischen Materialismus auf Grund der inhaltlichen Implikationen des Parteienkampfes in der Philosophie in „Materialismus und Empirio-kritizismus“ im Vordergrund ¹⁰², diese Akzentuierung äußert sich

101 Lenin, a.a.O., S. 60/61.

102 Vgl. Lukács, Die Erkenntnistheorie Lenins . . . , a.a.O.

jedoch keineswegs so, daß von einer „Verabsolutierung des Materialismus“¹⁰³, in bezug auf Lenin und den „Sowjetmarxismus der 20er und frühen 30er Jahre“, gesprochen werden kann.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß Lenin an anderer Stelle — in den „Philosophischen Heften“ (1914) — den in „Materialismus und Empirioskritizismus“ hauptsächlich in der erkenntnistheoretischen Kategorie „Praxis“ implizierten, prozeßartigen und antidogmatischen Charakter selbst explizit formuliert hat. Aus dieser Leninschen Formulierung geht u. E. die Unhaltbarkeit des Dogmatismusvorwurfs gegenüber der von Lenin systematisierten Erkenntnistheorie so deutlich hervor, daß von diesem Vorwurf nichts übrigbleibt als das falsche Bewußtsein der bürgerlichen Ideologie:

„Erkenntnis ist die ewige, unendliche Annäherung des Denkens an das Objekt. Die *Widerspiegelung* der Natur im menschlichen Denken ist nicht ‚tot‘, nicht ‚abstrakt‘, *nicht ohne Bewegung, nicht ohne Widersprüche, sondern im ewigen Prozeß der Bewegung, des Entstehens der Widersprüche und ihrer Lösung aufzufassen*“¹⁰⁴.

IV. Interpretation der ‚linken‘ Lenin-Kritik

1. Zusammenhang zwischen „Materialismus und Empirioskritizismus“ und der Leninschen Imperialismustheorie

Die philosophische Auseinandersetzung um die Bedeutung von „Materialismus und Empirioskritizismus“ im marxistischen Lager, die ihre volle Bedeutung erst nach dem Scheitern der revolutionären Umwälzungsversuche in Westeuropa im Laufe der 20er Jahre erfuhr, wird häufig genug, in Anlehnung an bestimmte Aussagen von Korsch und Pannekoek, von zeitgenössischen Lenin-Kritikern

103 Negt, a.a.O., S. 38. Dieser „Dogmatismus“ Lenins kommt — so Negt — hauptsächlich daher, daß in „Materialismus und Empirioskritizismus“ „weder die Naturwissenschaften noch die Begriffe von Materie und Natur in den Konstitutionszusammenhängen historischer Praxis“ begriffen und „dogmatisch die naturwissenschaftliche Erkenntnis als Modell jeglicher Erkenntnis“ unterstellt ist (S. 40/41). In dem zentralen Bestandteil seiner Arbeit reproduziert Negt also nichts anderes als die Lenin-Kritik der linkskommunistischen Theoretiker Korsch und Pannekoek. Es ist aber niemand anderes als Negt selbst, der die von Lenin in „Materialismus und Empirioskritizismus“ vertretene Form der materialistisch-dialektischen Abbildtheorie dogmatisiert, wenn er z. B. bei seiner Einschätzung der Funktion der Widerspiegelungstheorie als Legitimation Stalinscher Herrschaft jene Verdeutlichung der Nicht-Identität zwischen Sein und Bewußtsein, die Lenin anhand des Verhältnisses von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein, der bürgerlichen Gesellschaftsformation vornimmt (wobei er — nebenbei — nur wiederholt, was er in seiner ersten größeren Veröffentlichung „Was sind die Volksfreude ...“ 1895 (a.a.O., bes. S. 130/131) ausgeführt hatte), gänzlich unerwähnt läßt und nur die verallgemeinernde Formulierung Lenins zitiert (Negt, a.a.O., S. 41; Lenin, Materialismus und Empirioskritizismus, a.a.O., S. 326).

104 Lenin, Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“. Die Lehre vom Begriff, Werke Bd. 38, S. 185.

als sektiererischer Kampf Lenins um die „Reinheit“ der marxistischen Theorie und um die Geschlossenheit der Fraktion der Bolschewiki innerhalb der SDAPR dargestellt; außerhalb Rußlands, jenes halbasiatisch-rückständigen Gebildes, habe sie keinerlei theoretische wie praktische Bedeutung.

Entgegen dieser Auffassung muß gerade die *allgemeine* erkenntnistheoretische Bedeutung dieses Werkes hervorgehoben werden. Zwar waren die ideologischen Widersprüche in den Theorien der fortschrittlichen westeuropäischen und russischen Intelligenz zur Zeit der Abfassung von „Materialismus und Empiriokritizismus“ noch nicht voll herausgebildet, sie traten jedoch in der Folgezeit immer offener zutage.

Die Widersprüche, die in der Kritik an Mach u. a. aufgedeckt wurden — an deren grundlegendem Charakter sich freilich seitdem nichts geändert hat —, wurden — das anerkennen auch die Lenin-Kritiker Korsch und Pannekoek — zuerst von Lenin in ihrer Bedeutung gesehen und in „Materialismus und Empiriokritizismus“ reflektiert. Sie konnten allerdings in „Materialismus und Empiriokritizismus“ noch nicht ganz in ihrer vollen Bedeutung erfaßt werden. Zwar erreichte sowohl in der ökonomischen Grundstruktur als auch in der ideologischen Sphäre zu Beginn des 20. Jahrhunderts die bürgerliche Gesellschaft ihr höchstes, imperialistisches Stadium. Trotzdem dauerte es noch ein Jahrzehnt, bis die Leninsche Imperialismustheorie entwickelt werden konnte.

Die Verschärfung des grundlegenden Widerspruchs der bürgerlichen Gesellschaft im imperialistischen Stadium des Kapitalismus fand ihren Ausdruck in einer spezifischen Krisensituation: im Ersten Weltkrieg.

Diese Entwicklung schlug sich im Kampf der philosophischen Strömungen nieder, die durchaus den politischen und gesellschaftlichen Kampf um die sozialistische Revolution reflektierten, bevor der Kampf um die Durchführung der sozialistischen Revolution seit Beginn des Ersten Weltkriegs zur praktischen Tagesaufgabe wurde. Insofern spitzte sich der Parteienkampf in der Philosophie zu auf einen Kampf *aller* Strömungen der bürgerlichen Philosophie gegen die marxistische Philosophie.

Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ reflektiert diesen philosophischen Parteienkampf im Zusammenhang der Veränderungen im sich herausbildenden Imperialismus. Allerdings erklärt Lenin die Notwendigkeit des Parteienkampfes und seine besondere Bedeutung unter den Bedingungen des Imperialismus in „Materialismus und Empiriokritizismus“ noch nicht vollständig. Somit bietet „Materialismus und Empiriokritizismus“ — oft als „philosophisches Hauptwerk“ bezeichnet — noch keine hinreichende Erklärung der ideologischen Differenzierungsprozesse im Imperialismus, zieht aber eine klare Trennungslinie zwischen der marxistischen Theorie auf der einen und bürgerlichen — idealistischen, sozialistischen, agnostizistischen — philosophischen Strömungen auf

der anderen Seite. Ein für alle Mal gängige Formeln zur Kritik der bürgerlichen Ideologie in ihren vielfältigen Erscheinungsformen freilich werden nicht geboten. Allerdings kann sein gelungener Versuch, klare Grenzen zu ziehen zwischen bürgerlicher und marxistischer Weltanschauung, gar nicht bedeutend genug eingeschätzt werden.

Das Vorhaben, die marxistische Lehre mit Versatzstücken aus der Kantischen Philosophie, dem mechanischen Materialismus und dem Machschen subjektivistischen Reduktionismus zu verschmelzen, mußte objektiv eine Versöhnung der revolutionären Philosophie des Proletariats mit der bürgerlichen Philosophie bedeuten — ob sich die Vertreter dieses Eklektizismus dessen bewußt waren oder nicht.

Dieses Geschäft der Versöhnung, das ein Jahrzehnt später in den verschiedensten Formen auch politisch-praktisch verstärkt versucht wurde¹⁰⁵, wurde von Lenin in „Materialismus und Empirio-kritizismus“ aufgedeckt. Darin liegt zunächst die philosophische Bedeutung dieser Arbeit Lenins.

Freilich besteht darin allein noch nicht Lenins besondere geschichtliche Tat im Bereich der Philosophie. Da es sich bei seiner Auseinandersetzung mit den Revisionsversuchen nicht um ein bloßes dogmatisches Verharren auf dem Standpunkt der „reinen“ Lehre abseits jeglicher geschichtlich-konkreten Wirklichkeit handelte, sondern um eine aktiv-schöpferische Anwendung der marxistischen Theorie, enthält bereits der Prozeß des Erkennens der Veränderungen innerhalb der ideologischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft im imperialistischen Stadium, die in Inhalt und Form des Parteienkampfes in der Philosophie teilweise vorwegnehmend stattfanden, Elemente einer Theorie dieser Veränderungen, die in den folgenden Jahren weiter herausgearbeitet wurden.

Somit ließ es Lenin nicht bei der in „Materialismus und Empirio-kritizismus“ erarbeiteten Analyse der philosophischen Revisionsversuche bewenden, sondern nahm seine Kenntnis der Revisionsversuche zum Anlaß, nach deren Ursachen zu suchen — also den von ihm als „sehr ernste innere Krise des Marxismus“¹⁰⁶ gekennzeichneten Sachverhalt weiter und umfassender zu untersuchen¹⁰⁷.

105 Die Politik der Arbeitsgemeinschaften, die die Klassenversöhnung von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse durch regelmäßige Besprechungen von Gewerkschafts- und Unternehmensvertretern anstrebt, ist ebenso wie die theoretische Revision typische Erscheinung des Imperialismus.

106 Lenin, Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus (1910). In: Marx-Engels-Marxismus, a.a.O., S. 281.

107 S. dazu neben „Über einige Besonderheiten ...“, a.a.O., vor allem: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx (1913). In: Werke Bd. 18, Berlin 2 1965, S. 576—579; Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916). In: Marx-Engels-Marxismus, S. 334—352, und nicht zuletzt die Nachlaßfragmente, die die weitere philosophische Beschäftigung Lenins, insbesondere mit Hegel, dokumentieren (Werke Bd. 38).

Insofern besteht zweifellos ein innerer Zusammenhang zwischen „Materialismus und Empiriokritizismus“ und der Imperialismustheorie. Dieser wird deutlich erkennbar, wenn man die in „Materialismus und Empiriokritizismus“ enthaltenen, später immer stärker systematisierten Interpretationen Lenins zur Einschätzung und Erklärung der Revisionsversuche und des Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung betrachtet. In „Materialismus und Empiriokritizismus“ legte Lenin erste Ergebnisse vor, die die Richtung der wissenschaftlichen Analyse bestimmten. Die verschiedenen Aufsätze Lenins aus der Zeit zwischen „Materialismus und Empiriokritizismus“ und der Imperialismusbroschüre (1916/17) zeigen die Entwicklung der Untersuchungen und die fortschreitende Konkretion der Analyse und Erkenntnis der objektiven historischen Ursachen jener „sehr ernsten inneren Krise des Marxismus“, die in der Spaltung der Arbeiterbewegung wie der Stellung der Parteien der II. Internationale zum Ersten Weltkrieg praktisch-politisch ihren Ausdruck fand.

So ist die Imperialismustheorie Lenins, deren Bedeutung in der umfassenden Analyse der Epoche des Kapitalismus liegt, in der dessen historische Überlebtheit offenkundig und der Übergang zum Sozialismus als objektiv möglich dargestellt wird, das Ergebnis eines Prozesses der fortschreitenden Konkretion, des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten. Die Imperialismustheorie, deren integraler Bestandteil die Analyse und Erklärung der Notwendigkeit des ideologischen Kampfes im Interesse der Arbeiterklasse ist, ist jene Studie, in der die in „Materialismus und Empiriokritizismus“ zunächst in einem Teilbereich aufgespürten Sachverhalte aus Philosophie und Erkenntnistheorie verarbeitet und richtungsweisend für den Klassenkampf analysiert sind. Kennzeichnend dafür ist auch die folgende zusammenfassende Formulierung: „Eine immer raffiniertere Verfälschung des Marxismus, immer raffiniertere Versuche, antimaterialistische Lehren als Marxismus auszugeben — das kennzeichnet den modernen Revisionismus sowohl in der politischen Ökonomie als auch in den Fragen der Taktik und der Philosophie überhaupt, in der Erkenntnistheorie ebenso wie in der Soziologie ¹⁰⁸.“

2. Struktur und Entstehungsbedingungen der linken Lenin-Kritik

Vom Zusammenhang zwischen der Herausbildung und Entfaltung des Imperialismus als besonderes Stadium des Kapitalismus, der Entstehung der „Ideologie des dritten Weges“ (Lukács) zwischen Kapitalismus und Sozialismus als wichtigste Besonderheit in der

108 Lenin, *Materialismus und Empiriokritizismus*, a.a.O., S. 334; später hat Lenin sich, im Zusammenhang mit seiner Imperialismustheorie, immer mehr den praktischen Konsequenzen seiner Analyse zugewandt, und zwar in dem Maß, wie die sozialistische Revolution historisch möglich wurde. Vgl. dazu etwa den 1916 geschriebenen Aufsatz: *Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus*, a.a.O.

ideologischen Struktur des Imperialismus und dem Einfluß dieser Ideologie — die ihre materiellen Grundlagen in der Differenzierung und Schichtung innerhalb der (westeuropäischen) Arbeiterklasse hat — in Gestalt einer klassenversöhnlerischen, opportunistischen Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung —, hat eine kritische Einschätzung der von Korsch und Pannekoek vertretenen philosophischen Positionen auszugehen ¹⁰⁹.

Ferner ist in diesem Zusammenhang eine genaue Analyse der besonderen Konstitutionsbedingungen des ‚linken‘ Radikalismus, des Linkskommunismus, innerhalb der Arbeiterbewegung im Imperialismus sinnvoll und möglich ¹¹⁰.

Diese detaillierte Analyse kann hier nicht unternommen werden, so daß die folgenden Ausführungen der Beschränkung auf einige

109 Hier genügt es nicht, nur auf bestimmte Sachverhalte in Analogie hinzuweisen, die einer Etikettierung gleichkommen, wie es beispielsweise Beyer häufig tut, wenn er auf die seit einigen Jahren in der BRD beobachtbare „Korsch-Renaissance“ zu sprechen kommt und die „marxologische Struktur“ der Korschens Philosophie in Beziehung zur heutigen BRD-Marxologie setzt (vgl. Tendenzen bundesdeutscher Marx-Beschäftigung, Köln 1968, S. 80—108, bes. S. 87 ff.; noch stärker liegt die Interpretation von I. Hildebrandt im argen, wenn sie — nachdem sie erklärt hat, daß sie „die Wurzeln der weltanschaulichen Positionen der Ultralinken“ nicht untersuchen will — versucht, persönliche Bezüge einiger „Ultralinken“ zum Revisionismus folgendermaßen herzustellen (am Beispiel von Korsch): Korsch sei durch seine Beschäftigung mit Hegel als Professor für Recht von Hegel beeinflusst. Davon ausgehend habe er in Unkenntnis der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis hegelianische Positionen zur Revision in die marxistische Philosophie eingebracht (vgl. I. Hildebrandt, Der Kampf der KPD gegen den Revisionismus der Ultralinken zu Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland — eine schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Philosophie. Phil. Diss., Berlin 1966, S. 200/201, Anm. 4).

110 Diesen Versuch am Beispiel des „ultralinken Kleinbürgers“ Korsch hat der Komintern-Funktionär D. Manuilski zur Begründung des Ausschlusses von Korsch aus KPD und Komintern (April 1926) unternommen (wobei sich seine Interpretation z. T. an die Lenins in dessen Polemik gegen den „linken“ Radikalismus (1920) anlehnt). Als Entstehungsbedingungen des Linksradikalismus in der Arbeiterbewegung gibt er an:

1. Schwere Existenzbedingungen für die Arbeiterklasse bei „offener Reaktion auf ganzer Linie“ (Lenin), d. h. rigider politischer Unterdrückung der Arbeiterbewegung und insbesondere der klassenkämpferisch orientierten Gruppierungen,

2. Folgen schwerer Niederlagen der revolutionären Arbeiterbewegung,

3. Reaktion auf opportunistische Fehler der kommunistischen Taktik,

4. geringe Verankerung der kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse und besonders in der Industriearbeiterschaft (Klassenbasis),

5. starke Arbeitslosigkeit infolge kapitalistischer Strukturkrisen und die damit einhergehende tendenzielle Verwandlung der kommunistischen Partei in eine Partei der Erwerbslosen. (Vgl. D. Manuilski, Über Sozialfaschismus und Defaitismus. In: Internationale Pressekorrespondenz. Nr. 72 vom 12. Mai 1926, hier S. 1151/1152).

wesentliche Strukturelemente der linksradikalen Ideologie — die es freilich herauszuarbeiten gilt, da sie in nahezu allen Schriften der ‚linken‘ Lenin-Kritiker wie bei Korsch und Pannekoek zu finden sind — unterliegen. Es handelt sich somit bei der Interpretation um erste Arbeitshypothesen.

Im abstraktesten philosophisch-erkenntnistheoretischen Bereich besteht eine deutliche identitätsphilosophische Orientierung, die mit einigen Elementen der marxistischen Philosophie und Theorie vermengt wird. Klassentheoretisch, im Zusammenhang mit der Problematik der Konstitution von proletarischer Klasse und Klassenbewußtsein, läßt diese Orientierung — die allgemein-philosophisch bei Korsch stärker ausgeprägt ist als bei Pannekoek — auch den Prozeß der Konstituierung der Arbeiterklasse als Klasse „an sich“ zur Klasse „für sich“ als *Identitätsproblem* — als Identität zwischen Klassenlage und Klassenbewußtsein — erscheinen.

Im Zusammenhang mit dieser identitätsphilosophischen Fragestellung rückt der Tatgedanke als aktivistisches Element¹¹¹ in den Vordergrund von Theorie, Strategie und Taktik. Korsch selbst hatte schon zu Beginn seiner Orientierung auf die sozialistische Arbeiterbewegung zur Sozialisierung der Produktionsmittel (als eine der notwendigen Bedingungen des Übergangs zur sozialistischen Gesellschaft) ausgeführt, daß durch die Sozialisierung die „Identität von historischem Entwicklungsprozeß und unwälzender menschlicher Tätigkeit“¹¹² hergestellt werde. Für Korsch ist es gerade diese Erkenntnis, die, als spezifisch marxistisch, den bürgerlichen und sozialdemokratischen Ideologen fehle¹¹³.

Ist diese Hypostasierung des Marxismus überhaupt wie seiner Theorie des Klassenkampfes insbesondere zur Identitätsphilosophie von Korsch in Anlehnung an Hegel vollzogen¹¹⁴, so dringt sie bei Pannekoek in weniger expliziter Form in Anlehnung an die Bestimmung über das Verhältnis von Gedanken und Wirklichkeit Dietz-

111 Das aktivistische Element kann zunächst durchaus als produktive und vorwärtstreibende Reaktion innerhalb der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien verstanden werden, beispielsweise im Verhältnis zur Revolutionsmechanik der II. Internationale, besonders während und nach dem Ersten Weltkrieg überall dort, wo die Sozialdemokratie starke Massenpartei war und sich in Theorie und Praxis opportunistisch und versöhnlerisch erwies. Freilich zeigte sich im Fortgang der Entwicklung die Hilflosigkeit dieser „einfachen Negation“.

112 Korsch, Grundsätzliches über Sozialisierung (1920). In: Schriften zur Sozialisierung, Frankfurt/M. 1969, S. 81.

113 Korsch, Grundsätzliches . . . , a.a.O., S. 81.

114 Vgl. Korsch, Marxismus und Philosophie, S. 128: „Auch für die marxistisch-materialistische Dialektik . . . (ist) das *Zusammenfallen von Bewußtsein und Wirklichkeit* (charakteristisch).“ Und: der „Vereinigung von Theorie und Praxis“ in der marxistischen Philosophie entspreche die „*Identität von gegenständlicher Erkenntnis und Tätigkeit*.“ (Grundsätzliches über Sozialisierung, a.a.O., S. 71).

gens und, orientiert an bestimmten Überlegungen Machs¹¹⁵ und des Positivismus, in seine philosophische Lenin-Kritik ein. Bei beiden ‚linken‘ Kritikern wird dadurch eine — aus ihrem philosophisch-weltanschaulichen System und der spezifischen Revision der marxistischen Theorie logisch notwendige — Hinwendung zur Psychologie, sowohl der Klassen-, Massen- als auch Persönlichkeitspsychologie, hervorgerufen.

Insofern Korsch und Pannekoek bei ihren praktischen Versuchen der Konstruktion der Identität zwischen dem gesellschaftlichen Sein der Arbeiterklasse, ihrer Klassenlage, und dem gesellschaftlichen Bewußtsein, dem Klassenbewußtsein des Proletariats die aktionistisch-aktivistische subjektive Seite des Kampfes der Arbeiterklasse aufgrund ihres Klassenbegriffs in den Vordergrund rücken, wird dann bei ihnen als logische Konsequenz wesentlich die *Bedeutung des Einflusses des bürgerlichen Bewußtseins* in der Arbeiterklasse hervorgehoben. Dies müsse vordringlich überwunden werden, da der Einfluß der bürgerlichen Ideologie in all ihren vielfältigen Erscheinungsformen hauptsächlich und „letztes“ Hemmnis sei und verhindere, daß die Klasse „an sich“ sich zur Klasse „für sich“ formiere und selbstbewußt ihre geschichtliche Aufgabe wahrnehme: die Durchführung der proletarischen Revolution und die Erringung der Macht über Produktion und Staat¹¹⁶.

Rückt bei Lenin zur Interpretation der veränderten Lage im Kapitalismus in dessen entwickeltem imperialistischem Stadium die Imperialismustheorie in den Vordergrund der Analyse des Formierungsprozesses der Klasse „an sich“ zur Klasse „für sich“ und wird damit der Klassenbegriff von Marx und Engels auf die weltgeschichtliche Situation im höchsten Stadium des Kapitalismus konkretisiert, so halten Korsch und Pannekoek ebenso wie ihre „modernen“ Adepten¹¹⁷ an einem Klassenbegriff fest, der der komplexen Wirklichkeit, der empirisch vorfindlichen vielfältigen Schichtung des Proletariats im Imperialismus keineswegs entspricht, der aber darüber hinaus auch auf einer frühen geschichtlichen Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktion und ihrer Klassenver-

115 Vgl. Pannekoek, Dietzgens Werk. In: Die Neue Zeit, 31. Jg. 1913, Bd. I, S. 37—47, hier S. 42—45, und Lenin als Philosoph, a.a.O., bes. S. 99.

116 Vgl. Pannekoek, Der neue Blanquismus (1920), In: Pannekoek/Gorter, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution. Hrsg. u. eingel. v. H.-M. Bock. O.O. o.J. (Frankfurt/M. 1969), hier S. 12/121; Lenin als Philosoph, a.a.O., S. 119 ff.; Korsch, Thesen über Hegel und die Revolution (1931). In: die alternative, 8. Jg., 1965, H. 41, S. 67, und bei Korsch die 1919/1920 entstandenen Artikel zur Sozialisierungsfrage.

117 Vgl. etwa Fetscher, Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung. In: Marxismusstudien, 2. Folge. Hrsg. v. I. Fetscher. Tübingen 1957, S. 26—60, hier bes. S. 56/57. Fetscher vertritt einen Klassenbegriff, der das Proletariat mit den „Paupers“ verwechselt; vgl. auch die Einleitung von Mattick zu Pannekoeks Lenin-Kritik, a.a.O., bes. S. 15 ff.

hältnisse keineswegs der Wirklichkeit entsprach¹¹⁸. So stellt der Klassenbegriff, der den Analysen und Einschätzungen von Korsch und Pannekoek zugrundeliegt, nichts anderes dar als eine falsche gedankliche Abstraktion. Ihr Klassenbegriff korrespondiert mit der in der Tat naiven Vorstellung der „reinen“ Revolution des Proletariats, die die wirkliche, widersprüchliche Entwicklung überhaupt und besonders im Imperialismus, in dem die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung sich gesetzmäßig vollzieht, unterschlägt. Vernachlässigen die ‚linken‘ Lenin-Kritiker diese realwidersprüchliche Entwicklung völlig¹¹⁹, so wird gerade in den Verallgemeinerungen der Leninschen Imperialismustheorie die reale Dialektik herausgearbeitet.

Mit der Orientierung von Korsch und Pannekoek auf identitätsphilosophische Bezugspunkte geht die Hinwendung zur *Frage der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit* und der geschichtlichen Möglichkeiten und Bedingungen ihrer realen Aufhebung einher. Hier ist zweifellos eine produktive *Fragestellung* der ‚linken‘ Lenin-Kritiker gegeben. Zu einer zunächst theoretischen Lösung haben freilich die linksradikalen Theoretiker wenig beitragen können. Ihr idealistisch-subjektivistisch geprägter und auf einem abstrakten Klassenbegriff verharrender theoretischer Bezugsrahmen mußte sie das Problem der Aufhebung der Trennung von (überwiegend) geistiger und (überwiegend) körperlicher Arbeit verabsolutieren lassen. Es gelang ihnen nicht, diese Fragestellung

118 S. dazu beispielsweise die Äußerungen von Marx und Engels über die englische Arbeiterbewegung: Briefe von Marx an Sorge (4. Aug. 1874), von Engels an Marx (7. Okt. 1858), an Sorge (21. Sept. 1872), an Marx (11. Aug. 1881), an Kautsky (12. Sept. 1882), an Sorge (7. Dez. 1889) und verschiedene Artikel, Vorworte von Engels nach 1890, als die „Verbürgerlichung“ der englischen Arbeiterklasse offener zutage trat. Dies ist freilich keine Zufälligkeit, sondern das Ergebnis der internationalen Vormachtstellung der englischen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt, so daß der „bürgerliche“ Teil der englischen Arbeiterbewegung materiell von den Extraprofiten des englischen Kapitals direkt oder indirekt in irgendeiner Weise selbst abhängig ist.

119 Vgl. beispielsweise die Einschätzung der „Entschiedenen Linken“, deren führender Funktionär Korsch nach seinem KPD-Ausschluß im April 1926 war. In deren „Plattform“ wird die reale Widersprüchlichkeit der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus zugunsten einer pauschalen Einschätzung der Haupttendenz — Revolution — nicht einmal erfaßt. Die sich daraus ergebenden strategisch-taktischen Konsequenzen für Deutschland etwa — „die Situation (1926) enthält alle objektiven Elemente für eine konkret revolutionäre Politik“ — beinhalten dann natürlich, daß nur der Wille des Proletariats zur Revolution fehle, die KP und ihre Führungskader versagt hätten usw. Erweist sich an der Wirklichkeit die Unwahrheit solcher Analysen, sind Resignation oder Terrorismus die logische Konsequenz (zur politischen Einschätzung der Lage durch Korsch vgl.: Der Weg der Komintern (Rede auf einer KPD-Funktionärskonferenz im April 1926), Berlin 1926. Dort auch als Anhang die „Plattform der Linken“, S. 17—24.

der marxistischen Theorie im Gesamtzusammenhang der Bedingungen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Emanzipation der proletarischen Klasse zu sehen.

So stellt sich für Korsch der Widerspruch zwischen Hand- und Kopfarbeit als der Gegensatz dar, der noch tiefer geht als der sich aus dem Kapitalverhältnis ergebende antagonistische Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital¹²⁰. Zudem fordert Korsch in völliger Abstraktion von der realen historisch-konkreten Möglichkeit, daß die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit in Form der historischen Antizipation in revolutionären Situationen in der Klassenorganisation des Proletariats tendenziell verwirklicht werden solle. Darüberhinaus könne die Aufhebung dieses Gegensatzes in der Kommunistischen Partei *individuell* vorweggenommen werden¹²¹.

Trotz dieser Mystifizierungen bei der theoretischen Analyse des Widerspruchs zwischen Hand- und Kopfarbeit, die sich bis auf die aktuellen taktischen Konzeptionen der ‚Linken‘ auswirkten¹²², muß doch der Tatbestand, daß die linksradikalen Theoretiker diese Problematik an entscheidender Stelle reflektieren, als ein fortschrittlicher Impuls gewertet werden. Den linksradikalen Theoretikern

120 Vgl. Korsch, *Die Arbeitsteilung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit und der Sozialismus* (1919). In: *Schriften zur Sozialisierung*, a.a.O., S. 65/66.

121 So spricht Korsch in seinem Aufsatz „Grundsätzliches . . .“ von der „ökonomischen und psychologischen Gesamtlage“ und dem daraus „fühlbaren“ Entwicklungsgesetz, welches den „Verwirklichungsgedanken“ produziere, so daß die Wissenschaft befähigt werde, die „hereinbrechende gesellschaftliche Wirklichkeit“ „individuell“ zu antizipieren und „gerade durch diese geistige Antizipation des Kommenden eine der Wirklichkeiten setzt, durch die hindurch der schöpferische Übergang von den alten zu den neuen Formen des gesellschaftlichen und individuellen Seins sich allen vollziehen kann.“ Diesen „Aggregatzustand“ kann die wissenschaftliche Erkenntnis nur „in der schöpferischen Phantasie eines Revolutionärs annehmen, *der mit seinem Denken den Übergang aus der alten zur neuen Welt im voraus schon vollzogen hat*“ (a.a.O., S. 73; Hervorhebung von mir — R.A.). Hier findet sich in reiner Form der sich selbst absolut setzende Gedanke. Diese Vorstellung von Korsch hat mit der historischen Antizipation Marxens nichts zu tun, sondern bleibt — in letzter Konsequenz — Wunschtraum des aus seinem Kopf die Wirklichkeit setzenden Intellektuellen in der bürgerlichen Gesellschaft. — Damit stellt sich dann der Sozialismus als Legitimitätsproblem zum einen, andererseits wird — wie bei Korsch und bei Lukács in „Geschichte und Klassenbewußtsein“ — das proletarische Klassenbewußtsein mystifiziert, das Proletariat zum weltgeschichtlichen *deus ex machina* hypostasiert und der politischen Partei des Proletariats, der Kommunistischen Partei, jene antizipatorische Funktion, der Wunschtraum aller fortschrittlichen bürgerlichen Intellektuellen, zugesprochen.

122 Vgl. Pannekoek, der die Notwendigkeit der Aufhebung der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit in seine Taktik mit einbezieht (*Weitrevolution und kommunistische Taktik*, in: Pannekoek/Gorter, a.a.O., S. 129/130, 132—136).

selbst mußte ihre eigene identitätsphilosophische Orientierung allerdings schon die *Richtung* der theoretischen Lösung versperren, so daß ihre Überlegungen idealistisch blieben¹²³.

Demgegenüber treten andere Elemente der Struktur linksradikaler Ideologie in den Hintergrund. Rückt die *geistige* Abhängigkeit des Proletariats von der Bourgeoisie und ihrer Ideologie bei den hier behandelten Autoren in den Mittelpunkt ihrer politischen und philosophischen Analysen und geht sie einher mit der Orientierung auf die Psychologie und Massenpsychologie, so ist damit der in nahezu allen Arbeiten von Korsch und Pannekoek deutlich herausgebildete *Wille zur Aktion*, zur Befreiung des selbstbewußt handelnden Proletariats verbunden¹²⁴.

Einen Beitrag zu den Möglichkeiten der Emanzipation des Proletariats und der Volksmassen konnten weder Korsch noch Pannekoek theoretisch leisten. Trotz bestimmter kommunistischer Strukturelemente verbleibt ihre Philosophie in den entscheidenden Bestimmungen des Subjekt-Objekt-Verhältnisses, der materialistischen Erkenntnistheorie sowie insbesondere in der Interpretation und konkreten Anwendung der marxistischen Revolutionstheorie metaphysisch-undialektisch: Bleibt Korsch auf dem identitätsphilosophischen Standpunkt des objektiven Idealismus, so ist Pannekoek einem naturwissenschaftlich-materialistischen Erkenntnismodell verpflichtet. Beide Lenin-Kritiker kennzeichnet als einzig mögliche logische Konsequenz, da sie an der Möglichkeit der proletarischen Revolution festhalten, die subjektivistische und aktivistische Wendung. Insofern kann es nicht verwundern, wenn von dieser ideologischen Richtung — die als *metaphysischer Kollektivismus* bezeichnet werden kann — trotz aller subjektiver Bemühtheit auch in der gesellschaftlichen *Praxis der Revolution* keine entscheidenden Kräfte für Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution ausgegangen sind.

123 Bei Pannekoek, in dessen Denken die Überwindung des der bürgerlichen Arbeitsteilung immanenten Widerspruchs zwischen Hand- und Kopfarbeit eine zentrale Rolle spielt, gehen seine Vorstellungen auch in das Schlußkapitel von „Lenin als Philosoph“ ein. Dort findet sich noch einmal die Betonung der eigenständigen Kopfarbeit des Proletariats und jedes einzelnen Proletariers bei der Schaffung von proletarischen Organisationsformen (wie Räten), bei der Durchführung der proletarischen Revolution, der „Meisterung“ von Arbeits- und Produktionsprozeß und der Beherrschung des Staatsapparats (a.a.O., S. 119/120). Dies ist bei Pannekoek die Anlehnung an Dietzgen (vgl. dazu bes. „Dietzgens Werk“, a.a.O.).

124 Diese ausgeprägte voluntaristisch-aktionistische Komponente gerät bei Korsch nach seinem KPD-Ausschluß immer mehr in den Vordergrund und gewinnt — wie in den „Thesen über Hegel und die Revolution“ (a.a.O.) — fast eine eigene Qualität in seinem Denken; sie ist später völlig losgelöst von den realen praktischen Möglichkeiten des Klassenkampfes, bis sie dann in den „10 Thesen über Marxismus heute“ zur marxologischen Relativierung des Maxismus herunterkommt.

Frigga Haug

Gibt es eine marxistisch-leninistische Rollentheorie?

In den sozialistischen Ländern ist die Diskussion um die Brauchbarkeit von Methoden und Kategorien, die in den bürgerlichen Wissenschaften entwickelt wurden, noch nicht abgeschlossen. Die in kapitalistischen Ländern seit mehreren Jahrzehnten angewandten Methoden und Kategorien der Empirie scheinen insbesondere geeignet, als quasi neutrales hochentwickeltes Handwerkszeug zu verschiedenen Zwecken, mit auswechselbaren Inhalten und Zielen, benutzt werden zu können.

Für die Kategorie der Rolle zumindest kann jedoch die Möglichkeit einer neutralen Verwendung ausgeschlossen werden. Die an anderer Stelle¹ von mir vorgelegten Analysen zum Rollenbegriff, seinem historischen und gesellschaftlichen Standort sowie seiner Indienstnahme für die besonderen Interessen der herrschenden Klasse erlauben die Schlußfolgerung, daß die Anwendung dieses Begriffs auf Verhalten und Bewußtsein von Menschen schwerwiegende Bedeutungen impliziert. Aussagen wie „Mensch als Rollenspieler“ oder „Rollenträger“ verdanken ihre Relevanz allein der Wirklichkeit bestimmter Gesellschaftsformationen. Da die Rollenmetapher einerseits nur in der Erscheinungswelt verbleibt, zum anderen die vorgefundenen Phänomene durch die Kategorisierung zu einem Weltbild quasi metaphysisch verknüpft, kann sie keine wissenschaftliche Kategorie einer marxistischen Sozialwissenschaft sein.

Um so mehr Beachtung müssen die neuerlich von Autoren aus der DDR unternommenen Bemühungen finden, die Rollenkategorie auf „marxistisch-leninistischer Grundlage“ für Soziologie und Sozialpsychologie verwendbar zu machen.

Der Titel des 1971 erschienenen Buches von Gisela Vorweg „Führungsfunktion in sozialpsychologischer Sicht — Theoretisches Modell und empirische Analysen zur Rolle des sozialistischen Leiters und des Führungskollektivs“^{1a} verweist unmittelbar auf eine Doppeldeutigkeit, die grundlegend ist für das ganze Buch. Zum einen scheint es auf den ersten Blick, als ob es sich hier um keine Rollen-

1 Frigga Haug, Kritik der Rollentheorie und ihrer Anwendung in der bürgerlichen deutschen Soziologie. Fischer Taschenbuch: Texte zur politischen Theorie und Praxis, Frankfurt 1972.

1a Vorweg, Gisela: Führungsfunktion in sozialpsychologischer Sicht. Theoretisches Modell und empirische Analysen zur Rolle des sozialistischen Leiters und des Führungskollektivs. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1971 (192 S., br., 8,— M).

theorie handelte, von „Rolle“ im üblichen spezifischen Sinn nicht die Rede sei, sondern etwa von Aufgabe, Funktion oder Bedeutung, so wie man auch von der Rolle der Erziehung oder der Kunst und vieler anderer Bereiche in einem angegebenen Kontext sprechen könnte.

Zum anderen scheint es möglich, daß hier Vorweg die Äquivokation, den Gleichklang verschiedener Begriffe, zur Vermischung der Bedeutungen benutzt.

Die eingangs formulierte Aufgabenstellung läßt zunächst eine scheinbar eindeutige Antwort zu. Es soll in der Tat eine „marxistisch-leninistische Rollentheorie“ begründet werden. „Bisher liegt in der Sozialpsychologie keine ausgearbeitete und begründete marxistisch-leninistische Rollentheorie vor. Es waren also zwei Problemkreise zu untersuchen. a) Die Rollentheorie muß theoretisch fundiert werden. Dabei kommt es darauf an, ausgehend von den Gesetzmäßigkeiten des Marxismus-Leninismus, eine eindeutige Bestimmung des gesellschaftlichen Phänomens ‚Rolle‘ zu geben. Es sind die gesetzmäßigen Zusammenhänge mit anderen gesellschaftlichen Erscheinungen aufzudecken. b) Auf der Grundlage der theoretischen Erörterungen, die mehr hypothetischen Charakter tragen, sollen am Beispiel der Rolle des sozialistischen Leiters die gesetzmäßigen Zusammenhänge *nachgewiesen* werden“ (11).

Der historische Exkurs stiftet den bekannten Zusammenhang zum „Rollenspiel“ und der „Bühne des Lebens“. Jedoch wird dieser Bezug zwar global mit der antiken Klassengesellschaft in Verbindung gebracht, mit dem Abschied von der Antike aber wird ebenso Abschied genommen vom metaphorischen Gehalt, der der Rollenkatégorie innewohnt. Von der Umgangssprache ausgehend werden Wendungen, in denen das Wort „Rolle“ vorkommt, gesammelt, nach Typen klassifiziert und als Bedeutungsfelder für den Begriff angegeben. „Ebenso wie später der Begriff ‚persona‘ seinen ursprünglichen Inhalt mehr oder weniger verlor, erfuhr der Rollenbegriff eine Abtrennung vom Theatergeschehen. In unserem Sprachgebiet ist er zu einer Kategorie verschiedener Wissenschaften und des Alltags geworden:

a) Nur noch als Kategorie der Kunst im Sinne des Spielens einer anderen Person hat er Beziehungen zum Theaterwesen.

Er wird weiterhin gebraucht

b) als ökonomische Kategorie im Sinne der Funktion bestimmter Sachverhalte;

c) als historische und damit auch soziologische Kategorie im Sinne der Funktion großer Persönlichkeiten;

d) als soziologische und damit auch historische Kategorie im Sinne der Funktion bestimmter Klassen und Schichten;

e) als sozialpsychologische Kategorie im Sinne der Funktion der Persönlichkeit;

f) als philosophische Kategorie im Sinne der allgemeinen Funktion oder Bedeutung bestimmter Erscheinungen der objektiven Realität“ (15).

Diese Aufzählung, die einerseits unvollständig, da der tatsächlich vorfindliche Gebrauch von Rolle im Sinne der Rollenhaftigkeit ausgelassen ist, zum anderen überspezialisiert ist, da im Grunde genommen immer die gleichartige Verwendung des Begriffs in verschiedenen Wissenschaften angezielt wird, hat Schlüsselfunktion für das weitere Vorgehen der Autorin. Sie wird Grundlage für die Verankerung der Rollentheorie im Marxismus-Leninismus. Der eigentliche Bezug des Rollenbegriffs zum Theaterwesen, den er in der Rollentheorie niemals ganz abstreift, die Unterstellung nämlich, daß der Mensch in Gesellschaft, als soziales Wesen, etwas von außen an ihn Herangetragenem verkörpern muß, wird zunächst ausgelassen bzw. auf das Schauspielen als Beruf zurückgenommen. Von da wird in einem großen Satz zu Verwendungen des Wortes „Rolle“ hinübergesprungen, die sämtlich der Begründung einer eigenen Rollentheorie widerstehen. Ebensogut könnte man eine „Aufgabentheorie“, eine „Bedeutungstheorie“, eine „Funktionstheorie“, eine „Stellungstheorie“ — kurz eine Theorie sämtlicher an Stelle des Wortes Rolle in dieser Bedeutung möglicher Synonyme aufstellen. Denn es geht in den angegebenen Beispielen ja nicht um den Rollencharakter der jeweils gemeinten Bezüge, sondern immer um die Dinge, Personen, Sachverhalte selber bzw. ihre Bedeutung, Stellung und Funktion im bestimmbareren Zusammenhang. Ebensogut könnte man die Notwendigkeit z. B. einer psychologischen Charakteranalyse mit der Verwendung des Wortes Charakter als Synonym für Art oder Gehalt in Aussagen wie etwa „der instrumentelle Charakter der Methoden“ oder „der städtebauliche Charakter“ begründen. Belegende Beispiele für die Verwendung des Wortes „Rolle“ eben nicht im Sinne der Rollenhaftigkeit, die zur Begründung einer Rollentheorie herhalten müssen, finden sich in dem Buch zuhauf. Da ist die Rede von der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ (19, eine Wendung, die wegen ihrer hohen politischen Bedeutung besondere Stützfunktion für eine Rollentheorie haben soll), von der „spezifischen Rolle der Werktätigen“ (19), von der „Rolle des Menschen“ (48), der „Rolle der Führungsfunktion“ (50), der „führenden Rolle der Partei“ (130), der „Rolle des subjektiven Faktors“ (175) usw.

Es ist einleuchtend, daß solche Verwendungen des Rollenbegriffs keine „Rollentheorie“, sondern jeweils theoretische Analysen der mit dem Rollenbegriff im Zusammenhang genannten Sachverhalte zulassen — wie etwa ein Buch über die Rolle der Produktivkräfte in der Geschichte von den Produktivkräften und nicht von deren Rollenhaftigkeit handelt —, so daß die angeführten Belegstellen für die Begründung einer marxistisch-leninistischen Rollentheorie als nicht beweiskräftig abzulehnen sind.

Wesentlicher aber ist die Frage, wie der von der Autorin so fragwürdig begründete Rollenbegriff im Fortgang ihrer Analyse aussieht, welchen Bedeutungszusammenhang er treffen soll oder umgekehrt, ob in der Frage nach der „Rolle des sozialistischen Leiters“ nur das für eine eigene Rollentheorie nicht belangvolle Problem der Stellung und Funktion des Leiters im Produktionsprozeß behandelt

wird. In diesem Fall wäre für eine kritische Auseinandersetzung mit der Kategorie der Rolle wenig mehr zu tun als darauf hinzuweisen, daß der Anspruch, eine Rollentheorie zu begründen, nicht einlösbar war, daß der Rollenbegriff selbst für die Analyse keine eigene Aussagekraft hatte. Das Buch könnte, gekürzt um die Bemühung der rollentheoretischen Verankerung als Untersuchung zum Problem der sozialistischen Leitung gelesen werden und wäre für die Kritik der Rollentheorie nicht weiter zu überprüfen.

Die Aufwendigkeit aber, mit der die Autorin mit Marxzitaten und vermittels Parteitagbeschlüssen, in denen von der Rolle der Partei die Rede ist, die Legitimität der Rollenkategorie für den Sozialismus zu beweisen sucht, die gleichzeitige Hilflosigkeit wie Unsinnigkeit der Beweisführung selber lassen befürchten, daß hier mit dem Mittel der Äquivokation, mit einem quid pro quo insgeheim die Verwendung des Rollenbegriffs im Sinne der Rollenhaftigkeit Eingang finden soll in eine marxistische Sozialwissenschaft.

Für die „Einsicht in das Wesen“ der „Rolle“, für die Begründung der Rollentheorie im Marxismus wird Marx als wesentlicher Kronzeuge aufgerufen.

Die Auswirkungen des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital auf die handelnden Menschen und ihr Bewußtsein werden von Marx einerseits als „Versachlichung von Personen“ und als „Entfremdung“ auf seiten der Produzenten, andererseits als „Personifikation von Sachen“ und als „ökonomische Charaktermasken“ auf seiten der Aneigner, der Kapitalisten beschrieben. Vorweg nennt zum einen die Funktion der spezialisierten Teilarbeiter innerhalb der gesellschaftlichen Gesamtarbeit „deren Rolle“, um dann fortfahrend als belegendes Beispiel den Kapitalisten als personifiziertes Kapital für den gleichen Rollenbegriff zu benutzen. „Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die Darlegungen von Marx über die Rolle der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse oder die Rolle des Geldes zu referieren, vielmehr interessiert uns, was er zur Rolle bestimmter Personen oder besser Personengruppen zu sagen hat. Im Band III des ‚Kapital‘² zeigt er, daß deren Rolle durch die Funktion in der kombinierten gesellschaftlichen Arbeit bestimmt ist. So läßt z. B. die ‚rastlose Bewegung des Gewinnens‘ den Kapitalisten ‚funktionieren‘. ‚Seine Person . . . ist der Ausgangspunkt und der Rückkehrpunkt des Geldes. Der objektive Inhalt jener Zirkulation — die Verwertung des Werts — ist sein subjektiver Zweck, und nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operationen, funktioniert er als Kapitalist oder personifiziertes, mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital‘^{2a}“ (16).

Die gleichmacherische Fähigkeit, die dem bürgerlichen Rollenbegriff innewohnt, wird hier auf besonders abenteuerliche Weise hergestellt. Durch Vermischung und Wechseln der Standpunkte — ein Verfahren, vor dem Marx im „Kapital“, das Quelle für die hier

2 Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, Berlin (DDR) 1964, S. 399 f.

2a Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Berlin (DDR) 1962, S. 167 f.

von Vorweg vorgenommene Rollenbestimmung ist, eindringlich gewarnt hat — wird versucht, „näher an das allgemeine Wesen der ‚Rolle‘ heranzukommen“. Einmal ist Ausgangspunkt der Betrachtung das Kapital selbst als Subjekt, das durch Menschen (die Kapitalisten) hindurch „handelt“, ihnen als Klasse ihren historischen Stellenwert verleiht. Zum anderen ist Ausgangspunkt die gesellschaftliche Gesamtarbeit, bei der die Aufgaben der Einzelarbeiter innerhalb des Ganzen als Rolle zu bezeichnen zwar möglich scheint, das Wort dann aber wieder nur auf dem Wege der Äquivokation mit dem metaphorischen Gehalt des Rollenbegriffs identifizierbar ist. Bei der Bestimmung der Rolle des Kapitalisten erfolgt unversehens eine erste Annäherung an den bürgerlichen Rollenbegriff und wird die in der ersten Aufzählung genannte Verwendung des Wortes Rolle überschritten. Nicht die Rolle des Kapitalisten etwa als Promovent des Fortschritts in einer bestimmten Epoche steht jetzt zur Diskussion, sondern die Bestimmung ihres Handelns durch von außen einwirkende Gesetze, Kapitalgesetze. So schlußfolgert Vorweg, daß „Rolle als eine Funktion im Sinne der Abhängigkeit aufgefaßt wird“ (17).

Abgesehen davon, daß Marx für den geschilderten Zusammenhang den Begriff der „Personifikation von Sachen“ verwandte und eben nicht den der Rolle, erscheint es mehr als fragwürdig, Sachverhalte, die typisch dem Kapitalismus eigen, wie „Versachlichung von Personen“ oder „Personifikation von Sachen“, deren Aufhebung der Sozialismus impliziert, grundlegend für eben diesen Sozialismus gebrauchen zu wollen. So kann auch der von Marx geschilderte, von Vorweg wiederum als Beweis für die Legitimität der Rollentheorie im Sozialismus angeführte Tatbestand, daß im kapitalistischen Produktionsprozeß die Arbeit der Oberaufsicht und Leitung einerseits produktive Funktion, entsprungen aus der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, andererseits Aufsicht über Ausbeutung, Kapitalfunktion ist, in keiner Weise als Bestimmung für die Leitung im sozialistischen Produktionsprozeß herhalten, auch dann nicht, wenn Hodgskin, den Marx hier wiedergibt, im angeführten Zitat einmal das Wort „Rolle“ synonym für das Wort „Hinsicht“ gebraucht. („Meister sind ebensogut Arbeiter wie ihre Gesellen. In dieser Rolle ist ihr Interesse genau dasselbe wie das ihrer Leute. Aber sie sind außerdem entweder Kapitalisten oder Agenten der Kapitalisten, und in dieser Hinsicht ist ihr Interesse entschieden entgegengesetzt dem Interesse der Arbeiter³.“)

Gerade die Widersprüchlichkeit, die dem Produktionsprozeß im Kapitalismus als Arbeits- und zugleich Verwertungsprozeß eignet, wird von Vorweg für die Ableitung der Rollentheorie bemüht, wenn sie das Phänomen „Rolle“ einmal aus der Arbeitsteilung, zum anderen aus der Tatsache herleitet, daß etwa der Leiter bei Marx zusätzlich zu den aus Arbeitsteilung und Kooperation entsprungenen sachlich erforderten Koordinationsaufgaben ein daneben bestehendes und

eigens meßbares Verhalten und Handeln an den Tag legt, nämlich die Aufsicht über Ausbeutung.

Der allmählichen Annäherung an den bürgerlichen Rollenbegriff geht eine Distanzierung voraus. Hier korrespondiert die Fragwürdigkeit der Absicherung der Rollenkategorie im Marxismus der Oberflächlichkeit der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Rollenbegriff. Er wird kurzerhand als „subjektiv-idealistisch“ bezeichnet. Abgesehen von der plakativen Form dieser Aussage, die Erkenntnis eher verdeckt als befördert und die zudem nicht einmal durchgängig zutrifft, dürfte eine solche Einschätzung, gemessen am Leistungsvermögen der Rollentheorie, auf schädliche Weise verharmlosend sein. Kritisiert wird ferner, daß die Ableitung der „Rollen“ nicht aus den jeweiligen Funktionen geleistet werde, ein Vorwurf, der viele bürgerliche Rollentheoretiker nicht nur nicht trifft (so etwa nicht Simmel, Parsons, Mayntz u. a.), sondern dem durch eine strukturell-funktionale Analyse der Arbeitsteilung zu entgehen — vergleichbar den Theorien über Industriegesellschaft —, darüber hinaus die Unterschiede in den Produktionsweisen vollends verwischen würde. So nimmt es nicht weiter wunder, daß Heinz Gronau, ein unmittelbar im Dienste der innerbetrieblichen Konfliktbereinigung im Kapitalismus arbeitender Soziologe, für die Autorin einer der fortschrittlichsten der bürgerlichen Theoretiker zu sein scheint, nahezu als Vorbild eines Rollenanalytikers begriffen wird.

Bei der Bestimmung der „marxistisch-leninistischen“ Rollentheorie wird einfach konstatiert, daß es erst im Sozialismus, auf der Grundlage einer „einheitlichen wissenschaftlichen Weltanschauung“ von einem „eindeutigen Standpunkt aus“ (33) (als ob es dem Kapital und seinen Vertretern an Eindeutigkeit des Standpunkts mangelte!) möglich sei, eine fundierte „neue Theorie der Rolle zu entwickeln“ (33), um im Fortgang den bürgerlichen Rollenbegriff mit seinen wesentlichen Implikationen zu übernehmen. Da ist die Rede vom „Rollenträger“, der „Rollen übernimmt“; seine „Rollengestaltung hat objektive Grenzen“; von „Normen oder Erwartungen“ seitens der Gesellschaft, die „nicht immer bewußt“ über „Erfolgsenergebnisse“ als „Systemanpassung“ „integriert“ werden (125); man erfährt vom „Ansehen“, von der Position des Rollenträgers“, vom „Rollenverhalten“, vom „Rollenbild“ (34 ff.), von der „Rolle des Lehrers“, die ein „Hochschulabsolvent übernimmt“, der „Rolle des Parteisekretärs“, von der „Rolle“, (die) der Wissenschaftler in unserer sozialistischen Gesellschaft zu spielen hat“ (22), von der „Rolle als sozialistischer Eigentümer, Produzent und Konsument“, von „Altersrollen“, „Geschlechtsrollen“ und „Berufsrollen“.

Die Frage z. B. nach der Rolle der Geschlechter in einem angebbaren Zusammenhang wird nicht etwa unterschieden von der Frage nach Geschlechterrollen, sondern dient vielmehr zu deren Absicherung und Affirmation.

So ist auch die Frage nach der „Frauenrolle“ nicht einfach zu beantworten und gleichzusetzen mit der Rolle der Frau in der Geschichte, mit der sie zwar etwas zu tun hat, bei der jedoch die

Gleichsetzung den Verzicht auf grundsätzliche Veränderung impliziert, überhaupt die Möglichkeit, etwa das Problem der Frauen in einer Gesellschaft am Grad der Emanzipation des Menschen zu überprüfen, versperrt ist. Die Einsperrung des je besonderen Seins und Verhaltens in eine Rolle läßt bestenfalls Verbesserungen des jeweils Spezifischen zu, ohne Berücksichtigung des Allgemeinen. Die Entwicklung des allgemeinen Bewußtseins, die Einsicht in die gesamtgesellschaftliche Bewegung werden ersetzt durch einen Rollenplan, aufgestellt von irgendeinem höheren Prinzip; Gesellschaft funktioniert jetzt nicht über das einsichtige tätige Miteinander der Menschen, sondern — weit bequemer — über angepaßtes Verhalten.

Erscheint es einerseits nur überflüssig, die mit der Arbeitsteilung einhergehende Verschiedenheit der Aufgaben innerhalb der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, die Stellung und Funktion der jeweiligen Mitarbeiter und ihr daraus resultierendes Verhalten als Rolle zu bezeichnen, wirkt andererseits ein solches Zusammenbinden von Beruf, Erwartung, Normen und Verhalten im Begriff der Rolle, die man übernimmt und auch fallenlassen kann zugunsten einer anderen, der Aufklärung und damit der Veränderung und Entwicklung entgegen. Es ist verständlich, daß nicht alle Bedingungen, die die Spaltung der Menschen in „gesellschaftliche“ und „private“ nach sich zog und die der Rollenmetapher Wirklichkeit verliehen, mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf einen Schlag und restlos abgebaut werden können. Die Bestimmung der Gesellschaftsmitglieder aber als ein Bündel von Menschen mit „interiorisierten Rollen“ (49) bedeutet letztlich den Verzicht auf den sozialistischen Menschen. Denn notwendig werden nun Übergangsphänomene, unter der Sicht des Rollenhandelns und -verhaltens beobachtet und dargestellt, der Einsicht in die Veränderbarkeit entzogen. Ansatzpunkte für Fortschritt können nicht mehr ins Blickfeld rücken, die Affirmation bestehender Verhaltensweisen überwiegt die Veränderung, die allenfalls noch als Verbesserung der Besonderheiten, unter die dann das Allgemeine als Spezialistenrolle einzuordnen wäre, zu denken ist.

Die Analyse der „Rolle des sozialistischen Leiters“ ist exemplarisch für die Schwierigkeiten, die die Verwendung des Rollenbegriffs mit sich bringen muß. Die Dichotomie zwischen Mensch und Gesellschaft, die die Rollenkategorie unterstellt, und die mit den Begriffen Erwartung und Norm einerseits und Rollenhandeln und -verhalten andererseits notwendig gemeint ist, durchzieht die gesamte Analyse.

Unter den Bedingungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution ist nicht nur von der Produktion selbst her die Basis für die Höherentwicklung der Produzenten gegeben, sondern zugleich damit werden höhere Anforderungen an sie gestellt. Ein entwickeltes sozialistisches Bewußtsein, andersartige soziale Beziehungen sind Voraussetzung wie Folge der unabdingbar gewordenen kollektiven Produktionsweise. Damit erwachsen für die Leitung der Produktionskollektive schwierige Aufgaben; um sie zu lösen, muß sie wissenschaftlich werden. Wissenschaftliche Leitung in einem Prozeß

beinhaltet Vorausschau und Analyse der nächsten Schritte und die Kenntnis jener Faktoren, die im Kollektiv der Weiterentwicklung entgegenstehen, und umgekehrt derjenigen, die sie vorantreiben, heißt vor allem bewußte Vertretung des allgemeinen gesellschaftlichen Standpunkts, also Parteinahme für die Seite des Fortschritts⁴. Aus umfangreichen Untersuchungen in Betrieben der DDR⁵ ging hervor, daß die Kollektive mit der höchsten Effektivität und Produktivität zugleich diejenigen mit den höchstentwickelten sozialen Beziehungen waren. Sie zeichneten sich aus durch ein hohes sozialistisches Bewußtsein, hohe Qualifikation und einen hohen Grad an politischer Organisiertheit. Da die Entwicklung des Menschen zwar von seinem praktischen Handeln abhängt, gleichwohl aber zum entwickelten Handeln schon eine gewisse Entwicklung des Bewußtseins gehört, kommt neben dem Kollektiv selbst dem Leiter die Aufgabe zu, nach wissenschaftlichen Kriterien die Voraussetzungen für die praktisch zu bewältigenden Aufgaben zu beeinflussen. Nach Weidig sind die ermittelten Hauptbedingungen: kontinuierliche Information, kollektive Vorbereitung der Planentscheidung, Anregung zur Qualifizierung und politischen Organisierung, daneben personelle Umsetzungen in den Kollektiven und Zuweisung von Aufgaben nach den Fähigkeiten.

Die Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Menschen und damit auch ihrer sozialen Beziehungen und ihres Bewußtseins ist nicht nur abhängig von ihrer konkreten Tätigkeit, sondern zugleich die vollendete Ökonomie und nicht, wie Vorweg meint, ein neben dem ökonomischen Geschehen herlaufendes „mitmenschliches“ Geschehen.

Ein Zitat von Walter Ulbricht, das feststellt, daß Kooperation im Sozialismus kein technischer Begriff sei, sondern die Beziehungen zwischen den Menschen, „die sich gemeinsame Aufgaben gestellt haben“, berühre, wird von Vorweg dahingehend gedeutet, daß „Kooperation und Führung ... bei uns also nicht nur auf das sachliche Geschehen, auf den ökonomischen Prozeß, sondern in erster Linie auf den Menschen ausgerichtet“ (53) sei, folglich heiße „Leitung in erster Linie immer Menschenführung“ (53). Die scheinbar geringe Umnuancierung ist schwerwiegend. Nicht mehr aus der Arbeit entwickeln sich die sozialen Beziehungen, sinnvolles Tun als Grundlage für die Entwicklung, Entfaltung und Befreiung des Menschen steht nicht mehr im Mittelpunkt, sondern einerseits gibt es den Menschen an sich, auf der anderen Seite „das sachliche Geschehen“, den „ökonomischen Prozeß“. So steht die Arbeit dem Menschen unveränderbar gegenüber, seine Entwicklung vollzieht sich nach „Norm-“ und „Sollbildern“, ist demnach lediglich eine Frage des Bewußtseins. Die Entwicklung und Veränderung des Menschen, seiner Kommunikationsformen, seines Bewußtseins und Verhaltens aus der Art seiner

4 Siehe hierzu insbesondere W. F. Haug, Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie, in diesem Heft S. 561 ff.

5 Referiert in Rudi Weidig, Sozialistische Gemeinschaftsarbeit, Berlin (DDR) 1969.

Tätigkeit, deren Organisation und Effektivität, sind weitgehend vergessen zugunsten der Aufteilung der Produktion in Menschen und Sachen, die bei Vorweg ihre Entsprechung findet in der Aufteilung der Leitungstätigkeit in mitmenschliche und sachliche Aufgaben. Auf einem Koordinatensystem werden „mitmenschliche Kooperationsfähigkeit“ und „sachliche Kooperationsfähigkeit“ anteilmäßig festgehalten, um danach festzustellen, welche Personen die meisten „mitmenschlichen“, welche mehr „sachliche“ Fähigkeiten in ihrer „Rolle“ vereinen. „Wenn man also die beiden Verhaltensdimensionen ‚mitmenschliche‘ und ‚sachliche Kooperationsfähigkeit‘ als bestimmende Faktoren für die Gestaltung des Leiterverhaltens ansieht, so haben wir die Möglichkeit, mit der Ermittlung ihres Ausprägungsgrades beim einzelnen Leiter Aussagen über seinen Führungsstil, d. h. über seine Verfügbarkeit über die verschiedenen Führungstechniken zu machen. Man kann dann, ... die beiden Dimensionen als zwei Koordinaten ansehen. Mit der Lage des einzelnen Leiters in diesem Koordinatensystem wird gleichzeitig auch seine Art zu leiten, sein Führungsstil, charakterisierbar“ (119).

Das Auffinden und die Aneinanderreihung „mitmenschlicher Techniken“ als „Führungsstil“ unabhängig von der Aufgabenstellung führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Beliebigkeit der einzelnen Merkmale wie auch zur Fixierung an die bloße Form. Weidig sagt dazu: „Es genügt folglich nicht, wie es in der soziologischen und sozialpsychologischen Literatur noch oftmals geschieht, ein Kollektiv schlechthin durch solche der sozialen Qualität nach indifferenten Merkmale zu charakterisieren wie ‚besonders enger Zusammenhalt der Mitglieder‘, ‚Übereinstimmung der individuellen und Gruppenziele‘, ‚gemeinsame Tätigkeit‘ usw. Solche allgemeinen und formalen Merkmale dürfen nicht von ihrem qualitativ sozialen und ideologischen Gehalt losgelöst und isoliert werden. (Man beachte etwa die durchweg mit jedem Inhalt füllbaren Indikatoren bei Vorweg wie: „entscheidet gern; ist ein positives Vorbild; handelt überlegt; reagiert sachlich; ist einfallsreich; kann gut planen; spornt an; lobt gute Taten; kann sich gut einfühlend usw.“ [103]. F. H.) Ein Kollektiv ist gegenüber der Gruppe weniger durch *quantitative Charakteristika*, z. B. durch ein *Mehr* an sozialen Beziehungen, durch ein *Mehr* an Aktivitäten, Identifikationen usw., sondern vor allem durch wesentliche *qualitative, inhaltliche* Momente gekennzeichnet. So ist es für die Einschätzung des Entwicklungsniveaus und des Leistungsniveaus einer Produktionsbrigade zunächst nebensächlich, welche Intensität an Beziehungen in dieser Brigade realisiert ist, wieviel Aktivitäten von ihr ausgehen, welche Anzahl von Aufgaben übernommen wurde. Es kommt vielmehr darauf an, welche soziale und ideologische Qualität in den Beziehungen, Aktivitäten, Aufgaben, Zielen, Normen usw. angestrebt und realisiert wird. Nicht jede gemeinsame Tätigkeit und Zielstellung der in einer Arbeitsgruppe vereinigten Werktätigen ist verbindende und integrierende Grundlage ihrer Kollektiventwicklung, sondern vor allem solche Tätigkeiten und Zielstellungen, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Erfordernissen des ökonomischen

mischen und gesamtgesellschaftlichen Systems des Sozialismus entsprechen. Das Arbeitskollektiv bildet und entwickelt sich im Kampf um die zielstrebige und bewußte Lösung der im Betriebsplan gestellten gesellschaftlichen Aufgaben des ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, kulturell-geistigen und politischen Fortschritts der sozialistischen Gesellschaft“ (Weidig, 120).

Wenn also die Kommunikationsformen von den Aufgaben getrennt werden, gibt es kaum eine Möglichkeit, der Fiktion, die dem Rollenbegriff innewohnt, zu entgehen; wo der allgemeine Sinn aus der Aufgabe selbst nicht ableitbar ist, wird er durch Haltung simuliert — ein Vorgang, der zu Recht mit der Rollenkategorie zu belegen wäre.

So werden auch in der Analyse der Autorin zwei Verbindungen als nicht so erheblich, ihr Fehlen als nicht so wesentlich für die Analyse erachtet, die für den Sozialismus unerlässlich sein sollten. Es gelang nämlich in der Untersuchung weder eine signifikante Beziehung herzustellen zwischen (materieller) Effektivität und „guter Leitung“ noch eine zwischen „guter Leitung“ und Bewußtseinsstand der Produzenten.

„Sozialpsychologische Trainingsprogramme“, die sich abstrakt auf „mitmenschliche Kooperationsfähigkeiten“ richten ohne engen Bezug zu den Aufgaben des Betriebs und der Ökonomie der Gesellschaft, haben wohl kaum eine Möglichkeit, der bloßen Betriebsklimagestaltung zu entgehen. Die Beziehungen zwischen den Menschen werden zu einem Bereich, der dem Produktionsprozeß äußerlich ist. Vordergründige Technokratie in der Leitung kann auf solche Weise nicht überwunden werden, vielmehr wird die Gefahr, einerseits technokratisch (also nicht-ökonomisch) vorzugehen, andererseits für einen beliebigen, nicht vom Inhalt, von der Aufgabe her bestimmten Konsens unter den Produzenten zu sorgen, größer. Die Entwicklung der Produzenten durch weitestmögliche Einbeziehung in die Planung und Leitung rückt mehr und mehr aus dem Blickwinkel. Im Gegensatz dazu heißt es etwa bei Weidig: „Indem die Kollektive und Gemeinschaften selbst Subjekt der Planung sind, d. h. durch eigene Vorschläge maßgeblich an der Herausarbeitung und Begründung der gesellschaftlichen Gesamtinteressen bzw. Aufgaben teilnehmen und deren konkrete Differenzierung und Ausgestaltung in ihren jeweiligen Bereichen und Einheiten vornehmen, werden ihnen die gesellschaftlichen Interessen vertraut, durchschaubar und formen sich ihre eigenen Interessen. In diesem aktiven demokratischen Prozeß werden sich die Kollektive selbst ihrer objektiven Interessen und deren Zusammenhang mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen, Erfordernissen und Entwicklungsrichtungen bewußt. Sie legen damit in bestimmender Weise selbst die Richtung ihres zukünftigen Handelns fest und leisten einen wichtigen Beitrag, um vorhandene Reserven aufzudecken, sich anbahnende Engpässe besser zu erkennen, Subjektivismus in der Leitung zu überwinden und optimale Planentscheidungen vorzubereiten“ (Weidig, 64).

Durch die Trennung der kommunikativen Formen von der Leistung, der Produktion gelingt es zudem, ein Verhalten als inadäquat zu klassifizieren, über das die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, nämlich inwieweit die „schöpferische Unzufriedenheit“ als treibende Kraft für Weiterentwicklung nicht nur der Produktion, sondern durch sie hindurch der sozialen Beziehungen, des Bewußtseins, anzusehen ist⁶.

Während also die Trennung in „mitmenschliche“ oder kommunikative und „sachliche“ Aufgaben des sozialistischen Leiters Folge und Ursache zugleich einer Rollenbetrachtung sein konnten, sperrt sich die Wirklichkeit selber, selbst in dem Maße, in dem sie von der Autorin einbezogen wurde, gegen diese Einordnung.

Zum einen ist auffällig, daß in den Kapiteln, in denen völlig zutreffend die aus der Teilung der Arbeit und der Kooperation erwachsenden Koordinations- und Leitungsaufgaben — Planung und Vorausschau — entwickelt werden, von „Rolle“ überhaupt nicht die Rede ist, sondern immer nur und eindeutig von Funktion (51—62). Erst die Verknüpfung der Leitungsfunktion mit einer Person bringt den Begriff der Rolle wieder ins Spiel. Hier aber erfährt man: „Die von einem sozialistischen Leiter geforderten Verhaltensweisen lassen sich bestimmten Aspekten der sozialistischen Persönlichkeit zuordnen“ (76). Die „sozialistische Persönlichkeit“, der „frei sich entfaltende, schöpferisch gestaltende Mensch“ selber aber ist ein das Rollenverhalten negierendes Konzept; erst die Möglichkeit des „sozialistischen Menschen“, erst vom Standpunkt des allgemeinen Menschen her läßt sich überhaupt der Mensch als Rollenspieler als eine spezifische historische Besonderheit, als deprivierter Mensch ausmachen. Die Zuordnung der „sozialistischen Persönlichkeit“ zu einer Rolle verweist die Hoffnung auf die Entwicklung des Allgemeinen in das Reich der Fiktion. Die Verknüpfung dieser Bestimmung mit *einer* Person, einer spezifischen Funktion in einem arbeitsteiligen Zusammenhang folgt aus dem Rollenbegriff mit Notwendigkeit. So sind auch die Kriterien (Erwartungen und Normen), die Vorweg für eine Rolle, wie auch für die „Rolle des sozialistischen Leiters“ aufstellt, nur sinnvoll, wenn sie tatsächlich auf eine konkrete Person sich beziehen. „Der Rollenträger übernimmt mit der Funktion auch die mit ihr verbundene Position und damit in einem gesellschaftlichen System, also z. B. in einer Kooperationsgruppe, eine bestimmte Stellung. Durch die in der Position enthaltenen Befugnisse kommt es zur Erscheinung der Über-, Unter- oder Nebenordnung. Damit entspricht die Position eines Rollenträgers einem bestimmten Standort in einer Matrix. Durch die Position hat die Funktion ein spezifisches *Ansehen*. Das Ansehen eines Rollenträgers wird jedoch auch von seinen Funktionspotenzen, also seinen persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten, und von seinen Verhaltensweisen bestimmt“ (39).

6 Vgl. etwa bei Vorweg die Seiten 131 ff. über den „autoritären Führungsstil“.

Die Wirklichkeit hat auch diese Bestimmungen schon überholt. Die Einbeziehung der Werktätigen in den Planungs- und Leitungsprozeß, die allerdings etwas mit ihrer Entwicklung zur sozialistischen Persönlichkeit zu tun hat, und Leitungskollektive werden zwar von der Autorin kurzerhand unter den Rollenbegriff subsumiert — z. B. „Rolle des Führungskollektivs“ —, die vorher ausgemachten Rollenkriterien aber auf eine kollektive Leitung, auf einen Prozeß zu übertragen, kann nicht gelingen.

Dreizel schrieb zu diesem Buch: „... ein unkritisch-funktionalistischer Rollenbegriff wird zwanglos übernommen und in der Analyse von Leitungsfunktionen an den vom ZK bestimmten Sachinteressen der Produktivitätssteigerung orientiert. Dieses Vorgehen führt schließlich zu der grotesken Behauptung, daß soziales Ansehen (sic!) genieße, wer eine Aufgabe erfüllt, die von der Partei für wichtig gehalten wird⁷.“

Die Autorin hat wenig dazu beigetragen, solchen Interpretationen vorzubeugen.

Im Wörterbuch der Marxistisch-leninistischen Soziologie schrieb Erich Hahn: „Schließlich ergibt sich, daß eine Charakterisierung der grundlegenden historischen Qualität des menschlichen Handelns unter sozialistischen Produktions- und Lebensverhältnissen mit Hilfe des Rollenbegriffs der Sache nicht gerecht wird. Die gesellschaftliche Bestimmtheit des individuellen Handelns sozialistischer Persönlichkeiten äußert sich nicht in der Forderung, sich Rollen anzupassen, um etwas zu tun und zu wollen, ‚was wir sollen, ohne es zu merken‘. Sie äußert sich vielmehr in der zunehmenden Einsicht des einzelnen in gesellschaftliche Zusammenhänge, die sich durch sein Handeln realisieren, in der daraus erwachsenden Möglichkeit und Notwendigkeit, sich selbständig und selbstbewußt auf die gesellschaftlichen Erfordernisse als grundlegenden Ausdruck persönlicher Interessen zu orientieren und sie gemäß den Bedingungen einer harmonischen Existenz des einzelnen in der Gemeinschaft zu gestalten⁸.“

7 Hans Peter Dreitzel, Soziale Rolle und politische Emanzipation, in: *Das Argument* 71, Heft 1/2, 1972, S. 129.

8 Erich Hahn, Soziale Rolle, in: *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie*, Köln und Opladen 1969, S. 392 f.

Manfred Hahn

Der sogenannte Frühsozialismus als Forschungsproblem

In dem Artikel *Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus* (1913) behauptet Lenin die Lehre von Marx als die „rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat“¹. Die Forschung zur Genesis des Marxismus verfährt bis heute selten nach dieser vielzitierten, mit interessierter Verkürzung auch bürgerlich aufgegriffenen Anleitung. Sie vernachlässigt oder verkennt, daß die drei „Quellen“ europäisch in hohem Maß der je bestimmte Ausdruck *einer* sozial-ökonomischen Prozeßwirklichkeit sind. Überzeichnet: Ricardos *On the Principles of Political Economy and Taxation* (1817), Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (1821), Fouriers *Traité d'association domestique-agricole* (1822) und Saint-Simons *Catéchisme des industriels* (1823/24) drängen sich in gut einem Jahrhüft. Mit schwachem oder gar keinem Begriff davon nimmt die Forschung die drei „Quellen“ eher wie untereinander bezuglose Einzelheiten, die je für sich und ohne Nachteil für die Genesis-Erhellung mit unterschiedlichster Intensität befragt werden können. Zum Thema Hegel - Marx ist die Literatur kaum noch übersehbar, zum Thema Französischer Sozialismus - Marx vergleichsweise spärlich.

Während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts setzt sich die kapitalistische Gesellschaft in Europa endgültig durch gegen jene Ordnung, die bürgerlicher Haß geprägt sieht von emanzipationshemmenden Erbstücken des Mittelalters und die er verschreit als Feudalismus oder régime féodal. Bereits im Übergang zu ungehinderter Wirksamkeit erweist sich die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft jedoch als ein „neues System der Unterdrückung und Ausbeutung“ der unmittelbaren Produzenten. „Als bald kamen verschiedene sozialistische Lehren auf, als Widerspiegelung dieser Unterdrückung und als Protest gegen sie. Doch der ursprüngliche Sozialismus war ein *utopischer* Sozialismus. Er kritisierte die kapitalistische Gesellschaft, verurteilte und verfluchte sie, träumte von ihrer Vernichtung, phantasierte von einer besseren Ordnung und suchte die Reichen von der Unsittlichkeit der Ausbeutung zu überzeugen. Der utopische Sozialismus war jedoch nicht imstande, einen wirklichen Ausweg zu zeigen. Er vermochte weder das Wesen der kapitalistischen Lohnsklaverei zu erklären noch die Gesetze der Entwicklung

1 W. I. Lenin: *Ausgewählte Werke*, Bd. I, Berlin 1970, S. 77 f.

des Kapitalismus zu entdecken, noch jene *gesellschaftliche Kraft* zu finden, die fähig ist, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden².“

Lenins Bestimmungen, bei Marx und Engels gewonnen und allein auf das französische Beispiel zielend, gelten Doktrinen, die hierzulande in der nichtmarxistischen Literatur unter dem Namen *Frühsozialismus* geführt werden — eine Bezeichnung, die um 1930 aufkommt und damals die Absicht andeutet, die Genealogie eines spezifisch deutschen Sozialismus zu konstruieren (Karl Mielcke, *Deutscher Frühsozialismus. Gesellschaft und Geschichte* in den Schriften von Weitling und Hess [1931]; Werner Brettschneider, *Entwicklung und Bedeutung des deutschen Frühsozialismus in London*, Bottrop 1936). Endgültig eingebürgert ist die Bezeichnung seit Mitte der 50er Jahre; das Interesse an der Ahnenreihe eines spezifisch deutschen Sozialismus spielt dabei keine Rolle mehr. Die Bestimmung des Begriffs *Frühsozialismus* fällt allerdings mangelhaft aus. „Das allen Frühsozialisten gemeinsame Anliegen ist die völlige Umgestaltung der vorgefundenen sozialen und politischen Verhältnisse. Durch diese alle Lebensgebiete umfassende *Zielsetzung* unterscheidet sich der Frühsozialismus von den gegen die Monarchie, den Adel oder das Zensuswahlrecht gerichteten rein politischen Bewegungen seiner Zeit ebenso wie von den Bestrebungen, die bestehende Sozialordnung zu reformieren³.“ Die „bestehende Sozialordnung“ oder die „vorgefundenen sozialen und politischen Verhältnisse“ lassen die soziale Genesis des Frühsozialismus und als dessen Problem die sich freisetzende *kapitalistische Gesellschaft* bestenfalls ahnen. Der bürgerlichen Literatur zu dem, was heute Frühsozialismus heißt, ist diese Oberflächlichkeit nicht von Anfang an mitgegeben. Lorenz Stein vor 125 Jahren: „Wo soll das Band gefunden werden, das den Sozialismus mit dem Kommunismus, beide mit dem innersten Leben ihrer Gegenwart verbindet? Ist es ein wahres und wirklich zum Kern der heutigen Zustände Frankreichs gehörendes, so kann es nicht plötzlich entstanden sein, sondern muß als Resultat seiner neuesten Geschichte erscheinen; und hier verbirgt es sich nicht. Die Elemente des Staatsverbandes sind allmählich zu andren geworden; unter ihnen ist ein vollkommen neues aufgetaucht, das vor der ersten Revolution [1789] absolut unbeachtet wie ungeachtet darniederlag . . . Es ist das *Proletariat* . . . Diese Klasse, ihre Berechtigung und ihr Los ist es, die sowohl der Sozialismus als der Kommunismus im Auge haben; die ganze Bedeutung des Proletariats kommt den Erscheinungen zu, von denen wir reden, denn von dem Gefühle des Unglücks, in das es versunken ist, sind sie ausgegangen, und alle träumerischen Hoffnungen und Pläne desselben sind in ihnen zusammengefaßt⁴.“

Ramms Frühsozialismus-Begriff ist so weit gefaßt, daß seine Tauglichkeit fraglich wird. Er verneint wie selbstverständlich den prak-

2 Ebenda, S. 81.

3 Thilo Ramm: Artikel „Frühsozialismus“, *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd. 9, 1956, S. 486 f.

4 Lorenz Stein: *Proletariat und Gesellschaft*, hrsg. von M. Hahn, München 1971, S. 11.

tischen Revolutionär Gracchus Babeuf und Claude-Henri de Saint-Simon, der keineswegs die „völlige Umgestaltung“ der bürgerlichen Gesellschaft will; den kleinbürgerlichen Reformsozialisten Louis Blanc und Wilhelm Weitling, der den „Umsturz des alten Bestehenden“ fordert, weil „der Fortschritt nur durch Revolutionen denkbar“ ist⁵; schließlich Wilhelm Weitling und Charles Fourier, dessen schneidende Kritik des Handels und der bürgerlichen Ehe keinerlei Revolutionsbegeisterung erkennen läßt. So notwendig Differenzierungen sind: Sie empfehlen sich erst, nachdem die unerläßliche Detailforschung ihre Spezialgebiet-Idiotie überwunden hat und eingebracht ist in die systematische, Einzeluntersuchungen fordernde und koordinierende Analyse des — hier mit Vorbehalt so genannten — Frühsozialismus als eines europäischen Phänomens. Daß Ansätze zu einer solchen Analyse fehlen, wird nicht behauptet. Aussicht auf entscheidende Fortschritte über diese Ansätze hinaus besteht jedoch nur, wenn nicht naiv als Einzelleistung erhofft wird, was nur in langfristiger internationaler Zusammenarbeit nach Plan zu bewältigen ist.

Vor fast hundert Jahren nimmt Friedrich Engels die „in Deutschland herrschende ausgedehnte Unbekanntheit mit dem älteren Sozialismus“⁶ ironisch-bedauernd zur Kenntnis. Gegenwärtig erreichen immerhin drei ansehnliche Auswahlgaben frühsozialistischer Texte bei uns einen breiteren Leserkreis (Kool/Krause 1967, Ramm ²1968, Vester 1970/71). Die Forschung bleibt allerdings zurück — ihre „ausgedehnte Unbekanntheit“ ist eines mehrerer Beispiele von Vergeßlichkeit des bürgerlichen Geschichtsgedächtnisses. Michael Vesters auf England bezogener Beitrag zum Thema, das Buch *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß* (1970), beweist nicht das Gegenteil: die Arbeit durchbricht bewußt jene Vergeßlichkeit und läßt sich nicht dem bürgerlichen Konto gutschreiben. Der internationale Stand der Frühsozialismus-Forschung — Frankreich, England, Italien, USA, Sowjetunion, DDR — ist hierzulande so gut wie unbekannt, der interessierte Anschluß an ihn zur Zeit nicht in Sicht. Kein Gedanke, etwa die französische und sowjetische Fourier-Forschung der 50er und 60er Jahre oder die Saint-Simon-Arbeiten des französischen Marxisten Jean Dautry zu rezipieren.

Es ist nicht gleichgültig, welches Interesse den betonten Hinweis auf den Frühsozialismus leitet. Die angesprochenen Theorien sind keine Kollektion toter Meinungen oder wunderlicher Ansichten. Eine Forschung, die sie dennoch so auffaßt, verrät das Engagement gegen Erkenntnisse, die an Jahren alt, aber den Inhalten nach in bürgerlicher Sicht unliebsam frisch sind und politisch consequenzträchtig.

⁵ Wilhelm Weitling: *Garantien der Harmonie und Freiheit* [1842], Berlin 1955, S. 228.

⁶ F. Engels: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)*, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 20, Berlin 1962, S. 284.

Der Frühsozialismus ist nicht fragwürdig aktualisiert, wenn seine sprengende Tendenz als seine lebendige Seite begriffen wird. Versuche, sie in scheinbarer Parteilosigkeit aus der Forschung herauszuhalten, lassen die Absicht erkennen, den Nerv des Gegenstandes zu töten.

Nachhaltiges Interesse am Frühsozialismus setzt sich leicht der Vermutung aus, es sei auf der Suche nach Ersatz für den Marxismus. Überdeutlich zeigt sich dieser Zusammenhang etwa bei Michael Tugan-Baranowsky: „größte Beachtung“ den Leistungen der „großen Schöpfer des modernen Sozialismus“, deren Theorien vielfach „für mehr wissenschaftlich“ zu gelten haben als der Marxismus⁷. In diesem ideologischen Überfall sind die gerühmten Theorien *geschichtlich falsch erklärt*, da als Vorboten des materialistisch-kritischen Sozialismus strapaziert *gegen* den Marxismus als dessen entwickeltste Gestalt. Der Frühsozialismus, sein Rang und seine Schwäche lassen sich nicht frühsozialistisch, nicht gegen den Marxismus, sie lassen sich schlüssig nur marxistisch interpretieren. Marx und Engels haben die Qualitäten der „großen Schöpfer“ beharrlich betont, zugleich aber — und darauf kommt es an — die ökonomisch-sozialen Verhältnisse bestimmt, deren Ausdruck die frühsozialistischen Theorien sind und aus denen sich ihre Beschränktheiten erklären lassen. Der Schritt über solche Beschränktheiten hinaus erscheint bei Marx und Engels nicht als Vorwurf, gerichtet gegen das subjektive Unvermögen von Autoren, sondern als Analyse objektiver Erkenntnisstranken. „Wie die *Ökonomen* die wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisie sind, so sind die *Sozialisten* und *Kommunisten* die Theoretiker der Klasse des Proletariats. Solange das Proletariat noch nicht genügend entwickelt ist, um sich als Klasse zu konstituieren, und daher der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie noch keinen politischen Charakter trägt; solange die Produktivkräfte noch im Schoße der Bourgeoisie selbst nicht genügend entwickelt sind, um die materiellen Bedingungen durchscheinen zu lassen, die notwendig sind zur Befreiung des Proletariats und zur Bildung einer neuen Gesellschaft — solange sind diese Theoretiker nur Utopisten, die, um den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen abzuhelpfen, Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen. Aber in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie nicht mehr nötig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben nur sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt, und sich zum Organ desselben zu machen. Solange sie die Wissenschaft suchen und nur Systeme machen, solange sie im Beginn des Kampfes sind, sehen sie im Elend nur das Elend, ohne die revolutionäre umstürzende Seite darin zu erblicken, welche die alte Gesellschaft über den Haufen werfen wird. Von diesem Augenblick an

7 Michael Tugan-Baranowsky: Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung, Dresden 1908, Vorwort.

wird die Wissenschaft bewußtes Erzeugnis der historischen Bewegung, und sie hat aufgehört, doktrinär zu sein, sie ist revolutionär geworden⁸."

Marx' knappe Bestimmungen, ausgeführt wiederkehrend im *Manifest der Kommunistischen Partei*⁹, werden von Engels 1876/78 im *Anti-Dühring* aufgenommen und voll entfaltet. Engels' Schrift *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* faßt mit einigen Zusätzen die entsprechenden Kapitel aus dem *Anti-Dühring* zusammen¹⁰. Die nüchterne, fast kühle Art der zitierten Bestimmungen — „nur Utopisten“, „Systeme ausdenken“ — legt für Augenblicke den Gedanken nahe, es gehe Marx und Engels vor allem darum, ihre Distanz und ihre theoretische Überlegenheit zu betonen, sprich ihre Gleichgültigkeit verständlich zu machen. Davon kann keine Rede sein. 1845 planen sie, „die großen Utopisten in Übersetzungen und mit kritischen Einleitungen und Noten“ herauszugeben¹¹. Über diese *Bibliothek der vorzüglichsten sozialistischen Schriftsteller des Auslandes*¹² schreibt Engels Mitte März 1845 an Marx in Brüssel: „Da diese Idee uns beiden gekommen ist, so muß sie jedenfalls durchgeführt werden — ich meine die Bibliothek. [Moses] Heß wird sich gewiß mit Vergnügen dabei beteiligen und ich desgleichen, sobald ich irgendwie Zeit habe. . . Sind wir über die Grundlage einverstanden, so können wir bei meiner Dorthinkunft, die ich wegen dieser Sache noch eher betreiben werde, die Sache vollständig ins reine bringen und gleich ans Werk gehen¹³.“ Daß Marx und Engels den Plan schließlich aufgeben, hat nichts zu tun mit schwingender Überzeugung vom Wert der „großen Utopisten“. Marx 1873: „Die ersten Sozialisten (Fourier, Owen, Saint-Simon etc.) mußten sich — da die sozialen Verhältnisse noch nicht genug entwickelt waren, um der Arbeiterklasse die Konstituierung als politische Partei zu ermöglichen — auf Träume von der *Mustergesellschaft* der Zukunft beschränken und alle Versuche, wie Streiks, Koalitionen, politische Aktionen, verurteilen, die von Arbeitern unternommen worden waren, um ihre Lage etwas zu verbessern. Wenn wir aber kein Recht haben, diese Patriarchen des Sozialismus zu verleugnen, ebensowenig

8 K. Marx: Das Elend der Philosophie, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 143.

9 Vgl. K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 489—92.

10 Vgl. F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 189 ff.

11 Brief Engels an Bebel, 25. 10. 1888, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 118.

12 Vgl. Brief Engels an Marx, 22.—26. 2. u. 7. 3. 1845, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 27, Berlin 1963, S. 22.

13 Brief Engels an Marx, 17. 3. 1845, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 27, Berlin 1963, S. 25.

wie die modernen Chemiker das Recht haben, ihre Väter, die Alchimisten, zu verleugnen, müssen wir uns doch hüten, in ihre Fehler zurückzufallen, die, würden sie von uns begangen, unverzeihlich wären¹⁴.“ Engels 1874: „Der deutsche theoretische Sozialismus [wird] nie vergessen . . . , daß er auf den Schultern Saint-Simons, Fouriers und Owens steht, dreier Männer, die bei aller Phantasterei und bei allem Utopismus zu den bedeutendsten Köpfen aller Zeiten gehören und zahllose Dinge genial antizipierten, deren Richtigkeit wir jetzt wissenschaftlich nachweisen¹⁵.“ Im August 1884 antwortet Engels dem Sozialdemokraten Georg von Vollmar auf dessen Frage, welche Hochschule er einer jungen Schwedin empfehlen könne, die sich für den Sozialismus interessiere und Sozialwissenschaften studieren wolle: „Keine Wissenschaft wird heutzutage auf allen Universitäten der Welt mehr verhunzt als die ökonomische. . . In England und Amerika, wie in Frankreich und Deutschland, hat der Druck der proletarischen Bewegung die bürgerlichen Ökonomen fast durchweg kathedersozialistisch-philanthropisch gefärbt, und ein kritikloser, wohlmeinender Eklektizismus herrscht überall. . . Unter diesen Umständen wüßte ich zwischen den verschiedenen Hochschulen keinen wesentlichen Unterschied zu entdecken. Tüchtiges eignes Studium der klassischen Ökonomie von den Physiokraten und Smith bis Ricardo und seiner Schule, sowie der Utopisten Saint-Simon, Fourier und Owen, endlich von Marx, nebst fortwährender Anwendung des eignen Urteils, wird das meiste tun müssen. Ich setze voraus, daß Ihre Freundin die Quellen selbst studiert und sich nicht von Kompendien und andern Quellen zweiter Hand in die Irre führen läßt¹⁶.“

Marx und Engels kommen ausgiebiger zu Wort, damit kenntlich wird, daß ihre Bestimmungen den Gegenstand allseitig greifen und nicht zur toten Vergangenheit entfernen. Eine Forschung auf dieser Spur interessieren die „ersten Sozialisten“ vor allem

1. als Analytiker und Kritiker der kapitalistischen Gesellschaft in der Periode der Industriellen Revolution (Lenin: ihre Lehren sind Widerspiegelung der Unterdrückung im Kapitalismus und Protest gegen sie);
2. als Theoretiker des Proletariats unter den Bedingungen des *einsetzenden* Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat (die Lehren der „ersten Sozialisten“ sind der theoretische Ausdruck praktischer Bewegungen); d. h. als *nicht mehr nur* bürgerliche und — in der Regel — *noch nicht* uneingeschränkt proletarisch-revolutionär engagierte Theoretiker: Sie sehen im Proletariat die lei-

14 K. Marx: Der politische Indifferentismus, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 301.

15 F. Engels: Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 516.

16 Brief Engels an Vollmar, 13. 8. 1884, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 36, Berlin 1967, S. 199.

dende Klasse und nicht das zielklar handelnde Subjekt im geschichtlichen Prozeß, sie halten den friedlichen Ausweg aus der kapitalistischen Gesellschaft für möglich etc.

3. als Wegbereiter der Lehre von Marx, der rechtmäßigen Erbin (Lenin) (Marx 1877: „der Utopismus, der vor der Zeit des materialistisch-kritischen Sozialismus letzteren in nuce in sich barg“¹⁷).

Diese forschungsleitenden Aspekte gehen mit ein in die Kriterien, nach denen hier einige Publikationen zum Thema aus jüngster Zeit beurteilt werden: vier kommentierte Textausgaben und zwei Spezialuntersuchungen¹⁸. 1967 ist als Band 1 der *Dokumente der Weltrevolution* die fast 700 Seiten starke Edition *Die frühen Sozialisten* erschienen. Für die Herausgabe der Reihe zeichnet verantwortlich das von „interessierten Persönlichkeiten“ gegründete *Komitee Edition Dokumente der Weltrevolution* mit Sitz in Zürich. Welche Persönlichkeiten derart interessiert sind, wird nicht klar; man erfährt nur, daß ihr Projekt förderungswürdig ist: Im Vorwort dankt das Komitee „all jenen Persönlichkeiten und Institutionen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft“, die seine Anstrengungen „ideell und materiell“ unterstützt haben (a/9). Ein Projekt, „ideell“ unterstützt von Herren „der Wirtschaft“ — ob dem Komitee recht ist, was einem dazu einfallen könnte? Die Herausgeber des Bandes *Die frühen Sozialisten*, Frits Kool und Werner Krause, sind der editorischen Regel gefolgt, Texte möglichst im vollen Wortlaut aufzunehmen. Daß sie sich nicht eingelassen haben auf eine Sammlung von Bruchstücken und Häppchen — nach dem Prinzip: aus vielen Werken vieler Autoren die sog. wichtigen Stellen —, ist ebenso positiv zu vermerken wie die Sorgfalt der Übersetzungen englischer und

17 Brief Marx an Sorge, 19. 10. 1877, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 34, Berlin 1966, S. 303.

18 Frits Kool/Werner Krause (Hrsg.): *Die frühen Sozialisten*. Eingeleitet von Peter Stadler. *Dokumente der Weltrevolution*, Bd. 1. Walter-Verlag, Olten und Freiburg/Br. 1967 (686 S., Ln., 32,— DM).

Michael Vester (Hrsg.): *Die Frühsozialisten 1789—1848*. 2 Bände. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1970/71 (248 S. und 253 S., br., zus. 9,60 DM). (b I u. II)

Wilhelm Weitling: *Das Evangelium des armen Sünders — Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte*. Hrsg. von Wolf Schäfer. *Texte des Sozialismus und Anarchismus* 274—276. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1971 (220 S., br., 4,80 DM). (c)

Thomas Hodgskin: *Labour defended against the claims of capital* (1825, 2 1831). Hrsg. von G. D. H. Cole. The Hammersmith Bookshop Ltd., London 1964 (110 S., kart., 4,50 DM). (d)

Rolf Peter Fehlbaum: *Saint-Simon und die Saint-Simonisten. Vom Laissez-Faire zur Wirtschaftsplanung*. Kyklos-Verlag, Basel, und J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1970 (159 S., br. u. Ln., 19,50 DM bzw. 24,50 DM). (e)

David Harris: *Socialist Origins in the United States. American Forerunners of Marx 1817—1832*. Van Gorcum & Comp. N. V., Assen 1966 (146 S., Ln.) (f)

französischer Texte, der die Forschung nutzende umfangreiche Anmerkungssteil (599—666) und die gute Auswahlbibliographie (666 bis 74).

Die *Einleitung* von Peter Stadler (15—66) soll laut Vorwort die ausgewählten Dokumente „ideengeschichtlich“ einordnen (8). Dieser Beitrag bewegt sich auf traurigem Niveau: er vereinigt theoretischen Nonsens, politischen Unverstand und Behauptungen, die nur noch komisch sind. Dazu einige Proben. Der praktische Revolutionär Gracchus Babeuf (1760—97) prangert „die gewiß vorhandenen, aber von ihm eindeutig übertriebenen reaktionären Tendenzen“ der Thermidorianer an. Sein *Manifest der Plebejer* vom November 1795 bringt „alte Motive, die in greller Orchestrierung erklingen“ (25). Die Anhänger Babeufs wollen eine straff etatistische Ordnung. „Sie enthält in Gestalt der Berufsklassen auch korporative Elemente, die jedoch vom Staat nicht unabhängig sind, sondern ihm zugehören. Man kann also, vom 20. Jahrhundert her gesehen, diesen Aufbau als Vorstufe einer ‚kommunistischen‘ wie auch einer ‚faschistischen‘ Gesellschaftslehre bewerten“ (30). Charles Fourier (1772—1837) ist ein „Sonderling, der gerne in Kaffeehäusern saß und keiner geregelten Tätigkeit nachging“ (42). Engels erhebt ihn im *Anti-Dühring* „sogar“ zu einem der größten Satiriker aller Zeiten, „vielleicht aufgrund jener Äußerungen, in denen Fourier der bürgerlichen Ehe und Ehrbarkeit zu Leibe rückt“ (43). Robert Owen (1771—1858) hat in seiner Schrift *An address to the working classes* von 1819 „richtig erkannt, daß eine Angleichung der ausbildungsmäßigen Startbedingungen unter den Menschen mit der Zeit die Klassen einander näher bringen würde — und die Entstehung einer auf die allgemeine Schulbildung gründenden Wohlstandsgesellschaft in unserem Jahrhundert hat seiner Prognose weitgehend recht gegeben“ (53). Jean Reynaud (1806—63) begreift den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie „bemerkenswerterweise“ nicht einfach als „eiserne Notwendigkeit“, sondern er macht „die letzten Endes doch übereinstimmenden Interessen der beiden Klassen deutlich: der Rückweg zur Einheit, zur Nation bleibt damit offen“ (46). Dieser bürgerlich-konservative Einheitswahn lobt in anderem Zusammenhang dem „revolutionären Bewußtsein“ von 1789 nach, ihm sei eine „Unterteilung des Dritten Standes praktisch noch fremd“. „Und es ist im wesentlichen auch gelungen, die soziale Einheit der Nation selbst während der verschiedenen Krisen der Revolution zu wahren“ (22). Indem Théodore Dézamy (1808—50) Mitte der 40er Jahre zu zeigen versucht, „daß es gegenüber dem ‚Königtum göttlichen Rechtes‘ und gegenüber der Ungleichheit nur den Kommunismus und somit die Gleichheit als einzige Alternative gibt, stellt er die Diskussionsgegner vor jenes schroffe Entweder-Oder, das uns dann auch in der Dialektik des ‚Kommunistischen Manifests‘ begegnet. Doch blieben solche Extremisten vorerst noch Ausnahmen“ (49). Die Wahren Sozialisten im Deutschland der 40er Jahre sind „durch die Gegnerschaft“ von Marx und Engels „zu Unrecht diskreditiert“ worden. Aus der Kritik der *Deutschen Ideologie* und des *Manifests der Kommunistischen Partei*

„gewinnt man den Eindruck, daß Marx und Engels sich nicht damit abfinden konnten, daß neben dem ihren auch noch ein anderer, nichtmaterialistischer Sozialismus um die Gunst der deutschen Öffentlichkeit warb“ (61).

In diesen Zitaten findet zusammen, was einer bürgerlich-konservativ engagierten Frühsozialismus-Forschung lieb und wert ist. Babeuf erscheint als oppositionssüchtiger Hitzkopf, dessen politische Argumentation „alte Motive“ unnötig radikalisiert. Die Babouvisten müssen zugleich die Rolle früher Faschisten spielen — nicht „vom 20. Jahrhundert her gesehen“, sondern damit der frühe Kommunismus vor Marx, dem eigentlichen Ärgernis, gehörig abgefertigt ist. Die Rede vom Sonderling Fourier, der keiner geregelten Tätigkeit nachgeht, verfestigt ein überaltes Philisterurteil gegen ihn, das den Kritiker der bürgerlichen Ehe und „Ehrbarkeit“ anrempelt in der Absicht, ihn loszuwerden. Nebenbei gesagt ist klar, und gar nicht fraglich, warum Engels ihn für einen überragenden Satiriker hält. „Er deckt die materielle und moralische Misère der bürgerlichen Welt unbarmherzig auf, er hält daneben sowohl die gleißenden Versprechungen der Aufklärer von der Gesellschaft, in der nur die Vernunft herrschen werde, von der alles beglückenden Zivilisation, von der grenzenlosen menschlichen Vervollkommnungsfähigkeit, wie auch die schönfärbenden Redensarten der gleichzeitigen Bourgeois-Ideologen; er weist nach, wie der hochtönendsten Phrase überall die erbärmlichste Wirklichkeit entspricht, und überschüttet dies rettungslose Fiasko der Phrase mit beißendem Spott [!].“

Fourier ist nicht nur Kritiker, seine ewig heitere Natur macht ihn zum Satiriker, und zwar zu einem der größten Satiriker aller Zeiten. Die mit dem Niedergang der Revolution emporblühende Schwindel-spekulation ebenso wie die allgemeine Krämerhaftigkeit des damaligen französischen Handels schildert er ebenso meisterhaft wie ergötzlich [!]. Noch meisterhafter ist seine Kritik der bürgerlichen Gestaltung der Geschlechtsverhältnisse und der Stellung des Weibes in der bürgerlichen Gesellschaft¹⁹.“ An Robert Owen und Jean Reynaud demonstriert Stadler, nach welchem Rezept früh-sozialistische Theorien bürgerlich-konservativ umzubiegen und auszubeuten sind. Die Klassen „einander näherbringen“, die „letzten Endes doch übereinstimmenden Interessen“ der beiden Klassen, „Rückweg zur Einheit, zur Nation“ — ideengeschichtlicher Pfiff sorgt für die wunderbare Geburt frühsozialistischer Theorien aus der anti-proletarisch-bürgerlichen Ideologie der Klassenharmonie. Da diese Abfangmethode bei Théodore Dézamy versagt, wird er unter Beigabe erheiternder Vorstellungen von Dialektik zu den „Extremisten“ abgehoben. Gegen Extremismus ist keine Behauptung zu töricht: selbstredend können seine Häupter Marx und Engels sich nicht damit abfinden, daß „noch ein anderer“ Sozialismus um die „Gunst der

19 F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: Marx-Engels-Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 242.

deutschen Öffentlichkeit“ wirbt. Der Verfechter dieser These hat einen Begriff weder von der theoretischen Konfusion des Wahren Sozialismus noch von der Treffsicherheit der Kritik, die Marx und Engels dagegen vorbringen. Daß deren Sozialismus um die „Gunst der deutschen Öffentlichkeit“ wirbt, kann nur zum besten geben, wer ihn nicht nach seiner sozialen Genesis und nach seinem sozialen Adressaten auffaßt, sondern als Idee unter Ideen, die vor beliebig zusammengesetztem Publikum debütieren. Antimarxistisch geprägt sind stellenweise auch die Einführungen der Herausgeber Kool und Krause zu den frühsozialistischen Texten, doch häuft sich hier wenigstens nicht der grelle Unsinn.

Wie bereits gesagt, ist die Edition *Die frühen Sozialisten* positiv u. a. darin zu werten, daß sie Texte möglichst im vollen Wortlaut bringt, also eine Sammlung von Bruchstücken vermeidet. Michael Vesters zweibändige Ausgabe *Die Frühsozialisten 1789—1848* von 1970/71 gibt dagegen nur „Reihungen kürzerer und längerer Zitate“. So problematisch das Verfahren in jedem Fall ist, die Begründung gerät zumindest leidlich. Vesters Auswahl beansprucht nicht mehr als den „Status einer Einführung“, die in Zitatfolgen die einzelnen Autoren „möglichst repräsentativ“ vorstellen soll. „Für ein gründlicheres Studium ist auf die Originalausgaben und die — freilich seltenen — kritischen Texteditionen der einzelnen Autoren zu verweisen“ (b/I 241, II 242). Fraglich bleibt, ob das gründlichere Studium durch eine Zitatsammlung eher sich anregen läßt als durch sorgfältig edierte Schriften in ungekürzter Fassung. Vester selbst betont für den englischen und französischen Frühsozialismus, die „Neuherausgabe vollständiger, terminologisch modernisierter Übersetzungen“ sei in vielen Fällen wünschenswert (I 241). Band I der Edition berücksichtigt neben dem vielgenannten Dreigestirn Saint-Simon, Fourier und Owen ausführlicher jene frühsozialistischen Theoretiker, die heute — wie z. B. Thomas Hodgskin, William Thompson oder John Francis Bray — wenigstens bei uns fast vergessen sind. Zu Wort kommen außerdem „linke Aufklärer und nicht-sozialistische Revolutionäre“, sofern sie zur Entstehung des Sozialismus „unmittelbar“ beigetragen haben (I 240). Band II ist den deutschen „Frühsozialisten“ vorbehalten (vgl. II 226). Die Liste der Autoren verdeutlicht erneut die Problematik des Frühsozialismus-Begriffs. Vesters Essay *Zum Verständnis der Texte* (II 226—42) bemüht sich zwar um Differenzierungen, legt zusammen mit der Textauswahl aber dennoch die ausgreifende Vorstellung nahe, Heinrich Heine, Eduard Gans und Georg Büchner hätten für Theoretiker des Frühsozialismus zu gelten. Vermutlich aus Platzgründen muß Vester die von ihm selbst getadelte „Untugend“ der Beschränkung auf den englischen, französischen und deutschen Frühsozialismus wiederholen; frühsozialistische Theoretiker anderer Nationen — vor allem Italiens, der USA, Schottlands und Irlands — bleiben ausgeschlossen (vgl. I 241). Vesters Hinweis zeigt, wie lückenhaft die gängige Kenntnis des Frühsozialismus bis heute ist.

Vesters Beiträge *Zum Verständnis der Texte* (I 223—41, II 226 bis 42) lassen sich mit Stadlers Einleitung nicht vergleichen. Sie halten in der Argumentation wissenschaftliches Niveau und geben einen Begriff von der geschichtlichen Bedeutung des Gegenstandes. Geleitet sind sie von jenem Grund-Satz, der sich in der Forschung noch immer zu wenig herumgesprochen hat: „Der Frühsozialismus kann nicht als ein Exotarium origineller bis skurriler Denker verstanden werden.“ Geschichtlich begriffen beantworten seine Theorien „die Fragen einer bereits massenhaften Volksbewegung“, auch finden sie zeitig „Anwendung“ in dieser Bewegung. Zugleich antizipieren sie wichtige Einsichten des Marxismus. der Sozialpsychologie und der „neueren kulturrevolutionären Sozialkritik mit ihrer Utopie einer nichtautoritären Gesellschaft des Überflusses“ (I 241). In dieser Perspektive wird z. B. William Thompsons Hauptwerk *An Inquiry into the Principles of the Distribution of Wealth most conducive to Human Happiness* (1824) mit seiner Konzeption einer kritischen, sprich „werturteils- und klassenbewußten“ Sozialwissenschaft erkennbar als bahnbrechende Leistung sozialistischer Theorie (I 230 f.). Vor allem auf das englische Beispiel bezogen heißt es in Vesters Buch *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß* (1970): „Für die meisten frühsozialistischen Theoretiker läßt sich ein verblüffend modernes und durchreflektiertes sozialwissenschaftliches Kategoriensystem nachweisen“ (Entstehung des Proletariats, 33). Der Eifer trägt hier etwas zu weit, interessierte Vergeßlichkeit und Trägheit der Forschung machen ihn jedoch verständlich.

Das Verhältnis von Marx und Engels zum Frühsozialismus ist bei Vester zu flüchtig bestimmt. Sehr allgemein gefaßte Aussagen ohne erläuternde Zusätze: Der saint-simonistische Gedanke einer Vergesellschaftung der Produktion durch das Kreditsystem hat Marx und Engels „tief beeindruckt“; Fouriers Kritik des Handels und der bürgerlichen Ehe wird von ihnen „sehr bewundert“; Blanqui und Marx haben einander „sehr bewundert“ (b/I 236, 238). Marx' kühles Urteil über die „Bank- und Kreditillusionen der St.-Simonisten“²⁰ und während der 50er/60er Jahre sein Spott über den „kaiserlichen Sozialismus“ in Frankreich, dessen „Hauptvertreter“ der saint-simonistisch inspirierte *Crédit mobilier* ist²¹ — hier von tiefem Eindruck zu sprechen geht offenbar schlecht an. Marx' Verhältnis zu Auguste Blanqui läßt sich nicht kommentarlos bestimmen — wie im gegebenen Zusammenhang Vesters Bewunderungsformel nahelegt — als Verhältnis zu einem Theoretiker des Frühsozialismus. Anfang 1851 nennen Marx und Engels den in Frankreich inhaftierten Blanqui den „edlen Märtyrer des revolutionären Kommunismus“²².

20 K. Marx: *Das Kapital*, Bd. III, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 618.

21 K. Marx: *Der französische Crédit mobilier*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 12, Berlin 1961, S. 20.

22 K. Marx/F. Engels: *Vorbemerkung zur deutschen Übersetzung des Toastes von L.-A. Blanqui*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 568.

Wenig später, im Rückblick auf die französische 48er Revolution, sind Blanqui und seine Anhänger für Marx die „wirklichen Führer der proletarischen Partei“²³. Knapp zehn Jahre danach versichert Marx dem französischen Publizisten Louis Watteau, einem Freund Blanquis, er habe Blanqui stets „für den Kopf und das Herz der proletarischen Partei in Frankreich gehalten“²⁴. Anfang 1869 schreibt Paul Lafargue an Marx: „Blanqui a la plus grande estime pour vous“²⁵. An welche Grenzen Marx' politischer Respekt stößt, belegt Engels noch zu dessen Lebzeiten (1874), also sicher nicht wider dessen Überzeugung. „Blanqui ist wesentlich politischer Revolutionär, Sozialist nur dem Gefühl nach, mit den Leiden des Volks sympathisierend, aber er hat weder eine sozialistische Theorie noch bestimmte praktische Vorschläge sozialer Abhilfe. In seiner politischen Tätigkeit war er wesentlich ‚Mann der Tat‘, des Glaubens, daß eine kleine wohlorganisierte Minderzahl, die im richtigen Moment einen revolutionären Handstreich versucht, durch ein paar erste Erfolge die Volksmasse mit sich fortreißen und so eine siegreiche Revolution machen kann. . . . Daraus, daß Blanqui jede Revolution als den Handstreich einer kleinen revolutionären Minderzahl auffaßt, folgt von selbst die Notwendigkeit der Diktatur nach dem Gelingen: der Diktatur, wohlverstanden, nicht der ganzen revolutionären Klasse, des Proletariats, sondern der kleinen Zahl derer, die den Handstreich gemacht haben und die selbst schon im voraus wieder unter der Diktatur eines oder einiger wenigen organisiert sind. Man sieht, Blanqui ist ein Revolutionär der vorigen Generation. Diese Vorstellungen vom Gang revolutionärer Ereignisse sind wenigstens für die deutsche Arbeiterpartei längst veraltet und werden auch in Frankreich nur bei den weniger reifen oder bei den ungeduldigeren Arbeitern noch Anklang finden können“²⁶.

Vesters Edition ist erschienen in der von Günter Hillmann betreuten Reihe *Texte des Sozialismus und Anarchismus* (Rowohlt Verlag). Ihre von Vester betonte Einführungsfunktion scheint dadurch bestätigt, daß diese Reihe offenbleibt für frühsozialistische Schriften in ungekürzter Fassung: 1971 hat Wolf Schäfer einbändig zwei Werke Wilhelm Weitlings neu herausgebracht, *Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte* (1838/39) und *Das Evangelium des armen Sünders* (2 1846). Neben einer editorischen Notiz, einer Zeittafel und einem Personenverzeichnis sind der Ausgabe beigelegt eine sehr gute Weitling-Bibliographie (c/207—14) und Schäfers Essay *Wilhelm Weitling im Spiegel der wissenschaftlichen Auseinandersetzung* (180 bis

23 K. Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 121.

24 Brief Marx an Watteau, 10. 11. 1861, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 30, Berlin 1964, S. 617.

25 Brief Marx an Engels, 1. 3. 1869, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 32, Berlin 1965, S. 264.

26 F. Engels: Flüchtlingsliteratur, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 529 f.

203). Dieser Essay, als „Skizze ideologischer Grundzüge der Sekundär-Literatur“ (185 Anm. 12) angeboten, ist im Ansatz verunglückt und in der Ausführung wiederholt auf dem Niveau der Einleitung Stadlers. Schäfer kennt eine marxistische, eine nationalsozialistische, eine bürgerliche und eine moderne Weitling-Forschung (vgl. 180). Das Urteil über die marxistische und die nationalsozialistische Weitling-Forschung gehorcht der antikommunistischen Torheit Rot gleich Braun. Marxistische Weitling-Interpreten haben das „zukünftige Glück der menschlichen Gesellschaft und die Marx/Engels-Gesamtausgabe“ vor Augen, nationalsozialistische Weitling-Interpreten die „vergangene Herrlichkeit der arischen Nation“ und Alfred Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* (192). „Von Marxisten wird Weitling beschuldigt, er sei am Ende doch ein *realitätsfremder* Utopist; Nationalsozialisten nehmen Weitling in Schutz(haft) und werfen seinen Gegnern vor, die Theorie ihres Säulenheiligen Marx sei *lebensfern*. In der Ähnlichkeit der diskriminierenden Adjektive verrät sich die Verwandtschaft der Extreme, aber auch das behauptete *ens realissimum* beider Ideologien, die sozio-ökonomische bzw. die national-biologische Basis“ (186 Anm. 15). Nebenbei wird gönnerhaft zugestanden, es gebe immerhin „genießbare Früchte“ des marxistischen Interesses an Weitling, nämlich die Neudrucke seiner Hauptwerke. Schäfer nennt u. a. Bernhard Kaufholds Edition der 1842 erstmalig erschienenen *Garantien der Harmonie und Freiheit* (1955); prompt muß er — kein Einzelfall — die Bemerkung loswerden, der Herausgeber wage Franz Mehrings Rede vom *realitätsfremden* Weitling „um Marx/Engels oder der SED willen nicht zu bezweifeln“ (184).

Einen „dritten Weg“ geht die bürgerliche Weitling-Forschung. „Bürgerlich“ meint dabei u. a. eine im Verhältnis zur Vergangenheit um „individuelles Verständnis“ bemühte „Haltung“. Die bürgerlich genannte Weitling-Forschung wird im Vergleich mit der roten/braunen Interpretation nicht ohne Sympathie eingeschätzt: „Der bewußt aktivierten Parteilichkeit widerspricht die ‚weltoffene‘ bürgerliche Historiographie“ (188). Die fällige Abkehr von den bisherigen „Holzweg“ kündigt sich jedoch erst in der um 1960 einsetzenden modernen Weitling-Forschung an. Schäfer beruft sich auf den „modernen Ansatz“ in Wolfgang Schieders Buch *Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Juli-revolution von 1830* (1963). Den Begriff „modern“ gebraucht er dabei „durchaus im Qualität signalisierenden Sinn“ (199). Es geht hier nicht darum, diese Einschätzung zu prüfen. Unabhängig davon, ob sie einleuchtet oder nicht, ist der Forschungsbericht bereits im Ansatz verdorben, weil Schäfer falsche Trennungslinien zieht. Er setzt die moderne gegen die marxistische, die nationalsozialistische und die bürgerliche Weitling-Forschung ab, die insgesamt — wenn auch mit unterschiedlich zu wertenden Zielen — auf dem Holzweg sind. Innerhalb der nicht-modernen Forschung werden marxistische und nationalsozialistische Interpretationen im absprechenden Urteil zusammengeworfen und von der bürgerlichen Forschung abgesondert, die noch recht gut davonkommt. Gegen diese Konstruktion ist die Diffe-

renz der *marxistischen* und der *nichtmarxistischen* Weitling-Interpretation zu behaupten, eine Differenz, die sich keineswegs notwendig mit dem Schema gut/schlecht deckt. Die nichtmarxistische Weitling-Forschung umfaßt die moderne, die bürgerliche und die nationalsozialistische Deutung im Sinne Schäfers. Diese Einheit darf keine Nacht werden, in der alle Kühe schwarz sind. Sie weist sich aus nur darin, daß sie — bei Aufschub eines Qualitätsurteils in jedem bestimmten Fall — die Versuche vereinigt, Weitling nichtmarxistisch bis grob antimarxistisch zu interpretieren. Marxistische Weitling-Forschung, die diese Versuche — sofern „bürgerlich“ oder „modern“ — hastig abtut und damit scheut wie den frech-faschistischen Zugriff, erkennt nicht, daß sie nichtmarxistische Forschungsergebnisse marxistisch nutzen kann und muß.

Anders als die Kool/Krause-Edition *Die frühen Sozialisten* macht die Vester-Ausgabe (b/I 76—88) nachdrücklich aufmerksam auf einen Autor, dessen proletarisch engagierte Kritik der bürgerlichen Ökonomie „wahrscheinlich die schärfste und gebildetste vor Marx“ ist (I 230): Thomas Hodgskin. Marx führt ihn in den *Theorien über den Mehrwert* unter dem Titel „Proletarischer Gegensatz auf Basis Ricardos“ und schätzt ihn vor allem als Verfasser der „vorzüglichen Schrift“ *Labour defended against the claims of capital* von 1825/² 1831²⁷. 1964 zur Hundertjahrfeier der Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation hat The Hammersmith Bookshop/London diese Schrift wieder aufgelegt. Die Ausgabe ist ein Nachdruck der 1922 von G. D. H. Cole besorgten und aufschlußreich begründeten Edition. „The British Labour Movement has forgotten its history, and is but slowly being reminded of it“ (d/7). Coles gute Einleitung (7—17), inzwischen 50 Jahre alt, soll hier nicht diskutiert werden. Bleibt das Plädoyer für die „vorzügliche Schrift“ mit ihrer ausgeprägten Klassentheorie und ihren oft erstaunlichen „arguments in favour of labour, and against capital“ (22); mit ihren geschichtlich frühen Einsichten, daß die „different classes of labourers“ beginnen, „to think and act as a body“ (101), daß sich ankündigt „a more extensive change in the frame of society than has ever yet been made“ (100). Hodgskins Flugschrift („pamphlet“, 22) zählt zu den frühsozialistischen Texten, von denen mit Michael Vester gesagt werden muß, die „Neuherausgabe vollständiger, terminologisch modernisierter Übersetzungen“ sei wünschenswert (b/I 241). Die Übertragungen von Friedrich Raffel (1909) und Carl Koepp (1911) sind schwer zu beschaffen und außerdem im Detail unzuverlässig. Eine Probe der bestechenden Scharfsicht Hodgskins ist die beste Aufforderung, dem Vorschlag Vesters in diesem Fall zu folgen (vgl. d/66 f.). „Es gab eine Zeit, da Kapital und Kapitalisten für die Gesellschaft von unentbehrlichem Nutzen waren. Die aufsteigenden und die Produktion auf handwerklicher Basis entwickelnden Städte in Europa wurden zum Zufluchts-

27 K. Marx: *Theorien über den Mehrwert*, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 26. 1, Berlin 1965, S. 5; K. Marx: *Das Kapital*, Bd. I, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 23, Berlin 1962, S. 376 Anm. 58.

ort aller unterdrückten und versklavten Bauern, die ihren feudalen Tyrannen entkommen konnten. Die Kapitalisten und Unternehmer (manufacturers) in den Städten waren zugleich geübte Arbeiter (killed labourers) und boten den Bauern wirklich Beschäftigung und Schutz. Sie brachten ihnen nützliche Geschicklichkeiten bei und wurden damit zu Wohltätern der Armen und des Gemeinwesens (state). Im Vergleich waren sie bei weitem besser als die feudalen Barone; heute klammern sie sich an den damals erworbenen Ruf. Die Verehrung der Menschen für das Kapital und die Kapitalisten beruht auf einer Art abergläubischer und überlieferter Vorstellung von deren Nützlichkeit in früheren Zeiten. Kapital und Kapitalisten haben den alten Unterdrücker des Landes (ancient tyrant of the soil) jedoch seit langem zu ziemlicher Bedeutungslosigkeit herabgebracht, während sie dessen Gewalt über alle arbeitenden Klassen geerbt haben. Es ist daher an der Zeit, die so lange der feudalen Aristokratie zugemessenen Vorwürfe auf das Kapital und die Kapitalisten zu häufen; oder auf jene noch schwerer drückende Aristokratie, die sich aus dem Reichtum herleitet (founded on wealth) und von Profit genährt wird (nourished by profit).“

Michael Vesters mehrfach genanntes Buch *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß*, das selbst in der internationalen Frühsozialismus-Forschung herausragt, steht in der bundesrepublikanischen Forschung zum Thema — die sich nur schwach regt — gegenwärtig konkurrenzlos da. Dieses Urteil betont, daß andere Beiträge auf theoretischer Ebene im Vergleich unterliegen, funktioniert aber nicht als Generalabsage an deren je spezifische Leistung. Welche Fortschritte trotz theoretischen Defizits möglich sind, zeigt Rolf Peter Fehlbaums Buch *Saint-Simon und die Saint-Simonisten. Vom Laissez-Faire zur Wirtschaftsplanung* (1970). Diese Arbeit, auf breiter Quellenbasis sorgfältig angelegt, braucht in der deutschen Saint-Simon-Literatur von Friedrich Muckle (1908) bis Nicolaus Sombart (1951) und Thilo Ramm (1955) den Vergleich nicht zu scheuen. Im Mittelpunkt steht das Interesse Saint-Simons und der Saint-Simonisten an einem politökonomischen System der Planrationalität. Fehlbaum verfolgt durch das Gesamtwerk Saint-Simons — der in der Tat zu jenen Autoren gehört, die „viel zitiert und wenig gelesen“ werden (e/2) — und in den saint-simonistischen Schriften bis zur Auflösung der „Schule“ 1832 die Entwicklung des Gedankens der Wirtschaftsplanung. Saint-Simon und die Saint-Simonisten sind in der Literatur zwar oft mit Wirtschaftsplanung in Verbindung gebracht, „selten wird diese Beziehung aber näher bezeichnet“ (1). Die Monographie ist reich bestückt mit Quellenzitaten, freilich nicht, um die Seiten zu füllen: vielmehr soll — ein begründeter Versuch — das „aufschlußreiche Wörterbuch des Saint-Simonismus“ vermittelt werden (5). Am Verzeichnis der aufgearbeiteten Literatur (154—59) fällt auf, daß wichtige Untersuchungen der 50er/60er Jahre fehlen, so die meisten Aufsätze von Jean Dautry, Georges Gurvitchs Studie über Saint-Simon und Marx, Francesco Gentiles Buch über Saint-Simons

Gesellschaftsbegriff und Winfried Schröders Leipziger Dissertation über das geschichtliche Weltbild Saint-Simons.

Fehlbaums Arbeit hat ihre starke Seite in der ordnenden Darstellung — auf der Basis gründlich erschlossenen Materials — mit klärenden Detailergebnissen; ihre Schwäche liegt in der Fixierung auf selbsttätige „Gedanken“, deren Zusammenhang mit der Entwicklung der (französischen) Gesellschaft nur spärlich und ohne Sinn für die Relevanz der Frage bestimmt ist. Diese Schwäche verschuldet Unsicherheiten und Fehlgänge der Analyse. Die Literatur sieht in Saint-Simon je nach Zweck der Autoren den Liberalen oder gar den Propheten des Manchestertums, den Sozialisten, den Vorläufer des Faschismus oder den Ideologen des Großbürgertums. „Jede dieser Interpretationen kann durch Zitate belegt werden. Aus der Sicht des Gesamtwerkes erscheinen diese eindeutigen Zuordnungen fragwürdig“ (2). Zitate belegen allerlei, wenn die gewöhnliche Geistesgeschichte den Ton angibt: ein „Gedanke“, abgelöst von seiner sozialen Genesis, wandert durch die Jahrzehnte und läßt sich irgendwo nieder, genauer besehen stets dort, wo er soll. Gegen diesen Streich wehrt sich Fehlbaum nur schwach. Er beanstandet *eindeutige* Zuordnungen, aber nicht das Verfahren, läßt also die Möglichkeit, Saint-Simon den Liberalen als Präfaschisten zum Sozialisten zu ernennen. Da nicht gleichgültig sein kann, wem Saint-Simon ausgeliefert wird, ist seine entfaltete Theorie, Ausdruck praktischer Bewegungen der Zeit, zu bestimmen als Präsozialismus, als Entwurf einer von den Resten des régime féodal gereinigten, für das Proletariat harmonischen bürgerlichen Gesellschaft.

Der „Gedanke“ muß sich irgendwie entwickeln und verändern. Werden die Anstöße dazu nicht aus der ökonomisch-sozialen Wirklichkeit erfragt, treten sie auf als Einflüsse von „Gedanken“ anderer Autoren. „Unter dem Einfluß“ der französischen Theokraten Louis de Bonald (1754—1840) und Joseph de Maistre (1753—1821) — dessen *Du Pape* 1819 erscheint — „wendet sich Saint-Simon endgültig vom Liberalismus ab und entwirft sein organisches Gesellschaftssystem“ (38). Die Bindung des Individuums an die Gesellschaft und sein Aufgehen in ihr haben für Saint-Simon „positiven Eigenwert“ und „Zielcharakter“. Diese „anti-individualistische Grundhaltung“, in Saint-Simons liberaler Phase überdeckt, kann sich unter dem Einfluß der Theokraten voll entfalten (45). Nicht nur Fehlbaum zieht hier den Schluß, eine der „bedeutenden, aber kaum gewürdigten Wurzeln des modernen Sozialismus“ sei in de Bonalds und de Maistres Kritik liberaler Ideen zu suchen (45 Anm. 29). Was die Basis dieser These taugt, läßt Saint-Simons scharfe Absage an de Bonald und de Maistre erkennen: abschätzig werden sie charakterisiert als „*écrivains dans la direction rétrograde*“, die eine Ordnung wiederherstellen wollen, „*dont le progrès des lumières a fait justice*“²⁸. Geistesgeschichtlich abgehandelt als „Gedanken“ ohne soziale Genesis, müssen antikapitalistische Attacken altkonservativer Herkunft den Anschein sozialistisch getönter Anklagen erwecken; materialistisch interpretiert erweisen sie sich als in ihrer Ohnmacht oft heilsichtige

Apologien des régime féodal gegen die revolutionär freigesetzte, mit der „Erzeugung des Pöbels“ (Hegel) geschlagene bürgerliche Gesellschaft. Franz v. Baaders gegen diese Gesellschaft engagierte Schrift von 1835 *Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät* wird nicht dadurch zu einer der Quellen des Marxismus, daß sie das „Recht der Proletaires auf Erleichterung ihres Lebens“ verteidigt und die „tiefer liegende Wurzel“ der „schier überall bestehenden leichten Revolutionierbarkeit oder Entzündbarkeit der Sozietät in unserer Zeit“ kenntlicher macht als mancher frühsozialistische Text. Bei Baader artikuliert sich — wie bei de Bonald und de Maistre — nicht proletarisches Interesse, sondern das an einer „wahrhaften Contrerevolution“ gegen die Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft (Zitate nach dem Original der Baader-Schrift, 4 f. und 7 f.). Wird in gedankengeschichtlichem Fehlverständnis an diesem Sachverhalt vorbeiiinterpretiert, leiden die Erkenntnis der Genesis des kritisch-materialistischen Sozialismus und die Einsicht in den sozialgeschichtlichen Aussagewert feudal gesteuerter Kapitalismuskritik.

Im einleitenden Teil dieses Artikels ist die Notwendigkeit der systematischen Analyse des Frühsozialismus als eines europäischen Phänomens behauptet. Ein *europäisches* Phänomen? Michael Vester bedauert, seine Edition bleibe auf den englischen, französischen und deutschen Frühsozialismus beschränkt und könne frühsozialistische Theoretiker etwa der USA nicht berücksichtigen (vgl. b/I 241). Vor 125 Jahren schreibt der Wahre Sozialist Karl Grün in seinem Buch *Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien* (1845): „Die Nordamerikaner kommen mir grundprosaisch vor, und den Sozialismus sollen sie wohl, trotz aller ihrer gesetzlichen Freiheit, erst von uns kennenlernen“ (Grün, 101). Dazu Marx ironisch: „Besonders seitdem sie seit 1829 eine eigne sozialistisch-demokratische Schule haben, die ihr Nationalökonom Cooper [Thomas Cooper, 1759—1840] bereits 1830 bekämpfte²⁹.“ Die ausführlichen Erläuterungen zu diesem Hinweis gibt David Harris in seinem 1966 erschienenen Buch *Socialist Origins in the United States. American Forerunners of Marx 1817 bis 1832*. Laut Harris ist die von Marx angesprochene „Schule“ vergleichbar „with that of the precursors and founders of socialism in Europe, forerunners of Marx and Engels“. Anders als die europäischen sind die amerikanischen „Vorläufer“ kaum bekannt; das Interesse der Forschung an ihnen wächst zwar, aber „their role has not yet been adequately and properly recognised“ (f/IX). In der Einleitung (1—9) schildert Harris kurz den Aufstieg des Industriekapitalismus in den USA zwischen 1790 und 1820, die Anfänge der amerikanischen Arbeiterbewegung während der 20er Jahre und die Rezeption europäischer frühsozialistischer Theorien — vor allem

28 Vgl. Oeuvres de Saint-Simon et d'Enfantin, Paris 1865—78, Bd. XXXVII, S. 172 u. Bd. XX, S. 29.

29 K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 3, Berlin 1959, S. 476.

Robert Owen — in den Vereinigten Staaten. Es folgen im Umfang von 10 bis 50 Seiten sechs darstellende Kapitel, deren jedes einem amerikanischen „Vorläufer“ gewidmet ist: Cornelius Blatchly (1773—?), Daniel Raymond (1788—?), Langdon Byllesby (1789—1871), William Maclure (1763—1840), William Heighton (1800—1873) und Thomas Skidmore (1790—1832).

Läßt das Buch auch theoretisches Format vermissen, als Fundgrube von Informationen über kaum bekannte und wenig erforschte „forerunners of Marx“ ist es schätzenswert. So bespricht Harris „the first significant contribution to modern socialist theory in the United States“ (10), Blatchlys Schrift *Some Causes of Popular Poverty* von 1817. Ausführlich charakterisiert sind Raymonds *Thoughts on Political Economy* von 1820 und vor allem Byllesbys *Observations on the Sources and Effects of Unequal Wealth* von 1826; Byllesby wird vorgestellt als der erste „American socialist“, der sich auf die Analyse des Industriekapitalismus konzentriert (vgl. 34). Das Kapitel über William Maclure schildert u. a. dessen Zusammenarbeit mit Robert Owen beim Aufbau einer kommunistischen Genossenschaft in New Harmony/Indiana Mitte der 20er Jahre. William Heighton und Thomas Skidmore schließlich werden angesprochen als zwei Schlüsselfiguren der amerikanischen Arbeiterbewegung der 20er Jahre, beide zugleich theoretisch und praktisch-politisch tätig. Aus David Harris' Arbeit drängt sich auf, daß eine systematische, Einzeluntersuchungen fordernde und koordinierende Analyse des Frühsozialismus zu kurz greifen wird, wenn sie ihn als *europäisches* Phänomen nimmt. Ob die amerikanischen „Vorläufer“ weitgehend eigenständig sind oder von europäischen Theoretikern abhängig, spielt dabei keine Rolle. Die geforderte Analyse ist auf Theorien verwiesen, die als Widerspiegelung der Unterdrückung im aufsteigenden Kapitalismus der großen Industrie und als Protest gegen diese Unterdrückung die bürgerliche Gesellschaft auf entsprechender Entfaltungsstufe *in Europa und Nordamerika* zur Basis haben. Die Forschung zum Thema muß den europäischen Horizont erweitern — den sie oft noch gar nicht vor Augen hat.

Margherita von Brentano

Wissenschaft, Beruf, Öffentlicher Dienst oder Wem dient die Wissenschaft?*

Wer auf einem Kongreß unter den Programmreden die letzte zu halten hat, ist in einer bestimmten Schwierigkeit. Er muß ja, wenn er seinen Text plant, davon ausgehen, daß alles, was an Wichtigem, Richtigem und im gegebenen Rahmen Zuverlässigem zu sagen ist, von den Vorrednern bereits gesagt worden ist. Sollte Wichtiges und Richtiges noch übrig sein — so kann er sich ausrechnen —, dann allenfalls, weil es nicht zulässig ist. So kommt, wem diese Rolle zufällt — und mir fällt sie ganz zufällig gelegentlich zu — fast zwangsläufig in die Lage, über den gegebenen Rahmen und das in ihm Zulässige nachzudenken. Ist schon Denken, hierzulande jedenfalls, eine radikale Tätigkeit, so ist Nachdenken über das Zulässige höchst unzulässig und vermutlich schon linksradikal im Sinne der „Grundsätze für den Öffentlichen Dienst“. Womit wir beim Thema sind. Jedenfalls bei der Sache, die den Bund Demokratischer Wissenschaftler aus seinem Schläfe geweckt hat, die seinen Mitgliedern, Freunden und, wie man hier sieht, vielen anderen die Dringlichkeit eines organisatorischen Zusammenschlusses vor Augen geführt hat, die schließlich diesen Kongreß initiiert hat. Die also auch, so sollte man denken, beherrschendes Thema dieses Kongresses ist. Diese Sache sind die im Januar beschlossenen „Grundsätze zur Frage verfassungsfeindlicher Kräfte im Öffentlichen Dienst“ der Ministerpräsidenten mitsamt der sie erläuternden „Gemeinsamen Erklärung“, die deswegen „gemeinsam“ heißt, weil leider der Bundeskanzler sich ihr angeschlossen hat. Man sollte, wie gesagt, denken, daß dies beherrschendes Thema des Kongresses ist. In der Tat, man denkt da richtig. Diese Sache beherrschte vorweg den Kongreß, beherrschte seine Vorbereitung von Anfang an, wenn auch leider nicht in der Weise einer „Einigkeit der Vernunft“, an die Herr Frister soeben appelliert hat, vielmehr auf andere Weise. Die gemeinte Herrschaftsweise will ich zunächst an einem anderen Beispiel, sozusagen durch Verfremdung, deutlich zu machen versuchen.

Vor einiger Zeit veranstaltete die ARD eine Fernsehdiskussion zu dem Thema Ministerpräsidentenbeschlüsse. Merseburger moderierte, und rechts und links von ihm diskutierten Demokraten, keineswegs Verfassungsfeinde. Ich sah es mir zufällig an und gewann zuneh-

* Rede auf dem Kongreß „Wissenschaft und Demokratie“ in Marburg am 1. Juli 1972.

mend den Eindruck: hier findet nicht eine Diskussion über die Beschlüsse statt, sondern eine, die unter ihnen, *unter ihrer Wirkung* nämlich, steht. Das war zwar ganz deutlich, aber so, wie ein Vexierbild deutlich ist: Man sieht die Hintergrundfigur erst, wenn einem Unstimmigkeiten an den Vordergrundfiguren auffallen. So war es auch mit den Figuren des Gesprächs. Zum Beispiel: Keiner sprach als Betroffener oder potentiell Betroffener. Einer nur merkte das und fragte, warum denn die Runde so frei von potentiell Betroffenen sei — und Betroffenheit breitete sich aus. Zum Beispiel: Alle sprachen über die Beschlüsse gegen Verfassungsfeinde — über das gleiche also, aber nicht gleich. Denn indem die Pro-Seite wie Subjekte dieser Beschlüsse sprach und auftrat, erschienen die Kritiker, ganz unversehens und ganz gegen ihre Intention, wie Objekte. Nur einer fragte, wer denn „Verfassungsfeindlichkeit“ im Sinne der Beschlüsse feststelle und erhielt die bemerkenswerte Antwort: „Na, wir.“ Sie kam, natürlich, von der Seite der „Subjekte“. Zum Beispiel: Alle sprachen von der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, aber auch da war ein Unterschied. Es war, wie wenn Vermieter und Mieter über die Hausordnung sprechen, der eine redend von seinem Eigentum, der andere von einem Vertragstitel. Beide pochen auf dasselbe, aber Beton gibt andere Resonanz als Papier. Und wiederum nur einer fragte nach dem für Streitfälle zuständigen Gericht — aber der war kein Hausbewohner. Dieser schon dreimal zitierte eine war nämlich Alfred Grosser, und er ist Franzose. Man redete vom Sinn der Verfassung, er sprach vom Text, man redete von der Verpflichtung auf und dem Kampf gegen die Grundordnung, er nannte deren Inhalt: die Rechtsstaatlichkeit, und konstatierte nüchtern, daß die Beschlüsse gegen sie verstoßen. Alle natürlich hatten das Grundgesetz gelesen und wußten, was der Ausdruck „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ dort konkret bezeichnet, nämlich den Inbegriff der in Art. 1 und 20 genannten und allein als unabänderlich deklarierten Grundsätze, im wesentlichen den demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Charakter der Bundesrepublik. Nur ihm aber merkte man auch an, daß er es wußte. Und weil da einer frei und konkret redete, die Dinge beim Namen nannte, entschlüsselte sich das Vexierbild. Alle waren Betroffene, obwohl doch, wie gesagt, keine Verfassungsfeinde und nicht einmal Angehörige des Öffentlichen Dienstes. Alle standen auf dem Boden des Grundgesetzes, traten dafür ein oder auf, die „FDGO-Treue“ (um dies von Denninger in Vorschlag gebrachte Kürzel zu verwenden) leuchtete nur so, alle boten Gewähr dafür, daß sie dies jederzeit usw. tun würden — und der Zuschauer kam aus den begründeten Zweifeln gar nicht mehr heraus. Ich zitiere, wie Sie merken; aber die Veranstaltung war ein lebendes Zitat all der schönen Wendungen aus den Januarbeschlüssen bzw. aus dem Beamtenrecht, aus dem die Beschlüsse ja eine Blütenlese darstellen. Man steht, man tritt — die Verfassung ist bei uns eine Sache der Füße, und deshalb spricht man wohl auch so gern von ihrem Boden oder von ihr als Boden. Nur — mit den Füßen kann man nicht lesen. Worauf man steht, dazu kann man sich zwar „posi-

tiv bekennen“ und dessen „Sinn“ kann man beschwören. Aber man muß wohl, wie Grosser, sich auf einem anderen Boden bewegen, tunlichst einem, der eine bürgerliche Revolution hervorgebracht hat, um das Ding zur Hand und vor Augen nehmen zu können, wobei sich dann herausstellt, daß dies kein Grund, Boden oder Sinn ist, sondern ein Gesetzestext mit Artikeln und Paragraphen. Wir sind keine Franzosen. Wir sind ganz und gar Betroffene — und ich rede natürlich nicht nur von jenen Januarbeschlüssen, sondern von der Disziplinierungswelle, deren Anfang sie nicht etwa darstellen, eher so etwas wie eine Erfolgsmeldung.

Nichts zeigt diese Situation so deutlich wie die Vorgeschichte dieses Kongresses. Es bleibt offenbar gar keine andere Wahl, als unter das Verdikt zu geraten oder, nolens volens, sich durch Mitmachen abzusichern. Denn wie ging es zu?

Die Ersteinladenden zu diesem Kongreß wußten noch, wovon sie redeten und was im Gange ist. Im Aufruf, den Sie erhalten und dem viele von Ihnen zugestimmt haben, stehen klare Sätze:

„Was als Maßnahme gegen sogenannte Radikale ausgegeben wird, zielt tatsächlich auf alle, die unbequeme wissenschaftliche Positionen vertreten.“

„Reformwillige, progressive Wissenschaftler werden in ihrer Laufbahn behindert, als Verfassungsfeinde diffamiert und mit Berufsverbot bedroht.“

„Unter dem Schein der Verteidigung der ‚Freiheit der Wissenschaft‘ und der verfassungsmäßigen Ordnung werden in Wahrheit die Freiheit der Wissenschaft immer mehr eingeengt und die verfassungsmäßige Ordnung ausgehöhlt.“

Die so redeten, warben um ein Bündnis mit demokratischen Organisationen. Sie warben im Ernst, nicht aus Taktik, und nicht um etwas Fremdes, sondern um etwas Gemeinsames, das in Gefahr ist. Wir wissen nämlich, daß in den Kämpfen, die im Gange sind, wie in den früheren, das demokratische Element gefährdeter ist als der Sozialismus. Diejenigen, die Sozialismus und Demokratie für unvereinbar erklären, lehren durch ihre Kampfstrategie das Gegenteil. Immer nämlich war die Preisgabe der demokratischen Prinzipien der erste Schritt in der Bekämpfung des Sozialismus (und die Umfunktionierung oder, wo das nicht gelang, Zerschlagung der demokratischen Organisationen der zweite). Nur weil der Kampf gegen den Sozialismus direkt, die Ausschaltung der demokratischen Prinzipien aber indirekt und mit Hilfe der Blindheit oder Angst der Demokraten vor sich geht, kann diese offenkundige Strategie immer wieder verschleiert und immer wieder angewandt werden.

Was geschah nun? Der Aufruf, aus dem ich zitierte, wurde als „radikal“ bezeichnet — nicht vom Bund Freiheit der Wissenschaft, son-

dern von solchen, die diesen Kongreß mitvorbereiteten. Es ist das alte Lied — wer die Funktion solcher Worte wie „radikal“, „Verfassungsfeindschaft“ aufdeckt, der zieht sie bereits auf sich. Das Bündnisangebot wurde erst zögernd halb angenommen, dann abgelehnt, dann ganz entschieden übernommen, aber da war es plötzlich ein ganz anderes Bündnis. Plötzlich zeichnete sich ein Bündnis *gegen* die Initiatoren, jedenfalls gegen ihre Initiative ab und natürlich eines gegen Radikale. Hauptzweck des veränderten Bündnisses schien es zeitweilig, den Bund Demokratischer Wissenschaftler abzuschaffen. Am Kongreß sollte er sich zwar noch beteiligen, auch seine Mitgliederversammlung abhalten dürfen, aber unter der Bedingung, daß deren Ergebnis die Auflösung des BDW sein müsse.

Ein Hauptproblem der Vorbereitung dieses Kongresses schien zeitweise darin zu liegen, das Thema Januarbeschlüsse und Berufsverbot an den Rand des Kongresses, wenn nicht gar hinauszubefördern. Jedenfalls geriet diese Thematik ins Rutschen. Sie rutschte vom Eröffnungsplenum in die Arbeitsgruppen. Nachdem sie mit Mühe wieder ins Plenum zurückplaciert worden war, rutschte sie dort wieder abwärts, bis sie schließlich als letztes Thema hängenblieb. Und wer dies Verfahren kritisch zur Sprache brachte, bekam zu hören: Natürlich sei nicht das Thema gemeint, sondern die Referentin, denn die sei doch „linksradikal“. Was immer einer ist oder nicht ist — die Vokabel wurde genau im Sinne der Beschlüsse verwendet („Gewähr“ für die eigene Honorigkeit bietet man am besten dadurch, daß man andere als Betroffene indiziert) und genau gegen diejenigen, die darauf bestanden, die Beschlüsse thematisch zu machen.

Kurz: was in der Vorgeschichte dieses Kongresses sich abspielte, hätte um ein Haar aus ihm einen Erfüllungsgehilfen der Januarbeschlüsse gemacht. Das ist nicht gelungen. Aber es war ziemlich mühsam, dieser Tendenz entgegenzuwirken.

Sie werden nun vielleicht finden, daß ich, statt zum Thema, Januarbeschlüsse und Berufsverbot, zu reden, in Bildern und Metaphern und um die Sache herum rede. Ja — aber das hat eine Menge mit der Sache zu tun. Sie selbst redet in Metaphern und ihr Drumherum, die negative Aura von Angst und Verdächtigungen, die sie erzeugt, ist genau ihr Zweck. Insofern diese Sache nämlich ein Text ist¹, besteht er zu erheblichen Teilen aus Metaphern. Das fällt bloß

1 Wortlaut der Texte vom 28. Januar 1972:

„Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“

„Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt, sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen. Es handelt sich hierbei um zwingende Vorschriften.“

deswegen nicht sofort auf, weil die metaphorisch gebrauchten Ausdrücke ganz gewöhnliche Worte sind, die aber, im Verbund mit anderen ebenfalls ganz gewöhnlichen Worten, eine durchaus andere als ihre gewöhnliche Bedeutung gewinnen. Man merkt die Bedeutungsverschiebung erst, wenn man versucht, die Grundsätze, Vorschriften, Forderungen etc. „beim (gewöhnlichen) Wort zu nehmen“.

Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden.

Von folgenden Grundsätzen ist dabei auszugehen:

Bewerber: Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages.

Beamter: Erfüllt ein Beamter durch Handlungen oder wegen seiner Mitgliedschaft in einer Organisation verfassungsfeindlicher Zielsetzung die Anforderungen des Paragraphen 35 Beamtenrechtsrahmengesetzes nicht, aufgrund derer er verpflichtet ist, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten, so hat der Dienstherr aufgrund des jeweils ermittelten Sachverhaltes die gebotenen Konsequenzen zu ziehen und insbesondere zu prüfen, ob die Entfernung des Beamten aus dem Dienst anzustreben ist.

Für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst gelten entsprechend den jeweiligen tarifvertraglichen Bestimmungen dieselben Grundsätze.“

„Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten“

„Nach den Beamtengesetzen von Bund und Ländern und den für Arbeiter und Angestellte entsprechend geltenden Bestimmungen sind die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verpflichtet, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes positiv zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Verfassungsfeindliche Bestrebungen stellen eine Verletzung dieser Verpflichtung dar.

Die Mitgliedschaft von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Parteien oder Organisationen, die die verfassungsmäßige Ordnung bekämpfen — wie auch die sonstige Förderung solcher Parteien und Organisationen —, wird daher in aller Regel zu einem Loyalitätskonflikt führen. Führt das zu einem Pflichtverstoß, so ist im Einzelfall zu entscheiden, welche Maßnahmen der Dienstherr ergreift.

Die Einstellung in den öffentlichen Dienst setzt nach den genannten Bestimmungen voraus, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt. Bestehen hieran begründete Zweifel, so rechtfertigen diese in der Regel eine Ablehnung.“

Das gilt zum Beispiel für ein so harmloses Wort wie „jederzeit“ (der Beamte oder Bewerber muß „jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten“); das gilt für Worte wie „gesamt“ oder „bekennen“ (er wird verpflichtet, „sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und für sie einzutreten“).

Was auch immer einer sich unter „Eintreten für die FDGO“ vorstellen mag, es müßte doch eine bestimmte, positive, von anderen Tätigkeiten unterscheidbare Aktivität sein — dann aber kann sie nicht jederzeit stattfinden, wenn denn „jederzeit“ seine gewöhnliche Bedeutung behalten soll.

Was auch immer man unter „bekennen“ verstehen mag, so sollte es sich doch um ein bestimmtes und bestimmbares Verhalten handeln. Dann aber kann es nicht mit dem „gesamten“ Verhalten im üblichen Sinne des Wortes zusammenfallen. Ich jedenfalls assoziiere mit dem üblicherweise als „bekennen“ bezeichneten Verhalten Situationen wie die Beamtenvereidigung oder die Anhörung vor dem Disziplinaruntersuchungsführer. Wie man sich auch im Schlafe zur FDGO bekennen kann, weiß ich nicht recht.

Der Schlüssel für diese Schwierigkeit ist eben, daß die ganz gewöhnlichen Worte im Verbund, den sie hier bilden, für ganz anderes als ihren Wortsinn stehen. Sie stehen für so etwas wie eine unendliche Aufgabe. Sie indizieren, daß die geforderten Verhaltensweisen nicht bestimmbar sind, jedenfalls nicht positiv, allenfalls negativ, so daß es ganz unmöglich ist, für ihre Erfüllung „Gewähr zu bieten“, dagegen durchaus und immer möglich ist, daß einer „begründete Zweifel“ daran äußert.

Die Juristen, die sich mit den Beschlüssen kritisch auseinandergesetzt haben², umschreiben diese Schwierigkeit dadurch, daß sie von „unbestimmten Rechtsbegriffen“ oder „uferlosem“ Gebrauch von Rechtsbegriffen reden. Ich fürchte, daß der Versuch, hier überhaupt Rechtsbegriffe im Sinne dessen, was seit der bürgerlichen Aufklärung Recht heißt, zu finden, fehlschlagen muß.

Die Diktion dieser Grundsätze ist die des Katechismus und des Andachtsbuches. Ihr Paradigma sind Sätze vom Typus: „Du sollst jederzeit, in deinem gesamten Tun und Lassen, Gott loben.“ Vorschriften des Katechismus haben es aber an sich, daß sie, jedermann in seinem gesamten Verhalten aufs Heil verpflichtend, eben dadurch auch jedermann zum möglichen Sünder machen. Vor solchen Forderungen sind wir immer simul iustus et peccator. Gewähr gibt es da nicht, und begründete Zweifel sind immer möglich. Eben das ist übrigens ihr Zweck. Das gilt auch für den politischen Katechismus,

2 Zusammengestellt in: Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse. Materialien für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1972.

der uns in Maßnahmen, Sprachregelungen und nun auch Beschlüssen seit zwei Jahren wieder einmal eingebläut wird. Aus seiner Wirkung erschließt sich der Zweck, und vom Zweck her entschlüsselt sich erst die Metaphorik des Textes.

Um Wirkung, Zweck und Wortlaut der Ministerpräsidentenbeschlüsse zu prüfen, ist es nützlich, drei Fragen zu stellen:

1. Auf welchen Bereich beziehen sie sich?
2. Gegen wen wenden sie sich?
3. Wie interpretieren sie sich selbst?

1. Die Beschlüsse sprechen ganz allgemein vom öffentlichen Dienst und von Beamten, Angestellten, Arbeitern im öffentlichen Dienst bzw. Bewerber für den öffentlichen Dienst. Wie Sie dem SPIEGEL entnehmen konnten, haben das einige Behördenchefs in Nordrhein-Westfalen wörtlich genommen, also durchaus mißverstanden: sie erörterten das Problem, ob nun für die Einstellung jeder Raumpflegerin ein Persilschein des Verfassungsschutzamtes eingeholt werden müsse. Herr Kühn hat sich über solche Naivität verwundert. In der Tat zeigen sowohl die Maßnahmen im Sinne der Beschlüsse wie auch die Wirkung, die sie haben, daß der gemeinte Bereich einerseits enger, andererseits weiter ist. Entlassungen und Einstellungsverweigerungen erfolgten keineswegs im gesamten öffentlichen Dienst, sondern in bestimmten Bereichen: Schule, Universität, Justizbereich. Zugleich aber erfolgten Entlassungen in Bereichen, die nicht zum öffentlichen Dienst gehören: im publizistischen Bereich zum Beispiel.

Auch die Wirkung der Beschlüsse, also Unruhe, Angst, Einschüchterung und Selbstzensur, ist in den genannten Bereichen, nicht aber bei Polizei oder Bundespost zu konstatieren.

2. Die Beschlüsse wenden sich gegen „Verfassungsfeinde“. Ihre Verteidiger pflegen diesen Begriff mit dem des „Extremen“ oder „Radikalen“ zu erläutern und versäumen nicht, darauf hinzuweisen, daß gleichermaßen Rechts- und Linksextreme, Rechts- und Linksradikale gemeint seien. Daran, daß im Ernst gegen den Rechtsextremismus vorgegangen werden soll, glauben wohl weder die Autoren der Beschlüsse noch sonst jemand. Erstens gibt es keinen Rechtsextremismus in diesem Lande³, und zweitens erinnere ich an die Folgen des Art. 131 GG. Ein rechter Staatsdiener hierzulande steht immer in der Mitte, ihm gegenüber wird die Treue- und Fürsorgepflicht des Staates ernst genommen. Wer hingegen links von der Mitte steht, dem wird der Beweis seiner Treue gegenüber dem Staat

3 Diese Bemerkung erregte im Auditorium zunächst Befremden, dann erst zustimmende Heiterkeit. Sie bedarf also der Erläuterung. Ich sehe nicht, welche Positionen es hierzulande gibt, die, inhaltlich jedenfalls, weiter rechts stehen als die im Bayernkurier vertretenen. Der Bayernkurier aber ist Organ einer staatstragenden Partei. (Die NPD vertritt demgegenüber nicht extremere, sondern anachronistische Positionen, was etwas anderes ist.)

ständig abverlangt. Es ist auch, soweit ich sehe, rechts von der Mitte keinerlei Unruhe oder Einschüchterungseffekt feststellbar, ganz im Gegenteil.

Die Beschlüsse wenden sich gegen Linksradikale, darüber scheint Einigkeit zu herrschen. Die Frage ist nur, welche Gruppen oder Personen mit dieser Bezeichnung gemeint sind. Auf Gruppen wie diejenige, die sich selbst „Rote Armee Fraktion“ nennt, von anderen als Bande bezeichnet wird, wäre der Ausdruck „linksradikal“ seinem historischen und sachlichen Sinne nach vielleicht anwendbar — sie können aber kaum gemeint sein, wenn sie auch als Vorwand für die Disziplinierungswelle dienen; denn niemand kann annehmen, daß Mitglieder solcher Gruppen sich um Aufnahme in den öffentlichen Dienst bewerben werden. Ist die DKP gemeint? Vermutlich ja — aber erstens ist die DKP eine legale Partei, wie auch der Bundeskanzler bestätigt hat. Zweitens ist die DKP zweifellos nicht linksradikal in einem politisch und wissenschaftlich präzisierbaren Sinne des Wortes — sie ist es nur dann, wenn man der schwachsinnigen, aber höchst herrschaftswirksamen Terminologie folgt, die alles, was links von der nicht weiter definierten „Mitte“ steht, als linksradikal bezeichnet. Drittens wären die Beschlüsse kaum nötig gewesen, wenn es sich lediglich darum handeln sollte, Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst herauszuhalten; das funktionierte auch bisher ohne nennenswerte Schwierigkeiten.

3. Die Beschlüsse vom Januar stellen sich selbst als bloße Wiederholung und Zusammenfassung gültigen Beamtenrechts dar. Das ist, von einer noch zu erläuternden Ausnahme abgesehen, zutreffend. Der Zweifel an der Vereinbarkeit dieser Beschlüsse mit dem Grundgesetz, zumindest mit dem fundamentalen Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, den die bereits erwähnten juristischen Stellungnahmen mehr oder weniger direkt anmelden, schlägt zurück auf die Beamtengesetze. Die Weichen sind jedoch im Grundgesetz selbst schon gestellt. Mit dem ominösen letzten Satz des Artikels 33 („Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln“) hat das Grundgesetz sich selbst für den Bereich des öffentlichen Dienstes außer Kraft gesetzt.

Die Übereinstimmung der Januarbeschlüsse mit bisherigem Beamtenrecht geht weiter, als es die Autoren wohl wahrhaben möchten. Ich habe es mir und Ihnen erspart, das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933 mit der in den Beschlüssen gegebenen Blütenlese aus dem heutigen Beamtenrecht zu vergleichen. Die Übereinstimmung ist stellenweise wörtlich, nur daß damals die Formel „nationaler Staat“ die Stelle einnahm, die heute durch die Formel „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ gefüllt wird, Schlimmer noch als die Ähnlichkeit der Texte ist die Ähnlichkeit der Wirkung und Reaktion. Auch damals beruhigten sich die Mitgemeinten damit, daß sie sich und anderen einredeten: „Die Gleichheit vor dem Gesetz werde nur den Kommunisten nicht zugestanden

werden“ — so Prälat Kaas in seinem Bericht vor der Zentrumsfraktion über sein Gespräch mit Hitler⁴. Man irrte: die betroffenen Kommunisten machten etwa 1 % der entlassenen Beamten aus.

Die Fragen nach Adressaten, Motivation und Funktion der Disziplinierungsmaßnahmen, mit denen wir es zu tun haben, lassen sich kurz und klar beantworten.

Adressaten sind alle, die in den Bereichen der Wissenschaft, Ausbildung, Sozialisation und Kommunikation arbeiten. Sie alle sollen auf ihre Funktion als öffentliche Bedienstete verpflichtet werden — eine Funktion, die die beruflich Arbeitenden in diesen Bereichen zwar auch ausüben, aber nur sekundär, kontingent, weil nämlich ein staatliches Monopol in diesen Bereichen besteht. Die Beschlüsse reduzieren praktisch die Tätigkeit in Wissenschaft, Ausbildung, Sozialisation auf diese sekundäre Funktion, nehmen sie in totalen Dienst für eine formelhaft beschworene „Ordnung“, die nicht mehr positiv bestimmt wird durch ihre Angemessenheit an Recht und Verfassung, sondern negativ definiert wird durch den „Feind“.

Das Wort Verfassungsfeindschaft ist das einzige Novum in den Texten, der einzige Punkt, in dem sie selbst die „hergebrachten“ Grundsätze deutschen Berufsbeamtentums übertreffen. Dies Wort steht, soweit mir bekannt, in keinem Gesetzestext.

Wem fällt da nicht Carl Schmitt ein? Der politische Katechismus, der uns, leider mit dem Segen des Bundeskanzlers versehen, eingebläut werden soll, hat doch wohl mit Politischer Theologie, und diese mit dem „Ausnahmезustand“ zu tun.

Die bisherige, bis gestern noch gegen die Linken mit Vehemenz verteidigte Ideologie von der zweck- und interessefreien Wissenschaft und Forschung, Kultur und Bildung scheint mit einem Schlage abgeschafft — die Thesen der Linken scheinen mit einem Male Gemeingut. Des Rätsels Lösung ist leicht. Die Funktion, die bisher die Mehrheit der Intelligenz von der Universität bis zum Kindergarten erfüllt hat, ist gefährdet. Diese Funktion war: Einübung von Anpassung, Fungibilität und Rationalität in genau dem Maße, in dem sie systemnotwendig sind, Verhinderung von Vernunftgebrauch und Handlungsfähigkeit, die darüber hinausgehen könnten; sie war außerdem: Selektion, Verteilung der Auszubildenden in die Gruppen der Handlanger, der „Kopflanger“ und der Führungseliten und Herstellung des richtigen Bewußtseins für die jeweilige Gruppe. Auf der höchsten Etage, der Ausbilder-Ausbildung, war sie zugleich Produktion der Legitimationstheorien für all dies. Diese Funktion der Intelligenz stand nicht im Widerspruch zur Zweckfreiheitsideologie, im Gegenteil, sie bedurfte ihrer, um sich möglichst naturwüchsig vollziehen zu können.

4 G. Jasper (Hrsg.): Von Weimar zu Hitler, Köln 1968, S. 144. Zitiert nach „Wortlaut und Kritik . . .“, S. 15.

Die Funktion der Intelligenz in den Bereichen, um die es geht, ist gefährdet, weil es mit der Naturwüchsigkeit vorbei ist. Einige nicht nur, sondern mehrere, viele, von denen man fürchtet, daß sie die Mehrheit werden könnten, haben die Frage „Wem dient die Wissenschaft?“ begriffen. Sie begnügen sich nicht mit formelhaften Antworten, zum Beispiel, daß sie der Wahrheit, den Menschen oder eben der freiheitlich-demokratischen Ordnung dienen soll. Sie fragen weiter, wem denn die Ordnung dient, und was für eine Ordnung gemeint sei. Sie begnügen sich auch nicht mit der richtigen, aber abstrakten Antwort, daß Wissenschaft und Ordnung der Mehrheit und nicht nur wenigen dienen soll, sondern sie versuchen, diese Antwort in konkrete Arbeit, und zwar in ihrem Beruf, umzusetzen.

Dieser Prozeß wird offenbar als Gefahr empfunden. Gefährdet sind jedoch weder Freiheit noch Demokratie, noch das Grundgesetz, sondern wenn eine Ordnung, dann eine solche, die das Grundgesetz weder nennt, geschweige denn schützt. Zweck der Beschlüsse ist es, diesen Prozeß zu blockieren. Das Berufsverbot für einige soll viele einschüchtern. Ihr Mittel ist die Erzeugung von Angst und Unsicherheit. Die Erzeugung von Angst zielt immer auf den isolierten einzelnen.

Wissend, daß jeder Demokrat zum Betroffenen werden kann, ist unsere Antwort der Zusammenschluß. Nur er kann der Angst begegnen.

Thomas Metscher

„Rote“ und „Grüne“ I.R.A.

In der Geschichte der Irish Republican Army spiegelt sich die Ambivalenz der nationalistisch-republikanischen Freiheitsbewegung in einem Gesellschaftssystem, das — trotz seines lange Zeit kolonialen, dann halbkolonialen Status — heute *direkt* und *unmittelbar* Teil des europäischen Monopolkapitalismus ist. — Die I.R.A. ist die Nachfolgeorganisation von Irish Citizen Army und Irish Volunteers, der nationalen Befreiungsarmeen, die den von den Engländern brutal niedergeschlagenen Osteraufstand 1916 militärisch trugen. Irish Citizen Army und Irish Volunteers verkörpern die beiden Seiten des nationalen Befreiungskampfes in Irland. Die Irish Citizen Army wurde als militärische Organisation der Arbeiterklasse im Verlauf des großen Dubliner Generalstreiks von 1913 unter der Führung von Connolly und Larkin gegründet (mit führender Beteiligung des bedeutendsten Dramatikers der irischen Nation, Sean O'Casey). Sie diente dem Selbstschutz des Proletariats gegenüber den Exekutivorganen der herrschenden Klasse. Die Irish Volunteers dagegen waren eine bürgerlich fundierte, nationalistisch orientierte Befreiungsarmee. Erst im Zuge der Vorbereitung des Aufstandes von 1916 — der primär *nationalistische* Ziele verfolgte — wurden I.C.A. und I.V. zusammengeschlossen. So prinzipiell richtig dabei Connollys strategisches Konzept eines Bündnisses der von ihm geführten revolutionären Arbeiterbewegung mit den fortschrittlichen bürgerlich-nationalistischen Kräften war, so kritisch ist seine taktische Entscheidung zu beurteilen, sich dem — aufgrund der Machtverhältnisse von vornherein zum Scheitern verurteilten — Osteraufstand von 1916 anzuschließen. Denn zusammen mit den bürgerlich-nationalistischen Kräften, die in der Folgezeit ersetzt werden konnten, wurden auch die revolutionären Kader des irischen Proletariats zerschlagen — die nicht mehr ersetzt werden konnten. Mit Connolly, wie die anderen Führungskräfte des nationalen Befreiungskampfes von 1916 von den Engländern hingerichtet, verlor der irische Sozialismus seinen theoretischen Kopf.

Die Zerschlagung der marxistisch orientierten irischen Arbeiterbewegung hatte für die Geschichte der nationalen Befreiungsbewegung in Irland, ja für die gesamte Geschichte des Landes, höchst weitreichende, bis heute nachwirkende Konsequenzen. Die Zerschlagung der irischen Arbeiterbewegung zu einem Zeitpunkt, als sich diese zu formieren, als sie sich politisch erst bewußt zu werden begann — und wohlgemerkt: eineinhalb Jahre vor der Oktoberrevolution — bedeutete (in Kombination natürlich mit anderen Faktoren), daß sich der Sozialismus seitdem nicht wieder — weder

ideologisch noch politisch, weder theoretisch noch praktisch — als *gesellschaftliche Macht* in Irland artikulieren konnte. Irland wurde zum klassischen Beispiel für die im weitesten Sinne *regressive* Wirkung, die die Zerschlagung der Arbeiterbewegung in einem Land über einen längeren Zeitraum hinweg zur Folge hat, in ökonomischer und politischer wie auch in kultureller Hinsicht. Irland — nach wie vor, in Nord und Süd die *sacra insula*. Zu den Ursachen, warum sich die irische Arbeiterbewegung in über 50 Jahren revolutionärer proletarischer Weltgeschichte nicht von den Niederlagen von 1913 und 1916 erholen konnte, gehören: Stagnation der Entwicklung der Produktivkräfte durch die politische Teilung des Landes (Trennung des primär agrarwirtschaftlichen Südens vom industrialisierten Norden), die Unfähigkeit — wohl auch Unmöglichkeit — der Entwicklung eines ‚nationalen‘ Kapitals, daher ungebrochene Dominanz durch das britische, heute auch durch nord-amerikanisches und westdeutsches Monopolkapital; demzufolge Mangel an Arbeitsplätzen und Abwanderung (Emigration) der qualifizierten Arbeitskräfte, auch des politisch bewußtesten Teils der Arbeiterschaft; Spaltung der Arbeiterklasse in — sich antagonistisch verhaltende — katholische und protestantische ‚Fraktionen‘, durch die politische Trennung des Landes begünstigt und die ideologische Machtposition innerhalb der Arbeiterklasse der durchweg reaktionären katholischen respektive protestantischen Kirchen zementiert.

Vor dem Hintergrund dieser historischen Bewegung ist die Entwicklung der Irish Republican Army zu sehen und zu beurteilen.

Die I.R.A. bildete sich im Zuge des nationalen Unabhängigkeitskrieges (1916—21) aus den Irish Volunteers, die sich bereits kurz nach dem Osteraufstand neu organisiert und die militärische Führung des Befreiungskampfes übernommen hatten. Nach der konstituierenden Sitzung der — dann illegalen — irischen Nationalversammlung (Dáil Eireann) im Januar 1919 trat die nationale Befreiungsarmee unter dem Namen Irish Republican Army hervor. Als der anglo-irische Krieg 1922 mit der Gründung des Freistaats Irland und der Trennung des Landes ein vorläufiges Ende fand, gehörte die I.R.A. zu den politischen und militärischen Kräften, die diesen Frieden und die „Treaty of 1921/22“ bis aufs Messer bekämpften. In dem anschließenden Bürgerkrieg (1922/23), der vor allem über der Frage der nationalen Einheit entbrannte, war die sog. „irregular“ I.R.A. unter der Führung von Liam Lynch der militärische Kern des radikalen oppositionellen Republikanismus. Nach dem Ende des Bürgerkrieges blieb die I.R.A. in der Illegalität, als militärischer Verfechter des nationalen Einheitsgedankens.

In ihrer gesamten Geschichte gab es zwei Fraktionen der I.R.A. (die letztlich auf die politische und militärische Fraktionierung innerhalb der Kräfte des Osteraufstands zurückgehen): den „Roten“ und den „Grünen“ Flügel, einen sozialistischen (bereits in den zwanziger Jahren zumindest partiell SU-orientiert) und einen sektierisch-nationalistischen (bis in die sechziger Jahre hinein die große Mehrheitsfraktion). Erst nach der völlig mißglückten Kampagne

der Jahre 1956—62 setzte sich, im Zuge einer theoretischen Neubestimmung der Aufgaben und der Funktion der Organisation, zum ersten Mal in der Geschichte der I.R.A. der sozialistische Flügel durch und ergriff die Führung.

Bereits im irischen Bürgerkrieg 1922/23 hatte sich gezeigt, daß die I.R.A. ohne eigentliche Unterstützung der Volksmassen operiert hatte¹. Dies war, nach oder neben der militärischen Überlegenheit der irischen Regierungstruppen, der Hauptgrund für die Niederlage der radikal-republikanischen Kräfte. Mangelnde Unterstützung durch die Bevölkerung als Folge einer sektiererischen Politik, darin lag auch, wie die I.R.A. selbst erkannte, die Ursache für das Mißlingen der letzten groß angelegten Kampagne der I.R.A. in Nordirland — 1956/62 — vor den gegenwärtigen Unruhen. Die I.R.A. zeigte sich bereit und fähig, aus ihren ideologischen und politischen Fehlern zu lernen. Aufgrund der Analyse ihrer fehlgeschlagenen militärischen Aktion kam sie zu dem Ergebnis, daß der nationale Befreiungskampf Irlands zuerst *politisch* geführt werden muß, d. h., daß er nur dann sinnvoll und erfolgreich geführt werden kann, wenn er als antikapitalistischer Kampf der Mehrheit der Bevölkerung unter der Führung der Arbeiterklasse geführt wird. Und das bedeutet selbstverständlich: unter Einschluß der protestantischen Arbeiterklasse, die aufgrund der ‚antiprotestantischen‘ militärischen Aktionen der traditionellen I.R.A. immer stärker in die Arme des nordirisch-britischen Kapitals getrieben worden war. Mit dieser grundlegenden Revision der gesamten Politik des militanten irischen Republikanismus seit 1916 hat sich zum ersten Mal in Irland die sozialistische Fraktion an die Spitze der republikanischen Bewegung gesetzt. Dies führte in der Folge zur Politik einer gewerkschaftlichen Orientierung und zur Annäherung an die Kommunistische Partei Irlands.

Im gegenwärtigen Manifest der Offiziellen (sozialistischen) I.R.A., *The I.R.A. in the 70s*, wird berichtet, wie die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der I.R.A. bereits Anfang der 60er Jahre mit den Fehlern einer borniert nationalistischen und sektiererischen Politik konsequent abrechneten. Die Kritik bezog sich dabei nicht allein auf die Kampagne von 1956, sondern erstreckte sich auf die Rolle der Republikanischen Bewegung seit 1916. Die Analyse führte zu der Einsicht: „The Irish Republican Army had become remote from the people“². Hauptgründe: *Erstens*, „It had no clearcut ideology which could define to the people what the struggle was all about“; *zweitens*, „Free Statism had been left free of both military, political and economic assaults and was merely attacked for its failure to take the 6 counties and for its coercion of Republicans“³, das heißt:

1 T. A. Jackson, *Ireland Her Own*, London 1971, p. 426.

2 „The I.R.A. in the 70s“, Sozialistische Druckcooperative, Westberlin 1972, p. 11. Übersetzung erhältlich durch: The Official Irish Republican Army, Solidaritätskomitee, Weißkirchen/Ts.

3 Op. cit., p. 12.

der Kapitalismus der Republik Irland war *nicht* Gegenstand der Angriffsstrategie der I.R.A. geworden. Demgegenüber wurde die noch heute gültige revolutionäre Strategie entwickelt: „... to organize for a revolution in the whole country ... Our objective was to be the Re-Conquest of Ireland, not simply to place an Irish Government in political control of the geographical entity of Ireland but to place the mass of the people in actual control of the wealth and resources of the Irish Nation and to give them a cultural identity“⁴. Das Ziel der Offiziellen I.R.A. ist also: „... to establish the authority of the common people in a united socialist republic in which the brotherhood of man will make religious differences irrelevant“⁵. Das bedeutet: Nach 1962 konzentrierte sich die I.R.A. unter Führung von Cathal Goulding auf die Ausarbeitung einer sozialistischen Strategie, — die die nationale Befreiungsbewegung in Irland seit Connolly nicht mehr besessen hatte —, sowie auf die Umsetzung dieser Strategie im Rahmen einer gewerkschaftlichen Orientierung und einer breiten Bündnispolitik, zu der auch, als prominentes Beispiel, die aktive Unterstützung der bürgerlich inspirierten pazifistischen Bürgerrechtsbewegung in Nordirland gehört, sowie politische Agitation und Aufklärung der Massen.

Die demokratische, marxistische Neuorientierung der I.R.A. unter Goulding ist von dem Insight Team der *Sunday Times* — der man kaum I.R.A.-Sympathien, geschweige denn marxistische nachsagen dürfte — im Sinne der besten Traditionen der britischen liberalen Presse sehr fair eingeschätzt worden. Ein ausführliches Zitat scheint mir — als Argument zugunsten der Offiziellen I.R.A. — hier am Platze:

„When the turmoil was over, the IRA had a new leadership: Goulding had replaced Brady as Chief of Staff, Tomas Mac Giolla was the new president of Sinn Fein, and a Marxist computer scientist called Ray Johnston had become the movement's 'education officer cum political commissar', a Dublin accountant called it.

Goulding is a remarkable man. He comes from a traditional Republican family and has a violent history: he was involved in his first IRA arms raid, in Dublin, at fifteen; and he has served a total of fifteen years in jail. Yet in a movement that treats its history — even its mistakes — with archaeological reverence, Goulding began to guide the IRA towards a new approach, more rational than the crude and now discredited nationalism which had fuelled it for so long. The Goulding-Mac Giolla-Johnston strategy was Marxism, of a modish kind.

The analysis of Ulster which the new IRA began to produce was straightforward: the root of the problem was the colonial relationship of Ulster to Britain. The economic links between the

4 Op. cit., p. 13.

5 Op. cit., p. 21.

ruling Unionists and the imperial power were central. The religious issue was a device which — by dividing the Protestant working man from his natural ally, the Catholic worker — operated to the benefit of the ruling élite. The remedy was to bring this vision home to the Ulster masses by non-sectarian, non-violent means. What it boiled down to, as one historian of the movement points out, was that the ‚physical force‘ party inside the IRA had lost.

From 1964 onwards, the IRA hierarchy began in the North to concentrate upon political education, and in the south upon such headline-catching operations as a ‚fish-in‘, a ‚housing action campaign‘, trade-union activism, and even — a sentimental touch — a lobbying operation to preserve the Georgian architecture of Dublin.

What appalled Goulding, a sensitive man, was the damage which the fossilized nature of the movement was doing to the young men in it. ‚For them‘, he told us later, ‚the fight had become an end in itself. They were not planning to *achieve* the freedom of Ireland. They simply wanted to *fight* for it.‘ To assuage these and other dissidents, Goulding tried desperately to claim that this new IRA strategy was a legacy of James Connolly, the Socialist philosopher so badly wounded at the Dublin Post Office in the Easter 1916 uprising that the British firing squad had later to execute him tied to a chair⁶.“

Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß eine solche politische und ideologische Neuorientierung, die die I.R.A. letztlich an die Seite der SU-orientierten Kommunistischen Partei Irlands führte, nur unter großen Schwierigkeiten und gegen die stärksten Widerstände seitens der chauvinistischen Fraktion der I.R.A., der ‚Traditionalisten‘, durchgesetzt werden konnte. Und diese Fraktion war es, die, im Zuge der gegenwärtigen Unruhen, in Nordirland wieder die Macht ergriff und sich unter dem Namen „Provisional I.R.A.“ als von der Offiziellen I.R.A. unabhängige Bewegung konstituierte. Wie das Insight Team der *Sunday Times* ermittelt hat, wurde die Provisional I.R.A. — die zusammen mit der Ulster Volunteer Force und anderen protestanto-faschistischen Gruppen die Verantwortung für die Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung trägt — von einer Fraktion des südirischen Kapitals finanziell unterstützt, ja sie ist mit der halboffiziellen Unterstützung der südirischen klerikalreaktionären Regierungspartei Fianna Fail an die Macht gekommen. Auch hier lohnt es sich, einen Blick in die liberale Londoner Presse zu werfen:

„This time the message to the northern I.R.A. men from Dublin was unequivocal. *They were to set up a separate Belfast command and abandon political operations in the Republic.* In return

6 The Sunday Times Insight Team, Ulster, Penguin Books, Harmondsworth, 1972, pp. 23 f.

they would receive at least £ 200,000 for guns and ammunition. Ten businessmen were named as having pledged £ 20,000 apiece — if the conditions were met⁷.”

„The central thread through the events we have just described is that nobody has ever discovered whether the politicians involved were following ‚official‘ Dublin policy or not. There were, to start with, so many possible definitions of ‚official‘: approved by Lynch; approved by the Northern Sub-Committee; approved by majority of the Cabinet; approved by the apparatschiks of Fianna Fail; approved in nod-and-wink fashion by the senior civil servants who knew what was going on⁸.“

Die Unterstützung der Provisionals durch proirische Fraktionen des südirischen Kapitals und Fianna Fail — hinzu kommt noch die Unterstützung vom rechten Flügel der ‚Irish Community‘ in den USA, — ist Teil der Strategie ‚divide et impera‘, die in Irland nicht nur von England angewandt wird: der Versuch, die irische Arbeiterklasse endgültig und irreparabel zu spalten, jedem Ansatz einer marxistischen Politik in Irland den Boden zu entziehen. Dem entspricht auch das politische Programm der Provisorischen I.R.A.: ein sog. „christlicher Sozialismus“, der, wie einer ihrer Führer erklärt hat, „mit den sozialistischen und kommunistischen Ideen nichts gemein haben wird“⁹. Auf einer solchen Basis dann ließe sich ein Arrangement der herrschenden Klasse in Irland mit dem englischen Imperialismus — und damit auch mit dem nordirischen Kapitalinteresse — durchaus vorstellen, — verbunden mit einem Pogrom gegen die Offizielle I.R.A., der man überdies die Rolle des Sündenbocks zuspielden könnte. In diesem Sinn haben bereits Sprecher des Oberkommandos der britischen Armee erklärt, daß die Offizielle I.R.A. „eine viel größere Gefahr“ als die Provisorische darstelle, weil die Officials „ein konkretes Aktionsprogramm für eine Lösung der schon lange schwebenden Probleme Irlands“ besäßen¹⁰.

Die Motivation hinter der Strategie des massiven Terrorismus, den die Provisorische I.R.A. seit 1969 in zunehmendem Maße verfolgt hat, — und dieser Terrorismus schreckt auch vor brutalen Zerstörungsakten gegen zivile Ziele, ja vor Angriffen gegen die protestantische (und nicht *nur* die protestantische) Zivilbevölkerung nicht zurück —, ist also einmal: Fortsetzung der traditionellen nationalistisch-sektiererischen I.R.A.-Politik militärischer Aktionen, jetzt in der Form eines modernen Guerilla-Krieges, gegen die politische Herrschaft Englands in Irland. Hinzu kommt zweitens, als neues Moment, die Instrumentalisierung der Provisionals im Interesse bestimmter Kapitalfraktionen — und ihrer politischen Agenturen — mit dem Ziel der Neutralisierung, ja der endgültigen Vernich-

7 Op. cit., p. 186 (Hervorhebung von mir).

8 Op. cit., p. 187.

9 Siehe Juri Ustimenko, „Im Kampf geboren“, Neue Zeit, 3. Januar 1972, p. 13.

10 Op. cit., p. 13.

tung aller Versuche, die Einheit der irischen Arbeiterklasse herzustellen und Ansätze einer marxistischen Politik in Irland zu entwickeln. So gesehen, dürfte es kaum übertrieben sein zu sagen, daß die Provisorische I.R.A. das Instrument einer *imperialistischen* Politik ist, einer Politik also von Mächten, gegen die zu kämpfen sie selbst vorgibt — und gegen die zu kämpfen sie sich auch einbilden mag. Denn ob sie diese Rolle mit Bewußtsein ausführt oder, was wahrscheinlicher ist, in objektiver Funktion bewußtlos übernommen hat, ist, wie immer in solchen Fällen, von nur minimaler Bedeutung. Das gemeinsame Ziel aller imperialistischen Kräfte jedenfalls, die protestantische Arbeiterschaft völlig auf die Seite der offenen Reaktion hinüberzutreiben und die Spaltung der irischen Arbeiterklasse zu vollenden, hat sie — durch ihren in der Methode faschistischen Terror gegen protestantische Zivilisten — zum gegenwärtigen Zeitpunkt erreicht.

Dagegen setzt die Offizielle I.R.A. nach wie vor die langfristig allein Erfolg versprechende Politik eines demokratischen Bündnisses aller antiimperialistischen Kräfte in Irland, unter gleichzeitiger scharfer und unmißverständlicher Abgrenzung von allen sektiererisch-terroristischen Elementen. „This concept of a people's campaign for the Re-Conquest of their country“, heißt es in ihrem Manifest, „rather than an armed campaign against British Occupation Forces is the key to the fundamental difference between the I.R.A. and other elements“¹¹. „Nothing could be more contrary to the revolutionary strategy of the Republican Movement than the indiscriminate bombing and burning campaign of certain elements. It is completely sectarian in that all targets are Protestant owned and seems designed specifically to alienate the Protestant people from the struggle for justice of their Catholic fellow-citizens. It is anti-social in that a number of targets are co-operative shops or stores and is thus designed to alienate workers“¹². Zusammen mit der Abgrenzung gegen die terroristische Form des sektiererischen Nationalismus distanziert sich die sozialistische I.R.A. auch von seinen parlamentarischen Varianten. „It is apparent that even the most successful military struggle in the North in isolation cannot result in the establishment of an Independent Socialist Republic. The best that could be achieved is to put the North into the hands of Fianna Fail, either the Lynch brand or the Haughey brand“¹³. Dagegen gelte es, einen antikapitalistischen Volkskampf im Süden zu organisieren, um den Kampf im Norden zu ergänzen — „so that there can be a fusion of the people of both areas in opposition to the establishment of both areas“¹⁴. Denn: „The enemy is not just British Forces in the North. The enemy is the exploiter and oppressor of

11 „The I.R.A. in the 70s“, p. 23.

12 Op. cit., p. 25 f.

13 Op. cit., p. 27.

14 Op. cit., p. 27.

the Irish people. It is British Imperialism, Unionism and Free Statism¹⁵.“ Die Fragen der revolutionären Taktik sind für die marxistische I.R.A. vom Imperativ der festen Verwurzelung in den Volksmassen her zu lösen, an deren Interessen die revolutionäre Strategie anknüpfen muß. Allein wenn an die unmittelbaren ökonomischen Interessen der werktätigen Bevölkerung angeknüpft wird, ist deren politische Organisation voranzutreiben, kann der marxistische Republikanismus eine Massenbasis erhalten. Der Kampf muß geführt werden — „by the organized resistance of the people with the constant leadership and assistance of Republican Revolutionaries. Every agitational struggle must be carried through by the people concerned. The homeless must be organized to fight for houses, the unemployed for jobs, and the landless for land ... the I.R.A. must never act on their own initiative without the knowledge of the people involved. A Revolutionary must remain only sufficiently ahead of the people to give them leadership but never so far ahead as to become isolated from them¹⁶.“ Den militärischen Einsatz sieht die Offizielle I.R.A. nur als gerechtfertigt an als Defensiv- und Verteidigungsstrategie der werktätigen Bevölkerung, als Antwort auf imperialistische Provokation, und auch dann auf militärische Ziele beschränkt. (Nach den mir zugänglichen Berichten der englischen liberalen Presse haben sich die Officials auch in der Praxis an diese Grundsätze gehalten.) Keineswegs versteht sie sich mehr als katholische Guerilla-Armee, und immer muß die militärische Zielsetzung an die ökonomische und politische gebunden bleiben. „The task of the Irish Republican Army is to defend the common people against physical attack from the forces of the establishment and against economic exploitation by the forces of capitalism and British Imperialism in both the North and South of our country¹⁷.“

Nach dem Bericht des TASS-Korrespondenten in Dublin, Juri Ustimenko, ist das Aktionsprogramm der sozialistischen I.R.A. auch auf der Jahrestagung der Offiziellen Sinn Fein im Oktober 1971 in Dublin bestätigt worden (unter dem Namen Sinn Fein läuft die *politische* Organisation der radikalrepublikanischen Kräfte in Irland, die entsprechend den militärischen Organisationen ebenfalls in Officials und Provisionals gespalten ist). Ustimenko berichtet:

„Die Delegierten gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, gegen den englischen Imperialismus zu kämpfen, für den Sturz der reaktionären Regierungen im Norden und Süden des Landes und für die Gründung einer geeinten ‚demokratischen, sozialistischen Republik, in der die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Produktions-, und Verteidigungs- und die Austauschmittel überwachen werden‘. Auch haben sie zu einer Verstaatlichung

15 Op. cit., p. 26.

16 Op. cit., p. 27.

17 Op. cit., p. 24.

der Industrie und zum Übergang der großen Güter in gesellschaftlichen Besitz aufgerufen¹⁸.“

Für die konsequente marxistische Entwicklung der Offiziellen I.R.A. ist bezeichnend, daß ihre theoretischen Vorstellungen heute mit denen der Kommunistischen Partei Irlands in wesentlichen Punkten übereinstimmen. Auf dem XV. Parteitag der K.P.I., am 16./17. Oktober 1971 in Belfast, hat diese die Terrorakte „gegen Zivilisten in Betrieben, an Erholungsstätten und in anderen öffentlichen Anlagen und Gebäuden“ entschieden verurteilt:

„Continued repression by the British will fail, as in the past, to solve the 'Irish Question'. Likewise, blind acts of violence by 'elitist' anti-Unionist groups will not win national independence and unity for the Irish people. The state terror inaugurated by the British cannot be defeated by such acts of counter-violence directed at civilians in their places of work, their centres of social gatherings and in other public places. Such acts only help to grievously divide the working people, leading to a deepening of sectarianism, to the strengthening of that basis of division on which the British have been able to hold on to the country. Such acts must be unequivocally condemned as outrages on the people's cause¹⁹.“

Wie in der Resolution des Belfaster Parteitages ausgeführt wird, kann nach der Auffassung der K.P.I. der nationale Befreiungskampf in Irland nur auf der Basis einer demokratischen Volksfrontpolitik in beiden irischen Staaten erfolgreich geführt werden. Die Identität der gesellschaftlichen Struktur beider Teile Irlands — als Formen spätkapitalistischer Klassengesellschaft — wird klar ausgesprochen, der irische Befreiungskampf richtig in den Kontext des antiimperialistischen Kampfes in der ganzen Welt, in den Kontext der Auseinandersetzung zwischen sozialistischem und imperialistischem Weltsystem in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gestellt. In diesem Zusammenhang gesehen, wird eine Konzeption, die die Aktionseinheit der großen Masse der Bevölkerung im Rahmen einer antikapitalistischen demokratischen Bündnispolitik erstrebt — wenn auch sehr langfristig — auch in Irland erfolgreich sein können.

„The Communist Party, as a Marxist-Leninist party, is inspired with deep feelings of working class patriotism which aims to see a new Ireland in place of the two bankrupt states.

It is also inspired with keen feelings of internationalism, that sees our peoples' struggle as part of a powerful world-wide

18 Neue Zeit, p. 13.

19 Communist Party of Ireland, "A Democratic Solution", adopted 15th National Congress, Belfast Oct. 16th & 17th, 1971. Published by C.P.I., 323 Albertbridge Rd., Belfast BT 5 4 PY. P. 6. Dazu: Informations-Bulletin. Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien (Wien), Nr. 22, 1971.

movement consisting of the countries that have already established socialism, the peoples who are fighting for and those who have won, their national independence, and of the working class organisations in the capitalist countries.

The C.P.I. in its structure, scope and in its composition of vanguard elements drawn from the ranks of the working people, North and South, has proved that unity can be established on a class basis, and can be extended to embrace all of the working class and related strata of the Irish people²⁰."

Zumindest konzeptionell dürften heute die Differenzen zwischen Offizieller I.R.A. und K.P.I. gering sein. Beiden Organisationen gemeinsam ist die nach langen Kämpfen gewonnene Überzeugung, daß allein eine von der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gestützte Bündnispolitik unter der Führung der Organisationen der Arbeiterklasse die Übermacht der imperialistischen Kräfte in Irland schlagen kann. „Lebensnotwendig ist“, schreibt Michael O’Riordan, Generalsekretär der K.P.I., in seinem Bericht über den Belfast-Parteitag, „daß sich die Arbeiterbewegung an die Spitze des Kampfes für die nationale Befreiung stellt“²¹. Und nur wenn dieser Kampf, in der Tradition der Patrioten und Marxisten Connolly, Larkin und Ryan, zugleich als nationaler und internationaler Kampf geführt wird, wird er siegreich enden. „Die Delegierten des Parteitags“, berichtet O’Riordan weiter, „gelangten zu der einmütigen Meinung, ‚der Tag, an dem wir keine Internationalisten mehr wären, wäre ein wahrhaft trauriger Tag, denn wir würden dann keine Iren mehr sein‘“²².

20 Op. cit., p. 12

21 Michael O’Riordan, „Für die Einheit des Volkes, für nationale Befreiung und Sozialismus“, Probleme des Friedens und des Sozialismus, III, März 1972, p. 154.

22 Op. cit., p. 155.

Hilfearuf der Irischen Unabhängigkeitsbewegung

Für die westdeutschen Sozialisten und Demokraten war der bewaffnete Befreiungskampf des irischen Volkes im Süden und im Norden des Landes bislang mehr oder minder eine Angelegenheit der „Tagesschau“: ein peripheres Ereignis von minderer Bedeutung, das recht eigentlich dem weltweiten antiimperialistischen Kampf nicht zuzuordnen ist.

Damit ist der große Befreiungskampf der irischen Patrioten, ganz im Sinne der Struktur der bürgerlichen Presseinformation, als eine religiös-nationalistische Abenteuerlichkeit eingeschätzt worden. Bedrohliche Ereignisse der letzten Wochen lassen es jedoch unumgänglich notwendig erscheinen, den internationalistischen Charakter unserer Bewegung zu betonen, indem wir uns mit der *Bitte um Hilfe, Solidarität und publizistische Unterstützung* an sympatisierende Organisationen und Einzelpersonen wenden.

Vor wenigen Tagen hat die Regierung Lynch im Süden entschlossen angekündigt, ab sofort mit allen polizeistaatlichen Mitteln der Verfolgung und Zerschlagung gegen hauptsächlich den sozialistischen Flügel der I.R.A. „vorzugehen“. Gleichzeitig verstärken sich im Norden die Tendenzen zu einer entlarvenden Allianz von britischen Okkupationstruppen, faschistischen Protestanten und liberalen Katholiken.

Das gemeinsame Ziel dieses von den Briten angezettelten und mit Lynch verabredeten Komplotts ist die vollständige Zerschlagung der *Official Irish Republican Army*.

Wir können unseren westdeutschen Freunden und Genossen deshalb nicht eindringlich genug sagen, daß *jeden Tag* mit einem blutigen Massaker gegen die revolutionären Patrioten zu rechnen ist, deren noch mangelhafte Bewaffnung, materielle Ausrüstung und Massenverankerung viel zu schwach ist, um einem konzentrierten Angriff technisch überlegener Truppen auf Dauer standzuhalten.

Die konkrete Bitte um *sofortige Hilfe* bezieht sich auf ein „survival Programm“, eine Aktion der materiellen Unterstützung und Versorgung der notleidenden irischen Ghettobewohner, das uns, vergleichbar Programmen der nordamerikanischen Farbigenbewegung, *intensiver* in den Massen verankern soll.

Dazu benötigen wir auch die *finanzielle Unterstützung* von allen Seiten, da wir, im Gegensatz zum chauvinistischen I.R.A.-Flügel, nicht mit der Hilfe reicher Nationalisten rechnen können.

Wir bitten weiter dringend um eine umfassende publizistische Solidarität, wozu wir sowohl über die obige Adresse allen Interessierten unsere Materialien zur Verfügung stellen als auch darum bitten, daß sozialistische und demokratische Journalisten, Filme-

macher und Schriftsteller verstärkt die irischen Kampfgebiete aufsuchen. Dies ist sehr wichtig, weil in der bürgerlichen Presse das Gespenst einer einzig und allein bombenlegenden Terrorgruppe gezeichnet wurde, dem nun objektive Berichte über unsere Organisationsstruktur, unsere Schulungen, unsere Massenarbeit entgegenzustellen wären.

Wir versichern abschließend, daß jede Spende und Unterstützung ausschließlich dazu verwendet wird, die notleidende Bevölkerung materiell zu sichern, also z. B. Medikamente und Verbandszeug zu erwerben.

(Konto siehe unten: Kennwort I.R.A.)

Vor allem bitten wir die hilfswilligen Freunde und Genossen in allen Gebieten der BRD, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit regionale und städtische *Solidaritätskomitees* initiiert werden, um eine große und wirkungsvolle *Hilfsaktion für die Revolutionären Irischen Patrioten zu schaffen!*

The Official Irish Republican Army
Für das westdeutsche Komitee
Rory O'Saughnessy
Mai 1972

Postscheckkonto Ffm.
30 24 79
6373 Weißkirchen/Ts.
Postfach 35

Diskussion**Stellungnahme des Deutschen Romanisten-Verbands**

**zum Aufsatz von Michael Nerlich
„Romanistik und Anti-Kommunismus“**

Deutscher Romanisten-Verband
Der Vorsitzende
(Prof. Dr. J. v. Stackelberg)

Göttingen, den 28. 6. 1972

An den Herausgeber der Zeitschrift „Das Argument“

Sehr geehrter Herr Haug,

Kollegen meines Faches sind an mich herangetreten mit der Anregung, als derzeitiger Vorsitzender des Deutschen Romanistenverbandes zu dem Aufsatz von Michael Nerlich Stellung zu nehmen, der im Aprilheft Ihrer Zeitschrift unter dem Titel „Romanistik und Anti-Kommunismus“ erschienen ist. Ich greife diese Anregung auf, nicht um eine systematische Entgegnung zu verfassen, sondern lediglich um einzelne Punkte richtigzustellen und um mich gegen die Vorwürfe zur Wehr zu setzen, die gegen Ende dieses Aufsatzes der „bundesdeutschen Romanistik“ insgesamt gemacht werden.

Zur kritischen Aufarbeitung der politischen Vergangenheit unseres Faches möchte ich nur sagen, daß sie mir grundsätzlich begrüßenswert erscheint, eine gründlichere Information, als Herr Nerlich sie sich verschafft hat, jedoch wünschenswert wäre. Es gibt eine Reihe von Fakten, die auch in der Bundesrepublik lebende Romanisten als keineswegs „hilflose“ Antifaschisten ausweisen könnten. Im übrigen sind nun einmal die emigrierten deutschen Romanisten Leo Spitzer und Erich Auerbach — neben Curtius und, nach meinem Eindruck: weit über Curtius hinaus — die wirksamsten Lehrer der nachfolgenden Romanistengeneration gewesen, nicht weil sie Juden waren und emigriert sind, sondern weil sie mit ihren methodischen Ansätzen und ihrem wissenschaftlichen Werk den nachhaltigsten Eindruck hinterlassen haben. Es läßt sich nicht leugnen, daß die deutsche Romanistik ungleich weniger innerdeutschen Vorgängen verhaftet und verpflichtet ist als beispielsweise die Germanistik, deren Gegenstand nun einmal ein wie auch immer aufgefaßtes „Deutsche“ ist. Im

Grunde ist es ein Anachronismus, von „deutscher Romanistik“ zu reden. Insbesondere die wissenschaftlichen Impulse, die aus den romanischen Ländern selbst kommen, spielen in unserem Fach eine größere Rolle als die aus Deutschland stammenden. Daher ist es auch für jeden aufgeschlossenen Romanisten selbstverständlich, daß er marxistische Wissenschaftler von Rang ebenso ernst nimmt wie nicht-marxistische. Ich weise nur darauf hin, daß auf dem letzten Romanistentag in Freiburg Roger Fayolle und Jean Starobinski gesprochen haben, der erstere ist Marxist und dem letzteren kann man nicht nachsagen, daß er von marxistischer Literaturwissenschaft nichts verstünde. Beide wurden mit ausdrücklicher Billigung der Mitglieder unseres Fachverbandes eingeladen. Von den jüngeren deutschen Vortragenden war auch einer von dreien Marxist. Das Thema unseres nächsten Verbandstages lautet übrigens „Sprache und Gesellschaft — Literatur und Gesellschaft“. Ich kann mir nicht denken, daß dabei die Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus und den verschiedenen Versuchen einer marxistisch orientierten Literatursoziologie keine Rolle spielen wird. Richtig dürfte sein, daß die überwiegende Mehrzahl der „bundesdeutschen Romanisten“ Nicht-Marxisten sind („Romanisten“ im Sinne der Satzung unseres Fachverbandes sind natürlich nicht nur Lehrstuhlinhaber); daraus zu schließen, daß sie sich mit Marx und seiner Lehre nicht beschäftigt hätten und außerstande seien, Autoren wie Goldmann oder Sartre zu verstehen, geht nicht an. Das erinnert an die törichte Behauptung eines älteren Romanisten, man könne das Alexiuslied nicht verstehen, wenn man nicht katholisch sei. Ich muß somit die Beschuldigungen, die Michael Nerlich unter dem Titel „Bestandsaufnahme“ auf den Seiten 312 und 313 ausspricht, als ungerechtfertigt zurückweisen.

Zu einzelnen Personen: was Werner Krauss betrifft, so ist Nerlichs Behauptung, „er hätte in der Bundesrepublik keine Unterstützung zu erwarten“, aus der Luft gegriffen. Werner Krauss wurde und wird bei uns hoch geschätzt, viel gelesen, zitiert und diskutiert. Er publiziert ja auch in der Bundesrepublik. Auch die Behauptungen über die Nichtachtung Erich Köhlers sind ungerechtfertigt: ich erinnere nur daran, daß er mein Vorvorgänger im Vorsitz des Deutschen Romanistenverbandes war. Hans Robert Jauss schließlich wird, denke ich, zu der von Herrn Nerlich vorgebrachten Kritik bei Gelegenheit selbst Stellung nehmen. Es ist auch nicht richtig, daß Köhlers Buch „Esprit und arkadische Freiheit“ „in der bundesdeutschen Fachpresse nur einmal besprochen worden ist“ (300/301). Der Satz: „Leo Spitzer . . . kehrte nicht mehr nach Deutschland zurück, wo man im übrigen wohl auch nicht sonderlich interessiert an einer eventuellen Rückkehr war“ (296/7), bedarf insofern der Korrektur, als Spitzer bekanntlich im Sommersemester 1958 zu einer Gastprofessur nach Heidelberg eingeladen worden ist. Er hat damals auch an anderen Universitäten der Bundesrepublik Vorträge gehalten, und wir haben es nicht daran fehlen lassen, unser „Interesse“ an seiner „eventuellen Rückkehr“ zu bekunden.

Zum Entwurf einer „Rezeptionsästhetik“ und der damit verbundenen Kritik an Formalismus und Marxismus, wie sie Hans Robert Jauss vorgebracht hat, mag man stehen, wie man will: Jaussens Überlegungen sind jedenfalls das Ergebnis einer jahrelangen, sehr bewußten und sehr intensiven wissenschaftstheoretischen Reflexion, die nicht „naiv“ genannt werden kann (Nerlich, S. 309 in Anmerkung). Die Äußerung, „der Beitrag von Jauss“ sei „doppelt gefährlich“ (312), zählt — mitsamt der dazu gegebenen Begründung — zu denjenigen Äußerungen in diesem Aufsatz, die sich selbst richten . . .

Ich denke, meinem Schreiben ist zu entnehmen, daß darin keine Gegen-Polemik beabsichtigt ist. Es liegt mir ferne, den persönlichen Gründen nachzuspüren, die zu dem „Akt der Selbstbefreiung“, als welchen Herr Nerlich seinen Aufsatz kennzeichnet, geführt haben — es müssen wohl traumatische Erlebnisse gewesen sein. Ich habe mich bemüht, weder auf die Vehemenz noch auf die Undifferenziertheit der Aussagen in Nerlichs Aufsatz einzugehen, weil mir hier ein Psychiater zuständiger erschiene. Auch die Problematik des „hilflosen Antifaschismus“, auf deren Hintergrund die Attacken Nerlichs zu sehen sind und die zweifellos ernst zu nehmen ist, habe ich hier nicht berührt. (Der Curtius des „deutschen Geistes“ gehört in diesen Problemzusammenhang — der Zusammenhang zwischen seinem Mittelalterbuch und Adenauers Europapolitik dagegen müßte erst noch nachgewiesen werden.) Wenn ein „Akt der Selbstbefreiung“ jedoch in eine „Beschreibung eines Zustandes“ mündet und die letztere der Wahrheit so wenig entspricht, wie das hier der Fall ist, ist, so scheint mir, eine Richtigstellung erforderlich. Ich habe versucht, sie in einigen Punkten und mit der größtmöglichen Sachlichkeit vorzubringen und bitte Sie, diesen Brief in Ihrer Zeitschrift zu veröffentlichen.

Mit verbindlichen Empfehlungen
gez.: Jürgen v. Stackelberg

Michael Nerlich

Erwiderung

Technische Universität Berlin
 Institut für romanische
 Literaturen und Gesellschaften
 Prof. Dr. Nerlich

Berlin, den 6. 7. 1972

An den
 Vorsitzenden des Deutschen Romanisten-Verbandes
 Prof. Dr. J. von Stackelberg
 Göttingen
 Romanisches Seminar der Universität
 Nikolausbergerweg 23

Sehr geehrter Herr von Stackelberg,

obwohl ich in meinem Aufsatz „Romanistik und Anti-Kommunismus“ (Das Argument 72, 276—313) weder Sie noch den „Deutschen Romanisten-Verband“ erwähnt habe, fühlten Sie sich verpflichtet, die „Anregung“ einiger Kollegen „aufzugreifen“ und in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender unseres Fachverbandes zwar keine „systematische Entgegnung zu verfassen“, aber doch „einzelne Punkte richtigzustellen“. Wahrscheinlich haben Sie gute Gründe, anzunehmen, daß Ihr Brief die Meinung der Mitglieder unseres Fachverbandes adäquat widerspiegelt: da er als „offener Brief“ konzipiert ist und mich betrifft, gestatten Sie mir, daß ich öffentlich zu ihm Stellung nehme, wobei ich mir erlaube, den Fachverband zu meinen, wenn ich Sie anrede.

1. Eine „kritische Aufarbeitung der politischen Vergangenheit unseres Faches“ erscheint Ihnen „grundsätzlich begrüßenswert“. Sie finden jedoch, daß eine „gründlichere Information“ als die meine „wünschenswert wäre“. Darin bin ich mit Ihnen selbstverständlich einer Meinung und finde meinerseits „begrüßenswert“, daß es dem Vorsitzenden des Fachverbandes 1972, also 27 Jahre nach dem Ende des faschistischen Deutschlands, „grundsätzlich begrüßenswert“ erscheint, das zu tun, was Leo Spitzer (*Das Eigene und das Fremde*: 1945), Werner Krauss (*Literaturgeschichte als geschichtlicher Auftrag*: 1950) und Victor Klemperer (*Das neue Frankreich*: 1961/1962) z. T. bereits getan haben, ohne auch nur das allergeringste Echo in der BRD und in Westberlin zu finden (lassen Sie sich bitte von H. R. Jauß überzeugen: *Linguistische Berichte*, 1969, Heft 3, 52—53). Daß dies daran gelegen haben könnte, daß der eine — von den Nazis verfolgt — nach USA emigriert war, die beiden anderen — ebenfalls von den Nazis verfolgt — engagiert beim Aufbau des

neuen Deutschlands, der DDR, mithelfen, werden Sie — soviel habe ich nach der Lektüre Ihres Briefes begriffen (und hätte auch nichts anderes erwartet) — empört zurückweisen. Was aber hält Sie zurück, sehr geehrter Herr Kollege, die als „wünschenswert“ erkannte „gründlichere Information“ selbst vorzulegen? Es gibt noch viele anti-kommunistische, anti-demokratische und profaschistische Dokumente aus der Vergangenheit und Gegenwart der Reichs- und BRD-Romanistik, die einer Analyse harren: ich habe nur einen Anfang gemacht.

2. Aber vielleicht ist Ihre „nicht ... systematische Entgegnung“ bereits als Beitrag für eine „gründlichere Information“ zu verstehen: wenn ich richtig gezählt habe, geben Sie vor, dreimal konkret „einzelne Punkte richtigzustellen“: a) Leo Spitzer habe 1958 eine Gastdozentur in Heidelberg gehabt, woraus man entnehmen könne, daß man sehr wohl ein „Interesse“ „an seiner eventuellen Rückkehr“ gehabt habe. Ich will Ihnen das zugestehen, nicht aber die zweifache Manipulation meines Textes (Das Argument 72, 296—297), den Sie zuerst falsch zitieren, um dann in Ihrem Kommentar aus „einer Rückkehr“ „seine Rückkehr“ zu machen. Mein Text über Spitzer heißt korrekt: „zusammen mit fast allen anderen Emigranten und Verjagten kehrte er nicht mehr nach Deutschland zurück, wo man im übrigen wohl auch nicht sonderlich interessiert an einer eventuellen Rückkehr war“. Wahrscheinlich waren sie auch alle „zusammen“ mit Spitzer in Heidelberg. b) Erich Köhler sei sogar Ihr „Vorvorgänger im Vorsitz des Deutschen Romanistenverbandes“ gewesen. Daraus wiederum könne man entnehmen, daß er keineswegs auf „Nichtachtung“ gestoßen sei. Allerdings hatte ich nicht von „Nichtachtung“, sondern von (Das Argument 72, 299) „Nichtbeachtung“ gesprochen: nämlich seiner wissenschaftlichen Arbeiten, die im Ausland auf relativ großes, in der BRD, wo selbst der angepaßte „Materialismus“ Köhlers noch die von mir beschriebene anti-marxistische Reaktion hervorrief, auf geringes Interesse stießen. Ich nehme allerdings zur Kenntnis, daß Sie sich unter wissenschaftlicher Nichtbeachtung anscheinend nur vorenthaltene Ämter und Beförderungen vorstellen können. c) Es sei „nicht richtig“, schreiben Sie, „daß Köhlers Buch ‚Esprit und arkadische Freiheit‘ in der bundesdeutschen Fachpresse nur einmal besprochen worden ist“. Nach Auskunft der maßgeblichen Bibliographie von Klapp bis einschließlich zum gerade erschienenen Band 1971 ist das 1966 veröffentlichte Buch von Köhler aber nur einmal von einem BRD-Romanisten in einem BRD-Fachorgan besprochen worden.

3. Im Umgang mit meinem Text sind Sie, sehr geehrter Herr Kollege, allgemein recht großzügig: ich habe nicht „Jaussens Überlegungen“ „zum Entwurf einer ‚Rezeptionsästhetik‘...“ „naiv“ genannt, wie Sie zu unterstellen belieben, sondern seine eigenen Bemerkungen über die „Naivität“ der Marxisten (Das Argument 72, 309, Fußnote 130). Im übrigen freue ich mich, daß Jauß, der die Verteidigung durch Sie wirklich nicht verdient hat, selbst Stellung nehmen will, da daraus eine qualifizierte Diskussion auch über den Rah-

men des ursprünglichen Themas hinaus entstehen könnte, denn seine Schrift ist nicht „doppelt gefährlich“, weil sie „naiv“ ist (wie Sie vermuten), sondern weil sie (Das Argument 72, 312) „neben Unseriösem über den Marxismus auch manches Wichtige und Bedenkenswerte enthält“.

4. Auch wenn Sie noch so suggestiv behaupten, es ließe sich nicht „leugnen“, „daß die deutsche Romanistik ungleich weniger innerdeutschen Vorgängen verhaftet und verpflichtet ist als beispielsweise die Germanistik“, so erlaube ich mir dennoch, dies ganz dezidiert zu „leugnen“: ich habe in meinem Aufsatz, wie mir scheint, den Beweis erbracht, daß die Reichs- und BRD-Romanistik sehr wohl „innerdeutschen Vorgängen“, und zwar mehrheitlich durchaus nicht den besten, „verhaftet und verpflichtet“ gewesen ist. Im übrigen stimme ich aber Ihrer Auffassung zu, daß es ein Anachronismus ist, „von ‚deutscher Romanistik‘ zu reden“. Da ich dies im Gegensatz zu Ihnen nicht tue, sondern von Reichs-, BRD- und DDR-Romanistik spreche, verstehe ich Ihre Bemerkung als Selbstkritik des „Deutschen Romanisten-Verbandes“. Deswegen stelle ich hier den ersten öffentlichen Antrag an den „Deutschen Romanisten-Verband“:

Der „Deutsche Romanisten-Verband“ möge sich auf seiner nächsten Tagung einen neuen Namen geben.

5. Auch in einem anderen Punkt scheinen Sie mich mißverstanden zu haben, sehr geehrter Herr Kollege: ich habe nicht den „hilflosen Anti-Faschismus“ der Reichs- und BRD-Romanistik analysiert, sondern — ich dachte eigentlich, der Titel brächte es bereits zum Ausdruck — den gemeinen Anti-Kommunismus! Die Reichs- und BRD-Romanistik, so ungefähr sagte ich, sei mit wenigen Ausnahmen anti-kommunistisch. Sie haben sich als Vorsitzender des Fachverbandes verpflichtet gefühlt, dazu Stellung zu nehmen. Aber was haben Sie eigentlich „richtiggestellt“? Stimmen die anti-marxistischen, anti-kommunistischen, ja sogar: anti-demokratischen Äußerungen der reichs- und bundesdeutschen Kollegen, die ich zu zitieren mir erlaubte, nicht? Habe ich sie etwa erfunden? Schreiben Sie, es stimme nicht, daß die Reichs- und BRD-Romanistik anti-kommunistisch war und ist? Nein, Sie schreiben das nicht! Wozu aber schreiben Sie dann? Alles, was Sie meiner Feststellung, die Reichs- und BRD-Romanistik sei grundsätzlich anti-kommunistisch, entgegenhalten, ist die Mitteilung, daß bei der letzten Tagung des Fachverbandes ein leibhaftiger französischer Marxist, ein anderer Franzose, dem man nicht „nachsagen“ könne (was auch niemand tat), er verstünde vom Marxismus nichts, und dann sogar ein „jüngerer deutscher Vortragender“, der ebenfalls Marxist sei, Vorträge gehalten haben. Wozu schreiben Sie dies? Wozu weisen Sie darauf hin, daß nicht nur Ordinarien dem Fachverband (den ich nicht erwähnte) angehören? Wollen Sie die anti-kommunistische Vergangenheit und Gegenwart der Reichs- und BRD-Romanistik hinter einem französischen Marxisten, einem „jüngeren deutschen Vortragenden“ und der dunkel angedeuteten Existenz marxistischer Assistenten oder gar Studenten

(die dafür dann wohl gut genug wären!) verstecken oder mit ihnen exkulpieren? Wenn nicht, wozu schreiben Sie es? „Richtig dürfte sein“, so bemerken Sie, „daß die überwiegende Mehrzahl der ‚bundesdeutschen Romanisten‘ Nicht-Marxisten sind...“ Natürlich: es ist richtig. Aber das ist doch ihr gutes Recht, das ihnen von mir nicht streitig gemacht wurde: nicht, daß sie Nicht-Marxisten sind, warf ich den bundesdeutschen Romanisten vor, sondern daß sie in ihrer „überwiegenden Mehrzahl“ Anti-Marxisten und Anti-Kommunisten sind, habe ich eine Schande genannt.

Meine Behauptung, der Kommunist Werner Krauss hätte — wäre er in der BRD geblieben, statt in die DDR zu gehen — angesichts der anti-kommunistischen Hetze in der BRD und des Anti-Kommunismus der BRD-Romanistik (Das Argument 72, 298) „wahrscheinlich nicht viel Unterstützung“ „von den Fachkollegen“ zu erwarten, ist nach Ihrer Meinung „aus der Luft gegriffen“. Wahrscheinlich aber doch nicht so sehr, verehrter Herr Kollege, als daß Sie einmal mehr meinen Text nicht bis zur Unkenntlichkeit verändern mußten, um ihm Ihren Kommentar anhängen zu können. Aber da Sie die Wahrscheinlichkeit einer vermutlich nur sehr lauen Solidarisierung der BRD-Romanisten mit einem marxistischen bzw. kommunistischen BRD-Romanisten so entrüstet zurückweisen, sollten wir doch gleich die Probe auf's Exempel machen, damit Sie sich nicht länger hinter einem französischen Marxisten, einem marxistischen Assistenten und dem BRD-Buchhandel zu verstecken brauchen. Ich stelle hiermit meinen zweiten öffentlichen *Antrag an den „Deutschen Romanisten-Verband“*:

Er möge auf seiner nächsten Tagung den Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28. 1. 1972 auf das schärfste verurteilen und seine unverzügliche Aufhebung verlangen. Er möge ferner erklären, daß er für selbstverständlich hält, daß Kommunisten an Schulen und Universitäten lehren und forschen dürfen und daß er Repressionen gegenüber Kommunisten und Demokraten im öffentlichen Dienst weder für wissenschaftlich noch für rechtlich oder moralisch verantwortbar hält.

Unsere französischen Kollegen, die oft nicht nur Marxisten, sondern auch Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs, der größten Partei Frankreichs sind, werden — dessen dürfen Sie völlig gewiß sein, sehr geehrter Herr Kollege — diesen Antrag nicht nur aus Solidarität mit ihren Bruderparteien DKP und SEW, sondern auch als Ausdruck der längst fälligen Distanzierung vom faschistischen Erbe begrüßen und seinem Ergebnis mit großer Spannung entgensehen.

6. Sie werden mir verzeihen, sehr geehrter Herr von Stackelberg, daß ich auf das Ende Ihres Briefes nicht eingehe, da ich es vorziehe, Auseinandersetzungen mit Gedanken, nicht aber mit Schlägen unter die Gürtellinie zu führen: ich überlasse Ihnen gern dieses Terrain. Nur eins möchte ich noch richtigstellen: weil die jüdischen Wissen-

schaftler Juden waren, verehrter Herr Kollege, sind sie nicht nur nicht zu „wirksamsten Lehrern“ geworden, sondern sie wurden aus ihren Ämtern vertrieben, in die Emigration gejagt oder (zusammen mit Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten) in KZs erschlagen oder vergast. Diese Tatsachen gehören zu meinen „traumatischen Erlebnissen“, die ich hiermit zugebe, denen Sie sogar „nachspüren“ dürfen, und die Ihnen, verehrter Herr Kollege, so exotisch vorkommen, daß Sie glauben, nur ein Psychiater könne sie verstehen. Ich halte Ihre Art von „größtmöglicher Sachlichkeit“ für vernichtender für die BRD-Romanistik, für die Sie vorgeblich sprechen, für den „Deutschen Romanisten-Verband“ und damit auch für Sie selbst, als alles, was ein bitterböser Kritiker hätte formulieren können.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

Ihr

gez.: M. Nerlich

Besprechungen

Philosophie

Schmidt, Friedrich W.: *Zum Begriff der Negativität bei Schelling und Hegel.* J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1971 (139 S., br., 22,— DM).

Schmidt folgt mit seiner Arbeit dem Habermasschen Versuch, die Philosophie Schellings auf der Grundlage des — insbesondere in ihren späteren Stadien — für sie zentralen „Begriff(s) von Materie“ (101) zu thematisieren und unter diesem Aspekt als eine der Tendenz nach materialistische „Revision des Idealismus“ (72) zu rehabilitieren. Den Nachweis des wie immer latenten Materialismus Schellings soll eine Konfrontation seiner Philosophie mit dem Idealismus Hegels erbringen. Den archimedischen Punkt jener Konfrontation gewährt Schmidt in dem beiden Philosophien gemeinsamen Begriff der Negativität, dessen jeweilige systematische Verwendung den „Nerv der Auseinandersetzung“ (18) zwischen beiden insofern bildet, als in der für beide Systeme entscheidenden Funktion eines spekulativen Prinzips objektiver Selbstbewegung dieser Begriff ebenso sehr für Hegel die Bedeutung einer universalen Vermittlungskategorie im Sinne der Selbstnegation „positiv gewordener Objektivität“ (VIII) gewinnt, wie er sich umgekehrt bei Schelling zum materialen Bestimmungsgrund einer Dialektik stornierenden Widerstandskraft der als irreduzible Naturmacht begriffenen Objektivität kontrahiert und verfestigt. Der gleiche Sachverhalt einer in der Realität als deren historisches Ferment wirksam vorgestellten subjekthaften Eigen-dynamik, der Hegel veranlaßt, den vom Subjekt etwa in abstracto gegen die Realitätsschranke angestregten Vermittlungsprozeß als einen der Realität selbst wesentlich immanenten, „objektiv notwendigen“ „Vorgang . . . zu denken“ (IX), scheint demnach Schelling im Gegenteil zu einer „Kritik jeder Verabsolutierung von Vermittlung“ (18) und in der Tat dazu zu motivieren, die Theorie eines durch Reflexion ebenso unüberholbaren wie nur empirisch zu verifizierenden Realprozesses de profundis einer „in relativer Unmittelbarkeit als Natur-Subjekt und materiales Substrat“ (105) gefaßten, irrational spontanen Positivität des Seins zu entwickeln.

Mit einiger Ausführlichkeit schildert Schmidt den Werdegang Schellings von einem an Fichte anknüpfenden transzendentallogischen Konstrukteur und Theoretiker einer als deduktive Entfaltung begriffenen Geschichte der geistigen Natur zu einem gegen Hegel polemisierenden empirischen Rekonstrukteur und Genetiker einer

als Sublimierungsprozeß realisierten Naturgeschichte des Geistes. Zweck dieser Darstellung ist es, am Modell des von Kant inaugurierten und von Fichte auf die Spitze getriebenen, idealistischen Grundwiderspruchs von universaler Vernunft und partikularer Freiheit die Bewegung nachzuzeichnen, die Schelling dazu führt, mit jenem Dilemma nun nicht etwa den Hegelschen kurzen Prozeß seiner Auflösung in einer zuletzt zur Sache der reinen Logik erklärten historischen Dialektik des dem Besonderen heimleuchtenden Allgemeinen zu machen, sondern an ihm im Gegenteil sich das Beispiel einer durchaus der Logik der unreinen Sache gehorchenden und „von objektiver Notwendigkeit bestimmten Geschichte“ (64) des kraft eines ihm immanenten, opak materialen Individuationsprinzips als „Positivität des Eigenwillens“ (55) sich gegenüber dem Allgemeinen in tendenziell unüberbrückbarer Fremdheit behauptenden Besonderen zu nehmen. Von Anfang an habe Hegel keine Bedenken getragen, „die Differenz zwischen dem als vom Denken unbedingt gedachten Sein und dem vom Denken unabhängig seienden Sein . . . ,ohne Aufhebens‘ allgemein (aufzuheben)“ (4), um an diesem allgemein aufgehobenen Sein dann das Exempel seiner — nach Maßgabe der ihm eigenen unmittelbaren Abstraktheit — systematisch unaufhaltsamen Vermittlung im Geiste statuieren zu können. Demgegenüber habe Schelling, meint Schmidt, mit jener Differenz als einer spezifischen und quasi ontologischen hinreichend Ernst gemacht, um im Gewahrsam einer „Theorie der Geschichte . . . , die . . . die Versöhnung des Negativen nicht mit der Stringenz einer metaphysischen Logik verwechselt“ (74), einer höchstens als „Tendenz“ (104) bestimmbar und streng nur „empirisch“ (ebd.) aufweisbaren realprozessualen „*Erlösung einer auf Individuation dringenden Materie*“ (64) das Wort reden zu können. Wo Hegel, einem unkritischen Begriff von Totalität zufolge, „über die Opfer, die die Materie ihrer eigenen Verklärung bringen muß, hinweggegangen“ (64) sei, habe Schelling im „objektive(n) Anspruch auf Autonomie des Einzelnen“ (102) und um der auf bloße Abstraktheit nicht zu reduzierenden „realen Selbstheit“ (ebd.) des Besonderen willen die Kritik eben jenes Totalitätsbegriffs und seine Ersetzung durch ein Konzept der naturprozessual genetischen „Emanzipation des Subjekts“ (104) sich angelegen sein lassen. Um diese, Schelling zum Empiristen und Materialisten von Geblüt stilisierende Interpretation aufrechterhalten zu können, muß allerdings Schmidt einigermaßen rüde den in einer veritablen Offenbarungslehre gipfelnden theologischen Rahmen sprengen, in den der späte Schelling seine als Positive Philosophie deklarierte Wissenschaft von der Materie des Geistes unübersehbar einspannt und durch dessen transzendente Reglementierungsfunktion er sich des Wohlverhaltens des zur Materie ausgelassenen Geistes schließlich wieder versichert. Schmidt tut dies, indem er jene theologische Rückversicherungsaktion Schelling als eine zum idealistischen Fehltritt gereichende Korruptionerscheinung ankreidet, die es erforderlich mache, „die kritischen Gehalte seiner Philosophie vor ihm selbst zu retten“ (103).

Aber nicht die dem Theologen zuteil werdende Nachsicht, die allerdings in symptomatischem Gegensatz zu der Unerbittlichkeit steht, mit der der Idealist Hegel beim Wort genommen wird, soll Schmidt primär zum Vorwurf gemacht werden. Was vielmehr vor allem zu kritisieren not tut, ist die an Verblendung grenzende und für den Vergleich insgesamt konstitutive Gleichgültigkeit des Verfassers gegenüber der faktischen Divergenz der von den beiden Philosophien jeweils in Anspruch genommenen Realerfahrungen und der aus diesen Erfahrungen unter dem formal identischen Ansatzpunkt einer Dialektik von Allgemeinem und Besonderem jeweils resultierenden Reflexions- und Interpretationsmodelle. Immerhin kann das durch ebenso scheinbare Unmittelbarkeit wie tatsächliche Abstraktheit markierte Besondere der Hegelschen Theorie als Prinzip aller Negativität und Reflexionspunkt eines als Selbstnegation sich exekutierenden allgemeinen Prozesses sein wie immer spekulativ verdünntes und entstelltes materiales Korrelat in den durch Privation und Entfremdung herrschenden Zwangsbedingungen gesellschaftlich relevanter Tausch- und Produktionsverhältnisse reklamieren. Und immerhin verdankt sich demgegenüber das mit der Positivität eines eigenwilligen und selbstaffirmativen Individuationspotentials gegen das Hegelsche Abstraktum geltend gemachte Besondere des romantischen Naturphilosophen und Ästhetikers Schelling der resignativen Abstraktion von der gesellschaftstheoretisch relevanten Wirkungssphäre des Hegelschen Abstraktums und einer planen Regression statt dessen auf die gesellschaftspolitisch sicher nicht irrelevante, jedenfalls aber in ihrer separaten Konkretheit ohnmächtige Kultivierung individueller Selbstverwirklichung und privater Erfüllung. Mag deshalb auch die von Hegel an der Kategorie des Besonderen zum „System des ‚existierenden Begriffs‘“ entfaltete „Selbstnegation des spekulativen Begriffs“ als „Modell für reale Vorgänge in Geschichte und Gesellschaft“ eine der Reduktion des Individuellen auf den Charakter gesellschaftlicher Partikularität entspringende und der Gefahr eines unkritischen Objektivismus ausgesetzte „Unterstellung“ (105) sein; — der von Schelling in geschichtsphilosophisch striktem Gegensatz dazu unterstellten und durch die Reduktion des Besonderen aufs Individuelle erschlichenen Positivität und Ursprungsmächtigkeit einer als Widerstandspotential naturhaft materialen Subjektivität hat der Hegelsche Begriff allemal den Sinn und das Interesse für die Möglichkeit historischer Praxis voraus.

Eben diese Möglichkeit historischer Praxis dankt Schmidt de facto ab, indem er, unter Berufung auf die mittlerweile fatal geläufige Erfahrung einer unheiligen Allianz von Hegelscher Negativität und gesellschaftlich immer gleich falschem Fortschritt, gegen den in eins als „abstrakte(s) Denken des Verstandes“ (IX) und als Manier der Wirklichkeit diagnostizierten Idealismus Hegels den nicht zwar alleinseligmachenden, dafür aber einzig kritischen, weil jenseits aller gesellschaftlich herrschenden Abstraktion aufs Recht des naturwüchsig konkreten Individuums sich versteifenden ‚Materialismus‘ Schellings ins Feld führt. Daß unter solchen Auspizien auch der

historische Materialismus Federn lassen muß, versteht sich dabei von selbst und wird aus Schmidts abschließender Beschäftigung mit der Schelling-Rezeption marxistischer Theoretiker einerseits und andererseits der Vertreter der Kritischen Theorie hinreichend deutlich. Weil nämlich an sich der rechte „Weg vom Idealismus zum historischen Materialismus ... über Schelling und Feuerbach zu Marx (geht)“ (X), kann Schmidt mit einem Marx, der dessenungeachtet dem ebenso „fruchtbare(n) wie verhängnisvolle(n) Umweg“ (ebd.) über die von Schelling als „Episode“ apostrophierte Hegelsche Philosophie offenbar den Vorzug vor einem ‚direkten‘ Rekurs auf die Schellingsche Psychologie der Materie gibt, schwerlich sich anfreunden. In dem Maß, in dem Marx daran festhält, die Herstellung eines im einzelnen wahren Allgemeinen an eine analytisch prognostizierbare Selbstnegation des im allgemeinen falschen Besonderen als an ihre objektive Bedingung der Möglichkeit zu knüpfen, stellt ihn Schmidt unter den Verdacht eines vom System überlisteten, weil in „immanenter Kritik“ (115) sich erschöpfenden, verkappten Hegelianismus, den zu korrigieren und auszukurrieren Schmidt schließlich kein probateres Mittel weiß als den zur politischen Reaktion verschlagenen ästhetischen Quietismus eines zum negativen Dialektiker und trübsinnigen Schutzheiligen all der Besonderheit, „der im Leben ihr göttlich Recht nicht ward“ (Hölderlin), umstilisierten Schelling.

Ulrich Enderwitz (Berlin)

Becker, Werner: Idealistische und materialistische Dialektik. Das Verhältnis von „Herrschaft und Knechtschaft“ bei Hegel und Marx. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1970 (142 S., br., 24,— DM).

Becker macht sich zur Aufgabe, das Postulat der Praxis, von Marx erhoben und von der Neuen Linken erneut gefordert, auf seinen philosophischen Unterbau hin zu untersuchen. Folgende Fragen stehen dahinter: Ist diese Weltveränderung nicht schon vor Marx als Aufgabe der Philosophie gefordert worden? Inwieweit ist Marx' Verständnis der Dialektik auf Hegels System angewiesen, kann er darum den idealistischen Rahmen der Dialektik wirklich durchbrechen?

Eine Darstellung der Entwicklung der Dialektik von Platon über Descartes, Kant und Fichte bis zu Hegel soll philosophiegeschichtlich die Problematik von Ideologie und Wirklichkeit in ihren Beziehungen verstehen lehren. In der Dialektik von Herr und Knecht bei Hegel spitzt sich nach Becker dessen idealistisches Gebäude zu. „Zwar konstruiert er die Dialektik von ‚Herr‘ und ‚Knecht‘ wesentlich auch vermittelt der Einsicht, wonach empirische Faktizität (‚Andersheit‘, ‚Dingheit‘ etc.) mit ‚reiner Identität‘ nicht zusammengebracht werden kann (cf. seine Theorie der ‚knechtischen Arbeit‘). Warum kommt Hegel aber nicht zur Erkenntnis, daß damit sich die Möglichkeit einer Realisierung des idealistischen Grundverhältnisses von Identität und

Gegensatz generell als nichtig herausstellt?“ (78) Der Grund dafür liegt in der Annahme der Identität von Wahrheit und Gewißheit, die Hegel von Fichte und Schelling übernahm. Folge davon war nach Becker, daß Hegel die Aufhebung der Differenz von Wahrheit und Falschheit zur grundlegenden Bedingung machte, Theorie und Faktizität in ihrem Dimensionsunterschied nicht mehr anerkennen konnte.

Die Linkshegelianer, die in ihrer Religionskritik die Religion als Weise des Selbstbewußtsein angreifen, konnten mit ihrer „bestimmten Negation“ allerdings nicht das Hegelsche Schema durchbrechen. Die Feuerbachsche Anthropologisierung dagegen sei einen Schritt weitergekommen, da sie das „Absolute“ als Projektion des Menschen deute. Marx' Begriff der gesellschaftlich-historischen Praxis scheint einen Durchbruch anzudeuten, wobei Becker annimmt, daß dieses Marxsche Axiom sehr stark von einer „durchgeführten Geschichtsphilosophie abhängig ist“ (98). Besteht also im kommunistischen Zustand eine ‚Entsprechung‘ oder eine ‚Identität‘ von ‚Bewußtsein und Wirklichkeit‘ (Karl Korsch)? Marx verfällt nach Becker in dieser Problematik derselben Doppeldeutigkeit der Vorstellung des Maßstabes wie Hegel, „er muß bestimmt werden, damit er Maßstab der Beurteilung des Fortschritts bzw. Zurückgebliebenseins gesellschaftlich-ökonomischer Verhältnisse und damit auch Maßstab der Beurteilung von Theorien als Ideologien sein kann; er kann nicht verständlich bestimmt werden, weil die Kategorien, die zu seiner Beurteilung herangezogen werden, durch keine adäquate Interpretation erfüllbar sind — und zwar aus dem einfachen Grund nicht, weil weder die absolute Identität bei Hegel noch ihre Marxsche Übergangsfunktion mit einem bestimmten Begriff oder gar einem historischen Zustand zur Deckung gebracht werden können“ (99). Somit kann Becker annehmen, daß Marx' materialistische Umstülpung der Hegelschen Dialektik am Ende sich nur noch vom Popanz eines „absoluten Geistes“ absetze. Dies führe in Marx' Vorstellung der Utopie und des Kommunismus ihn nicht aus dem Rahmen des Denkens heraus. „Man behauptet nicht zuviel, wenn man feststellt, daß diese Unmöglichkeit einer historischen Konkretisierung des dialektisch-materialistischen Utopie-Begriffs eine strukturelle Affinität der Marxschen Theorie zu anarchistischen Vorstellungen begründet“ (110).

Am Grundmodell historischer Dialektik, der kapitalistischen Akkumulation, speziell am Arbeitswertgesetz sei das Problematische der Marxschen Theorie klarzumachen, denn dieses sei ja kein empirisch legitimierbares Gesetz, sondern ein ethisch-sozialpolitisch zu rechtfertigendes Postulat, das Marx von Smith und Ricardo übernahm. Über Marx wird damit folgendes Urteil gefällt: „Dieser ‚historische Idealismus‘ ist durch den Versuch bestimmt, die idealistische Dialektik Hegels auf die geschichtliche Wirklichkeit zu übertragen. Die materialistischen Dialektiker mögen noch so sehr das Gegenteil beteuern — wofür sie im übrigen seit Marx den Beweis schuldig geblieben sind —: Marxens materialistische Dialektik besteht in nichts anderem als in einer solchen — durchaus formellen —

Übertragung der zentralen Strukturelemente von Hegels idealistischer Dialektik auf Geschichte und Gesellschaft“ (134).

Für Becker wohnt damit sowohl der Hegelschen als auch der Marxschen Dialektik ein zu hoher Anspruch inne, denn bei beiden handle es sich um „Realisierungsversuche der Idee vom Philosophisch-Werden der Wirklichkeit“ (140). „Für die Philosophie bewirkt jene Idee selten mehr als ihren theoretisch mehr oder minder geschickt rationalisierten Übergang in Weltanschauung; für die Politik bzw. die politische Theorie kaum mehr als eine im Gewand ökonomischer Analysen auftretende politisierende Romantik“ (140).

Ekkehard Kurth (Bonn)

Barion, Jakob: Hegel und die marxistische Staatslehre. Bouvier Verlag, 2. erw. u. verb. Aufl., Bonn 1970 (252 S., kart., 33,— DM).

Welche Absicht Barion verfolgt, erklärt er dem Leser am Ende seines Buches: er wolle Hegelsche und marxistische Staatstheorie mit philosophischen Mitteln „radikal ergründen, ... durch die Kritik herrschender Theorien und der Grundlagen gesellschaftlich-politischer Wirklichkeit das Fragwürdige in ihnen erkennen, es wankend machen und so den Schein der Sicherheit zerstören“ (174). Das ist ein gewiß löbliches Vorhaben, nur bleibt fraglich, ob man mit den traditionellen Mitteln bürgerlichen Philosophierens dem materialistischen Kern des Themas, dem Verhältnis von bürgerlicher Ökonomie und Staat, gerecht zu werden vermag. Bei Barion rächt sich, was Marx seinerzeit der Philosophie vorgeworfen hatte: daß sie kontemplative Schau, „reines Denken“ sei, das sich seine Gegenstände vom Standpunkt des „Geistes“ idealistisch unterwerfe, ohne die materiellen Bedingungen zu erkennen, in die sowohl die Gegenstände philosophischer Reflexion als auch Reflexion selber eingespannt sind. Bürgerliche Philosophie vergißt, daß die Dinge und Gedanken von Anfang an „den Fluch an sich“ haben, „mit der Materie ‚behaftet‘ zu sein“ (Marx).

Barion diskutiert zunächst, und zwar in chronologischer Reihenfolge, Hegels Untersuchungen zum Staat, wobei im wesentlichen Bekanntes vorgetragen wird. Die quantitativ größte Aufmerksamkeit widmet der Autor der „Enzyklopädie“ und der „Rechtsphilosophie“, da in diesen Schriften Hegels Gedanken zum Staat in umfassender und ausgereifter Form vorliegen. Barion arbeitet besonders Hegels Vorstellung vom Staat als dem „an- und für sich Allgemeine(n)“, dem „Vernünftige(n) des Willens“ (Hegel) heraus und erörtert in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Besonderem und Allgemeinem, von Familie, bürgerlicher Gesellschaft und Staat. Freilich hätte man sich gerade hier gewünscht, wenn Barion Hegels Staats- und Gesellschaftstheorie kritisch analysiert hätte, anstatt es beim bloßen Referieren zu belassen. Zumal an einigen Stellen der „Rechtsphilosophie“ finden sich Ansätze, die die idealistische Hermetik des Hegelschen Systems tendenziell zu sprengen und materialistische Einsichten in den

historischen Charakter von bürgerlicher Gesellschaft und bürgerlichem Staat zu provozieren vermögen. Aber da Barion konsequent im Umkreis kontemplativen Philosophierens verbleibt, sind ihm derlei Einsichten versperrt.

Mit Verve bekämpft der Verfasser philosophische Richtungen, die Hegel als „apologiste de l'Etat prussien“ (E. Weil), als ideologischen Vorläufer des autoritären Staates, gar des Faschismus verstanden wissen wollen (Cornu, Popper, Topitsch etwa). Barions Kritik an solchen z. T. vulgären Hegel-Deutungen erscheint dem Rezensenten zwar berechtigt und schlüssig; er wird aber den Verdacht nicht ganz los, daß Barions Attacken z. B. gegen Popper eher aus einem für die deutsche Schulphilosophie notorischen antirationalistischen und anti-positivistischen Affekt zu erklären sind. Im Dunstkreis speziell deutscher Philosophietradition muß Hegel der reine und unbefleckte Denker bleiben, als den ihn eine unpolitische Wissenschaft gern sehen möchte.

Im zweiten Teil seiner Arbeit beschäftigt sich Barion mit dem Verhältnis von Hegel und Marx resp. mit der marxistischen Staatstheorie (Marx, Engels, Lenin, Stalin), wobei insbesondere der junge Marx ausführlichst gewürdigt wird („Kritik des Hegelschen Staatsrechts“, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, „Debatten über das Holzdiebstahlggesetz“). Zwar werden auch spätere Arbeiten von Marx, etwa seine Äußerungen zur Pariser Commune, berücksichtigt; zwar werden auch Engellsche Untersuchungen („Ursprung der Familie . . .“, „Anti-Dühring“) in die Diskussion miteinbezogen — insgesamt wird man aber sagen müssen, daß die Gewichte einigermaßen ungleich verteilt sind. Der „humanistische“ junge Marx ist nach wie vor das Lieblingskind des liberalen deutschen Philosophieprofessors.

Auch da, wo Barion das Verhältnis von Basis und Überbau, von Ökonomie, Politik und Staat diskutiert, und, soweit er referiert, durchaus Zutreffendes zur marxistischen Auffassung vom Staat anmerkt, gelangt er über einen idealistischen Standpunkt nicht hinaus. Am Ende steht für ihn fest, daß „in letzter Instanz die schöpferische Kraft menschlicher Geistestätigkeit entscheidend ist“ (169). So gesehen muß für Barion der Praxisanspruch des Marxismus eitler Wahn bleiben. Das revolutionäre, durch kollektive menschliche Praxis zu verwirklichende Ziel klassenloser Vergesellschaftung; das ökonomisch begründete Theorem vom „Absterben des Staates“, das eben nicht idealistisch postuliert, sondern materialistisch aus dem geschichtlichen Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte und aus der Art der Organisation gesellschaftlicher Arbeit abgeleitet wird — das sind für Barion utopische, „unwissenschaftliche“, letztlich „dogmatische“ Glaubenssätze (176). Zudem: das „Wesen“ des Menschen sei bestimmt vom „Machttrieb“ (152 f.): „Der Wille zur Macht erweist sich in der Tat als der Dämon des Menschen“ (177). Kontemplativ-idealistisches Philosophieren verbündet sich mit konservativer Anthropologie, wenn es darum geht, den Wahrheitsanspruch des Marxismus abzuweisen.

Hans-Martin Lohmann (Düsseldorf)

Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus. Von einem Autorenkollektiv. Reihe Marxistische Paperbacks. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1971 (696 S., br., 7,50 DM).

Bei der vorliegenden „Einführung...“ handelt es sich um die BRD-Ausgabe des von Autoren der Deutschen Zeitschrift für Philosophie (Berlin/DDR) unter Leitung von Matthäus Klein erarbeiteten Lehrbuchs, das in der DDR im „Staatsbürgerkundeunterricht der 11. und 12. Klassen der erweiterten Oberschulen und der Berufsschulen“ (5) verwandt wird. Das Lehrbuch gliedert sich in zwei Hauptteile, die Einführung in den „dialektischen Materialismus“ und in den „historischen Materialismus“.

Der erste Teil geht im ersten Einleitungskapitel aus von der realen Höhe der Entwicklung des Sozialismus und vom grundlegenden Antagonismus zwischen Sozialismus und Imperialismus, benennt die konkreten historischen Bedingungen unserer Epoche (nach der Einschätzung der „Kommunistischen und Arbeiterparteien der Moskauer Beratung vom Juni 1969“) und entwickelt die Systematik der „marxistisch-leninistischen Weltanschauung“: den dialektischen und historischen Materialismus als „Philosophie des Marxismus-Leninismus“ und „allgemeine theoretische Grundlage“ (24), die „politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus“, die die „Entwicklung der Produktionsverhältnisse (erforscht)“ und den „Hauptinhalt des Marxismus-Leninismus (darstellt)“ (24) und den „wissenschaftlichen Sozialismus“ als „Lehre vom Aufbau des Sozialismus und Kommunismus“ (24/25). Somit handelt es sich beim vorliegenden Lehrbuch um die Begründung des „wissenschaftlichen Charakters der marxistisch-leninistischen Philosophie“ (27).

Der erste Abschnitt über die Grundlagen des dialektischen Materialismus geht aus von der „Grundfrage der Philosophie“ (Engels), der Frage nach der Ursprünglichkeit von „Materie“ und „Bewußtsein“, somit der ersten und allgemeinsten Differenzierung aller philosophischer Richtungen in materialistische und idealistische Philosophie. Im zweiten Teil dieses Kapitels wird die Philosophiegeschichte in einem gerafften Abriß von der alt-griechischen Philosophie, der mittelalterlichen Scholastik, der idealistischen deutschen („klassischen“) Philosophie und des neuzeitlichen bürgerlich-philosophischen Materialismus bis Feuerbach (einschließlich der materialistischen Philosophie der „russischen revolutionären Demokraten“ des 19. Jahrhunderts) mithilfe dieses „Schlüssels“ kurz gestreift.

Im dritten Kapitel — „Die Entstehung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Philosophie“ — werden dann folgerichtig die objektiven sozialen Bedingungen und Voraussetzungen in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und der Produktivkräfte sowie — orientiert an Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ — die „theoretischen“ Voraussetzungen für Herausbildung und Entwicklung der marxistischen Philosophie: die klassi-

sche deutsche Philosophie von Kant bis Hegel und insbesondere die Hegelsche *dialektische Methode* sowie der philosophische Materialismus, die klassische politische Ökonomie und der utopische Sozialismus benannt und mithilfe der Schriften von Marx, Engels und Lenin skizzenhaft belegt. Nach Darstellung der Entwicklung der *einheitlichen* marxistischen Philosophie nach dem „Kommunistischen Manifest“ 1847/48 — der „Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus“ (81) — wird kurz auf den widersprüchlichen Prozeß der Verbindung von Marxismus und Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingegangen, bevor aus dem Verhältnis von „bürgerlicher Wissenschaft und Marxismus“ die ersten Revisionsversuche der marxistischen Theorie durch Bernstein in Deutschland — wobei die Rolle Lassalles in den 1860er und seine Ideen in den 1870er Jahren nicht einmal erwähnt werden, was, auch wenn es um keine Geschichte der Arbeiterbewegung geht, doch hätte geschehen müssen, da sonst die bereits von Marx herausgearbeiteten Verteilungsprinzipien in der sozialistischen Formation kaum begriffen werden können — und die Rolle Lenins bei Wiederherstellung und Entwicklung des Marxismus im imperialistischen Stadium des Kapitalismus skizziert und die Einheit des Marxismus-Leninismus, seine philosophisch-erkenntnistheoretischen Grundlagen und insbesondere seine „neuen Wesensmerkmale“ zusammengefaßt werden (96—98).

Die die in sich geschlossene zweite Hälfte des „dialektischen Materialismus“ bildenden vier Kapitel über den philosophischen Begriff der „Materie“, die Existenz- und Bewegungsformen der Materie, „Materie und Bewußtsein“ und über die „materialistische Dialektik“ gehen von den hauptsächlich von Engels und Lenin — im „Anti-Dühring“ (1878) sowie in der „Dialektik der Natur“ (Fragmente 1873—1886) und in „Materialismus und Empiriokritizismus“ (1909) — erarbeiteten grundlegenden Bestimmungen der *Richtung* des menschlichen Erkenntnisprozesses aus. Dabei wird in Analyse und Darstellung — und dies ist zweifellos einer der Vorzüge dieser „Einführung“ — nicht bloß philologisch-zitatologisch anhand der Schriften der „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus verfahren, sondern konkret und empirisch versucht, die grundlegenden Bestimmungen des Marxismus mit einer knappen Darstellung von Ergebnissen der Wissenschaft von der Natur und der Technologie überhaupt zu verbinden. Dies beispielsweise, in anschaulicher und faßlicher Form, bei der Diskussion der Rolle kybernetischer Maschinen und von Informationssystemen (174—178). Ferner wird auch in der Theorie der (sprachlich-kommunikativen) Zeichen, der Semiotik (172—174) durchaus nicht am Stand der „Einzelwissenschaften“ vorbeiaargumentiert.

Der zweite Teil des Buches leitet die Einheit von „dialektischem“ und „historischem“ Materialismus (die von den „Marxologen“ und „modernen Revisionisten“ immer wieder in Frage gestellt wird) analytisch-begrifflich her und legt Verhältnis und Primat des gesellschaftlichen Seins, des realen, „materiellen Lebensprozesses der Gesellschaft“ zum „geistigen Lebensprozeß“ dar. Dabei wird das

„gesellschaftliche Bewußtsein“ zunächst als, keineswegs passive „Widerspiegelung des gesellschaftlichen Seins“ (278) aufgefaßt und — angelehnt an die „Deutsche Ideologie“ — das „gesellschaftliche Bewußtsein“ genauer als „Gesamtheit der gesellschaftlichen Ideen, Anschauungen und Theorien“ gekennzeichnet. Dieses „(widerspiegelt) nicht diese oder jene Seite des gesellschaftlichen Seins, sondern (ist) immer theoretisch verallgemeinertes, am Gesamtinteresse einer Klasse orientiertes Bewußtsein“ (282). Daran anschließend wird die materialistische Geschichtsauffassung und die reale gesellschaftlich-geschichtliche Entwicklung in ihrer grundlegenden Differenz zum Entwicklungsprozeß der äußeren, unabhängig vom Menschen existierenden, äußeren Natur herausgearbeitet, wobei betont wird, daß zwar die gleichen dialektischen Entwicklungsgesetze in Natur und Gesellschaft wirken, freilich „in der Gesellschaft unter Bedingungen und Zusammenhängen, die in der Natur nicht anzutreffen sind“ (285). Das weist — worauf im Lehrbuch später genauer eingegangen wird — auf die Rolle des „subjektiven Faktors“, d. i. die aktive, bewußte, schöpferische Gestaltung der äußeren wie der gesellschaftlichen und menschlichen Natur durch den Menschen hin — wobei „die Menschen ... ihre Geschichte mit Willen und Bewußtsein (machen), aber ... dabei stets von bestimmten objektiven Bedingungen abhängig (sind), die unabhängig von ihrem Willen und außerhalb ihres Bewußtseins existieren“ (287).

Es handelt sich bei diesem Lehrbuch um eine aktuelle, verständlich geschriebene und äußerst systematisch geordnete, durchgängig für ein erstes Bekanntmachen mit den philosophischen Grundlagen des Marxismus (in Arbeitsgruppen, aber sicher auch für einzelne) sehr brauchbare „Einführung“, die — ihrem Ziel entsprechend — weniger komplizierte theoretische Probleme — etwa das der Vermittlung von Basis und Überbau, der Ideologieproblematik, der Widerspruchslehre oder der Theorie der Gesellschaftsformation — logisch schlüssig sowie empirisch hinreichend belegt abklärt. Hervorragendes Merkmal ist dabei der durchdachte Aufbau, wobei es gelungen ist, die für eine Einführung notwendige strenge Begrenzung von Stoff und Umfang mit der erforderlichen historischen beispielhaften Erläuterung und Konkretion zu verbinden.

Freilich mag es manchen marxistisch orientierten Intellektuellen befremdlich anmuten, daß in dieser „Einführung“ das — derzeit immer noch verhätschelte — Steckenpferd der „Ideologiekritik“, nur am Rande behandelt wird. Der dinghafte Schein der kapitalistischen Warenproduktion wird nicht namentlich benannt, weder im Zusammenhang von Basis-Überbau, Ideologie noch in dem des gesellschaftlichen Bewußtseins. Dies, so scheint mir, mindert allerdings ebenso wenig die Qualität des Lehrbuchs wie die Gewichtung der vielfältigen Probleme in theoretischer Hinsicht, die verarbeitet wurden; man sollte diesen, nur scheinbaren „Mangel“, den Autoren und ihrer Konzeption nicht allzuschwer anlasten, handelt es sich doch bei der vorliegenden Einführung um eine systematische und in sich stimmige Darstellung der *Grundlagen* und elementarsten Sachverhalte der

marxistischen Philosophie im allgemeinen, und — damit aufs Engste verbunden — um die Herausarbeitung des klassenmäßigen Charakters des dialektischen und historischen Materialismus im besonderen.
Richard Albrecht (Mannheim)

Fleischer, Helmut: *Marxismus und Geschichte.* edition suhrkamp, Bd. 323. Frankfurt 1969 (169 S., br., 4,— DM).

Der Verfasser ordnet seine Studie ein „in die gegenwärtig recht intensiv gewordenen Bemühungen, die marxistische Philosophie als eine humanistisch-emanzipatorische Philosophie der Praxis zu rekonstruieren“ (7). Damit soll eine Abgrenzung gesetzt sein gegen die beiden Extreme der sich auf Marx berufenden Schulen: gegen jene, die, gestützt auf die Frühschriften von 1844, im „Menschwerden des Menschen“ eine anthropologische Sinnbestimmung der Geschichte erblicken, und andererseits gegen jene, die, gestützt auf die Kritik der politischen Ökonomie, eine geradezu naturgesetzliche Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Essenz der Geschichte annehmen.

Der Gedankengang wird mehrstufig vorgetragen. Zuerst historisch. An der Hand der Texte werden die verschiedenen Ansätze zu einer Theorie der Geschichte bei Marx untersucht. Fleischer nimmt an, daß 1845/46 in Marxens philosophischer Entwicklung eine selbstkritische Zäsur eingesetzt habe, am deutlichsten in den Feuerbach-Thesen. Schlüssel sei die 6. These. „Das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Für Fleischer bedeutet dieser Satz keineswegs, daß sich der Mensch sozusagen restlos in Geschichte auflöst. Der Begriff der gesellschaftlichen Verhältnisse dürfe nicht verdinglicht werden. Zu den menschlichen Verhältnissen gehöre auch das aktive Verhalten der Menschen. Geschichte wird so zu dem gesetzmäßigen Prozeß von Veränderungen im Gefüge der gesellschaftlichen Verhältnisse, wobei der Mensch, das geschichtliche Subjekt, durch sein Verhalten ein Faktor der Veränderung ist.

Mit seinem Ansatz von der Praxis her („der Geschichte erzeugenden Tätigkeit der Menschen“ [43]) weicht Fleischer den Extremen des historischen Messianismus und des historischen Mechanismus aus. Das ist gutes Gramsci-Erbe. Es wird leider vertan. Gesellschaftliche Praxis, konkret begriffen, ist Klassenkampf. Marxens Geschichtstheorie zu interpretieren, ohne den Klassenkampf, Motor der Geschichte, als Mittelpunkt zu setzen, öffnet subjektivistischem Mißverstehen Tür und Tor. Das führt dann dazu, daß man „Dialog“ sagt, wo „Kampf“ zu stehen hat.

Gegen die sowjetische Schule des historischen Materialismus polemisierend, beharrt der Verfasser auf der Notwendigkeit, die sog. objektiven Bedingungen nicht derart zu verdinglichen, daß das

Subjekt-Zentrum, auf das sie sich beziehen, verschwindet. Zwischen Bedingung und Bedingtem gebe es einen breiten Spielraum des Möglichen.

Fleischer läßt aber die entscheidende Frage, worin die Verdinglichung besteht, offen, ja, er klammert den in der Ökonomie begründeten Prozeß der Wandlung des Subjekthandelns zu objektiver Geschichte aus. Auf diese Weise gerät seine Philosophie der Praxis in den Verdacht eines verfeinerten Subjektivismus.

Vorsichtig argumentiert Fleischer in der Diskussion der „Totalität des Geschichtsprozesses“. Man dürfe nicht einfach sagen, Geschichte sei Fortschritt zu höherer Humanität und Freiheit, „sondern nur zunehmende Möglichkeit solchen Fortschritts“ (95). In diesem Zusammenhang wird die Frage aufgeworfen, wie im Marxismus die Zukunft mit der Geschichte vermittelt ist. „Das Utopiefeindliche des ‚wissenschaftlichen‘ Sozialismus besteht einzig darin, daß das Positive nicht bis ins Letzte konkret werden kann, sondern allgemein und prinzipiell bleiben muß. In dieser Allgemeinheit ist es aber dennoch bereits konkret genug, um zwar vielleicht nicht als ‚Leitbild‘, aber doch als ‚Leitfaden‘ dienen zu können“ (97).

Energisch bekämpft Fleischer das Vor- und Mißurteil, Marx sei der Zerstörer der individuellen Persönlichkeit. Aus Marx sei ein Begriff der Gesellschaftlichkeit herauszulesen, „worin die Individualität (Personalität) keineswegs ausgelöscht ist, sondern umgekehrt höher zur Geltung kommt als in jeder bisherigen Gesellschaftsverfassung“ (100).

K. R. Poppers „Historizismus“-Vorwurf gegen die Marxismus widerlegt Fleischer mittels einer Klarstellung des Begriffs „Notwendigkeit“; in dem Begriff Notwendigkeit habe man zwei Bedeutungsvarianten zu unterscheiden: die Unvermeidlichkeit und die dringende Erforderlichkeit (143). Im Marxismus sei einfach kein Platz für jene Metaphysik des Geschichtsablaufs, die Popper fälschlich dem Marxismus unterschiebt. „Die Geschichte verläuft nicht, sondern die Menschen machen sie; nicht die Geschichte hat ein Ziel, sondern die Menschen haben geschichtliche Ziele“ (107).

Das Verhältnis von Sittlichkeit und Geschichtlichkeit, von Sollen und Sein (das „Plus an Motivation“), sei aus der Diskussion im Hinblick auf die humanistische Wertorientierung nicht auszuklammern. In diesem Zusammenhang zitiert Fleischer Lenins Rede an die kommunistische Jugend (1920), bleibt aber seiner Praxis-These treu, indem er sowohl den wertfreien Szientismus wie die wertende Moralistik in ihre Schranken weist. „Etwas hat Wertnatur nur in bezug auf ein aktiv intendierendes Subjekt“ (119); Wertprädikate seien nur Korrelate der gegenständlichen Praxis. Irreführend ist der mehrfach hervorgehobene Hinweis auf die Fähigkeit der modernen Industrie, die Arbeit vom Fluch der Last zu befreien und grenzenlose Bedürfnisbefriedigung zu ermöglichen. Solche Behauptung leistet der törichter Verwechslung von Konsumgesellschaft und Sozialismus Vorschub, um so törichter, als, wie der Autor hervorhebt, „gesteigerte Produktivität auch gesteigerte Destruktivität bedeutet“ (91).

Als im besten Sinne zeitgemäß sind die Ausführungen Fleischers im abschließenden Kapitel („Marxistischer Geschichtsbegriff und geschichtliche Gegenwart“) zu bezeichnen. Auf mehreren Ebenen widerlegt der Autor die verbreitete Ansicht, die marxistische Geschichtstheorie habe die Probe des gegenwärtigen Zeitalters nicht bestanden. Die von Marx entdeckten Krisenprozesse des Kapitalismus gehen weiter, stellt Fleischer fest, wenn auch unter veränderten Umständen. Daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung in ihren Mutterländern die schweren Erschütterungen unseres Jahrhunderts zu überstehen vermochte, liege vor allem daran, daß es in einem gigantischen Umfang gelungen ist, die Energie unerfüllter sozialer Forderungen von den sozialen Konfliktfronten weg in andere Bahnen zu lenken. Chauvinismus, Antisemitismus und Antikommunismus seien die Vehikel solcher Manöver. Zeugnis dafür, daß, wie Marx voraussagte, antikapitalistisches Bewußtsein nicht automatisch sich entwickle, sondern als Ergebnis eines harten und wechselvollen Kampfes.

Nüchtern schließt der Verfasser: „Die Dispositionen zum Agieren in den internationalen Beziehungen und Konflikten sind weiterhin die der traditionellen Klassengesellschaft; es ist nichts von einer neuen Qualität jenseits des Imperialismus zu erkennen“ (159). Die Behauptung, die von Marx aufgedeckte Problematik der bürgerlichen Gesellschaft habe sich erledigt, sei „reichlich vermessen“, das latente Potential sozialer Konflikte weiterhin beträchtlich.

Die russische Revolution erscheint Fleischer „als eine permanente Folge von größeren und kleineren Gelegenheiten, aus ungünstigen Bedingungen immer noch ein Bestmöglichstes zu machen“ (169). War eine perfekte sozialistische Demokratie in der zwanziger Jahren unmöglich, so lag andererseits der immer weiter vorangeschrittene Abbau der innerparteilichen Demokratie bis hin zu Stalin „nicht in einer stringenten Logik der Situation begründet, sondern spezifischen Variablen“. Was da geschehen ist, sei weder durch Lenins Parteikonzept von 1902, noch durch einen „Defekt des Marxschen Humanismus“ gesetzt gewesen. Die Führung der Revolution sei vielmehr in einer von Schritt zu Schritt konkret zu bestimmenden und zu kritisierenden Weise hinter dem Möglichen zurückgeblieben.

Togliattis Forderung, die Deformationen des sog. Personenkults einer konkreten Analyse zu unterziehen, bleibt freilich weiterhin unerfüllt.

Bruno Frei (Wien)

Gallas, Helga: *Marxistische Literaturtheorie. Kontroversen im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. collection alternative*, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 1. Luchterhand Verlag, Neuwied u. Berlin 1971 (257 S., kart., 9,80 DM).

Die Arbeit von Helga Gallas untersucht die Geschichte des „Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller“ (BPRS) und seiner Zeitschrift „Die Linkskurve“ 1929—1932. Die Auseinandersetzungen in dieser mit der KPD eng verbundenen Organisation ergaben — so die

These der Verfasserin — einen dreifachen Ansatz für die Neuformulierung (nach den ersten Versuchen von Mehring, Plechanov, Lafargue u. a. vor der Jahrhundertwende) und Weiterentwicklung einer Literaturtheorie mit materialistischem Anspruch:

Die „Linkskurve“ wurde 1929 gegründet, um die proletarisch-revolutionäre Literatur zu fördern, eine dieser entsprechende Literaturtheorie zu schaffen, die bürgerliche Literatur kritisch als Klassenliteratur zu entlarven und zur Organisierung aller proletarisch-revolutionären Schriftsteller im BPRS beizutragen. Die unmittelbare Funktionalisierung der Literatur in den Klassenkämpfen der Weimarer Republik, die sich der „Bund“ zum Ziel gesetzt hatte, führte zeitweilig zur Dominanz einer Gruppe, die allen literarischen Anspruch zugunsten der Arbeit an Betriebs- und Zellenzeitungen und der Tätigkeit der Arbeiterkorrespondentenbewegung aufgeben wollte (47—51).

Dieser Phase folgten Bemühungen von kommunistischen Schriftstellern — Arbeitern (Willi Bredel, Hans Marchwitza) und Intellektuellen (Erich Weinert) — um eine neue, operative Kunstpraxis, die im Agitprop ihre politisch wirksamste Form fanden. Ihre positiven Erfahrungen wurden in den Konzeptionen einer materialistischen Kunsttheorie aufgehoben, die Hanns Eisler, Brecht und Benjamin entwarfen und in der Bericht, Montage und von der bürgerlichen Literatur und Musik des 20. Jahrhunderts entwickelte Techniken als künstlerische Materialien begriffen wurden, welche nicht von vornherein als Produkte der Dekadenz abgetan werden können (86 ff.); sie entsprechen vielmehr — hier schließt sich die Verfasserin den Positionen von Brecht, Benjamin und Eisler voll an — einem neuen Stand der technischen Produktivkräfte zur Reproduktion und Veränderung des ideologischen Überbaus und können Elemente einer proletarischen Kunst werden, deren offene Formen das Publikum aus der Rolle des Betrachters, der sich mit individuellen Schicksalen identifiziert, entfernen und intellektuell und politisch aktivieren. Gallas weist in diesem Zusammenhang die unmittelbare Verbindung literarischer Techniken mit der Klassenlage und der politischen „Weltanschauung“ (175) des Künstlers ab und geht — in Anlehnung an Eisler — statt dessen von einer „relativ autonomen, d. h. relativ ideologieunabhängigen“ (177) Entwicklung des künstlerischen „Materials“ aus: die Entwicklung der Medientechnik führe auch jeweils zu neuen literarischen, musikalischen etc. Methoden (Gallas spricht von „ästhetischen Produktivkräften“ [170]), deren Klassencharakter erst durch ihr operatives Eingreifen in einer historisch-konkreten Situation bestimmt werde. Die künstlerischen Mittel konstituieren für die Verf. eine „Zeichenebene“, die einer „relativen Eigengesetzlichkeit“ folgt und „lediglich als Struktur von der ökonomischen Struktur überdeterminiert“ sei (178). Diese Einbeziehung struktureller Interdependenzauffassungen in eine materialistische Kunsttheorie begreift Gallas als eine „Differenzierung des herkömmlichen Basis-Überbau-Schemas“ (ebd.).

Scheinbar als Gegenreaktion gegen die erste Phase der Geschichte des BPRS, tatsächlich aber gegen die Agitpropkunst und die Konzeptionen einer materialistischen Kunsttheorie von Benjamin, Brecht und Eisler, entstanden die Aufsätze von Georg Lukács, in denen er deren Position und der Praxis, der sie abgewonnen war, den Rückgriff auf die Realismuskonzeption des 19. Jahrhunderts entgegensetzte (64—69). Die Rezeption seiner Ontologisierung bürgerlicher Kunstnormen und seiner Festlegung des klassischen „Erbes“ durch die offizielle Kulturpolitik der meisten kommunistischen Parteien führte — nach Gallas — dazu, daß die Entwürfe und Realisierungen einer neuen materialistischen Literaturtheorie und Kunstpraxis des BPRS zurückgedrängt wurden und nur verschüttete — innerhalb der Arbeiterbewegung kaum noch aktualisierte — Möglichkeiten sozialistischer Überbautheorie und -praxis waren.

Sowohl die literaturhistorischen Ergebnisse von Gallas (Lukács' verdeckter Angriff auf Brecht 1932 als Vorgeschichte der Expressions- und Realismusdebatte im Exil, Nachzeichnung der Fraktionskämpfe im BPRS) als auch ihre aus dem historischen Stoff entwickelte literaturtheoretische Position markieren einen Fortschritt der literaturgeschichtlichen Forschung zur „Linkskurve“ und der Erarbeitung einer materialistischen Literaturtheorie: von den Einsichten, die hier erreicht wurden, werden künftige Arbeiten auf beiden Gebieten ausgehen müssen. Ein wichtiges Moment in der hier vorliegenden Darstellung der „Linkskurve“ stellt die Tatsache dar, daß Gallas den BPRS in Auseinandersetzung mit der Geschichte der vergleichbaren Organisationen in der Sowjetunion — RAPP und Litfront — untersucht und daß sie auch die Theorie von Lukács nicht aus dem geistesgeschichtlichen Ansatz bisheriger Lukácsbeschäftigung heraus erklärt (aus Hegel, Dilthey), sondern aus den Gruppenauseinandersetzungen im BPRS, der RAPP und den historischen Problemstellungen des ideologischen Kampfes.

Weiterführend wird allerdings gefragt werden müssen, ob diese Art der organisationsgeschichtlichen Einbettung bereits ausreicht, ob es also genügt, die Fragestellung auf methodologische und literaturhistorische Probleme sowie die Entwicklung proletarischer Literaturorganisationen zu beschränken, ohne den Entwurf des zeit- und parteigeschichtlichen Rahmens (Geschichte der Weimarer Republik und der KPD), wie er von der westdeutschen und der DDR-Forschung vorgezeichnet ist, kritisch miteinzubeziehen. Für dieses Verfahren scheint zu sprechen, daß die traditionalistischen Positionen von Lukács, Becher und Gabor angesichts der Vordringlichkeit des unmittelbar politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zunächst kaum massenhaft rezipiert wurden. Doch läßt das Fehlen der sozialhistorischen Einordnung die Voraussetzungen der literaturpolitischen Entscheidungen, die Gallas darstellt, letztlich unerklärt. Hier liegt die weitere — und politisch entscheidende — Aufgabe über das in dieser Untersuchung bereits Geleistete hinaus. Fehlerurteile, die in der bisherigen marxistischen Forschung zur Geschichte des BPRS und der „Linkskurve“ bei einer Verknüpfung von politischer und Literatur-

geschichte unterlaufen sein mögen (15), können dies Verfahren nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern zwingen lediglich zu einer Differenzierung, die den methodologischen und literaturhistorischen Ergebnissen dieses Buches jenen Beifall von der falschen Seite, den Hildegard Brenner in ihrem Vorwort befürchtet (6), erspart.

Georg Fülberth (Marburg)

Holz, Hans Heinz: Widerspruch in China. Politisch-philosophische Erläuterungen zu Mao Tse-tung. Carl Hanser Verlag, München 1970 (120 S., kart., 6,80 DM).

Ein Marxist deutet Mao Tse-tung ohne dogmatische Brille. Sieht man von dem hier überflüssigen Kapitel ab, in dem Mao Tse-tungs Lyrik analysiert wird, konzentriert der Verfasser sich und die Aufmerksamkeit des Lesers auf die Interpretation der Widerspruchslehre und ihrer Folgen in der Praxis.

Selbstverständlich legt Holz, wie alle um ein ernsthaftes China-Verständnis Bemühten, Gewicht auf die in der Sprache sich manifestierende Denkstruktur. Von der dialektischen Anlage der Sprache selbst ziehe sich der Bogen von der frühen Dialektik Laotses (ich würde sagen, mehr noch Chuangtses) bis zur Gegenwart. „Ohne den Rückblick auf Sprache und Philosophie wird keiner verstehen, was sich heute in China begibt“ (23).

Nach Darstellung des Verfassers, der sich, was die Fakten betrifft, weitgehend auf Joachim Schickel „Große Mauer Große Methode“, (Stuttgart 1968) beruft, habe die Kulturrevolution in China vor fünfzig Jahren mit der „Bewegung des 4. Mai“ begonnen und sei mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution keineswegs abgeschlossen. Sie könne prinzipiell überhaupt nicht abgeschlossen werden.

Ein Kapitel ist der interpretierenden Wiedergabe von Mao Tse-tungs Buch „Über den Widerspruch“ gewidmet, wobei der Verfasser die Beziehung gleichermaßen zur Yang-Yin-Metaphysik wie zu Lenin herstellt (85). Der Widerspruch liege sowohl in der Sache als auch in ihrem Begriff, in der Natur wie in der Gesellschaft. An die Stelle einer bloß an der Idee des Fortschritts orientierten Dialektik, nach der jede folgende Stufe nicht nur zeitlich, sondern auch wertmäßig höher als die vorangegangene ist, trete die Dialektik des Widerspruchs, die auch die Möglichkeit von Rückschlägen offen läßt. Wissenschaftlich betriebene Politik beruhe dann auf Tendenzanalyse. Aus diesem Gedankengang leitet Holz ein vertieftes Verständnis der sowjetisch-chinesischen Differenz ab. Nach der Lehre des Widerspruchs bringe auch die sozialistische Gesellschaft ihre spezifischen Formen der Revolution hervor; die Große Proletarische Kulturrevolution sei ein Beispiel dafür.

Holz begreift den chinesisch-sowjetischen Konflikt „primär und in seinem Ursprung als einen solchen der Theorie und Ideologie“ (99). Nach der Meinung des Rezensenten ist es unzulässig, den *Ursprung*

des Konflikts auf ideologische Divergenzen zurückzuführen. Richtig ist, wie Holz an anderer Stelle formuliert, daß „der Kern der ideologischen Kontroverse“ in einer unterschiedlichen Auffassung der Dialektik gesucht werden müsse. Holz vertritt die Ansicht, daß Maos Dialektik einen „Schritt über die klassische sowjetische Philosophie hinaus“ darstellt (96). Nach Mao löse sich die Einheit der Gegensätze immer wieder im Kampf auf, stelle sich auf höhere Ebene als neue Einheit her und so fort. Letztlich führe das dazu, daß sich die Vorstellung einer kommunistischen Gesellschaft als „Endzeit“ verflüchtigt. Mao, behauptet Holz, ziehe aus dieser „strengen Dialektik“ politische Konsequenzen. „Die Schrebergartenidylle einer bei sich selbst und beim Endzweck des Menschengeschlechts angekommenen Gesellschaft, die nur noch in Details weiter ausgeschmückt und vervollkommnet zu werden brauchte, wird von ihr widerlegt (98).“ Aufgabe einer wissenschaftlichen Gesellschaftstheorie sei es, „die Widersprüche aufzuspüren, um ihrer Entartung vorzubeugen und um ihren Konsequenzen eine Wendung ins Positive geben zu können“. Daß schon Engels die Vorstellung zurückweist, die Geschichte könne einen vollendeten Abschluß finden, als undialektisch zurückweist (MEW, Bd. 21, S. 267), scheint Holz übersehen zu haben.

Holz weiß, daß es in Maos Lehre von der Dialektik kaum etwas gibt, „das nicht aus Lenins Aufsätzen abzuleiten oder mit ihnen zur Deckung zu bringen wäre“ (99). Die später in Erscheinung tretende Vernachlässigung der dialektischen Methode bei der Lösung der Widersprüche der sowjetischen Gesellschaft führt der Verfasser hauptsächlich auf die besonderen Umstände des Aufbaus und der Nach-Aufbauzeit zurück. Indes läßt der Nachdruck, mit dem Holz auf die Unterschiedlichkeit der Dialektik-Auffassung in der sowjetischen und der chinesischen Marx-Deutung hinweist, eine besondere Untersuchung dieses wichtigen Problems erwarten; im vorliegenden Buch finden sich dazu jedoch nur Andeutungen.

In einem Schlußkapitel ist Holz in der Folge bemüht, einige politische „Mißverständnisse“ aufzuklären. Die revolutionäre Praxis der chinesischen Kommunisten könne nicht einfach auf andere Länder übertragen werden. Der strategische Plan Mao Tse-tungs sei kein Paradigma, sondern ein Stimulans eigener Theorie und Praxis. Ein historisches Mißverständnis sei es auch, wenn der Antagonismus zwischen China und der Sowjetunion sich als eine Abspaltung in den kommunistischen Parteien reproduziert. Denn dieser Antagonismus sei entstanden als Ausdruck verschiedener Weiterentwicklung des Sozialismus *nach* gelungener Revolution. In den kapitalistischen Ländern hingegen hätten beide Richtungen des Kommunismus ein vordringliches gemeinsames Ziel, nämlich die Abschaffung des Kapitalismus. Ihre Spaltung nütze nur dem gemeinsamen Feind und schwäche die revolutionäre Front. Die Übernahme von Thesen und Perspektiven, die sich auf Vorgänge in China beziehen, durch nicht-chinesische Bewegungen sei unhistorisch und unmarxistisch. Maoismus als Alibi für Antisowjetismus bewirke das Gegenteil von dem, was er seinen Intentionen nach ist.

„Keine sozialistisch-revolutionäre Praxis kann davon absehen, daß seit der Oktoberrevolution die Sowjetunion — mit allen geschichtlich bedingten Deformationen und Unzulänglichkeiten — die sozialistische Großmacht der Welt ist, die bisher zu dem kapitalistischen Imperialismus ein angemessenes Gegengewicht bilden konnte (106).“ Mao habe ein Denkmodell geschaffen für die Möglichkeiten einer kommunistischen Gesellschaft unter chinesischen Bedingungen; insofern stehe Mao neben Lenin, der das Modell des Sowjetstaates schuf, „das erste Modell einer sozialistischen Gesellschaft, auch dieses nicht einfach übertragbar“ (107). Bruno Frei (Wien)

Bauer, Wolfgang: *China und die Hoffnung auf Glück. Paradiese, Utopien, Idealvorstellungen.* Carl Hanser Verlag, München 1971 (703 S., br., 59.— DM; Ln., 75.— DM).

In der deutschsprachigen Chinaliteratur nimmt dieses Werk einen besonderen Platz ein: ein Sinologe mit dem Instrumentarium des Philosophen ordnet das schier uferlose Material der chinesischen Denkgeschichte einem einzigen Prinzip unter: der Glücksuche. Die Geschichte der chinesischen Philosophie wird so zu einer Geschichte der chinesischen Utopie. Bauers Gegenstand ist nicht die Sozialutopie im engeren, sondern die Glücksuche im weitesten Sinn. Der Nachvollzug der Glücksuche im Denken Chinas soll einerseits die nie erloschenen Hoffnungen des traditionellen China auf eine neue, bessere Welt würdigen, andererseits für die Zuversicht im Glauben des heutigen China eine im Lande selbst sprudelnde Quelle bloßlegen. Das Unternehmen ist, freilich mit einer im Grundsätzlichen liegenden Einschränkung, dem Standardwerk des Cambridger Sinologen Joseph Needham, „*Science and Civilization in China*“, an die Seite zu stellen. Bauer verweist, ebenso wie Needham, auf die Vorentscheidungen, die durch die Sprache gegeben sind. Im Chinesischen gibt es beispielsweise kein vergleichbares Wort für „Freiheit“, jedenfalls keines, das in einem einzigen Zeichen die Freiheit in der Gesellschaft zum Ausdruck bringt. „Freiheit“ habe in China von Anfang an eine eher negative Bedeutung gehabt, mit diesem Begriff sei die Vorstellung von Zügellosigkeit verbunden gewesen (201). Die chinesischen Philosophen, „ewige Glücksucher“, hätten die Große Harmonie angestrebt, die Himmel und Erde, Natur und Gesellschaft vereint; die Konfuzianer, besorgt um die Ordnung in der Gesellschaft, die Taoisten, reflektierend auf die Einordnung des Menschen in Natur und Gesellschaft. Needham hat überzeugend nachgewiesen, daß es ein arges Mißverständnis sei, die Taoisten einer „Flucht aus der Gesellschaft“ zu zeihen; sie hätten im Gegenteil in schärfster Opposition zum konfuzianischen Establishment gestanden. Bauer teilt diese Ansicht offenbar nicht. Er findet vielmehr, ein zivilisationsfeindlicher und zugleich a-historischer Zug kennzeichne die Taoisten (61). Dem Rezensenten scheint Bauers von den meisten bürgerlichen Sinologen geteilte These eine idealistische Geschichtsauffassung widerzuspiegeln.

In seinem Exposé der chinesischen Philosophiegeschichte macht uns Bauer mit den verschiedensten Weg- und Zielvorstellungen der Glücksucher bekannt: mit kosmogonischen, religiösen, geographischen, biologischen Utopien. Bei alledem bleibt der Verfasser konsequent auf dem Boden der Ideengeschichte, sorgfältig auf die literarischen Quellen bedacht, aus denen er zu Nutzen und Vergnügen des Lesers reichlich zitiert. Gerade aber mit der Beschränkung auf die Ideengeschichte wird als Grundzug ein historischer Idealismus deutlich, der im Überbau eine Kausalität sucht, die es dort nicht gibt. Nirgends tritt diese fehlerhafte Methode so deutlich in Erscheinung wie bei der Darstellung des Tai-ping-Aufstandes (1850—1864). Bauer weiß: „Die elementarste Ursache aller ‚Bauernaufstände‘, die Klaviatur gleichsam, auf der sich alle diese nicht-konfuzianischen Ideologien instrumentierten, mochten sie nun religiösen, nationalistischen oder lokalpatriotischen Charakter haben, war die tatsächlich schamlose Ausbeutung des Volkes“ (317); dennoch setzt er das Wort Bauernaufstände in Anführungszeichen. Er ist mit dem sozialgeschichtlichen Terminus keineswegs einverstanden. Hinter der Rebellion der „Gelbturbane“ z. B., einer der größten Volkserhebungen des älteren China, sieht er einen Konflikt zweier taoistischer Schulen, von denen die eine den „höchsten Frieden“ durch Ruhe, die andere durch Gleichheit zu erreichen suchte, beide in Opposition zur konfuzianischen Ideologie. Das heißt abermals Basis und Überbau auf den Kopf stellen. Bauer versteht nicht, daß das Streben der Taiping-Rebellen nach gerechter Gesellschaftsordnung, das sich in einem eschatologischen Vokabular artikulierte, Klassenkampf war, nicht anders als der Thüringische Aufstand des Thomas Münzer.

Bauers Interpretation der Lehre Mao Tse-tungs und der neuchinesischen Praxis geht auf seine Definition des Utopischen zurück. Utopie ist demnach das Noch-nicht-Verwirklichte; „auf die Zukunft bezogen, ist das im Grunde realistischer als ein Realismus, der das Noch-nicht-Verwirklichte mit dem Niezuverwirklichenden gleichsetzt“ (376). Mao, „in der Schar der führenden chinesischen Kommunisten der chinesischste“, habe mit seinen Schriften „Über den Widerspruch“ und „Über Praxis“ das uralte Problem von „Innen und Außen“ (Wissen und Handeln) neu aufgerollt und endgültig vom Handeln her gelöst. Hier deckt sich Bauers Interpretation weitgehend mit der vieler Marxisten. Er postuliert: „Es ist notwendig, sich die grundlegenden Ansichten Mao Tse-tungs über die Einheit von Praxis und Erkennen und über die Allgegenwart von Widerspruch und Bewegung bewußt zu machen, wenn man ermitteln will, welchen Platz die ideale, die glückliche Gesellschaft in seinem Denksystem einnimmt“ (543). Nur so werde begreiflich, warum er nach dem Sieg von 1949, den die meisten seiner Anhänger als etwas Endgültiges ansahen, alles tat, um das Erreichte wieder in Frage zu stellen. Bauers Deutung der Großen Proletarischen Kulturrevolution kommt der von Hans Heinz Holz (siehe die Re-

zension seines Buches „Widerspruch in China“ in diesem Heft S. 701) sehr nahe.

Bauers Essay über die Gedankenwelt Mao Tse-tungs gewinnt seinen Reiz aus dem gelehrten Nachweis der chinesischen Komponente; was dabei verloren geht, ist die Komponente Marx-Lenin und der Internationalismus der Arbeiterbewegung. Auch der „sinierte“ Marxismus ist Marxismus. So mißversteht Bauer konsequent die materielle Basis der Bewußtseinsbildung, ja, er dreht das Verhältnis um, wenn er Rebellionen von Bauern und Soldaten mit einem „irrationalen Untergrund“, mit „religiös gefärbten Ideologien“ in kausalen Zusammenhang bringt, statt umgekehrt, die Entstehung der „Geheimgesellschaften“ aus den Zwängen der Feudalgesellschaft abzuleiten.

„Ein Leben ohne Hoffnung ist als Leben nicht vorstellbar“ heißt es abschließend, „aber ein Leben, in dem sich allzu oft vergebliche Hoffnungen aneinanderreihen, im Grunde nicht minder“. Das Glück liege weder dort allein, wo aus Sorge um den Bestand einer heilen Welt die Zeit für immer angehalten, noch auch da, wo sie nur auf der Jagd nach einer neuen unablässig angetrieben wird.

In seiner Analyse des Programms von Sun Yat-sen gibt der Verfasser sein an Spinoza erinnerndes Glücksrezept preis: Sun Yat-sen habe erkannt, „daß das Glück für Individuum und Gesellschaft nirgends anders als auf dem schmalen Grat zwischen den beiden Endpunkten aller Sozialutopien liegt, zwischen der absoluten Freiheit und der absoluten Ordnung, die nur dann wahrhaft utopisch werden, wenn die eine durch die Vernichtung der anderen entstehen soll“ (475).

Was dem Verfasser trotz seiner stupenden Gelehrsamkeit fehlt, ist die Einsicht in die Klassenstruktur der Gesellschaft. Er beschreibt die Kontinuität der chinesischen Glücksuche, übersieht aber deren Entwicklung von der Utopie zur Wissenschaft.

Bruno Frei (Wien)

Soziologie

Ritsert, Jürgen, und Egon Becker: Grundzüge sozialwissenschaftlich-statistischer Argumentation. Eine Einführung in statistische Methoden. UTB 26. Westdeutscher Verlag, Opladen 1971 (237 S., br., 19,80 DM).

Das vorliegende Buch bringt in seinem Hauptteil eine — in erster Linie wohl für Soziologiestudenten gedachte — Darstellung statistischer Methoden. Ausgehend von der mengentheoretisch eingeführten Wahrscheinlichkeitstheorie, werden im ersten Teil Wahrscheinlichkeitsverteilungen sowie relevante Gebiete der Schätz- und Teststatistik vorgeführt, wobei die Autoren der gängigen „Mathemaphobie“ dadurch Rechnung tragen, daß sie bei Beweisen die einzel-

nen Schritte in extenso explizieren. Der zweite Teil ist der „Prüfung statistischer Zusammenhänge“ gewidmet (Assoziation und Kontingenz bzw. Regression und Korrelation von Zufallsvariablen).

Wodurch sich das zu besprechende Buch von den meisten anderen Statistik-Lehrbüchern unterscheidet, sind die „Einleitende(n) Thesen zum Verhältnis von kritischer Theorie und empirischer Sozialforschung“ (11—67), mit denen die Autoren „Argumente dafür geltend machen (möchten), daß es zunächst fragwürdig ist, sich in den Sozialwissenschaften unkritisch am Vorbild des ‚deduktiven Empirismus‘ zu orientieren“ (11); dabei vertreten sie einen Typus kritischer Theorie, der weder im Stil eines „Bekennnis-Marxismus“ (12) „alles unter die Kategorie ‚Positivismus‘ subsumiert (. . .), was der eigenen kritischen Position widerspricht“ (11), noch einem „nomologisierenden“ Marxismus (i.e. einer Auffassung über Marx, die diesem beispielsweise quasi-positivistische Verlaufsgesetze der Gesellschaftsentwicklung unterstellt oder aus seinem Werk ableitet)“ (12) verpflichtet ist. Ritsert und Becker skizzieren zunächst den „deduktiven Empirismus“ (logisch-strukturelle Identität von Erklärung und Prognose, axiomatisierte erfahrungswissenschaftliche Theorie, Beobachtungs- und theoretische Sprache, Antinormativismus und Dezisionismus), um dann die Umriss ihrer eigenen Theorie zu präsentieren. „Kritische Theorie ist für uns weiterhin in praktischer Absicht entworfene Theorie der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, eine Theorie, die im aktuellen Krisen- und Konfliktpotential (wie latent dies auch sein mag) die Möglichkeiten zur Befreiung von historisch bestimmter Herrschaft und Zwang nicht nur erkennen, sondern auch mit befördern möchte“ (28/29). In drei Abschnitten erläutern sie dann die wichtigsten Merkmale ihrer Konzeption, nämlich deren materialistischen, historischen und kritischen Charakter.

Schließlich behandeln die Verfasser „Probleme des Zählens und Messens“ (49 ff.) — der vielleicht wichtigste Teil der Einleitung, da er Voraussetzungen und Konsequenzen der Anwendung statistischer Verfahren direkt thematisiert. Die Autoren gehen vom Begriff der Quantifizierung aus, den sie als Abbildung (mapping) eines Objektbereichs in einen abstrakten Raum definieren (49/50; die Elemente dieses Raumes heißen „Zahlwörter“ und dürfen nicht mit „Zahlen“ verwechselt werden). „Zählen“ ist dann eine spezielle, keineswegs die einzig mögliche Quantifizierung, die dann vorliegt, „wenn die Struktur des abstrakten Raumes mit der Struktur der Beziehungen zwischen den Zahlen geläufiger Zahlensysteme zusammenfällt“ (50). Ihre These I lautet nun: Die so definierte „Quantifizierung“ verschaffe uns die Möglichkeit, Operationen im Objektbereich durch Operationen im abstrakten Raum (Operationen mit Symbolen) zu ersetzen (50, 59). These II: „Wir können nicht ohne weiteres davon ausgehen, daß Quantifizierung als Zuordnung von *Zahlwörtern* zu Objekten gemäß Regeln schon Manipulation der Symbole im Sinne der Struktur irgendeines der uns geläufigen *Zahlensysteme* zuließe“ (50/51). Die Autoren führen sodann die zur Konstruktion von Nominalskalen notwendige Definition der Äquivalenzrelation sowie das

Axiomensystem der vollständigen einfachen Ordnung ein, das zur Konstruktion von Ordinalskalen benötigt wird. Strukturiert man eine Menge mit Hilfe einer Ordnungsrelation, so kann man versuchen, ihre Elemente in eine „Reihenfolge“ zu bringen. „Die in der Reihenfolge der Objekte“, so lautet These III, „sich darstellende Ordnung liegt nicht in den Objekten, sondern wird von uns aufgestellt. Ob jedoch die Ordnungsbeziehung (...) die verlangten Eigenschaften, nämlich Irreflexibilität, Asymmetrie und Transitivität hat, ist eine Frage an die Wirklichkeit und kein Problem unserer mathematischen Fertigkeiten“ (54).

Aus ihren Thesen leiten Ritsert und Becker das „Dilemma des Sozialwissenschaftlers“ (Coombs) ab. Einerseits könne man bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten das Axiomensystem A, das dem jeweiligen Meßniveau M zugrunde liegt, als System von Aussagen über den Gegenstandsbereich G auffassen (These I); andererseits folge aus den Thesen II und III, daß die — für die Verwendung von M notwendige — Isomorphie zwischen A und G „nicht von vornherein gegeben ist“ (60); die Prüfung dieser Frage (ob M den Daten „angemessen“ ist) sei aber nur mit Hilfe von M selbst durchzuführen. „Man kann also tatsächlich von einem methodischen Oktroy sprechen, und der Sachverhalt beleuchtet die Grundzüge eines Meßdilemmas in den Sozialwissenschaften: Nicht nur bestimmt sich das, was als Fehler (error) gelten kann, zu einem großen Teil vom Meßniveau her, das man den Daten unterlegt, der Sozialwissenschaftler hat auch gleichsam zu wählen zwischen dem Einzeichnen (= Abbilden, K.-E. L.) seiner Daten (z. B.) in eine einfache Ordnung und der Frage an seine Daten, ob sie einer einfachen Ordnung tatsächlich genügen. (...) Wir haben damit (...) eine Interpretation für eine der umstrittensten Thesen über das Verhältnis von Theorie und Empirie in den Sozialwissenschaften gegeben, nämlich die, der deduktiv-empirische Verstand neige dazu, die ‚Methode über die Sachen selbst zu stellen‘“ (61).

Warum gibt es aber trotzdem einen „Meßfetischismus in der Soziologie“ (61)? Die Autoren zitieren als Antwort Coombs: „Die Gesellschaft verlangt oft, daß einer Eigenschaft zumindest eine einfache Ordnung auferlegt wird. So kann ein Individuum im Falle der ästhetischen Qualitäten von Gemälden vor dem Problem stehen, ein Gemälde auszuwählen, das es kaufen möchte. Um einen Entscheid fällen zu können, muß es, trotz der Existenz nur einer partiellen Ordnung, zumindest einem Teil des Feldes eine einfache Ordnung auferlegen“, und fahren fort: „Hier wird in der Tat das ausgesprochen, was die Entscheide bedingt, höhere Meßniveaus zu wählen, als sie den Daten, der ‚Sache selbst‘ (der Realität), entsprechen: die Interessen in dem für die historisch gegenwärtige Gesellschaft kennzeichnenden System der Warenproduktion und des Warentausches. Die Vorherrschaft der Tauschwerte über die Gebrauchswerte verlangt in den positiven Sozialwissenschaften den Rückgriff auf elaborierte Meßtechniken, den Primat der strikten Quantifizierung über die Rücksicht auf die Eigenschaften der Sachverhalte selbst“ (62).

Selbst wenn man unterstellt, dieses Beispiel — die Wahl eines Meßniveaus zu dem Zweck, eine Kaufentscheidung herbeizuführen — sei typisch für die Situationen, in denen Soziologen den „methodischen Oktroy“ vornehmen, wird man diese „Erklärung“ nicht als eine gelungene Ableitung aus der marxistischen Theorie bezeichnen können; es handelt sich vielmehr lediglich um einen Analogieschluß: so wie in der materiellen kapitalistischen Produktion der Tauschwert über den Gebrauchswert dominiert, so dominieren in der empirischen Sozialforschung quantifizierende Verfahren über „qualitative“ Argumente. So plausibel dies klingt, es ist keine Erklärung.

An dieser fehlenden Erklärung der Tatsache, daß sich quantitative Methoden in den Sozialwissenschaften immer stärker durchsetzen, dürfte es liegen, daß die Reflexionshinweise im Hauptteil des Buches an keiner Stelle den methodologischen Rahmen des „deduktiv-empirischen Verstandes“ überschreiten. Der Hinweis etwa, am arithmetischen Mittel lasse sich „paradigmatisch auch zeigen, wie wichtig es ist, die Bedingungen der Konstitution von Daten, die statistisch aufbereitet werden sollen, zu reflektieren“, da es sich „sinnvoll nur für numerische Daten“ berechnen lasse (100), stellt auf eine Trivialität ab, die wohl von niemandem, insbesondere von keinem empirischen Sozialforscher, bestritten wird.

Trotz dieser Mängel ist der Versuch von Ritsert und Becker, ein Statistik-Lehrbuch zu verfassen, das sich nicht mit der Darstellung der rein „technischen“ Verfahren begnügt, sondern zugleich die wissenschaftstheoretischen Probleme mitdiskutiert, um so höher zu bewerten, als vergleichbare Arbeiten marxistischer Autoren bislang kaum vorliegen. Gerade deshalb sollten jedoch in der dringend notwendigen wissenschaftstheoretischen und methodologischen Diskussion nicht diejenigen Autoren stillschweigend übergangen werden, die ein anderes Marx-Verständnis haben als die Theoretiker aus dem Umkreis der „Kritischen Theorie“. Dies tun jedoch Ritsert und Becker, obwohl ihre Ansichten die Auseinandersetzung mit einem Theoretiker wie z. B. Rainer Thiel, für den die „Forderung des Messens ein Postulat der materialistischen Weltanschauung überhaupt“ ist („Quantität oder Begriff?“, Berlin 1967, S. 103), geradezu herausfordern.

Karl-Ernst Lohmann (Bonn)

Greer, Rebecca: Die erfolgreiche Frau in Gesellschaft, Liebe und Beruf. Albert Müller Verlag, Rüschlikon-Zürich, Stuttgart, Wien 1971 (196 S., Ln., 19,80 DM).

Für Rebecca Greer gibt es zwei Arten von Frauen: die verheirateten und die *noch* nicht verheirateten. Für letztere unterbreitet sie auf knapp 200 Seiten Tips, Tricks und Ratschläge, wie die „Freuden des Junggesellendaseins“ auszukosten seien.

„Das soll nicht heißen, daß ich eine Ehefeindin bin. Mitnichten. Ich gebe sogar zu, daß fast jede Frau (auch ich) früher oder später heiraten sollte; die Früher-oder-Später-Philosophie ist allerdings der springende Punkt“ (10). Das Früher-oder-Später Limit vom Abschluß der Ausbildung bis zur Heirat begrenzt die Autorin auf „mindestens zwei Jahre“.

Für diese Zeit empfiehlt sie — gestützt auf eigene Erfahrungen und die ihrer Freundinnen Gloria, Sally, Patricia u. a. — „Vorwärtskommen im Beruf, Gastfreundschaft, Umgang mit Freunden, Entwicklung neuer Interessen, Auslandsreisen, Männerbekanntschaften“ (143), alles Dinge, die jeder Frau auch ohne Rebecca Greer's Ratgeber einfallen würden. Die üblichen Schönheitstips [„Toupieren macht die Haare brüchig“ (176)] und Hinweise zur Gestaltung des eigenen Heims [„Die Einrichtung darf nicht bunt zusammengewürfelt wirken“ (50)] bewegen sich sämtlich innerhalb des Niveaus von Frauenillustrierten. All diese Bemühungen gelten natürlich „dem Umgang mit Männern“ — „vom flüchtigen Begegnen bis zum gemeinsamen Ziel, nämlich der Eheschließung. . . Da es ein ziemlich langes Spiel werden kann, ist es wichtig, die Regeln zu beherrschen. Viele machen den Fehler, sich mit dem zweiten Preis zu begnügen, anstatt weiterzuspielen, bis man den ersten erringt“ (103). Um den Hauptgewinn nicht zu verpassen, sollen nach Rebecca Greer Heiratsanträge unpassender Kandidaten abgelehnt werden, etwa mit folgender Begründung: „Wir beide haben offenbar nicht viel gemeinsam, Erwin“ (161). Weicht die Autorin mit der ihr eigenen Konsequenz nicht einen Fingerbreit von den ausgetretenen Pfaden der Konvention ab, kann es nicht verwundern, daß sie sich mit erhobenem Zeigefinger zum Interessenvertreter der Arbeitgeber aufspielt: „Der Arbeitgeber, der den Lohn auszahlt, erwartet, daß wir die Aufmerksamkeit auf die Arbeit richten, nicht auf Büroklatsch, Kaffeepausen und private Telefongespräche. Es wird von uns erwartet, daß wir Kritik mit Anstand hinnehmen (so lernt man am besten), daß wir die Stufenleiter der Vorgesetzten respektieren . . . , daß wir uns nicht herausfordernd kleiden . . . , daß wir normal sprechen (weder fluchen noch gurren), daß wir arbeiten (nicht uns maniküren oder schminken)“ (35). „Der Arbeitgeber kann es sich leisten, ungenau zu sein, die Angestellte auf keinen Fall“ (37).

Kein Wort von Aufstiegshindernissen, Diskriminierungen am Arbeitsplatz, Lohnbenachteiligungen, mangelnden Bildungsmöglichkeiten für Frauen, nicht die Spur von Einsicht in die gesellschaftliche Wirklichkeit. Erfolgreich sein heißt für Rebecca Greer: gefügige Arbeitskraft und willige Konsumentin sein; wer sich damit nicht begnügt, kann keine erfolgreiche Frau sein. Denn: „Keine Frau löst das Problem des sogenannten Geschlechterkampfes, indem sie sich das Vorrecht des Mannes anmaßt“ (15), sind doch Männer „die Achse, um die sich die Welt dreht“ (77).

Ein überflüssiges Buch, in dem Ignoranz, Langeweile und unverfrorene Dummlichkeit einander ständig übertreffen.

Jutta Menschik (Berlin)

Fülles, Mechthild: *Frauen in Partei und Parlament. Die Frau in der Politik. Band 1.* Herausgegeben von Gabriele Sandmann-Bremme. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1969 (160 S., Ln., 14,50 DM).

Die Diplomsoziologin Mechthild Fülles untersucht in dem vorliegenden Buch die Mitarbeit von Frauen in Parteien und Parlamenten Westdeutschlands für die Jahre 1946 bis 1966. Erfasst werden die vier großen politischen Parteien CDU, CSU, SPD und FDP sowie die parlamentarische Tätigkeit von den kommunalen Vertretungskörperschaften über die Landesparlamente bis in den Bundestag. Der Verfasserin geht es in ihrer Untersuchung vor allem darum, „ob sich aus der politischen Laufbahn der Parlamentarierinnen Aufschluß darüber gewinnen läßt, warum in den westdeutschen Kommunalvertretungen, Landtagen und im Bundestag Frauen relativ schwach vertreten sind“ (11). Um dieses Problem zu klären, gibt Fülles zunächst eine Analyse der Situation der Frau in den Parteien. Denn „der Weg in die Parlamente hat hier seinen Anfang“ (137). An Hand des ihr zur Verfügung stehenden Zahlenmaterials stellt Fülles ein „krasses Mißverhältnis“ zwischen dem Frauenanteil in den Parteiorganen und dem Frauenanteil in der gesamten Mitgliederschaft fest. Gründe für diese Unterrepräsentation der Frau in den Parteiorganen ergeben sich nach Fülles aus dem noch ungelösten Konflikt von alten und neuen Rollenerwartungen (137). Die Doppelbelastung der Frau durch Beruf und Haushalt hindert sie am Besuch der Parteiversammlungen, dem „Ausgangspunkt jedes Weges in eine Parteiposition“ (50). Auch wird dem Mann eher als der Frau die Vernachlässigung der Familie zugunsten der politischen Aktivität zugestanden (52). Belastungen ergeben sich jedoch auch aus den der Frau anezogenen Charaktereigenschaften wie Unselbständigkeit und Passivität. So geben sich Frauen in der Partei oft mit den untergeordneten Posten als Schriftführer oder Kassierer zufrieden (52). Die in den Parteien gebildeten Frauenorganisationen, die sich die Beseitigung der Chancengleichheit der Frau in den Parteien selbst zum Ziel gesetzt haben, haben nach Fülles dieses Ziel jedoch nicht erreicht. Statt der erstrebten Integration der Frauen ist nur eine noch stärkere Isolation erreicht worden (58). Der Anspruch der Frauenorganisationen auf angemessene Vertretung in den Parteiorganen, Delegationen und Führungsgremien wird von den Parteien als typische Forderung einer Interessengruppe angesehen (138). Die Frauen treten hierdurch in die Konkurrenz mit einer Vielzahl von anderen Gruppen und ihnen wird in der Regel genauso wie den anderen Gruppen ein gewisses Kontingent von Vorstandssitzen und Kandidaturen eingeräumt (61).

Bei der Untersuchung der Situation der Frau in den Parlamenten der Bundesrepublik kommt Fülles zu dem Ergebnis, daß die in den Kommunalvertretungen, Landtagen und im Bundestag vertretenen Frauen gegenüber ihrem Anteil an der Parteimitgliedschaft ebenfalls unterrepräsentiert sind (120). Es besteht von vornherein ein Mangel

an kandidaturfähigen Frauen. Wie Fülles ausführt, werden sie nach den gleichen Kriterien ausgewählt wie die männlichen Kandidaten, doch gibt es nur einen kleinen Kreis von Politikerinnen, die der Vielzahl von Kriterien gleichzeitig zu entsprechen vermögen. „Zu wenige Frauen sind in ihrem Parteibeizirk populär, und es fehlt ihnen der notwendige Rückhalt in der Partei, der in der Zugehörigkeit zum Kreis-, Bezirks- oder Landesvorstand zu sehen ist; zu wenige zeigen durch den erlernten Beruf und ihre berufliche Stellung die nötigen sachlichen Qualifikationen oder können eine führende Stellung in einem der vielen Parteiausschüsse oder in einem der Verbände vorweisen, die von den Parteien bei der Kandidatennominierung berücksichtigt werden; zu wenige haben in den Kommunen politische Erfahrung gesammelt, durch die sie sich für eine Landtags- oder Bundestagskandidatur empfehlen“ (139).

Welche Möglichkeiten sieht nun Fülles, der Frau zu einer aktiveren Tätigkeit in Parteien und Parlamenten zu verhelfen. Sie schlägt den Frauen vor, zunächst die „Interessenvertretung Frau“ optisch abzubauen. Da die Frauenorganisationen „den Faktor ‚Geschlecht‘ besonders betonen, lassen sie die ungeklärte Situation bewußt bleiben, wecken Emotionen und verhindern, daß auf die Frau generell dieselben sach- und leistungsbezogenen Verhaltensmuster Anwendung finden wie auf den Mann“ (146). Als zweiter Schritt hätte nach Fülles „die Aufgabe der selbstgewählten Isolation“ zu folgen. Die Mitarbeit und Spezialisierung von Frauen in den Fachausschüssen der Parteien wäre zu erstreben. Ferner hätten sich die Mitglieder der Frauenverbände in die entsprechenden Fachverbände zu integrieren. Zum Schluß ihrer Arbeit meint Fülles, daß es an der Frau liege, „die Beseitigung noch immer wirksamer negativer Vorurteile der Gesellschaft gegenüber der Frau voranzutreiben“ (146).

Fülles trägt viel Material zur Situation der Frauen in Partei und Parlament zusammen und weiß es auch zu kommentieren. Problematisch an ihrer Arbeit ist, daß ihre Kritik an der wenig zufriedenstellenden politischen Situation der Frau in der Bundesrepublik immanent, d. h. innerhalb des vorgegebenen gesellschaftlichen und politischen Rahmens bleibt. Die Ursachen, die sie für die Benachteiligung der Frau im politischen Bereich angibt, gehen über allgemein gehaltene Erklärungsversuche wie „Konflikt zwischen alten und neuen Rollenerwartungen“ (56), „Gelten alter Rollenvorstellungen“ (144) und dem „Vorherrschen des Vorurteils von der weiblichen Beschränktheit“ (17) kaum hinaus. Hinweise auf tiefergehende Ursachen, wie etwa auf die durch den Kapitalismus bedingte Konkurrenzangst des Mannes, also in diesem Zusammenhang auf seine Angst vor der Konkurrenz der Frau in seinem „ureigensten Bereich der Politik“, fehlen. Auch kann es nicht allein Aufgabe der Frau sein, die Beseitigung ihrer Benachteiligung voranzutreiben, wie Fülles schreibt, vielmehr sind hierzu gesamtgesellschaftliche Anstrengungen nötig.

Fülles setzt politische Betätigung mit Arbeit in Parteien und Parlamenten gleich und will mehr Frauen in die Parlamente schicken, ohne dabei die Funktion der Parlamente prinzipiell zu hinterfragen.
Sigrid Ständer (Berlin)

Böhme, Wolfgang (Hrsg.): *Nach der Emanzipation. Dilemma und Chance der Frau in unserer Gesellschaft.* Mit Beiträgen von Anni Weiland, Cornelia Stephan, Gertrud Stihler, Liselotte Funke und Bernhard Harnik. Projekte 45, Radius Verlag, Stuttgart 1971 (58 S., kart., 6,80 DM).

Der Titel dieser Aufsatzsammlung suggeriert eine vollzogene Emanzipation. Unhistorisch und unkritisch unterstellt er der Mehrheit der Frauen in der BRD die vollzogene Befreiung aus gesellschaftlichen Zwängen, die selbst nicht näher bestimmt oder gar auf ihre Ursachen hin untersucht werden. So verwundert es nicht, daß die Chance der Frau darin gesehen wird, einige kleine Schwierigkeiten zu überwinden, die ihrer Selbstentfaltung noch im Wege stehen. Die Aufsätze versuchen, unter allgemeinen, politischen, theologischen und psychologischen Aspekten Dilemma und Chance der Frau in unserer Gesellschaft darzulegen. Der Terminus „unsere Gesellschaft“ verklammert die in ihrer Qualität recht unterschiedlichen Beiträge unter einer beschwörenden Formel des Einverständnisses. Die Autoren gehen überwiegend davon aus, daß die Stellung der Frau und ihre Probleme angemessen durch die (klein-) bürgerliche Frau repräsentiert sind. Dementsprechend wird die Chance der Frau nicht gesellschaftlich verstanden, sondern stets als die Möglichkeit einzelner Individuen, sich durch eigene Initiative und Bemühungen aus einem — allerdings nicht selbst verschuldeten — Dilemma zu befreien. Dabei wird die Struktur der Kleinfamilie mit den ihr immanenten Zwängen ebensowenig in Frage gestellt wie die Stellung des Mannes als Ernährer der Familie, der „seiner Arbeit nachgeht“.

Als weiteres Indiz für die Unfähigkeit der Autoren, die Situation der Frau angemessen zu analysieren, erweist sich die nicht problematisierte Verwendung des Rollenbegriffs: Die Frau in ihrer Rolle als Ehefrau, Hausfrau, Mutter und Berufstätige bedarf wohl nur noch einiger Regieanweisungen und ideologischer Unterstellungen, um perfekt zu funktionieren: „Wohl wirken Hausfrauen . . . für ihre kleine Familie, aber die Wirkungen sind weltweit und greifen in die Zukunft hinaus. Dürfen sie dann noch über Mangel an Möglichkeiten zur Selbstentfaltung klagen?“ (Anni Weiland, S. 13).

Der Anfangssatz in Wolfgang Böhmes theologischem Versuch „Über die Befreiung der Frau zu sich selbst“ mag stimmen: „Etwas über die Frau oder auch über den Mann zu sagen, ist heute nicht einfach“ (39). Die Leser des hier besprochenen Bändchens — hoffentlich sind es sehr wenige — werden erstaunt sein, wie einfach man es sich machen kann.
Petra Blanke (Bochum)

Dahrendorf, Malte: Das Mädchenbuch und seine Leserinnen. Versuch über ein Kapitel „trivialer“ Jugendlektüre. Mit einem Anhang über Mädchenbücher der DDR. Verlag für Buchmarkt-Forschung, Hamburg 1970 (293 S., kart., 36,— DM).

Der Verfasser hat alle 1967 in der BRD neu erschienenen Mädchenbücher untersucht, zum Teil auch ältere, um Entwicklungstendenzen anzudeuten.

Außerdem wurden 1400 zwölf- bis siebzehnjährige Haupt-, Real- und Fachschülerinnen mittels eines „Buchinhaltenests“ befragt. Man ließ Aufsätze schreiben und legte 40 Hamburger Haupt- und Real-schülerinnen gleiche Bücher zum Lesen vor.

Das vorliegende Buch zeichnet sich durch den Nachweis aus, daß das zeitgenössische Mädchenbuch (von wenigen Ausnahmen abgesehen) noch immer eine gegenaufklärerische Funktion erfüllt — und zwar in doppelter Hinsicht: Einmal werden die Leserinnen auf die althergebrachte Frauenrolle regelrecht dressiert, und darüber hinaus werden sie durch diese Literatur abgelenkt von der rauhen Wirklichkeit. Die Widersprüchlichkeit der Gesellschaft wird veruscht, eine heile Welt befriedigt Kompensationsbedürfnisse.

Entscheidend für die Argumentation des Verfassers ist, daß Mädchen tatsächlich sehr stark auf diese Irrealitäten ansprechen, wie die „punktuellen Stichproben“ ergeben. Dies liegt nicht nur daran, daß der geringe Wahrheitsgehalt nicht erkannt wird, z. B. schreibt eine 14jährige Hauptschülerin zum Thema „Warum ich gern/nicht gern lese“: „Es gefällt mir gut, wenn in den Büchern von großen Abenteuern die Rede ist. Zwar sind die meisten Geschichten nicht wahr, aber es gefällt mir doch“ (198). Die Widersprüchlichkeit dieser Aussage ist zugleich die des Buches: Dahrendorf kommt — trotz intensiver Kritik — zu der Auffassung, daß man den Mädchen diese — wenn auch verderbliche — Literatur nicht nehmen dürfe und fragt sich, „ob es nicht sinnlos, ja unmenschlich wäre, durch (immer wieder geforderte) ‚Maßnahmen‘ den Mädchen ihre Lektüre fortzunehmen oder sie ihnen, wie es immer wieder praktiziert wird, ‚schlecht‘ zu machen, wenn man zugleich an den Bedingungen, welche der Lektüre zugrunde liegen, weder etwas ändern kann noch will“ (199).

Da Dahrendorf's Analyse geradezu zwingend den Schluß nahelegt, daß nur eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft das Übel beseitigen kann, drängt sich die Frage auf, ob die Verteidigung des reaktionären Mädchenbuchs auf die Unfähigkeit des Verfassers hindeutet, den entscheidenden Schritt (wenigstens verbal) zu tun oder aber ob sie die Verschleierung bewußt unterstützt. Greifen wir ein Argument des Verfassers für die Beibehaltung der reaktionären Mädchenbücher heraus: Das Mädchen wird aufgrund der Identifikationsmöglichkeit mit der Heldin und dem Geschehen des Buches überhaupt zum Lesen motiviert und somit zu einer Literaturverbraucherin. Da Lesen zu einer entscheidenden existenzsichernden

Kulturfunktion geworden ist, ist dieser Vorgang heute von unschätzbare Bedeutung (237).

Diese Identifikationsmöglichkeit kann nach Auffassung Dahrendorfs nur das reaktionäre Mädchenbuch bieten, denn: „Ein anderer Weg, um eine solche Begegnung (von Leser zu Lesendem) herbeizuführen, ist bisher nicht aufgezeigt worden. Er mag, auf der Grundlage einer gewandelten gesellschaftlichen Ordnung, möglich sein; doch hat jede Ordnung ihre Kehrseiten und Risiken“ (237). Der Verfasser aber plädiert für das reaktionäre Mädchenbuch, weil im „Unterhaltungslesen“ ein Moment kompensierender Entlastung liegt (200 f.). Dies trotz der Feststellung, daß die Lektüre zu Icheinschränkung und Neurose verurteilt (157). Zur Bekräftigung wird Ludwig Marcuses „Philosophie des Glücks“ zitiert, die besagt, daß die meisten Menschen das Vergnügen brauchten, um den Anforderungen der Wirklichkeit gerecht zu werden (201), und Jochen Greven, der Unterhaltungslesen für einen „Ersatz ungelebten Lebens“ hält, „der als Triebableitung . . . vermutlich gesellschaftlich recht nützlich ist . . .“ Solche „seelische Gymnastik“ sei ganz legitim und eine vermutlich gesunde Funktion (201).

Um noch einmal zu verdeutlichen, wie klar sich der Verfasser über die Funktion des Mädchenbuchs ist und welchen Eindruck man durch seine Schlußfolgerungen gewinnen muß, folgendes Zitat: „Das Mädchenbuch empfiehlt dem Mädchen . . . , die Welt ‚im kleinen‘ wohnlicher und wärmer zu gestalten, kümmert sich aber kaum um die politischen Bedingungen, die wieder in die Familie zurückwirken und deren Gestaltung es dem Manne überläßt. Daher spielt seit jeher die individuelle ‚Wohltätigkeit‘, die hilfreiche Fürsorge für die — leider — Armen und Bedürftigen im Mädchenbuch eine erheblich größere Rolle als die Frage, wie man vielleicht die Armut abschaffen könnte (. . .). Diese Haltung ist unpolitisch, weil sie das Übel nicht an der Wurzel packt und die tatsächlichen sozialen Konflikte eher verschleiern hilft“ (98/99). Hilft der ungehinderte Vertrieb der Mädchenbücher, die das Übel nicht an der Wurzel packen, nicht ebenso die sozialen Konflikte zu verschleiern? Und Dahrendorf will im Namen einer nicht näher definierten pluralistisch-liberalen Gesellschaft weiterhin reaktionäre Mädchenbücher im oben beschriebenen Sinne fördern.

Diesem Vorwurf sucht der Verfasser vorzubeugen, denn er ist gleichzeitig der Meinung, daß die Wirkungsmöglichkeiten von Literatur immer wieder überschätzt werden, da sie nur ein Faktor unter vielen ist (196).

Dahrendorf will die Arbeit allein den Pädagogen überlassen. Denn er meint, daß die Erziehung auf die Lektüre aufbauend eingreifen müsse (237). Es komme weniger darauf an, *was*, sondern *wie* gelesen werde (199). Denn: „Nur Bildung und Ausbildung und die Herstellung einer tatsächlichen Chancengleichheit aller wird einen günstigen Nährboden für die Kunst und das Kunstverhalten des bürgerlichen Mittelstandes auch in den US (Unterschichten) schaffen, die allerdings in diesem Moment keine US i.e.S. mehr wären“ (239).

Das alles ist einleuchtend und zweifellos richtig. Die Auswirkung der Bildung erkennt man auch daran, daß die Abkehr von den Mädchenbüchern bei Realschülerinnen früher einsetzt als bei Hauptschülerinnen, sich radikaler vollzieht und überwiegend zugunsten höherwertiger Erwachsenenliteratur (230). Aber noch haben wir die Chancengleichheit nicht, und Dahrendorf empfiehlt: „Bei der Konzeption einer Leseerziehung angesichts einer Jugendliteratur und einer Massenkunst der beschriebenen Art sollte man Spekulationen aus dem Wege gehen und auf dem Boden unserer gesellschaftlichen Tatsachen bleiben, und das heißt: auf dem Boden einer liberalen, offenen und dynamischen Gesellschaft, die sich eine weitgehende Mobilität und Chancengleichheit ihrer Mitglieder zum Ziel gesetzt hat“ (241).

Wie dieses Ziel erreicht werden soll, läßt Dahrendorf offen. Wenn man davon ausgeht, daß das massenhaft verbreitete Mädchenbuch nur von Mädchen mit höherem Bildungsgrad zugunsten höherwertiger Erwachsenenliteratur getauscht wird, die Mehrheit aber weiterhin auf trivialem Niveau bleibt (Frauenzeitschriften, Groschenromane), so muß das Fazit lauten: Liberalismus führt zur Resignation. Dennoch hat das vorliegende Buch Wert als ausgezeichnete Materialsammlung, es kommt (ganz im Sinne des Verfassers) nur darauf an, wie man es liest.

Helga Veit (Berlin)

Langer-El Sayed, Ingrid: Frau und Illustrierte im Kapitalismus. Die Inhaltsstrukturen von illustrierten Frauenzeitschriften und ihr Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1970 (298 S., br., 14,80 DM).

Daß die Vorstellung vom „Wesen der Frau“, von der für alle Zeiten festgelegten Rollenverteilung der Geschlechter sich aus gutem Grund als zählebiger erwiesen habe als manche andere, darüber gibt es eine längst unübersehbar gewordene Literatur, auch wertvolle Einzeluntersuchungen, etwa unserer Schullesebücher. Ingrid Langer-El Sayed, deren Schrift ursprünglich als Dissertation vorgelegen hat, sieht sich daraufhin illustrierte Frauenzeitschriften an. Kernstück ihrer Untersuchung bildet die Analyse von fünf repräsentativen bundesdeutschen Frauenzeitschriften (Für Sie — Brigitte — Freundin/Filmrevue bzw. Freundin — Film und Frau bzw. Moderne Frau und Praline), beschränkt auf die Jahrgänge 1964—67. Damit erweisen sich Titel und Untertitel als irreführend, denn ins Blickfeld genommen wird lediglich die BR. Die Verfasserin nimmt sich u. a. Titelbild, Werbeanteil, Themenkreis vor (etwa Mode und Kosmetik, Haus, Haushalt und Familie), bezieht auch die Themen der erzählenden Prosa mit ein, bemerkt den unproportioniert breiten Raum, den die sogenannte weibliche „Prominenz“ einnimmt (deren Image gleichzeitig auf die Lebensbedingungen der mittelständischen Leserinnen zurechtgestutzt wird), stellt fest, daß die aktuellen, nicht privaten Frauenprobleme ausgeklammert bleiben und dort, wo Retouchen unvermeidlich geworden sind (etwa in Zusammenhang mit der berufstätigen Frau und der heute zu ewiger Jugend verdammten Groß-

mama), wieder ein verzerrtes Bild im Dienste der Konsumsteigerung entsteht. Der Beruf, so ermittelt sie aus den herangezogenen Zeitschriften, habe „keinen Stellenwert für weibliche Zielvorstellungen“, häufiger „Bezugspunkt“ sei das „Wesen der Frau“, immer wieder werde „Harmonisierung“ angestrebt, und das Rollenbild orientiere sich an der Oberschicht. Keine ganz neuartigen Feststellungen, wie man sieht, die sich vielleicht auch in etwas weniger geschraubter Sprache hätten ausdrücken lassen. Doch weiter: auf der Suche nach einem „Befund“ für die „Funktion des Frauenbildes der Frauenzeitschriften“ scheint diese Funktion ihr in einer „Reproduktion der Vorurteile“ zu liegen, wodurch ein „Wegweiser zur Anpassung“ entsteht, was wiederum den gängigen Wunschvorstellungen Rechnung trage. Nur so ließen sich Auflagen- und Profiterhöhung garantieren. Auch das hätte sich einfacher ausdrücken lassen.

Um zu diesem Ergebnis zu kommen (das jeder einigermaßen wache Leser un schwer einer beliebigen Nummer einer dieser Zeitschriften entnehmen kann), hat die Verfasserin mit wahren Bienenfleiß ein enormes Material gesammelt, das sie in keiner Weise verkraften kann und unter dessen Last sie und ihr ganzes Konzept zusammenbrechen. Da werden die aufwendigsten Statistiken und Tabellen erstellt (über zwanzig ganzseitige, nicht gerechnet jene, die über eine halbe oder zweidrittel Seite reichen), da wimmelt es nur so von Fußnoten (auch sie gelegentlich bis zu einem Drittel der Textseite einnehmend), da werden die einzelnen Kapitel in so viele Unterabteilungen gegliedert, daß einem schon beim Lesen des Inhaltsverzeichnisses schwindlig werden kann.

Doch beginnt dieses eigentliche Kernstück der Untersuchung erst auf Seite 102 (Kapitel III), zuvor werden u. a. auch die „ideologischen Auffassungen zu den Geschlechterrollen (etwa die altliberale, psychoanalytische und frühsozialistische) untersucht. Auch hier erweist sich die Verfasserin als merkwürdig unbeholfen und uninformiert: so werden zwar Bebel, Engels und Clara Zetkin im entsprechenden Abschnitt angeführt, nicht aber Alexandra Kollontai, deren konsequente Forderungen für die Emanzipation der Frau seinerzeit selbst ihre Gesinnungsgenossen in Rußland schockierten und deren Ansichten ebenso wie die von G. B. Shaw („Wegweiser für die intelligente Frau zum Sozialismus und Kapitalismus“) doch einer Auseinandersetzung wert gewesen wären. Ebenso hätte in diesem Zusammenhang die bürgerliche deutsche Frauenrechtlerin Helene Stöcker erwähnt gehört, von der erwiesenermaßen die Kinder- und Mütter-Gesetzgebung des revolutionären Rußland einiges übernommen hat.

Man kann der Verfasserin zwar dann wieder nur zustimmen, wenn sie — nach etwa 270 Seiten — als Ansatzpunkte für „Veränderung“ und geeignete „Maßnahmen“ entdeckt, man sollte zur Hebung des politischen Bewußtseins der Frau beitragen und für die berufstätige Frau zur „Umsetzung der täglichen Erfahrungen im Berufsleben in politisches Denken und Handeln“ auffordert. Doch daß derlei Banalitäten artikuliert werden können, ist um so gravierender angesichts der Tatsache, daß inzwischen eine Frauenbewegung längst ins Rol-

len gekommen ist, deren Diskussionen zumindest in Rechnung zu stellen gewesen wären. Und damit sind wir bei einer der wichtigsten Unzulänglichkeiten dieser Arbeit angelangt.

Das Literaturverzeichnis der Verfasserin (acht engbedruckte Seiten) enthält zwar illustre Namen in- und ausländischer Provenienz, aber abgesehen davon, daß man beim Lesen des Textes selbst eher den Eindruck gewinnt, sie wären bloß aufgezählt, nicht aber ins Denken integriert worden, so werden für die Frauenfrage im engeren Sinn von ausländischen Autoren eigentlich nur Simone de Beauvoir und Betty Friedan (Der Weiblichkeitswahn) herangezogen, also längst etablierte Schriftstellerinnen. Nicht bekannt sind dagegen offenbar die in den USA leidenschaftlich diskutierten Manifeste von „Womens' Lib“ (Womens' Liberation Movement), der „Radical Feminists“ oder der „Redstockings“. Auch so wichtige Arbeiten wie die von Sulamith Forestier oder Juliet Mitchel, um nur diese zu nennen, scheinen nicht auf, geschweige denn das in den Vereinigten Staaten furore machende Werk über „Sexus und Herrschaft“ von Kate Millet, das nun doch auch deutsch (im Desch Verlag) vorliegt. Dabei ist es heute doch unerlässlich für jeden, der sich mit irgendeinem Aspekt der Frauenfrage beschäftigt, auf dieses Buch mit seinen brillant provokanten Formulierungen Bezug zu nehmen, sieht Kate Millet doch in der Rollenverteilung der Geschlechter „das älteste Unterdrückungssystem der Welt, haltbarer als jede Art erzwungener Segregation, unerbittlicher als jede Klassenschichtung“.

Statt die Analyse der herangezogenen Zeitschriften so breitzutreten, hätte sich vielleicht, selbst mit dem der Verfasserin zur Verfügung stehenden Instrumentarium (einschließlich ihrer unbeholfenen, unanschaulichen Sprache) doch Resultate ganz anderer Dimensionen erzielen lassen, wäre sie komparatistisch vorgegangen, hätte sie auch deutsche Zeitschriften der Vergangenheit und ausländische zum Vergleich herangezogen, immer gegen den jeweiligen gesellschaftlichen Hintergrund gesehen, versteht sich. Zu der vorliegenden Fassung kann nur gesagt werden: hier wurde ein ungewöhnlich großer Aufwand in lärmendem Leerlauf vertan.

Elisabeth Freundlich (Wien)

Psychologie

Otto, Karlheinz: Disziplin bei Jungen und Mädchen.

Ein Beitrag zur Gleichberechtigung der Geschlechter aus psychologischer, pädagogischer, soziologischer und historischer Sicht. Verlag Volk und Wissen, Berlin (DDR) 1970 (254 S., Ln., 8,— M).

Ausgangspunkt der empirisch-sozialpsychologischen Untersuchung über geschlechtsspezifische Unterschiede im Disziplinverhalten ist die Abhebung von der mechanistischen Auffassung, „daß jene psychi-

schen Besonderheiten, die historisch durch die unterschiedliche gesellschaftliche Stellung der Geschlechter entstanden sind und von Generation zu Generation tradiert wurden, nun, nachdem gleiche objektive Entwicklungsbedingungen für beide Geschlechter geschaffen wurden, sozusagen automatisch und von alleine verschwinden oder gar schon überwunden seien“ (32). Vielmehr sei es Aufgabe der marxistisch-psychologischen Forschung, gerade jene psychologischen Bedingungen zu ermitteln, die der Durchsetzung der vollen Gleichberechtigung der Frau im Wege stehen, um so gezielteren erzieherischen Einfluß ausüben zu können. Aus der Fülle der Persönlichkeitseigenschaften, die im Hinblick auf ihre Geschlechtsspezifität untersucht werden könnten, wurde das Disziplinenverhalten wegen seiner hohen Bedeutung für den Gesamtentwicklungsprozeß der sozialistischen Gesellschaft und der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution ausgewählt.

Daß es einer Umerziehung im Hinblick auf das Disziplinenverhalten dringend bedarf, beweisen die Untersuchungsergebnisse: Weder Jungen noch Mädchen zeigen die bewußte sozialistische Disziplin, die sich auszeichnet „durch engen Bezug zu den Zielstellungen der sozialistischen Gesellschaft und durch einen hohen Grad an Bewußtheit dieser Ziele im Denken und Handeln“ (13). Dabei sind Häufigkeit, Art und Intensität der Disziplinschwierigkeiten bei Jungen und Mädchen verschieden. Generell gilt, daß Jungen disziplinschwieriger sind als Mädchen. Die innere Struktur ihres Disziplinenverhaltens ist durch die Eigenschaften Selbstbewußtsein, Unausgeglichenheit, Kräfteüberschuß charakterisierbar, beim Mädchen hingegen durch Autoritätsgläubigkeit, Bescheidenheit, Schüchternheit bestimmt. Die Konformität der Urteile über das geschlechtsspezifische Disziplinenverhalten ist beim weiblichen Geschlecht wesentlich höher, ein Hinweis auf das stärker ausgeprägte Geschlechtsstereotyp der Frau. Aufschlußreich ist weiterhin die Geschlechtsproportion bei extremen Disziplinstößen wie der Kriminalität, bei der trotz erheblicher Senkung der allgemeinen Kriminalitätsquote die Geschlechtsproportion von 1:9 (Mädchen—Junge) annähernd konstant blieb.

Die Untersuchungsbefunde, die eindeutig die Geschlechtsspezifität des Disziplinenverhaltens in der Schule trotz des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems beweisen, sind nach Otto keinesfalls durch die unterschiedliche biologische Konstitution der Geschlechter zu erklären. Diese könne bestenfalls eine allgemeine Rahmenbedingung für das geschlechtsspezifische Verhalten abgeben, während die entscheidenden Determinanten des psychischen Geschlechtscharakters gesellschaftlich-historische seien. So sei die jahrhundertlange untergeordnete gesellschaftliche Stellung der Frau für die Ausprägung eines eher passiven, duldsamen Verhaltens verantwortlich. Den bürgerlichen Rechtfertigungsideologien, die Duldsamkeit und Gehorsam der Frau, Handlungsfähigkeit und Beherrschungsdrang dem Mann als Charaktereigenschaften zuordneten, sei es zu verdanken, daß diese Eigenschaften immer wieder bei Mann und Frau reproduziert wurden und ihnen quasi zur „zweiten Natur“ geworden seien.

Eben jene Ideologien aber, deren Zweck es ist, „den gesellschaftlichen Wirkungsradius des weiblichen Geschlechts möglichst klein und die Frauen mit den verschiedenen Mitteln willfährig, fügsam und botmäßig zu halten“ (160), seien es, die auch nach Entzug ihrer gesellschaftlich-materiellen Grundlage noch eine ganze Zeit fortwirken und das geschlechtsspezifische Disziplinverhalten determinieren könnten. Doch Otto ist ehrlich genug zuzugeben, daß nicht nur überlebte Vorurteile, sondern auch der noch immer existierende Mangel an den objektiven Voraussetzungen für die Gleichstellung der Frau (höchstmögliche Rationalisierung der Hausarbeit, genügend Kinderkrippen, Schulhorte etc.) das Fortbestehen der Geschlechtsstereotype begünstigen. Ob also wirklich die überdauernde Geschlechterideologie oder nicht vielmehr doch die Unvollkommenheit der materiellen Voraussetzungen der Grund für die Geschlechtsspezifität des Disziplinverhaltens ist, bleibt letztlich unentschieden. Auch der Hinweis Ottos auf den weitgehenden Abbau des Geschlechtsstereotyps in der UdSSR trägt nicht zur eindeutigen Beantwortung der Frage bei, ob dies durch den erzieherischen Abbau des Vorurteils oder durch die materielle Weiterentwicklung erreicht wurde.

Erwähnenswert ist, daß sich Otto in der Frage der Gleichberechtigung der Frau von jeder Art der „Gleichmacherei“ distanziert. Gleichwertigkeit, um die es im Kampf um die Gleichstellung der Frau gehe, sei nicht mit Gleichartigkeit zu verwechseln. Die sozialistische Gesellschaft und die tendenzielle Aufhebung aller gesellschaftlich bedingten Unterschiede der Geschlechter schaffe erst die Voraussetzung, die echten und wahren psychischen Geschlechtsunterschiede zu erkennen und zu entwickeln.

Weniger die theoretischen Äußerungen Ottos über die historisch-gesellschaftliche Bedingtheit des weiblichen Geschlechtscharakters, die in dieser Allgemeinheit auch aus der neueren bürgerlichen Literatur zu diesem Thema hinreichend bekannt sein dürften, als vielmehr das empirische Material, das einen Eindruck vom Ausmaß noch vorhandener psychischer Geschlechtsunterschiede in der DDR vermittelt, machen das Buch interessant. Besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß sich auch in kapitalistischen Ländern das Geschlechtsstereotyp zu wandeln beginnt, wäre es aufschlußreich, in einer systemvergleichenden Untersuchung das Ausmaß von Geschlechtsstereotypen zu ermitteln, um so den faktischen Vorsprung der Emanzipation der Frau in sozialistischen Ländern real einschätzen zu können.

Ilse Schütte (Berlin)

Heinsohn, Gunnar: *Vorschulerziehung heute? Vorschulerziehung und Kapitalismus.* März Verlag, Frankfurt 1971 (215 S., br., 14,80 DM).

Heinsohns These — die Einführung der Vorschulpflicht als anti-autoritäre Erziehung sei eine ökonomisch objektiv notwendige und

systemsprengende Reform — läßt sich in fünf Schritten darstellen.

1. Der erreichte Grad der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus hat die massenhafte Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte zur unabdingbaren Voraussetzung für die weitere Kapitalverwertung in der Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution.
2. Die besonderen, objektiv notwendig gewordenen Qualifikationen — prozeßunabhängige, kreative Fähigkeiten, wissenschaftlich umfassende Kenntnisse, selbständige, verantwortungsbewußte Verhaltensweisen etc. — können nur in antiautoritärer, sexuell freier Vorschulerziehung gewonnen werden.
3. Wird derartige Vorschulerziehung nicht bewußt und geplant eingeführt, so ist kein kapitalistisches Produzieren mehr möglich, das System — auf seine Schranke gestoßen — hebt sich selbst auf. Muß also das Kapital — ob es will oder nicht — den qualitativen Sprung zur Vergesellschaftung der Kleinkinderziehung als triebsublimierender Vorschulerziehung einleiten, so führt sie ihrerseits zur Aufhebung, denn 4. muß sie — aufgrund der Stärke der Arbeiterbewegung — gesellschaftlich allgemein und einheitlich stattfinden, so daß die qualitative Trennung proletarischer und bürgerlicher Kleinkindinstitutionen aufgehoben wird und zu einer Erziehung der Arbeiterkinder jenseits ihrer materiellen Klassenlage führt. Auch sie entwickeln die bisher typischen Mittelschichtqualitäten wie Planungsfähigkeit, intellektuelle Weitsicht, vielfältige geistige Fähigkeiten, auch sie werden — wie in der Mittelschicht tendenziell schon seit dem letzten Jahrhundert — total entfaltete Individuen.
5. Aus dem antizipierbaren Widerspruch zwischen der seit früherer Kindheit erworbenen hohen Arbeitskraftqualifikation und fremdbestimmter, perspektivloser Teilarbeit, dem durch individuellen Aufstieg nicht zu entgehen ist, entsteht bei der nunmehr wissenschaftlich dazu befähigten Arbeiterklasse Systemkritik: diese leitet die erste wahrhaftige und beispiellose Revolution der Weltgeschichte ein, gegenüber der alles Vorangegangene als bloße „Umwälzung“ abfällt.

Welche wissenschaftlichen Beweise kann Heinsohn für seine These anführen, m.a.W. wie analysiert er die stofflichen und strukturellen Veränderungen im Arbeitsprozeß, die aufgrund des Qualifikationsbedarfs zu umfassenden Reformen des Bildungsprozesses führen sollen, und wie leitet er aus ihnen eine Notwendigkeit der Einführung triebsublimierender Kleinkinderziehung ab? Zwar ist diese Ableitung Programm des Buches und muß als solche unterstrichen werden, doch wird die Produktivitätsentwicklung in der BRD auf dem leider üblichen Allgemeinheitsniveau statt analysiert, nur genannt. Das bloße Wiederholen der gängigen Wendungen Computer-Revolution, Chemisierung und Automation für die gegenwärtig beginnende technische Umwälzung des Arbeitsprozesses sowie einiger Einschätzungen aus der — ihrerseits zu kritisierenden — RKW-Studie resultiert bereits in den Behauptungen, die BRD befinde sich in der Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution, sie erfordere in enorm zunehmendem Maße hochqualifizierte Arbeitskräfte und rufe eine Polarisierung in hochqualifizierte und dequalifizierte Arbeitskräfte

hervor; aus prognostischen Freisetzungsraten wird auf großen Bedarf an flexiblen und höchst disponiblen Arbeitskräften geschlossen und schon steht die triebsublimierende Kleinkindererziehung als unabdingbare da. Nirgends werden die qualitativen Momente der Strukturveränderung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses branchenspezifisch untersucht und quantitativ eingeschätzt, nirgends werden die erforderlichen Arbeitsfähigkeiten in Abhängigkeit von der neuen Technologie analysiert und das Problem, wie sich die Freigesetzten auf die Branchen verteilen werden, wie groß also die Disponibilität tatsächlich sein muß, bleibt außer Betracht. Das Beweisverfahren beschränkt sich auf Überhöhung und Verlängerung allgemein bekannter Tendenzen in einen immensen Bedarf an triebsublimierender Vorschulerziehung hinein. Die grundlegende Wichtigkeit dieses ersten Ableitungsschrittes für die Sozialwissenschaften — wird er genau und umfassend vollzogen — gebietet m.E. das Zurückweisen von Spekulationen, die vielen Erziehern Sand in die Augen streuen könnten.

Der zweite Schritt verkehrt Freuds Konzept der Triebsublimierung zur antiautoritären Erziehung; sie sei die notwendige frühkindliche Grundlage und der wichtigste Abschnitt des Qualifikationsprozesses der Arbeitskräfte zu allseitig entfaltetten Persönlichkeiten, wie sie heute vom Kapital unbedingt benötigt würden. Die optimale Entwicklung einerseits abstrakter präfunktionaler Fähigkeiten (wie Konzentration, Problemlösen, technische Sensibilität, Abstraktions- und Reflexionsvermögen, elaboriertes Sprechen, Kreativität, Motiviertheit, Disponibilität etc.) und andererseits extrafunktionaler emotionaler Dispositionen (wie Kontaktbereitschaft, Widerstandsfähigkeit, Ich-Stärke, Ambivalenztoleranz, personale und territoriale Fluktuationsbereitschaft, Menschenkenntnis etc.) kann nach Heinsohn — ohne daß die Psychoanalyse oder er selbst jemals diesen umfassenden Zusammenhang theoretisch oder empirisch nachgewiesen hätten — einzig und allein bei sogenannter triebsublimierender Sexualerziehung möglich sein. Ist Sublimierung bei Heinsohn nur durch vollständig freie Bedürfnisentfaltung und unbeschränktes, verdrängungsfreies Ausleben einer (offenbar als biologisch konstant angenommenen, nämlich) biophysisch determinierten sexuellen Wißbegierde gewährleistet, soll dieser Prozeß der Erziehung zum Ungehorsam ohne jegliche Kollision mit den — sexuell natürlich selbstbefreiten — Erziehern stattfinden und in die Entwicklung des total entfaltetten Individuums münden, so muß nachdrücklich betont werden, daß er sich keinesfalls auf Freud berufen kann, denn dort gibt es keinerlei nicht-repressive Triebsublimierung. Dazu nur ein kurzer Hinweis. Bei Freud spielt sich der Sozialisationsprozeß innerhalb der von den Eltern markierten sozialen und kulturellen Schranken ab. Den „in ihrem sittlichen Bewußtsein erschütterten“ Kritikern der Psychoanalyse entgegnete er auf den Vorwurf, er kümmerge sich nicht um „das Höhere, Moralische, Überpersönliche im Menschen“: „dies ist das höhere Wesen, das Ichideal oder Über-Ich, die Repräsentanz unserer Elternbeziehung. Als kleine Kinder haben wir diese höheren

Wesen gekannt, bewundert, gefürchtet, später sie in uns selbst aufgenommen“ (Ges. Werke, Bd. XIII, 264). Gebote und Verbote üben im Ichideal als Gewissen eine moralische Zensur aus und Schuldgefühl wird empfunden, wenn ungelöste Spannungen zwischen Gewissensansprüchen und Ichleistungen bestehen. Kulturelle Werte und soziale Regeln, Normen und Sanktionen werden von Freud auch im Sinne einer Schutz- und Entlastungsfunktion oder eines Sicherheitsstrebens gegenüber drohendem Leiden interpretiert: die Aufgabe, Leiden zu vermeiden, drängt die des Gewinns von Lust in den Hintergrund. Steht dem egoistischen Lust-Ich die gesellschaftliche Realität gegenüber, so stellen die Systeme kollektiver Leidvermeidung im Verlauf der Geschichte eine gewaltige Emanzipation, eine große Kulturleistung dar. — Wie nun Freud kritisch zu lesen wäre, ist eine andere Frage; von ihm dürfte in unserem Zusammenhang allenfalls abzuleiten sein, daß bei klar gesetzten und gesellschaftlich legitimierten Erziehungszielen und dem daraus sich ergebenden Maß notwendiger Disziplinierung es nur um das Vermeiden überflüssiger, der kindlichen Entwicklung dysfunktionaler Repression gehen kann, keineswegs um Repressionsfreiheit. Daß ungehemmtes Ausleben drängender Triebenergien zu emotional und intellektuell voll entfalteteten Individuen führe, daß — auf Heinsohns Art — gelungene Triebsublimierung schlechthin Grundlage aller weiteren optimalen Entwicklung personaler Fähigkeiten wie Sprachentwicklung, sozialem Verhalten, Leistungsbereitschaft, logischem Denkvermögen werde und somit „die antiautoritäre Erziehung in der Substanz zum Erfolg verurteilt sein dürfte“ (113), weil das Kapital sie brauche, bleibt somit neulinkes Dogma, dem die Erfahrung der Kinderläden zudem widerspricht.

Da — was den dritten Schritt der These betrifft — keine Begründung der Notwendigkeit ausgerechnet antiautoritärer Erziehung gegeben wird, aber einzig mit ihr die Selbstaufhebung des Kapitalismus ohne Einführung dieser Vorschulerziehung nachweisbar wäre, weil die Kapitalverwertung nicht auf die der Technik entsprechend qualifizierten Arbeitskräfte zurückgreifen könnte, fungieren in Heinsohns Arbeit — als Beweis durch Analogieschluß — die gesetzliche Einschränkung von Arbeitstagslänge und Kinderarbeit sowie die Einrichtung erster Schulen in der Phase der Industrialisierung im 19. Jahrhundert als angeblich notwendige Schritte, die biologische Kontinuität der Arbeiterklasse zu sichern und damit Sein oder Nichtsein des Kapitalverhältnisses selbst zu entscheiden. Abgesehen davon, daß dies Marx' gründlicher Analyse im „Kapital I“ widerspricht, auf die sich Heinsohn fälschlich beruft, indem er „einen nicht aus sich heraus lösbaren Widerspruch“ (41) annimmt, ist damit noch nichts für die heutige Einführung der Vorschule als notwendiger Reform bei Strafe des Untergangs bewiesen. Die bloße Verlängerung einer historischen Linie zunehmender Vergesellschaftung in eine imaginäre Vorschulzukunft hinein müßte doch zumindest die den Wünschen entgegenstehenden finanziellen Realisierungschancen miteinbeziehen. Seit Erscheinen des Buches dürfte Heinsohns Untergangsoptimismus

durch fast vollständiges Streichen der geplanten Bildungsreform-etats einschließlich des der Vorschule einiger Wind aus den Segeln genommen sein.

Wirke die Kindergartenerziehung der Mittelschicht tendenziell schon seit dem vorigen Jahrhundert im Sinne einer totalen Entfaltung der Persönlichkeit, insofern absolute Disponibilität, abstrakte geistige Fähigkeiten und ein hochentwickeltes affektiv-kognitives Substrat für die Mittelschichtberufe ökonomisch objektiv geboten waren, und könne in den Bewahranstalten des Proletariats bis heute nur von physischer Erhaltung der Ware Arbeitskraft und ihrer Zurichtung auf Detailfunktionen die Rede sein, so wird dieser Gegensatz — wenn wir Heinsohns Gedankenspielerei im vierten Schritt weiterverfolgen — durch die notwendig allgemeine und einheitliche Einführung der Vorschulerziehung aufgehoben. Die Kinder der Arbeiterklasse sollen nunmehr in den Genuß der ihre Klassenlage transzendierenden trieb-sublimierenden Vorschulerziehung kommen, auch sie sollen die bisher der Bourgeoisie vorbehaltenen geistigen Fähigkeiten erwerben können. Weil dies im frühen Kindesalter geschehe, „so liegt die politische Brisanz ... darin, daß die Arbeiterkinder ... einen Lebensprozeß beginnen, hinter dessen ‚Qualität‘ alle in Ausbildung und Beruf nachfolgenden nur um den Preis der Rebellion der Betroffenen zurückfallen können“ (72). Hier läßt sich schwer noch kritisieren. Allenfalls bliebe mißtrauisch zu fragen, ob einem dreijährigen früh-kindlichen Entwicklungsabschnitt, also gelungener „Sublimierung“, tatsächlich die gesellschaftlich revolutionäre Wirkung einer Transzendierung der den antagonistischen Produktionsverhältnissen entspringenden materiellen Klassenlage der Arbeiter zugeschrieben werden kann; ob nicht Marx — dem der Begriff der allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit entlehnt wurde — als Grundlage dieses Prozesses, die, trotz aller transitorischen Notwendigkeit des Kapitalismus, erst im Sozialismus unbeschränkte und ihres bornierten Charakters entkleidete Entfaltung der Produktivkräfte analysierte, d. h. Bewußtsein, Fähigkeiten und Bedürfnisse der Individuen als gesellschaftliche Produktionsfragen nachwies; ob nicht letztlich von intellektuellem Klassendünkel und Messianismus beseelt sein muß, wer die Angehörigen der Mittelschicht — allen voran die Kinderladenbewegung der Neuen Linken — bereits als „allseitig entfaltete Persönlichkeiten“ prädiziert, die spezifischen Probleme und Persönlichkeitseigenschaften bürgerlicher Intellektueller zu allgemein menschlichen stilisiert und auf Arbeiterkinder in gänzlich verschiedenen materiellen Lebensverhältnissen projiziert. Diesem Übertragungsmechanismus zufolge kann Heinsohn Arbeit nur negativ, als Fluch und Mühsal wahrnehmen, bestimmt sie im Vergleich zu der des Intellektuellen als repetitive Detailarbeit und den sie verübenden als detailistisch zugerichteten, verödeten Teilarbeiter. Nach Marx ist Entfremdung ein die antagonistischen Produktionsverhältnisse kennzeichnender Tatbestand, ihre Aufhebung erfordert eine gewaltige historische Veränderung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse. Faßt Heinsohn die „Unterschichtblockierungen“ als bloß psy-

chologischen Sachverhalt und will sie — Marx durch Freud ergänzend — durch frühkindliche freie Sexualerziehung aufheben, so bleibt dies psychologistisches Gedankenspiel. An dem in dieser Hinsicht vergleichbaren „Schülerladen Rote Freiheit“ hat W. F. Haug die zugrundeliegende Haltung der Studentenbewegung zur Arbeiterklasse kritisiert: „Die Ideologie, die in solchem Psychologismus sich ausdrückt, geht aus von einem abstrakt idealen Menschenbild und verurteilt vorschnell all das, was in der gesellschaftlichen Wirklichkeit in solches Bild sich nicht fügt, als Vorurteil oder Resultat von Sexualunterdrückung, kurz als wesentlich Psychologisches und nicht materiell ökonomisch Bedingtes. Dieser Ideologie löst sich alles auf in falsches Bewußtsein. Wo sich diese Ideologie in Praxis umsetzt, äußert sie sich in Zielsetzung und Methode als Überschätzung bloßer Bewußtseinsveränderung einerseits und der selbständigen Festigkeit der veränderten Bewußtseinsstrukturen andererseits, ohne deren organisatorische Festigung und materielle Vorteilhaftigkeit oder ökonomische Praktikabilität zu beachten. Immer wieder erweist sich dabei, daß Bewußtsein tendenziell als das Selbständige angenommen wird“ (Frankfurt 1971, S. 460).

Was die im letzten Schritt der These antizipierte Revolution betrifft, so geht sie von einem bloßen zur Basis der Produktion unvermittelten Bewußtseinsphänomen aus: die qua „Triebsublimierung“ hochqualifizierten Arbeiter erkennen ihre Qualifikation als überschüssig, aufgrund dessen ergeben sich ihnen Einsichten über das Wesen des Systems und so beginnt eine Revolution ohnegleichen, die die bisherige Arbeiterbewegung insofern in den Schatten stellt, als diese lediglich auf „libidinöser Besetzung der Führer“ (147), dem „Vertrauen“, der „Opferbereitschaft“, dem „Glauben“ der Massen in die Führer beruhte und die Erbauer des Sozialismus von einer „Bürokratenclique gegängelt“ wurden (123). Holm Gottschalch (Berlin)

Yankowski, John S.: Sex vor der Ehe. Aus dem Amerikanischen von Myriam Stiller. Ein Lichtenberg-Buch im Kindler-Verlag. München 1967 (302 S., kart., 14,80 DM).

Yankowskis Buch steht in der Tradition der Kinseyschen Untersuchungen über sexuelles Verhalten. Es basiert auf Interviews mit 500 Männern und Frauen im Alter von 21 bis 35 Jahren, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Der Autor sieht seine Stichprobe, anders als diejenige Kinseys, als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung der USA an.

Die erhobenen Daten entsprechen sehr weitgehend den Kinseyschen Ergebnissen, vor allem, was die Häufigkeit der verschiedenen Arten sexueller Betätigungen und den Zeitpunkt ihrer erstmaligen Praktizierung angeht. Masturbation, vorehelicher Geschlechtsverkehr und gelegentliche homosexuelle Triebbefriedigungen sind auch nach Yankowski so weit verbreitet, daß es nicht möglich ist, in ihnen irgend etwas Abnormes zu erblicken. Interessanter als diese Bestäti-

gung, die mittlerweile banal geworden ist, ist die Tatsache, daß Yankowski daneben die sexuellen Wünsche — ihr erstes Auftreten, ihre verschiedenen Zielvorstellungen —, aber auch das Befriedigungsmaß untersucht hat, das die verschiedenen sexuellen Betätigungsformen gewähren. Man kann seinem Buche entnehmen, welche „Positionen“ beim Geschlechtsverkehr Männern bzw. Frauen durchschnittlich am meisten Lust bringen und welche Formen des Vorspiels den Koitus psychologisch und physisch am besten vorbereiten. Hier ist — ähnlich wie bei Masters und Johnson (Die sexuelle Reaktion, besprochen in Das Argument 56, S. 75) ein Stück vernünftiger sexueller Aufklärung geleistet.

Am Ende des Buches stehen Ergebnisse einer Korrelationsstatistik zwischen sexuellem Verhalten einerseits, sozialen Daten und nicht-sexuellen Verhaltenstypen andererseits. Manche der Korrelationen — wie diejenige zwischen festen Freundschaften und Häufigkeit sexueller Betätigungen — sind so banal und selbstverständlich, daß sie kaum erwähnenswert sind. Andere überraschen: so die Feststellung, daß Jugendliche, die länger als durchschnittlich bei ihren Eltern wohnen, mit dem Geschlechtsverkehr eher beginnen als solche, die früher als durchschnittlich das Elternhaus verlassen haben. Manches leuchtet psychologisch ein: so der Zusammenhang zwischen frühen und häufigen sexuellen Kontakten der Kinder von geschiedenen oder getrennt lebenden Eltern oder die Beziehung zwischen frühem Rauchen und früher Aufnahme sexueller Beziehungen mit Orgasmus. Bezüglich des Alkohols ist eine positive Korrelation nur bei Mädchen, nicht aber bei Jungen gegeben. Daß hier der Bruch von Verboten der gemeinsame Nenner ist, scheint offensichtlich.

Psychologisch interessant ist die hohe negative Korrelation zwischen Jugendlichkeit der Eltern und dem Zeitpunkt des ersten Koitus: je jünger die Eltern sind, desto später liegt durchschnittlich dieser Zeitpunkt; umgekehrt wird der Zeitpunkt des ersten Koitus bei geringem Altersabstand zu den Geschwistern vorverlegt. Ob junge Eltern die sexuellen Wünsche ihrer Kinder länger fixieren, gleichaltrige Geschwister sie eher wecken? — Leider sind die Korrelationsdaten aus dem ökonomischen Bereich sehr spärlich: Indirekte Schlüsse lassen sich aus der Tatsache ziehen, daß Männer mit Volksschulabschluß erheblich häufiger, Frauen mit Volksschulabschluß hingegen erheblich seltener vorehelichen Koitus hatten als Männer bzw. Frauen, die die „High School“ oder das College besuchen konnten. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen (99,5 % bzw. 35 % bei Volksschülern) gleichen sich bei College-Studenten und -Studentinnen (72 % und 66 %) fast aus. Je niedriger der Bildungsstand ist, desto eher hört auch die autoerotische Betätigung auf. Umgekehrt sind „der späte Vollzug des ersten vorehelichen Koitus und der Umfang der autoerotischen Betätigung dem (späteren) hohen Einkommen direkt proportional“.

Auf Schlüsse und Folgerungen verzichtet der Autor nahezu vollständig. Das entsprechende Kapitel hat 3½ Seiten, auf denen vor allem erklärt wird, welche Folgerungen man aus Korrelationen nicht

ziehen darf: daß es zum Beispiel keinen Sinn habe, alle Mädchen zu verjagen und soviel wie nur möglich zu masturbieren, wenn man Millionär werden will.

So wertvoll manche der von Yankowski gelieferten Informationen sind: Es bleibt zu bedauern, daß er bei seinem aufwendigen Interview-Verfahren nicht noch einige wesentliche soziale und ökonomische Daten seiner Versuchspersonen erhoben hat, wie ihre Arbeitszeit und ihre Arbeitsform sowie die ihrer Eltern, die Selbständigkeit oder Abhängigkeit der Berufstätigkeit etc. Damit wäre eine entscheidende Dimension für die Korrelationsstatistik hinzugewonnen. Die Zeit, in der das sexuelle Verhalten eine terra incognita war und jede Information eine Bereicherung unseres Wissens, ist vorüber. Jetzt müßten Fragestellungen aus dem Zusammenhang einer kohärenten Theorie formuliert und dementsprechend Merkmale definiert werden. Das ist in diesem Buch nicht geschehen. Erich Wulff (Gießen)

Ruben, William: Sexualverbrecher. Lichtenberg Verlag, München 1970 (193 S., br., 14,80 DM).

W. Ruben schildert in diesem Buch Sexualverbrechen, die vom 18. Jhdt. bis zur Gegenwart in England und den USA begangen wurden. Er verfolgt die Absicht, seine Leser darüber aufzuklären, daß Sexualverbrecher nicht Böse an sich sind, die zu Recht bestraft werden — wie es in den von ihm dargestellten Gerichtsverhandlungen durchweg der Fall ist —, sondern psychisch Kranke, die nur durch „ärztliche Aufsicht“ geheilt werden können.

Allerdings steht seine Absicht in krassem Gegensatz zu dem von ihm benutzten Mittel: sein Buch stellt lediglich eine Aufzählung von Sexualverbrechen dar, die in ihrem theoretischen Niveau zeitweilig noch unter dem der progressivsten deutschen Illustrierten bleibt. In allgemeinen Phrasen wird zwar auf die Bedeutung früher Kindheitserfahrungen für das spätere Triebleben der Klienten hingewiesen, aber weitergehende Fragen nach den gesellschaftlichen Wurzeln der Triebunterdrückung in der Erziehung und der Ausklammerung der Sexualität aus dem bewußten Alltagsleben (so z. B. auch aus der Rechtsprechung) der Gegenwart stellt er nicht. In Zusammenhang mit dem Titelbild, das eine Vergewaltigungsszene realistisch darstellt, spricht seine Darstellung zwar unterdrückte sexuell-aggressive Wünsche und Neugierde an, ohne diese jedoch in Erkenntnis ihrer realen Ursachen, d. h. in Selbst-Aufklärung, umzuformen. Gerd Ziob (Berlin)

Soziale Bewegung und Politik

Wernecke, Klaus: *Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges.* Droste-Verlag, Düsseldorf 1970 (339 S., Ln., 26,80 DM).

Die auf einer Hamburger Dissertation beruhende Arbeit versucht, die in Fischers Werken aufgestellte These vom kalkulierten Risiko und der planmäßigen Vorbereitung des Ersten Weltkrieges durch die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten des deutschen Kaiserreiches zu vertiefen, indem sie anhand von mehr als hundert sorgfältig ausgewerteter Periodika der Jahre 1911 bis 1914, einer umfangreichen Anzahl von zeitgenössischen Broschüren und Traktaten, von Memoiren, gedruckten Quellen und Archivalien sowohl die manipulative Pressepolitik des Auswärtigen Amtes und des eigenständigeren Reichsmarine-Amtes nachzeichnet als auch Technik, Inhalt und Resonanz der publizistischen Veröffentlichungen der Jahre von der Marokko-Krise bis zum Kriegsausbruch untersucht. Hatte sich Fischer in seinen Arbeiten noch weitgehend — seinem vorrangig diplomatiegeschichtlichen Anliegen entsprechend — auf Archivalien gestützt, die dem Umkreis der höchsten Verwaltungsbeamten und Militärs Preußen-Deutschlands entstammten, gelingt es Wernecke durch eine kombinierte Untersuchung von Archivalien und Presse, die Verbindungen der wichtigsten Reichsämter zur überregionalen bürgerlichen Presse darzustellen und kenntlich zu machen, wie sehr Außenpolitik und Öffentlichkeit durch die in aggressivsten Tönen formulierten Zielvorstellungen der überwiegend großindustriellen Interessen verpflichteten Propagandaorganisationen (Flottenverein, Alldeutscher Verband, Wehrverein) beeinflusst werden sollten und beeinflusst wurden. Wenn Wernecke auch versäumt, seine Darstellung, die sich überwiegend in der Reproduktion und Paraphrasierung von Zeitungsartikeln erschöpft, in den größeren Zusammenhang der geschichtswissenschaftlichen Arbeiten zum Kaiserreich einzuordnen — sieht man von einer verworren anmutenden Korrektur einer spezifischen These des DDR-Historikers Heidorn (142) und einigen Auseinandersetzungen mit diplomatiegeschichtliche Arbeiten aus den Jahren 1933 bis 1945 ab —, so erschließt sie doch wichtige Quellen zur Geschichte und öffentlichen Rezeption der Anglophobie, die sich zur Kriegsbereitschaft gegenüber England steigerte (61), der Kriegszieldiskussion und des deutsch-russischen Verhältnisses. Die Behandlung des Deutschen Wehrvereins — neben Flottenverein und Kyffhäuser-Bund einer der größten nationalen Kampfverbände — betritt weitgehend Neuland (174 ff.). Die oberflächliche Behandlung einer möglichen innenpolitisch-integrativen Funktion der Außenpolitik — „Wahlmache“ (128) — im Laufe der Marokko-Krise, die bloße Erwähnung einer Kontinuität der deutsch-russischen Auseinandersetzung bis weit in das 20. Jahrhundert hinein — Rassenkampf statt Klassenkampf forderten die „Arbeitgeber“ in

ihrer Zeitschrift (215) — und das Streifen der Haltung der verschiedenen sozialdemokratischen Flügelgruppen sind sehr unbefriedigend, da gerade hier ein Ansatz zur Untersuchung der gesellschaftlichen Funktion der hektischen Außenpolitik im Vorfeld des Ersten Weltkrieges gelegen hätte. Dagegen ist das intensiv verfolgte Arbeitsziel, „die Haltung der führenden politischen Gruppen des Deutschen Reiches zu den grundlegenden Problemen der deutschen Außenpolitik am Vorabend des Ersten Weltkrieges“ (7) und die „Pressepolitik“ (9) beispielhaft anhand politischer Ereignisse zu untersuchen, „die intensive außenpolitische Debatten über Deutschlands ‚Weltstellung‘ auslösten und deren Ergebnisse für das Verhältnis zu den anderen europäischen Großmächten bedeutsam waren“ (9), insoweit erreicht, als weit verstreutes Material über die tagespolitische und systemimmanente Manipulation, über Nationalismus und bürgerliches Selbstbewußtsein im Kaiserreich zur Verfügung gestellt wird. Die bürgerlich-konservative Presse war unstreitig eines der wichtigsten Instrumente, um die chauvinistischen Emotionen einer breiten Öffentlichkeit durch „Stimmungsmache“ (169) anzustacheln, Emotionen, denen sich ein großer Teil der zentristischen SPD nicht widersetzen konnte (vgl. 88 ff.), und denen sich die Revisionisten aus einer weitgehenden Bejahung der imperialistischen Politik nicht widersetzen wollten, so daß beispielsweise die Militärvorlage von 1912 zwar von der SPD abgelehnt, die geplante Finanzierung der Landrüstung durch den besitzabhängigen „Wehrbeitrag“ aus taktischen Bedenken jedoch akzeptiert wurde.

Die Bedeutung von Werneckes Arbeit liegt darin, die Verbindung zwischen Bürgertum und einer Politik aufzuzeigen, die sich verbal hart am Rande der Kriegskonfrontation bewegte. Damit schließt sie durch die Beantwortung der Frage nach der öffentlichen Resonanz einer militaristischen deutschen Politik im Zeitalter des Imperialismus eine Lücke in Fischers Argumentation. Wenn sich 1911 „weite Kreise, vor allem des deutschen Bildungs- und Besitzbürgertums in eine kriegerische Stimmung hinein[steigerten], daß man abschließend sagen kann: Es brauchte kein Fürstenmord von Sarajewo herzuhalten, um genügende Teile der deutschen Öffentlichkeit kriegsbereit zu machen“ (61), so ging diese Stimmung neben einer materiellen Interessenharmonie großbürgerlicher und politisch herrschender Kreise auch auf emotional gefärbte Zeitungsartikel zurück, die von Regierungsbeamten inspiriert oder bestellt worden waren und kunstvoll als Mittel politischer Bewußtseinsbildung eingesetzt wurden, um einerseits die Bevölkerung zu formieren und andererseits bei Verhandlungen mit dem Kaiser, den außenpolitischen Gegnern und den parlamentarischen Gruppen in pseudoplebiszitärer Manier auf die Reaktionen und Forderungen der Öffentlichkeit hinzuweisen.

Angesichts der Ergebnisse dieser Presseuntersuchung mutet es wie ein Treppenwitz der Geschichte an, daß Werneckes materialreiche Arbeit über die manipulative Pressepolitik im deutschen Kaiserreich „durch Unterstützung der Axel-Springer-Stiftung“ veröffentlicht wurde.

Peter Steinbach (Marburg/L.)

Koszyk, Kurt: *Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg.* Droste Verlag, Düsseldorf 1968 (288 S., Ln., 42,— DM).

Während vor 1914 die Beeinflussung der deutschen Presse institutionell zwanglos sein konnte, weil häufig von vornherein ein ideologischer Konsensus über eine „nationale“, chauvinistisch-militärische und innenpolitisch repressive Politik bestand, der in einer Interessenidentität der rechten bürgerlichen Blätter und der militärischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten des Kaiserreiches zum Ausdruck kam, wurde die Presselenkung im Ersten Weltkrieg massiver, wie die große Zahl der kurzzeitig verbotenen Zeitungen zeigt, da die Selbstbehauptung der herrschenden Kreise zunehmend schwieriger wurde. Methode, Inhalt und Auswirkungen der deutschen Pressepolitik im Zeitraum des Kaiserreiches, besonders aber während des Weltkrieges, untersuchte Koszyk, heute wohl der beste Kenner der deutschen Presse im 19. Jahrhundert und langjähriger Leiter des Instituts für Zeitungsforschung in Dortmund, in seiner Berliner Habilitationsschrift, die die Grundlage für die vorliegende Veröffentlichung abgibt. Seine Arbeit, die sich auf unveröffentlichte Archivalien aus fünf Archiven der DDR und der Bundesrepublik, auf die bekanntesten Periodika der Kaiserzeit und eine beachtliche Anzahl von Sekundärquellen und -literatur stützt, möchte die bisher „allzusehr“ vernachlässigte „Linie zunächst autoritärer, später totalitärer Gleichschaltung, die in Deutschland als systeminhärent ins Auge fällt“ (8), aufzeigen, die nach Koszyk mit Bismarcks pressebeeinflussender Öffentlichkeitsarbeit begann und mit der Kriegspropaganda des Nationalsozialismus endete. Koszyk gelingt es, die rechtlichen Grundlagen für eine Beeinflussung der Presse durch den amtlichen Presseapparat, die Pläne der preußisch-deutschen Militärs und hohen Ministerialbeamten, die Praxis der Zensur, die sich von der Kontrolle der militärisch wichtigen Artikel zunehmend auf eine der Zeitungsstimmen zur Innenpolitik verlagerte, und die Realität der Pressebeeinflussung durch Depeschendienste, Berliner Pressekonferenzen sowie das Wolffsche Telegraphen-Büro darzustellen, aber auch den Widerstand der linksliberalen und linkssozialistischen, von der Parteizentrale der SPD unkontrollierten, Blätter sichtbar zu machen sowie die Zensurdebatten des Reichstags nachzuzeichnen, die Symptom für die allmähliche Auflösung der politischen Ordnung des Kaiserreiches waren. Seine Arbeit leidet jedoch darunter, daß Funktion der Presse und des Weltkrieges im kaiserzeitlichen Herrschaftssystem kaum reflektiert werden. In seiner Einleitung, die in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse ist, geht Koszyk zwar davon aus, daß „seit der Entstehung periodisch erscheinender Zeitungen zu Beginn des 17. Jahrhunderts . . . die Mächtigen dieses Instrument öffentlicher Kommunikation (manipulierten)“ und seit 1871 aus dem Zwang heraus, „mit der ständigen Bewegung in der Volksstimmung“ rechnen zu müssen, das „System staatlicher Publizistik“ erweiterten, indem die „politi-

schen und militärischen Autoritäten anfangs in engstem Einvernehmen miteinander einen Kanon strengster Presselenkung formulierten“ (7). Koszyk fragt jedoch nicht, welche gesellschaftlichen Veränderungen die auf ideologische Disziplinierung der Bevölkerung zielenden Herrschaftstechniken verursacht hatten.

Zweifellos war es doch so, daß die sich im Laufe der Industrialisierung des Reiches ergebende Strukturkrise des sozialen System die politisch herrschenden, vorindustriell-agrarischen Eliten geradezu zwang, die grundlegende Veränderung des Herrschafts- und Gesellschaftssystems mit allen Mitteln zu verhindern. Folgen der Industrialisierung waren sowohl die Erstarkung der Bourgeoisie, die politische Partizipation forderte, als auch die zahlenmäßig gewaltige Herausbildung des Proletariats, welches überwiegend klassenbewußt war und infolge des demokratischen Wahlrechts seit 1912 mit rund einem Drittel der Reichstagsitze auch parlamentarisch ein nicht zu vernachlässigender Faktor der politischen Willensbildung geworden war, der von den Herrschenden wirkungslos gemacht werden mußte. Ein Mittel — unter anderen — zur Beeinflussung der Öffentlichkeit war die Presse, die zunächst unter „moralischen Druck“, dann seit 1914 unter den „Zwang der von Rechts wegen verhängten Zensur“ (9) gestellt wurde. Der Zensurzwang, der sich vom militärischen bald auf den allgemeineren politischen Bereich erstrecken mußte, war die Kehrseite des 1914 geschlossenen Burgfriedens, der offensichtlicher Ausdruck der Sozialdisziplinierung war und, wie Koszyk quellenreich schildert, seit 1916 u. a. von den agrarischen Konservativen planmäßig gebrochen wurde, weil die Kriegsbewirtschaftung die Profite der Landwirte geschmälert hatte.

Koszyk, der in seiner Arbeit durchaus kritisch die Pressepolitik der herrschenden Kreise analysiert, hat die Auswirkungen der sozialen und politischen Demokratisierung zwar geahnt, wie seine Bemerkung zeigt: „Nicht erst seit 1914 wurde die staatliche Durchdringung der öffentlichen Information, ja die Verstaatlichung ganzer Bereiche des Nachrichtenwesens zur Regel. Die Demokratisierung hat diesen Trend 1919 eigenartigerweise [!] verstärkt“ (11). Zum theoretischen Bezugsrahmen, der auch von den Ergebnissen der modernen Geschichtsschreibung zum deutschen Kaiserreich her nahegelegen hätte, hat er die konstatierte Beobachtung leider nicht erweitert. Überhaupt sind die geschichtswissenschaftliche Fragestellung, aber auch das vom Verfasser resümierte Ergebnis, überraschend traditionell. So stützt sich Koszyk auf Herzfeld, der 1928 in einer von ihm zitierten Arbeit noch die revolutionäre Sozialdemokratie als einen der Hauptverantwortlichen für den gebrochenen Burgfrieden hinstellte, wenn er das Ergebnis seiner Arbeit darin sieht, deutlich gemacht zu haben, „„daß der Erste Weltkrieg letzten Endes politisch entschieden“ wurde, politisch in dem Sinne, daß die Voraussetzungen für die militärische Niederlage in der besonderen verfassungsrechtlichen Konstruktion des Reiches und seiner Führung sowie der öffentlichen Bewußtseinsbildung zumindest seit 1890 vorlagen“ (9). Eine derartige Argumentation des Hätte gerinnt zur apologetischen

Verschleierung, zumal wenn unmittelbar anschließend moralisierend abgelehnt wird, von den Hauptverantwortlichen des Jahres 1914 „einen unbedingten Friedenswillen zu erwarten, wie er dem damaligen Stand der Waffentechnik und dem Zeitalter des Imperialismus mit seiner ‚Problematik von Hegemonie und Gleichgewicht‘ nicht entsprochen hätte“ (9).

Sieht man von diesen mehr allgemeinen Punkten der Kritik ab, so wird man Koszyks Arbeit bescheinigen müssen, daß es ihr gelungen ist, Materialien zur Verfügung gestellt zu haben, die Struktur und Grenzen der Pressemanipulation, aber auch die Interessenkonflikte innerhalb der militärischen und politischen Führungsgruppen belegen und deren Beschränktheit illustrieren.

Peter Steinbach (Marburg/L.)

Fulbright, J. William: Das Pentagon informiert oder Der Propaganda-Apparat einer Weltmacht. Mit einem Essay von Winfried Scharlau. rororo aktuell 1541. Rowohlt Verlag, Reinbek 1971 (132 S., br., 2,80 DM).

Senator Fulbright entlarvt in seinem Buch, in welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln das mächtigste Verteidigungsministerium der Welt, das Pentagon, die amerikanische Öffentlichkeit für militärische Zwecke mobilisiert und Macht und Ansehen des Militärs erfolgreich vergrößert. Das Militär erhält jährlich fast 80 Milliarden Dollar und ist dadurch u. a. in der Lage, einen ungeheuren militärischen Informationsapparat zu unterhalten. Der Umfang der für Public Relations ausgegebenen Mittel ist nicht sicher festzustellen. Ein Kongreßbeschuß, der die Public-Relations-Ausgaben des Militärs zwischen 1951 und 1959 auf 2,755 Millionen Dollar begrenzte, wurde wieder aufgehoben.

Das Militär unterhält nicht nur das größte Fernseh- und Rundfunknetz der Welt (AFRTS), das die Soldaten im Ausland mit Unterhaltung versorgt, in die von mehreren militärischen Stellen gesiebte Nachrichten eingebettet sind, sondern es beeinflusst auch die privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten und Tages- und Wochenzeitungen durch die Überlassung von mit militärischen Nachrichten durchsetzten Unterhaltungssendungen, Interviews mit Soldaten in Vietnam für die Mütter daheim etc. Es stellt nicht nur in eigener Regie Filme für den öffentlichen Gebrauch und zur Vergabe an kommerzielle Anstalten her, sondern nimmt auch auf kommerzielle Filme Einfluß, indem es Bild- und Filmmaterial oder militärische Einrichtungen für Dreharbeiten nur unter der Auflage einer Zensur durch militärische Stellen zur Verfügung stellt (so z. B. bei John Waynes „The Green Berets“, bei Zanucks „Tora, Tora, Tora“ oder bei dem James-Bond-Film „Goldfinger“). Jede Waffengattung veranstaltet mehr oder weniger aufwendige Rundreisen für Zivilisten, bei denen gezielt Vertretern von Massenmedien, einflußreichen Personen oder Leuten, die in der Nachbarschaft lästiger militärischer Anlagen woh-

nen, Macht und Bedürfnisse des Militärs demonstriert werden. Nicht zuletzt werden Tausende von Rednern der Streitkräfte in alle Teile der USA geschickt, um (meist vorgefertigte) Reden über die angeblich gelungene Vietnamisierung des Krieges in Vietnam, die Eindämmung kommunistischer Aggressionen etc. zu halten.

Der Verfasser zeigt an zahlreichen Beispielen, wie die verschiedenen, erst 1949 einer gemeinsamen Leitung unterstellten Waffengattungen — Marine, Armee, Luftwaffe — in gegenseitiger Konkurrenz zu Propagandazwecken ihre Kompetenzen überschreiten. Die Militärs fungieren als die mächtigsten Meinungsbildner, und das Pentagon ist zu einer „Monsterbürokratie“ geworden, „die andere Bürokratien unabhängig von ihrer vorgeschriebenen Rolle im Regierungsapparat und ihrer legitimen Notwendigkeit zwischen ihren Rädern zermalmen kann“. Das Militär unterliegt nicht mehr dem „Primat der Politik“, vielmehr untergräbt ein immer weiter um sich greifender Militarismus „die konstitutionelle Verantwortlichkeit des Kongresses“, setzt demokratische Verfahren überhaupt außer Kraft und bringt „einen gefährlich verengten, doch überaus einflußreichen Standpunkt“ zur Herrschaft, einen Standpunkt, „zu dessen Wesen es gehört, politische und moralische Verwicklungen wenig — weniger noch soziale und ökonomische Faktoren — und menschliche und psychologische Erwägungen fast überhaupt nicht in Betracht zu ziehen“.

Fulbright beklagt zum einen den sich ausbreitenden militaristischen Geist und konstatiert zum anderen den großen Aufwand und Erfolg der militärischen Propaganda, untersucht aber selbst nicht, woher der militaristische Geist und woher die Empfänglichkeit der Bevölkerung für die militärische Propaganda rühren. So unzureichend die Erklärung ist, die er für den militärischen Geist der USA in seiner die Vergangenheit falsch glorifizierenden Feststellung gibt: „Die geistlose Brutalität des Krieges hat unserer Gesellschaft nicht nur den Militarismus aufgedrängt, sondern hat auch unsere moralischen Werte und unser Empfindungsvermögen aufgezehrt“, so abstrakt und phrasenhaft erscheinen auch jene Passagen, die die Hoffnung des Autors zum Ausdruck bringen: „Trotz entmutigender Rückschläge . . . darf man mit Recht aus unserer Geschichte die Hoffnung ziehen, daß die traditionellen Wirkungsweisen unseres Systems und der gesunde Menschenverstand der Amerikaner letzten Endes die Oberhand gewinnen.“ Damit wird verschleiert, daß Militarismus, Vietnamkrieg und militärische Interventionen eine Fortsetzung jener gewalttätigen Inbesitznahme des nordamerikanischen Kontinents im Zug der Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse darstellen, bei der die einheimische Bevölkerung fast gänzlich ausgerottet wurde; eine Fortsetzung ferner der imperialistischen US-Machtpolitik der letzten Jahrzehnte. Ob „der gesunde Menschenverstand der Amerikaner“ oder die Jugend, „die in bezug auf die Zukunft optimistisch und zuversichtlich ist“, einen Sturz der konstitutionellen Regierung“ verhindern kann, erscheint höchst fragwürdig. Es erscheint in diesem Zusammenhang symptomatisch, daß das Wort

Kapitalismus bei Fulbright nie erwähnt wird; der militärisch-industrielle Komplex kommt gar nicht erst ins Blickfeld. So wichtig die angeführten Daten sind, die vielleicht kaum jemandem sonst in diesem Ausmaß zugänglich geworden wären, und so richtig Fulbright die Gefahr des wachsenden Einflusses des Militärs sieht, so sehr versperrt ihm doch sein Standpunkt einer traditionellen demokratischen Ideologie die Möglichkeit, die gesellschaftlich-historischen Zusammenhänge zu durchschauen.

In seiner Einleitung zeigt Winfried Scharlau, wie tendenziös die Berichterstattung über den Vietnamkrieg auch in der westdeutschen Presse bis hin zum „Spiegel“ war und ist.

Renate Wiggershaus (Frankfurt/M.)

Spoö, Eckart (Hrsg.): Die Tabus der bundesdeutschen Presse. Carl Hanser Verlag, München 1971 (136 S., kart., 7,80 DM).

Der in der „Reihe Hanser“ erschienene Sammelband vereint die Referate, die Ende 1970 auf dem von der Deutschen Journalisten-Union (dju), der Humanistischen Union und dem Verband deutscher Schriftsteller veranstalteten Kongreß „Tabus der deutschen Presse“ gehalten worden sind. Diese Referate unterziehen, von sozialistischen bzw. liberalen Positionen aus, vor allem die Inhalte von Tageszeitungen der Ideologiekritik. Dabei wird festgestellt, daß die Präsentation zentraler gesellschaftlicher Bereiche — vor allem der Produktionsverhältnisse — entweder völlig tabuisiert wird oder verzerrt geschieht. Um die Überschrift des wohl zentralen Beitrags Hermann Schweppenhäusers zu zitieren, die Zeitungspressen wird „als Produkt und Produzent gesellschaftlicher Verhältnisse“ dargestellt. Damit markiert der Sammelband sowohl inhaltlich als auch politisch ein Novum (cf. den Nachweis einer diesbezüglichen publizistikwissenschaftlichen Unterbilanz in: Zoll/Hennig, Massenmedien und Meinungsbildung, München 1970, S. 170 ff.). Vor allem aber muß betont werden, daß hier immanent auch ein wichtiger Beitrag zur Erkenntnis der Ursachen für die Deformation proletarischen Klassenbewußtseins geleistet wird.

Charakteristisch für die Analyse der „Tabus der bundesdeutschen Presse“ ist die Anwendung eines interessen- und herrschaftssoziologischen Ansatzes. Presse wird nicht abstrakt inhaltsanalytisch oder organisationssoziologisch, sondern konkret als Politikum, als Medium kapitalistischer Sozialisationsprozesse beschrieben. Die Bandbreite, mit der das geleistet wird, ist groß (9); formal gesehen reicht sie vom Erlebnisbericht (G. Wallraff: „Einige Erfahrungen mit den Schwierigkeiten beim Veröffentlichen der Wirklichkeit hinter Fabrikmauern“), über Studien vom Rang eines Pretests (H. D. Müller: „Die Arbeitswelt — kein Thema für die Presse?“; L. Gothe, R. Kippe: „Unter den Tisch gefegt. Das Presseschicksal der Unterprivilegierten“; K. P. Kisker: „Public relations statt objektiver Berichterstattung. Wirtschaftsteil nur für Börsianer?“; H. Ostermeyer: „Straflust statt Rechtsbewußtsein. Die Gerichtsreportage als repressives

Ritual“; A. Skriver: „Tabus in der Auslandsberichterstattung“), über Kurzreferate einer größeren Untersuchung (R. Sülzer: „Sensation statt Information. Interessieren an Demonstrationen nur Zwischenfälle?“) bis hin zu ersten Versuchen einer übergreifenden Interpretation (Schweppenhäuser; U. Sonnemann: „Pardon wird nur nach oben gegeben. Journalistensprache als Öffentlichkeitskastration“). Die immer wieder angesprochenen politischen Zusammenhänge kulminieren in Spoo's Beantwortung der Frage: „Wie sind die Tabus zu brechen?“, in seiner Forderung nach einer „Demokratisierung der Pressestruktur“ (9). Diese Forderung ist die stringente politische Konsequenz der Analysen, denn die kapitalistische Verfassung der Presseunternehmen wird analytisch als Denk- und Aufklärungsverbot sowie als affirmatives Manipulationsgebot dargestellt (s. z. B. 11 ff., 97 ff., bes. 120 ff.). Abstrakt aber bleibt die Forderung nach einer Institutionalisierung „innerer Pressefreiheit“ insoweit, als der einer kapitalistischen Presse zur Verfügung stehende „Freiraum“ nicht thematisiert wird.

An vielfältigen Beispielen vermag der Band die Berechtigung des abschließenden Urteils Spoo's (120) aufzuzeigen: „Nicht der Zufall bestimmt die Tabus der bundesdeutschen Presse. Das Fazit einer ersten, gewiß nur kursorischen Bestandsaufnahme lautet: Tabu sind nicht x-beliebige Themen... Tabu sind vielmehr gerade Themen, denen größtes öffentliches Interesse zukommt... Das Alltägliche ist der öffentlichen Erörterung entzogen. Tabu sind die Lebensverhältnisse des Volkes, die Produktionsverhältnisse, die Eigentumsverhältnisse, die Herrschaftsverhältnisse.“ Nachfolgende — unbedingt notwendige — Studien hätten derartige Tabus noch differenzierter zu analysieren, müßten vor allem auch die bewußtseinsdeformierende Wirkung derartiger Pressearbeit deutlicher machen.

Dies berührt nicht die Gültigkeit der von Spoo festgehaltenen politischen Konsequenz: gewerkschaftliche Organisation und Interessendurchsetzung für Journalisten. Spoo's Entlassung aus der Redaktion der Frankfurter Rundschau — von Karl Gerold ausgesprochen als Folge der Herausgabe dieses Sammelbandes — bestätigt nur die Richtigkeit der hier dargestellten Schlußfolgerungen: Vor allem nahm Gerold Anstoß an Kiskers Beitrag „Public Relations statt objektiver Berichterstattung“, der die systemstabilisierende Rolle seiner Zeitung anspricht. Der sprachlose Akt der Unterdrückung von Selbstkritik bestätigt den Kritiker und entlarvt ein liberales Image um so deutlicher als Schein.

Eike Hennig (Frankfurt/M.)

Arens, Karlpeter: Manipulation. Kommunikationspsychologische Untersuchung mit Beispielen aus Zeitungen des Springer-Konzerns. Verlag Volker Spieß, Berlin 1971 (96 S., Pb., 5,— DM).

Dem Autor geht es — wie schon der einschränkende Untertitel anzeigt — weniger um eine generelle Diskussion des Manipulations-

gedankens als um bestimmte Funktionszusammenhänge von Presse und selektiver Perzeption. Die allgemeine Erörterung zum Begriff der Manipulation beschränkt sich bei Arens auf den Hinweis, daß die Bedeutung des Manipulationsgedankens vornehmlich in einer Entlastungsfunktion zu sehen ist, d. h. der Funktion, die es dem Individuum ermöglicht, undurchschaute gesellschaftliche Zusammenhänge scheinhaft einzuordnen. In dieser Eigenschaft ist der Manipulationsbegriff „Ideologie“, die „Leerformel“ der theoretischen Rationalisierung eines individuellen Abwehrmechanismus. Nach Arens verhindert dieser Mechanismus aber gerade die Einsicht in die eigentlichen manipulativen Zusammenhänge, denen das Individuum unterliegt. Es kommt daher dem Autor zufolge darauf an, den Manipulationsvorwurf zu präzisieren, seine Mehrdeutigkeit — die der Autor nicht näher untersucht — gleichsam auf eine empirische Größe einzuengen.

Unter Manipulation wird der „identitätsstiftende“ Vorgang verstanden, im „durch Konzentration versteiften Widerspruch zwischen öffentlicher Aufgabe der Presse (die auf Einsicht der verschiedenen Gruppen in ihre eigene Interessenlage abzielt) und dem Rentabilitätsprinzip (das die Verschleierung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen von Macht und Ohnmacht verlangt)“ (10) zu vermitteln. Die formell aber nicht notwendig für die Manipulationsinhalte konstitutive Konzentration — der ökonomische Hintergrund — konvergiert mit spezifischen Wahrnehmungsverhalten der Menschen — psychologischer Hintergrund — zur „regelkreisartig repetitiv“ fungierenden Manipulation. Die an die „Dialektik der Aufklärung“ erinnernde Argumentation (Manipulation = „Zirkel von Angebot und Nachfrage“) ist allerdings in den Bestimmungen der selektiven Wahrnehmungsmechanismen eher einer nur an der Sozialisation orientierten, vielfach auch nur statisch gefaßten Psychologie verpflichtet („kognitive Dissonanz“) als an einer Auflösung der kognitiven Dispositionen in den gesellschaftlichen Zusammenhang selber. Die Trennung von „kognitivem, kommunikativem und gesellschaftlichem Bewußtsein“ (11), die insgesamt die selektive Wahrnehmung begründen, werden im Gegensatz zu Adorno als nur psychologische Größen vorgestellt, die in ihrer Präformation zwar als versteinerte Sozialisationsresultate ausgegeben werden, kaum aber eine darüber hinausgehende materialistische Interpretation erfahren. Kaum zufällig sind daher auch die vom Autor herangezogenen ökonomischen Kategorien vielfach nur plakativer Natur, wie auch die als nicht weiter aufgeschlüsselter Bezugspunkt der Manipulationsmechanismen gesetzte „repressive“ oder „Konsumgesellschaft“ scheinanalytisch bleibt. In gleicher Weise muß auch die unaufgehellte Verwendung von Begriffen wie „Masse“ und „Herrschaft“ kritisiert werden.

In den immanenten Bestimmungen, d. i. dort, wo der Autor auf der Subjektseite der Manipulation die „eingeschliffenen Reiz-Reaktions-Schemata“ als schon präkommunikative Abwehr erwarteter „kognitiver Dissonanz“ interpretiert, scheinen brauchbare Ansätze

einer allerdings nur operationellen Bestimmung von Manipulation vorhanden („Manipulative Innensteuerung“). Daß demgegenüber die politische Diskussion von Manipulation, Rezeption, Verarbeitung, Stellenbestimmung und Verwerfung sog. Manipulationstheorien vernachlässigt werden, erscheint als Mangel. So würde z. B. angesichts der Bestimmung von Manipulation als „regelkreisartig repetitiv“ funktionierender „Reiz-Reaktions-Schemata“, die eine „mystifizierende, personalisierte Zweck-Mittel-Relation“ ausschließen, interessieren, in welcher spezifischen Frontstellung diese Position sich zur in der DDR entwickelten Theorie von Manipulation befindet.

Ohne Zweifel müssen aber die Abschnitte über den „bürgerlichen Journalismus“ positiv hervorgehoben werden. Die als „Ideologie der Ideologielosigkeit“ beschriebene Bewußtseinslage der Journalisten, die aus den spezifischen „sozio-ökonomischen Lebensbedingungen“ hergeleitet wird darf als weiterführender Programmpunkt der zu leistenden Reflexion auf die Klassenlage der journalistischen Intelligenz angesehen werden.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

Kaul, F. K.: Dr. Sawade macht Karriere. RV-Krimi. Röderberg-Verlag, Frankfurt 1971 (85 S., br., 1,95 DM).

Die Verbindung von Verbrechensschilderung und Gesellschaftskritik ist an sich nichts Neues (siehe etwa E. A. Poe, Raymond Chandler, George Simenon, William Faulkner und viele andere). Hier jedoch handelt es sich nicht um die Gestaltung einer Fiktion, sondern um die Belebung einer Dokumentation, um Kriminalität in dem Sinne, in dem der Krieg der USA in Vietnam ein Verbrechen genannt werden muß. Kaul benutzt Mittel der Kolportage zur populären Darstellung eines politischen Skandals der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte. Ein so ernstes Thema im Gewande des Kriminalromans vorzuführen, ist ein Wagnis und erfordert große literarische Erfahrung. Ist es erlaubt, eine gewisse Verkleinerung in Kauf zu nehmen, um den Stoff leichter an den Leser zu bringen? Die burlesken Elemente dieser Affäre würden im Rahmen einer einfachen Dokumentation wahrscheinlich um so eindringlicher wirken.

Die Frage, die Kaul zu beantworten versucht, lautet: Wie war es möglich, daß der Eichmann der „Euthanasie“, der auf dem Transport nach Nürnberg 1947 in Würzburg untergetaucht war, in Schleswig-Holstein als Arzt und psychiatrischer Gutachter lange Zeit unbehelligt wirken konnte? In welchem Wasser schwamm dieser Fisch?

Der Autor, Prof. Dr. F. K. Kaul, bekannt durch sein Auftreten in politischen Prozessen (Eichmann-Prozeß in Jerusalem, Auschwitz-Prozeß in Frankfurt) hat sich durch eine Reihe von Publikationen, so in einem dreibändigen „Pitaval der Weimarer Republik“, als Kenner des Grenzgebiets zwischen Kriminalistik und politischer Justiz ausgewiesen. Die Konzentrationslager Lichtenberg und Dachau waren Stationen seines Lebenslaufs als kämpferischer Humanist und Gegner des Faschismus.

Der Wiederaufstieg des Prof. Dr. med. Werner Heyde, bis 1945 Leiter der Universitätsnervenklinik Würzburg und von 1940 an Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten und der Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege Berlin, eines Mannes also, der vom Schreibtisch aus die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ im großen Maßstab dirigiert hatte, wurde eigentlich nur durch einige Zufälligkeiten rechtzeitig vereitelt. Über seine Taten vor 1945 hinwegzusehen, waren die, von Kaul beim Namen genannten, leitenden Herren der Ärzteschaft, der Sozialgerichtsbarkeit, der Universitäts- und Ministerialbürokratie des Nachkriegs-Schleswig-Holstein nur allzu bereit. Anlaß zur schließlichen Entlarvung Heyde/Sawades wurden unbedachte Verletzung der Kollegialität in einer Gutachtenkontroverse und, man glaubt es kaum, die Empfindlichkeit des berühmten Ordinarius für Innere Medizin, Prof. Dr. med. Reinwein, gegen nächtliche Ruhestörung durch die feudalen Studentenkörpers „Saxonia“ und „Trigloditia“ im vornehmen Villenviertel der Landeshauptstadt Kiel. Kaul läßt dokumentarische Fakten und individuelle Motive im Netz gesellschaftlicher Zusammenhänge erscheinen. So verbindet sich die Entlarvung des Schreibtischtäters mit der Bloßstellung einer akademischen Elite, die bereit ist, alles zu vergessen, nur nicht die Verletzung der ungeschriebenen Gesetze der Standeskumpanei.

Ein unscheinbares, hintersinniges Bändchen, einzuordnen neben Mitscherlich/Mielkes „Medizin ohne Menschlichkeit“, nützlich zu lesen vor allem für Medizinstudenten, Ärzte und Juristen.

E. Jansen (Frankfurt)

Ökonomie

Sieber, Rolf, und Horst Richter: Die Herausbildung der marxistischen politischen Ökonomie. Dietz Verlag, Berlin 1969 (387 S., Ln., 8,50 M).

Tuchscheerer, Walter: Bevor „Das Kapital“ entstand. Die Herausbildung der ökonomischen Theorie von Karl Marx in der Zeit von 1843 bis 1858. Akademie Verlag, Berlin 1968 (493 S., Ln., 28,— M).

Das schon im Titel selbstgesteckte Ziel des Buches von Sieber und Richter, das im Text näher bestimmt wird als Herausarbeitung des „Entwicklungsprozess(es) der politischen Ökonomie“, den zu begreifen „wichtiger denn je“ sei (8), wird von den Autoren nicht erreicht.

Ursache ist in erster Linie, daß der theoretische Entwicklungsprozeß von Marx und Engels zwar als solcher bezeichnet, jedoch keineswegs herausgearbeitet wird. Der Wunsch, möglichst viel zu brin-

gen, läßt die Autoren oft bei bloßen Behauptungen, Nennungen und Aufzählungen steckenbleiben; schlampigste Routine tötet oft genug den lebendigen Gedanken und breitet Langeweile aus.

Es wimmelt von Versicherungen: „Marx beweist“, „Marx zeigt“ u. dgl., aber der jeweilige Beweisweg wird unterschlagen und durch die Berufung auf die Autorität von Marx und Engels ersetzt. Zum Ausgleich herrscht dafür ein inflationärer Gebrauch der Adjektive „genial“ und „schöpferisch“ vor.

Das Ersetzen des Entwickelns von Gedanken durch das Aufzählen von Verdiensten verführt zum unaufmerksamen Lesen: da man keiner Darstellung des Zusammenhangs folgen kann, sondern sich an einer bloßen Reihung von Aussagen entlangbewegen muß, wird man von der bleiernen Müdigkeit des Museumsbesuchers befallen, während die Autoren unbewegt einen weiteren Absatz mit der bezeichnenden Wendung „Von Interesse ist auch“ einleiten.

Die besten Teile des Buches sind darum jene, wo die Autoren in der Bemühung um die Darstellung zentraler Arbeiten von Marx sich selbst genügend Raum für bloßes Referieren lassen. Die Inhaltsreferate etwa der Mehrwerttheorie (81 ff.) zum Zeitpunkt ihrer vollständigen Entwicklung sowie der Bände des „Kapital“ (185 ff.) sind recht gut gelungen, indem Wesentliches hier in seinem Zusammenhang wiedergegeben wird.

Dagegen wird die theoretische Entwicklung Marxens von den Frühschriften zum „Kapital“ nicht klar. Hier fehlt der Darstellung der rote Faden in Gestalt eines Kriteriums, an dem der theoretische Fortschritt ablesbar wäre (etwa die Entwicklung der Werttheorie); statt dessen werden in chronologischer Folge nur beliebige Inhaltsteile der Marxschen und Engelsschen Schriften dargestellt, dabei wird jedoch keineswegs deutlich, daß z. B. Marx und Engels 1844 die Wertlehre noch ablehnten. Die Darstellung verschleiern die Entwicklung eher, als daß sie sie herausarbeitet: wohl wird *gesagt*, Marx ökonomische Theorie sei in den 40er Jahren noch unzulänglich; die konkrete Beschreibung der einzelnen Etappen jedoch stellt stets nur Verdienste, nicht etwa noch vorhandene Mängel dar (so wird etwa bei der Darstellung von Engels' „Umrissen“ von 1844 zwar von der Polemik gegen Malthus berichtet, die Prognose der Zentralisierung und die Polemik gegen das Privateigentum herausgegriffen; das für die theoretische *Entwicklung* zentrale Faktum, daß Engels hier den Defekt des Kapitalismus noch im ständigen *Nicht*äquivalententausch, also betrügerischem Austausch sieht, gegen den er von einer moralischen Position der Forderung nach Gerechtigkeit argumentiert, bleibt völlig unberücksichtigt (96 ff.).

Solches gänzlich überflüssige Bemühen, Marx und Engels durch Verschweigen von durch diese später selbst herausgearbeiteten Irrtümern der Frühschriften zu schonen, macht die Darstellung für den, der damit nicht sowieso schon vertraut ist (und nur für solche Leser kann dieses Buch, das den Charakter einer Einführung hat, bestimmt sein), völlig unverständlich, da ihm die Verbesserungs-

bedürftigkeit der Theorie gar nicht klar wird. Er kann allenfalls aus den späteren Teilen entnehmen, daß bestimmte Gedanken des „Kapital“ von Marx und Engels vorher noch nicht entwickelt waren, aber ob es sich dabei um Ergänzungen oder aber um Korrekturen handelt, kann er schon nicht mehr erkennen.

Damit muß unklar bleiben, welchen Zweck dieses Buch erfüllen soll: in der Lösung der Aufgabe, die theoretische Entwicklung von Marx und Engels darzustellen, wird es von der Arbeit Wygodskis (vgl. die Rezension ARGUMENT 47, S. 232), die den Autoren überdies vorgelegen hat und zudem knapper ist, weit übertroffen. Ein Beitrag zur Diskussion problematischer Partien der Marxschen Theorie wird ebenfalls nicht geleistet (das Problem der marxistischen Methode wird stets mit der Allerweltsfloskel „umfangreiches Material wissenschaftlich verallgemeinern“ [243, 253, 277 und öfter] ausgespart). Die späteren Teile des Buches, die der Fortführung der Theorie über Lenins „Imperialismustheorie bis zur Lehre vom staatsmonopolistischen Kapitalismus“ unter dem Stichwort der „schöpferischen Erweiterung“ der Marxschen Theorie gewidmet sind, sind schablonenhaft und bringen nichts Neues. Ein überflüssiges Buch also, gerade weil es in der Tat „wichtiger denn je“ ist, den Entwicklungsprozeß der politischen Ökonomie zu begreifen.

Anders verhält es sich mit der erweiterten Dissertation Walter Tuchscheerers von 1963, die nach seinem Tod 1967 von Gerda Tuchscheerer 1968 herausgegeben wurde. Der ursprüngliche Titel der Dissertation lautete: „Die Herausbildung und Entwicklung der Werttheorie bei Karl Marx (1843 bis 1858)“. Dies ist im wesentlichen auch der Gegenstand der überarbeiteten und um einige später geschriebene Zusätze erweiterten Buchfassung.

Von der thematisch verwandten Arbeit Wygodskis (s. o.) unterscheidet sie sich durch die größere Breite der Darstellung bei gleichzeitiger noch weitergehender Einengung des Darzustellenden. Diese liegt nicht nur in der zeitlichen Begrenzung bis 1858 (also bis zum Abschluß der „Grundrisse“), sondern auch darin, daß Tuchscheerer beispielsweise die Mehrwerttheorie als weitgehend schon nicht mehr zu seinem Thema gehörig betrachtet.

Wie bei Wygodski dient zum Leitfaden der Darstellung die sich verändernde Einstellung Marxens zur Arbeitswertlehre Ricardos. Die Abweichungen der Ergebnisse von denen Wygodskis sind gering und auf Randfragen beschränkt. Die Arbeit ist jedoch weniger prägnant, weil zuweilen etwas zu breit und bieder angelegt, hat dafür jedoch den Vorteil der größeren Detailliertheit und des sorgsam Eingehens auf jede Einzelschrift.

Klar wird der Mangel der Schriften bis 1844 herausgearbeitet, in denen Marx und Engels die Arbeitswerttheorie verwerfen und von dem alleinigen Einfluß des Spiels von Angebot und Nachfrage auf den Warenpreis ausgehen. Tuchscheerer glaubt hier bereits ab 1845 einen beginnenden Wandel zu entdecken, indem er vereinzelte Hinweise der „Deutschen Ideologie“ in diesem Sinn interpretiert. Er vertritt die These, daß sich diese Änderung explizit vollzogen hat in

einem Manuskript Marxens zu Ökonomie aus dem Jahr 1845, das als verschollen gelten muß.

Die Schriften von 1847 und 1848 „Elend der Philosophie“ und „Lohnarbeit und Kapital“ jedenfalls zeigen bereits eine gewandelte Position, die Tuchscheerer sehr differenziert beschreibt als eine Zwischenstellung zwischen der Auffassung Ricardos und Marxens späterer eigener Werttheorie: während die Einsicht in den historischen Charakter aller Produktionsweisen und der ökonomischen Kategorien (254) Marx deutlich von Ricardo abhebt, fehlen ihm in der Konzeption der Werttheorie im engeren Sinn noch eine Reihe von Unterscheidungen, die er später kritisch gegen Ricardo kehren wird. Auch die Terminologie ist noch nicht klar ausgearbeitet (270). Die von Ricardo nicht gelösten spezifischen Fragen der Wert-Preis-Differenz und der Wert-Produktionspreis-Differenz sind noch ungeklärt (275); der Wert selbst wird von Marx mit Ricardo als „Produktionskosten“ bezeichnet. Die Unterscheidung von „Arbeit“ und „Arbeitskraft“, die erst die Erklärung dafür liefert, wie trotz Äquivalentaustausches im Austausch zwischen Kapital und Arbeiter dennoch Mehrwert entsteht und die damit die Grundlage der Marxschen Mehrwerttheorie bildet, fehlt noch.

Jedoch hat Marx hier bereits eine adäquate Theorie der Konkurrenz entwickelt, indem die Konkurrenz von ihm nun gerade als „Exekutionsgewalt des Wertgesetzes“ aufgewiesen wird (278).

Dieser Knotenpunkt der theoretischen Entwicklung wird von Tuchscheerer sehr präzise herausgearbeitet. Er wird seiner methodischen Maxime, das Frühe als Keim des Späteren zu interpretieren, ohne spätere Erkenntnisse von Marx in Früheres hineinzulegen (25), weitgehend gerecht. So zeigt er etwa genau, daß Marx in den Exzerpten von 1844 noch ganz unkritisch den Begriff „Kapital“ synonym mit „Produktionsmitteln“ gebraucht wie in der bürgerlichen Ökonomie üblich, das Kapital also nur nach seiner stofflichen Seite, nicht als gesellschaftliches Verhältnis betrachtet. Zugleich findet sich jedoch — freilich noch ganz unverbunden — der Ansatz der historischen Formbestimmung der Produktion in dem kritisch verwendeten Begriff des „Privateigentums“ (115).

Besonders hervorzuheben ist auch Tuchscheerers detailliertes Eingehen auf die Marxschen Ricardosexzerpte von 1851, die bisher wenig berücksichtigt wurden, obwohl sie die einzige uns vorliegende Zwischenstufe zwischen der Position von 1848 und den „Grundrissen“ von 1857/1858 sind. Das Buch schließt mit einer sorgfältigen Darstellung von Marxens eigener Werttheorie, die in den „Grundrissen“ — wie Tuchscheerer zu Recht behauptet — zum erstenmal voll entwickelt vorliegt.

Der gesellschaftliche und keineswegs bloß ökonomisch-quantitative Charakter des Wertes in Marxens Theorie wird von Tuchscheerer sorgfältig herausgearbeitet, ebenso wie die aufs engste damit verbundene Theorie des Warenfetischs, die auf keinen Fall von der Arbeitswertlehre abgelöst werden darf. Völlig zu Recht hebt er daher hervor, daß die Entfremdungsproblematik erst hier ihre wissenschaftliche

Gestalt gefunden hat und darin völlig aufgehoben ist (374). Der Vorwurf, den H.-D. Bamberg in seiner Rezension in SOPO 2 (1969) gegen Tuchscheerer erhoben hat, bei dieser Auffassung handle es sich um eine inadäquate, weil bloß ökonomische Auffassung von der Marxschen Theorie, trifft daher nicht zu, sondern zeigt vielmehr Bambergs eigenes ökonomistisches Mißverständnis des „Kapital“, indem er es durch eine Entfremdungstheorie ergänzen zu müssen glaubt. Dies wird ganz deutlich, wenn er gegen Tuchscheerers korrekte Auffassung vom Wertgesetz als historischem und damit eben nicht ewigem Gesetz die Behauptung setzt, nach Marx sei das Wertgesetz „das erste ökonomische Gesetz jeder Gesellschaft“, wobei er sich auf ein von Tuchscheerer selbst gebrachtes Zitat aus den „Grundrissen“ bezieht (377/GR 89): Hier ist freilich die Rede von der „*Ökonomie der Zeit*, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion“, die „erstes ökonomisches Gesetz“ jeder Gesellschaft seien. Diese Ökonomie der Zeit ist natürlich keineswegs identisch mit jener bestimmten historischen Form der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit auf die Produktionszweige, die vermittelt durch das Wertgesetz sich hinter dem Rücken der Produzenten vollzieht. Diese Verwechslung von „*Ökonomie der Zeit*“ und „Wertgesetz“ bleibt erst dem Kritiker Bamberg vorbehalten, während Tuchscheerer ihr eben nicht erlag.

Insgesamt kann dieses Buch als nützliche Ergänzung der Arbeit Wygodskis für alle die gelten, die sich detaillierter über die Stellung einzelner Schriften im Prozeß der theoretischen Entwicklung von Marx unterrichten wollen.

Ulrich Müller (Heidelberg)

Rolshausen, Claus (Hrsg.): Kapitalismus und Krise. Eine Kontroverse um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Europäische Verlagsanstalt/Europa Verlag, Frankfurt/M., Wien 1970 (117 S., kart., 9,— DM, Ln., 14,— DM).

Der Band umfaßt sieben Beiträge namhafter marxistischer und bürgerlicher Autoren der Gegenwart (M. Dobb, P. Mattick, R. L. Meek, J. Morris (2), A. Pesenti und Joan Robinson), die sich mit drei zusammenhängenden Themen auseinandersetzen: a) dem von Marx im 3. Band des „Kapital“ formulierten „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ (im folgenden „Gesetz“); b) der Problematik seiner Modifizierung und Operationalisierung für die Zwecke einer aktuellen Kapitalismusanalyse; c) der spezifischen Umformulierung und empirischen „Überprüfung“ durch J. Gillman. Ausgelöst wurde die Diskussion durch das Erscheinen der Gillmannschen Arbeit (dt.: Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt a. M. 1969), auf die alle Beiträge Bezug nehmen. Sie sind — bis auf den zweiten Aufsatz von Morris (1967) — sämtlich Ende der 1950er Jahre in der amerikanischen Vierteljahresschrift „*Science & Society*“ erschienen.

Außer J. Robinson gehen alle Autoren davon aus, daß das „Gesetz“ große Bedeutung innerhalb der Marxschen Theorie habe und in sei-

ner Aussagefähigkeit nicht etwa auf die Periode des Konkurrenzkapitalismus beschränkt sei, sondern wesentliche, auch den Spätkapitalismus beherrschende Gesetzmäßigkeiten zum Ausdruck bringe. Allerdings — auch darin sind sich die Autoren einig — haben sich durch die Entwicklung des Kapitalismus bis zur Gegenwart die Erscheinungsformen der Systemwidersprüche, damit auch des „Gesetzes“, gewandelt. Die restriktiven Bedingungen, unter denen das „Gesetz“ abgeleitet worden sei, müßten im Lichte neuer Erfahrungen reflektiert, präzisiert und u. U. revidiert werden. Dieser Ausgangssituation gegenüber verhalten sich die Autoren unterschiedlich.

ad a) *Mattick* und *Dobb* sind vor allem um eine „korrekte“ Rezeption der Marxschen Theorie bemüht. Sie betonen die methodische Differenz zwischen der auf einem hohen Abstraktionsniveau verharrenden Marxschen Analyse einerseits und empirischen Befunden andererseits. Auf diese Weise relativieren sie die Bedeutung statistischer Daten gegenüber den theoretischen Aussagen ganz allgemein und bestreiten die Relevanz der Gillmannschen Zahlen insbesondere. Diese Kritik bleibt aber selbst so abstrakt, daß sie keine Antwort auf die brennende Frage enthält, wie denn die Marxschen Kategorien zu operationalisieren sind.

Meek geht in dieser Hinsicht einen Schritt weiter, indem er die logische Struktur des „Gesetzes“ herausarbeitet, die Prämissen verdeutlicht und durch quantitative Behandlung der im „Gesetz“ postulierten Zusammenhänge dessen Präzisierung und Weiterentwicklung vorbereitet.

ad b) Im Gegensatz dazu geht es *Pesenti* und *Morris* weniger um die Marx-Rezeption (obwohl z. B. *Pesenti* im Zuge seiner Auseinandersetzung mit einigen häufig geäußerten Punkten der Kritik an der Marxschen Herleitung und Darstellung des „Gesetzes“ wertvolle Anleitung zum besseren Verständnis desselben bietet). Vielmehr fragen diese Autoren, welches die wesentlichen Merkmale des „Monopolkapitalismus in seiner imperialistischen Phase“ seien und wie diese die Erscheinungsform des „Gesetzes“ modifizieren.

Pesenti weist auf die Fähigkeit der monopolisierten Wirtschaftszweige hin, sich „gewaltsam“ große Teile des Mehrwerts der wirtschaftlich schwächeren Kapitalistengruppen („Sparer, Handwerker, Bauern“ usw.) anzueignen, dadurch für ihren Bereich die Profitrate zu stabilisieren (57 ff.).

Auch sei die wachsende ökonomische Bedeutung der staatlichen Aktivität (Wandel des Basis-Überbau-Verhältnisses) in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen (Steuerfinanzierung staatlicher Investitionen; Infrastrukturleistungen; Konjunkturförderung; Subventionspolitik; 59 ff.).

Das „Gesetz“ sei deshalb nur zu überprüfen, wenn nicht einzelne Wirtschaftsbereiche, sondern der wirtschaftliche Zusammenhang der Gesamtgesellschaft analysiert würde (61).

Morris versucht, das allgemeine „Gesetz“ dadurch zu konkretisieren und seine aktuelle Bedeutung zu erhellen, daß er das wachsende

Gewicht von „unproduktiver Arbeit“ (Arbeit, die Kapital konsumiert, ohne es zu reproduzieren; 83) und „unechtem Kapital“ (Staatsschuld und Konsumentenkredite; 90) im Akkumulationsprozeß und deren systematischen Zusammenhang mit Inflation (Substitut für die Reservearmee; 96) und Krieg (Ersatz für Depression; 91) darstellt. Seine These: „Alles in allem strebt der Monopolkapitalismus danach, das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate durch unproduktive Ausgaben, die Bildung von unechtem Kapital und Preisinflation aufzuheben“ (90).

Da diese Faktoren aber die Problematik der *Realisation* und *Akkumulation* von Mehrwert, nicht aber die seiner *Produktion* betreffen, übernimmt Morris den Gillmannschen Ansatz und unterliegt insofern der gleichen Kritik — so anregend im übrigen seine Ausführungen sind (vor allem seine Einschätzung der ökonomischen Entwicklung der USA in den 1960er Jahren vor dem Hintergrund des Vietnam-Krieges; 96—118).

ad c) Die Kritik an Gillman richtet sich in erster Linie gegen seine mechanistische Interpretation der Bedeutung des „Gesetzes“ (bzw. seiner Implikationen) sowie gegen seine Auffassung, beim Fall der Profitrate handle es sich um ein Problem der Realisation und Verwendung des Mehrwerts der Monopole.

„Dobb und Pesenti weisen darauf hin, daß aus der Gültigkeit oder Ungültigkeit des „Gesetzes“ keine Schlüsse bezüglich der Überlebenschancen des Kapitalismus gezogen werden dürfen. Die häufig aus dem „Gesetz“ abgeleitete „Zusammenbruchstheorie“ (etwa: Grossmann) sei in hohem Maße unmarxistisch:

„Angesichts der zentralen Bedeutung, die Marx dem Klassenkampf gab, wäre es erstaunlich, wenn der die Bewegung des Systems bestimmende Faktor die Art und Weise der Veränderung seiner Produktivkräfte sein sollte“ (39).

„Marx vermied es, Aussagen über die Zukunft des Kapitalismus auf dieses Gesetz zu gründen, obwohl es große Bedeutung für die Auslösung von Klassenkämpfen hat. Der Klassenkampf bezieht seine Substanz aus der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Gesetze, ohne damit in seinen Formen und Wirkungen determiniert zu sein“ (51).

Der zweite Kritikpunkt (der sich auch auf Morris bezieht) wird von Mattick aufgegriffen, indem er betont, daß das „Gesetz“ die durch die Mehrwertproduktion (unabhängig von den Realisierungsbedingungen) bestimmten Widersprüche des Akkumulationsprozesses zum Ausdruck bringt (23). Deshalb betreffen die Modifizierungsversuche von Morris (z. B.: „Von einem größeren Krieg zum nächsten oder einer größeren Depression zur nächsten fällt der Prozentsatz der produktiv arbeitenden Arbeitskraft tendenziell, während der Prozentsatz der Arbeitslosen oder unproduktiv Arbeitenden tendenziell steigt“; 95) nicht das „Gesetz“ im Marxschen Sinne. Vielmehr ergänzen sie es. Insofern bleiben die Beiträge von Pesenti und Morris mit ihrem empirischen Gehalt rein illustrativ. Die von Meek vorgebrachte Aufforderung an alle Marxisten, das „Gesetz“ (wie auch die sonstigen

entsprechenden Aussagen von Marx) zu konkretisieren und weiterzuentwickeln, behält ihre Dringlichkeit.

Angesichts der von mehreren Autoren eindrucksvoll herausgearbeiteten Bedeutung und Fruchtbarkeit des „Gesetzes“ (trotz der konstatierten mangelnden analytischen Schärfe, die es in der vorliegenden Formulierung und Begründung durch Marx hat) verdeutlicht die kurze Replik von *J. Robinson* einmal mehr die Oberflächlichkeit, mit der sie häufig zu Problemen der Marxschen Theorie Stellung nimmt. Sie schreibt, es stimme sie „sehr traurig, daß die kleine heroische Schar von Marxisten, die in den USA überlebt haben, sich in einem derart theologischen Stil damit befassen muß, für alte Formeln eine neue Bedeutung zu finden, statt sich den wirklichen Problemen zuzuwenden“ (44). Sollten die Probleme der Preisbildung bei unvollkommener Konkurrenz, der Kapitaltheorie, der Produktionsfunktion usw., denen *J. Robinson* den größten Teil ihrer Kraft und Zeit widmete, die von der Realität des Spätkapitalismus aufgedrängten „wichtigen“ sein? Vermutlich verwechselt *J. Robinson* den Problemhorizont der „scientific community“ von Cambridge mit dem einer an der Lösung praktischer Probleme interessierten Wissenschaft.

Reinhard Spree (Berlin)

Richta, Radovan (Hrsg.): Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse. Makol Verlag, Frankfurt am Main 1971 (427 S., br., 12,— DM).

Gegenstand des von einem interdisziplinären, tschechoslowakischen Autorenkollektiv im Auftrage des Philosophischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften 1965 begonnenen und 1968 in Prag veröffentlichten Buches ist die wissenschaftlich-technische Revolution (wiss.-techn. Rev.), deren Beginn in den entwickelten Industrieländern zwischen 1920 und 1960 angesetzt wird.

Die Industriephase, die die Entwicklung der Arbeits- und Bewegungsmaschine sowie die elektrische Kraftübertragung voraussetzt (29), wobei der Mensch nur Zubehör der Maschine ist (125), habe die ursprüngliche Einheit von Mensch und Natur zerstört, gleichzeitig jedoch die Möglichkeit eröffnet, den Kreislauf der einfachen Reproduktion zu erweitern. Die Industriearbeit beinhalte die einfache, zergliederte Lohnarbeit (123), die Trennung der Mittel von den Zielen sei Ausdruck der Entfremdung (124).

„Der Umschwung im geschichtlichen Prozeß der Weltveränderung und der Selbstgestaltung des Menschen ...“ (27), die wiss.-techn. Rev., knüpfte dort an, wo die analytische Zergliederung der Arbeit in ihre einfachsten Elemente aufhörte ...“ (31) und verlange nach „Universalität“ (147) und einer „kybernetischen Haltung“ (251) gesellschaftlicher Subjekte. Zwischen den Menschen und die Natur

schiebe sich der selbstregelnde Produktionsprozeß, der eine innere Dynamik enthält. Die Wissenschaft, das „akkumulierte Wissen der Gesellschaft“ (Marx), wird zur unmittelbaren Produktivkraft auf der Basis der gesamtgesellschaftlichen Kombination und stellt alle anderen Produktivkräfte in ihren Dienst (249), (während sie in der Industriephase nur zeitweilig dem Produktionsprozeß beigefügt wurde).

Im Gegensatz zu westlichen Veröffentlichungen zum Thema Automation (etwa Pollock, Diebold, Bright, Fourastier), die die Automatisierung vor allem unter ihrem technisch-ökonomischen Aspekt mit „Nebenwirkungen“ auf die gesellschaftlich-sozialen Bereiche untersuchen und ihre Durchsetzung im Korsett der kapitalistischen Industriegesellschaft für möglich halten, zeigt die vorliegende Studie, daß die wiss.-techn. Rev. und ihre volle Entfaltung auch einer neuen gesellschaftlichen Qualität, des Sozialismus und Kommunismus, bedarf: Ihrer Natur nach vermögen die kapitalistischen Monopole ebenso die gesellschaftlichen Potenzen zu nutzen wie die Produktivkräfte zu bremsen. So ist in den kapitalistischen Industrieländern die ökonomische Stagnation der Jahre 1903 bis 1913 insbesondere seit den 50er Jahren in ein beschleunigtes wirtschaftliches Wachstum übergegangen. Dies ist zurückzuführen auf die bei einem bestimmten Entwicklungsstand erforderliche Erweiterung der kaufkräftigen Nachfrage (72), das Eingreifen des monopolistischen Staates (84/6) und auf den wachsenden Druck der sozialistischen Welt (73).

Die „abstrakte Arbeit“, diese illusionslose Tätigkeit, des von seinem Arbeitsobjekt und sich selbst entfremdeten Menschen der Industriephase, die ihren Gegenpol in der illusionären Freizeitindustrie habe (199—205), könne nur durch äußere Stimuli erbracht werden. Um die wiss.-techn. Rev. nicht nur in Gang zu setzen, sondern sie auch zu realisieren, müsse das Individual- mit dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse zusammenfallen. Die grundlegende Voraussetzung für die Beseitigung des antagonistischen Widerspruches im Kapitalismus, von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, kann unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht geleistet werden. Der entwickelte Kapitalismus erhöhte in den letzten Jahrzehnten den Lebensstandard der Massen; dennoch ist er nicht in der Lage, eine Erhöhung des Lebensniveaus zu vollziehen: die rationalisierte Produktion finde lediglich ihr Spiegelbild im irrationalen Konsum. Im Kreis „... von Arbeit und Leben kann der Mensch nur zum Preis der Opferung seiner eigenen Entfaltung zu einem Mittel der Entfaltung anderer werden und umgekehrt“ (189).

Die entwickelten sozialistischen Länder, deren materielle Produktion sich aus dem ererbten Industriesystem herausgebildet hat und deren Schwelle der reproduktiven Bedürfnisse erst bei einer 3,5maligen Erhöhung des Realeinkommens erreicht sei (194), haben potentiell die Möglichkeit, den für die Realisierung der wiss.-techn. Rev. erforderlichen schöpferischen Menschen hervorzubringen und somit die Chance, den Kapitalismus auch wirtschaftlich zu überholen (185/6).

Schon zu Beginn der wiss.-techn. Rev. zeigen sich Wandlungen im Bereich der Arbeit (122 f), der Qualifikationsstruktur (137 f), der Bildungserfordernisse (137 f) etc. Um die sich mit der wiss.-techn. Rev., die zu einer permanenten interdependenten Veränderung der Gesamtgesellschaft werden wird, ergebenden Probleme lösen zu können, müssen alle gesellschaftlichen Kräfte aktiviert werden. Der Versuch der Motivierung der Belegschaften durch nachträgliche Beteiligung am Kapitalprofit zeige ebenso wie die einsame Managerleitung und -entscheidung die Ineffizienz von Unternehmen mit hohem Automatisierungsgrad und deute darauf hin, daß das kapitalistische System seinen Plafond erreicht hat (238/9).

An der mangelnden Mitentscheidung und -verantwortung sowie der fehlenden Möglichkeiten der Selbstrealisierung des Menschen in den industrialisierten sozialistischen Ländern setzt auch die Kritik der Autoren am Sozialismus an, ohne daß dem Leser verdeutlicht wird, wie die „Zivilisationsregulatoren“, die „schöpferische Selbstregulierung“ (276) der sozialistischen Gesellschaft beim derzeitig erreichten Stand der Produktivkräfte sowie auch des Bewußtseins bewerkstelligt werden soll: Zwar habe der XX. Parteitag der KPdSU dem Sozialismus aus der „Sackgasse des Personenkultes“ (102) verholpen und auf die Bedeutung der wiss.-techn. Rev. gewiesen. Wenn jedoch der Sozialismus auf der Basis des industriellen Produktionssystems aufgebaut werde und er die aktive Beteiligung der Menschen an den gesellschaftlichen Entscheidungen nicht in umfassender Weise erweitere, wie es die „neuen Systeme“ der Planung und Leitung zwar vorsehen, würde die sozialistische Revolution an Anziehungskraft in den spätkapitalistischen Ländern verlieren (239/40). Das „administrativ-direktive Leitungssystem führte jedoch zur Vergeudung menschlicher Potenzen und zur Einengung des aktiven Schaffens menschlicher Fähigkeiten“ (114), was sich in der Stagnation der gesellschaftlichen Aktivität in der CSSR zeige (115), wo der demokratische Zentralismus durch bürokratische Beschränkungen ersetzt worden sei (119). Solange die „subjektiven Elemente des Gesellschaftslebens“ (294) nicht im erforderlichen Maße hervortreten, müssen „Avantgarde-Kräfte ... in Gestalt einer Partei neuen Typs, der kommunistischen Partei ...“ organisiert werden (294/5). Diese neue, kommunistische Partei könne die durch die wiss.-techn. Rev. gestellten Aufgaben nur meistern, „... wenn sie den engen Horizont der traditionellen, mit administrativen Mitteln verknüpften machtpolitischen Leitung sprengt und höherstehende, wirksamere Formen einer gesamtgesellschaftlichen („gesellschaftspolitischen“) Leitung entwickelt ...“ (95). Bei der undifferenzierten Betrachtung der Verhältnisse im Sozialismus erscheint es fragwürdig, ob das an Druckfehlern und Übersetzungsungenauigkeiten reiche Buch, wenn es vom „sozialistischen Unternehmungsgeist“ (316) redet, den es zu entfalten gelte, nicht den sozialistischen Unternehmergeist meint.

Dennoch darf das Buch bei der Analyse der sozio-ökonomischen Relevanz der wiss.-techn. Rev. für Sozialismus und Kapitalismus nicht ungenannt bleiben.
Peter Dieck (Berlin)

Steinmann, Matthias F.: Massenmedien und Werbung.
Verlag Rombach, Freiburg i. Br. 1971 (454 S., Ln., 52,— DM).

Als Band 14 der „Beiträge zur Wirtschaftspolitik“ (hrsg. v. E. Tuchtfeldt) legt Steinmann seine in einen theoretischen und einen empirischen Teil untergliederte Darstellung der „volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Massenmedien und Werbung“ (27) vor. Auch wenn nur der theoretische bzw., treffender, systematische Teil — bestehend aus den Abschnitten „Die Mediaselektion“ (33 ff.) und „Die Märkte der Massenmedien in systematischer Betrachtung“ (159 ff.) — bundesrepublikanische Beispiele explizit heranzieht, wenn sich der empirische Abschnitt „Die Märkte der Massenmedien in empirischer Betrachtung“ (273 ff.) lediglich auf zwei 1969 in der schweizerischen Werbewirtschaft durchgeführte Erhebungen stützt (zu den Fragebögen s. 401 ff., 409 ff.), so stößt doch Steinmanns Analyse auf großes Interesse; denn die Themenstellung verspricht, daß ein vor allem auch herrschaftssoziologisch relevanter und zentraler Aspekt des Phänomens Massenkommunikation zur Darstellung gebracht wird. Zudem ist dieser gesamtgesellschaftlich bedeutsame Aspekt bislang von der Medien- und Kommunikationsforschung vor allem der BRD recht sträflich vernachlässigt worden.

Bereits ein Blick auf die Bibliographie weist jedoch auf die positivistisch-unkritische und affirmativ-volkswirtschaftlich beschränkte Darstellungsperspektive Steinmanns hin. Das umfangreiche Literaturverzeichnis (423—446) enthält bezeichnende Lücken, indem z. B. Baran/Sweezys „Monopolkapital“ (dt. 1967), Barans „Thesen zur Werbung“ (dt. 1968 in: „Zur politischen Ökonomie der geplanten Wirtschaft“), Holzers „Massenkommunikation und Demokratie in der BRD“ (1969) und Zoll/Hennigs „Massenkommunikation und Meinungsbildung“ (1970) sowie Arbeiten zur Wirkungsforschung nicht angeführt werden. Daß dies kein bloßes Versäumnis ist — gerechtfertigt dadurch, daß etwa Hansen und Parsons 1968 in ihrer Bibliographie „Mass Communication“ die Zahl der Veröffentlichungen seit 1945 mit rund 10 000 angeben —, zeigt bereits die Einleitung (11 ff.) mit ihrer Behandlung der „Doppelfunktion der Massenmedien“ (13 ff.).

Den zentralen Begriff der „Doppelfunktion“ vermag Steinmann nur formal-verbaldefinitiv vorzustellen, nicht aber realanalytisch zu entfalten. Die Medienfunktionen-Übermittlung von Informationen und von Werbeimpulsen werden, ebenso wie Gebühren- und Werbeeinnahmen (21 f.), lediglich mechanisch gegenübergestellt, ihre gegenseitige Vermitteltheit — und damit die gesamtgesellschaftliche Funktion von Massenkommunikation — bleibt ausgespart. An die seit den Dreißiger Jahren bekannte Erfahrung: „Für die täglich zu erobern-

den und täglich zu behauptenden Machtpositionen handelt es sich vor allem um bestimmte technische Mittel der Meinungsäußerung und Meinungsbildung eines Volkes, mit deren Hilfe sich die ... tägliche Meinung des Volkes bildet ...“ (C. Schmitt, 1933), d. h. an die umfassende, wenn auch nicht direkte Sozialisationsfunktion der Medien knüpft Steinmann nicht an.

Daß Steinmann die gesamtgesellschaftliche, systemstabilisierende Funktion unberücksichtigt läßt, korreliert mit seiner Feststellung: „Für die Massenmedien ist die Werbung Sekundärfunktion. Sie wird von der Hauptfunktion, der publizistischen Kommunikation, nur mitgetragen“ (232); vor allem korreliert diese Feststellung mit Steinmanns Begriff von Werbung in einem „primär individualistische(n) Wirtschaftssystem, das heißt (in der) Marktwirtschaft moderner westlicher Ausprägung“ (218). Werbung wird zwar als „ein wesentliches Kennzeichen des Wirtschaftssystems“ (219) erwähnt, nicht aber begriffen. Denn der Autor definiert noch weit unter dem Niveau jener populärwissenschaftlichen Aussage über die „geheimen Verführer“ —: „Unter Werbung verstehen wir den planmäßigen und entgeltlichen (tarifierten) Einsatz von Kommunikationsmitteln, insbesondere von Massenmedien, mit den Gruppen von Menschen im Sinne gewisser absatzpolitischer Ziele (Marketing — beziehungsweise Werbeziele) ohne Zwang beeinflußt werden sollen“ (21). Die Rede vom fehlenden Zwang wird an anderen Stellen (z. B. 220 f.) illustriert, wobei sich zeigt, daß Steinmann, ähnlich Axel Springer, von einem plebiscite de tous les jours redet, weil er die Einsicht negiert, daß Massenmedien auf Bezugssysteme rekurren, die sie wenigstens mitgeschaffen haben. Dabei beweist Steinmann zusätzlich seinen als Arbeitsteilung rationalisierten, thematisch aber überhaupt nicht legitimierbaren Positivismus, der den Themenaspekt Massenkommunikation und Werbung zwanghaft aus seinem gesellschaftlichen Bezug herausreißt: „Die Ursache der Nachfrage nach Massenmedien liegt ... in den Vorstellungen und Motivationen des Menschen, welche sich in verschiedenen Bedürfnissen, wie Information, Bildungsbedürfnis, Unterhaltungsbedürfnis und anderes mehr manifestieren. Die Begründung dieser Bedürfnisse soll nicht Gegenstand dieser Arbeit sein, denn allein die Darstellung der Erscheinung dieser Nachfrage und der publizistischen Seite der Medien nimmt genügend Raum ein“ (197).

Eike Hennig (Frankfurt/M.)

Männer, Leonard: Grenzen des Lohnanteils am Sozialprodukt einer optimal wachsenden Wirtschaft. Göttinger Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Studien, Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen 1969 (XII, 230 S., kart., 37,— DM).

Diese Arbeit ist den Versuchen zuzurechnen, die die Einkommensverteilung aus dem Kreislaufzusammenhang erklären. Männer versucht in seiner Arbeit, die Kaldorschen Ansätze zu einer Verteilungstheorie mit denen der neoklassischen Theorie (Optimalzustände) zu

verbinden. Dabei geht er vom klassischen Grundgedanken aus, die Arbeit sei der einzig wertbildende Faktor (19, 69, 221). Müllers Untersuchung stützt sich auf den Gedanken der Unbestimmtheitsbereiche, der u. a. von Clark, Rittig und Krelle entwickelt worden ist, wonach die „kapitalistische Wirtschaft . . . innerhalb gewisser Grenzen bei verschiedener Einkommensverteilung gleich gut funktioniert“ (16). Interessant vom Standpunkt der bürgerlichen Verteilungstheorie sind darüber hinaus die Einführung einer technischen Fortschrittsfunktion (25 f.) und die explizite Einführung der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Maximierung des Lohnanteils am Sozialprodukt unter den Bedingungen eines gleichmäßigen optimalen Wachstums bei Vollbeschäftigung und Preisstabilität (17 ff.). Müllers Auffassung, daß die „Konstanz“ der Lohnquote am Sozialprodukt dadurch zu erklären ist, daß bei gegebener Profitrate die stattfindende Kapitalakkumulation dem technischen Fortschritt zuzurechnen ist (144 ff., 222), stellt einen neuen Aspekt in den Vordergrund. Hervorzuheben sind auch die sehr einleuchtende Analyse des Aggregationsproblems (156 ff.) sowie der Widersprüche zwischen Mikro- und Makrotheorie (152 ff.) und in diesem Zusammenhang Müllers Versuch zur Überbrückung dieser Widersprüche.

Müller postuliert, daß eine optimale Einkommensverteilung dann gegeben ist, wenn der Lohnanteil am Sozialprodukt maximiert und der Profitanteil minimiert wird (222 f.). Die Profitrate hänge vom technischen Fortschritt ab (146). Technischer Fortschritt und Kapitalakkumulation bedingen einander, denn ersterer „ist nur mit Hilfe der Bruttoinvestitionen durchzuführen“ (193). Beim optimalen Zustand, bei dem es eine Wachstumsrate gibt, die „bei Konstanz der Relationen und Zuwächse der angeführten makroökonomischen Größen sich reproduziert, wenn sie eine genügende Anzahl von Wirtschaftsperioden existiert hat“ (191), werden die optimale Profit- und damit auch die optimale Lohnquote dadurch bestimmt, daß die Profitrate gleich der Wachstumsrate ist, wobei letztere der technischen Fortschrittsrate im optimalen Wachstum gleicht (218).

Aufgrund eigener Berechnungen kommt Müller zu dem Ergebnis, daß der Anteil der Profite am Sozialprodukt gegenwärtig mindestens 20 % ausmacht und daß er „durch verstärkte Ausstattung der Arbeitsplätze mit Produktionsmitteln und durch verstärkten Wettbewerb mindestens um die Hälfte reduziert werden“ könnte. Nach Müllers Modell wäre nun die optimale Profitquote am Nettosozialprodukt 8 % und demzufolge wäre eine expansive Lohnpolitik in Richtung einer Steigerung des Anteils des Arbeitseinkommens am Sozialprodukt um noch 12 % gerechtfertigt (219).

Um zu beweisen, daß dies auf wackelnden Füßen steht, sollte man eigentlich dem Modell von Müller im einzelnen nachgehen und seine schwachen Punkte festlegen. Das kann in diesem Rahmen nicht geschehen, zumal die Leser mit Formeln konfrontiert werden müßten, für deren Analyse Müller volle 224 Seiten in Anspruch nimmt. Es soll jedoch auf die Restriktion des Modells (z. B. Begrenzung auf den „kapitalistischen“ Sektor (34), geschlossene Verkehrswirtschaft ohne

staatliche Aktivität (38), konstantes Arbeitsangebot (17), konstanter Kapitalkoeffizient (19) usw.) wie auch auf den „rein ökonomischen“ Standpunkt (222) hingewiesen werden. Die Männersche Welt ist eine „asoziale“ Welt, in der nur ökonomische, sozusagen neutrale Mechanismen gelten. Nach dem Beitrag Preisers zur Verteilungstheorie mit seinen Machtkomponenten, von der umfangreichen Arbeit von Marchal und Lecaillon in Frankreich zu schweigen, müssen solche abstrakten Beiträge als Rückschritt in einen hilflosen Ökonomismus betrachtet werden.

Männer geht implizit von der Annahme aus, daß eine Erhöhung der Lohnquote am Sozialprodukt auch eine gleichmäßigere Einkommensverteilung bedeute (88, Fußnote 30). Abgesehen davon, daß dies an sich heftig bezweifelt werden kann, verkennt Männer, daß das Privateigentum an Produktionsmittel und der daraus resultierende ökonomische Mechanismus die Mißstände in der Einkommensverteilung verursachen. Männer sieht zwar ein, daß die Profitrate eine Maximierung des Nettoprodukts, bei der die Profitrate gleich Null wäre, verhindert und damit „ein Maß für den Abstand der tatsächlichen Allokation der Arbeit von der optimalen Allokation“ (143) darstellt, zieht aber nicht die nötigen Konsequenzen daraus. Er verkennt, daß die vorhandene „Ungleichheit“ bei der Einkommensverteilung und die Niedrighaltung der Löhne dem kapitalistischen System immanent, sogar unabdingbare Voraussetzung seiner Funktionsfähigkeit sind. Wie hilflos die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft gerade auf dem Gebiet der Verteilungstheorie ist, erkennt man daran, daß es mehr als vierzig Verteilungstheorien gibt. Männers Versuch ist zwar interessant wegen seiner neuen Ansätze, trotzdem in seiner wirtschaftspolitischen Perspektive sehr begrenzt. Der Kampf der Lohnabhängigen um eine „bessere“ Einkommensverteilung ist langfristig aussichtslos. Diese Erkenntnis führt zwangsläufig zu der Einsicht, daß eine gerechte Einkommensverteilung nur außerhalb des Systems denkbar ist. Zielkonform ist folglich nur die Einbeziehung des Lohnkampfes in einen Kampf zur Aufhebung des Systems.

Marios Nikolinakos (Berlin)

III

Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus (<i>Albrecht</i>)	693
<i>Fleischer, Helmut</i> : Marxismus und Geschichte (<i>Frei</i>)	696
<i>Gallas, Helga</i> : Marxistische Literaturtheorie. Kontroversen im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (<i>Fülberth</i>)	698
<i>Holz, Hans Heinz</i> : Widerspruch in China (<i>Frei</i>)	701
<i>Bauer, Wolfgang</i> : China und die Hoffnung auf Glück (<i>Frei</i>)	703

Soziologie

<i>Ritsert, Jürgen, und Egon Becker</i> : Grundzüge sozialwissen- schaftlicher Argumentation (<i>K. E. Lohmann</i>)	705
<i>Vorweg, Gisela</i> : Führungsfunktion in sozialpsychologischer Sicht (<i>F. Haug</i>)	626
<i>Greer, Rebecca</i> : Die erfolgreiche Frau in Gesellschaft, Liebe und Beruf (<i>Menschik</i>)	708
<i>Fülles, Mechthild</i> : Frauen in Partei und Parlament (<i>Ständer</i>)	710
<i>Böhme, Wolfgang (Hrsg.)</i> : Nach der Emanzipation (<i>P. Blanke</i>)	712
<i>Dahrendorf, Malte</i> : Das Mädchenbuch und seine Leserin (<i>Veit</i>)	713
<i>Langer-El Sayed, Ingrid</i> : Frau und Illustrierte im Kapitalismus (<i>Freundlich</i>)	715

Psychologie

<i>Otto, Karlheinz</i> : Disziplin bei Jungen und Mädchen (<i>Schütte</i>)	717
<i>Heinsohn, Gunnar</i> : Vorschulerziehung heute? (<i>H. Gottschalch</i>)	719
<i>Yankowski, John S.</i> : Sex vor der Ehe (<i>Wulff</i>)	724
<i>Ruben, William</i> : Sexualverbrecher (<i>Ziob</i>)	726

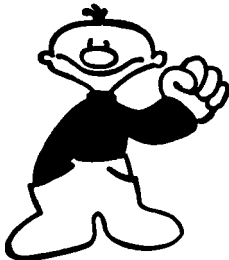
Soziale Bewegung und Politik

<i>Hodgskin, Thomas</i> : Labour Defended against the Claims of Capital (<i>M. Hahn</i>)	638
<i>Weitling, Wilhelm</i> : Das Evangelium des armen Sünders (<i>M. Hahn</i>)	638
<i>Harris, David</i> : Socialist Origins in the United States (<i>M. Hahn</i>)	638
<i>Kool, Frits, und Werner Krause (Hrsg.)</i> : Die frühen Sozialisten (<i>M. Hahn</i>)	638
<i>Vester, Michael</i> : Die Frühsozialisten 1789—1848 (<i>M. Hahn</i>)	638
<i>Fehlbaum, Rolf Peter</i> : Saint-Simon und die Saint-Simonisten (<i>M. Hahn</i>)	638
<i>Wernecke, Klaus</i> : Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Welt- krieges (<i>Steinbach</i>)	727

<i>Koszyk, Kurt: Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg (Steinbach)</i>	729
<i>Fulbright, J. William: Das Pentagon informiert (Wiggershaus)</i>	731
<i>Spoo, Eckart (Hrsg.): Die Tabus der bundesdeutschen Presse (Hennig)</i>	733
<i>Arens, Karlpeter: Manipulation (Hirschfeld)</i>	734
<i>Kaul, F. K.: Dr. Sawade macht Karriere (Jansen)</i>	736

Ökonomie

<i>Sieber, Rolf, und Horst Richter: Die Herausbildung der marxistischen politischen Ökonomie (U. Müller)</i>	737
<i>Tuchscheerer, Walter: Bevor „Das Kapital“ entstand (U. Müller)</i>	737
<i>Rolshausen, Claus (Hrsg.): Kapitalismus und Krise (Spree)</i> . .	741
<i>Richta, Radovan: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts (Dieck)</i>	744
<i>Steinmann, Matthias F.: Massenmedien und Werbung (Hennig)</i>	747
<i>Männer, Leonard: Grenzen des Lohnanteils am Sozialprodukt einer optimal wachsenden Wirtschaft (Nikolinakos)</i>	748



...hören Sie mal rot! „pläne“

ERNST BUSCH 3

„Erich Kästner“
Busch singt und spricht
Texte von Kästner,
Kästner liest Kästner
30-cm-LP, stereo,
Best. Nr. 77 103, DM 22,-

LIFE STORY

die Machtwächter, Köln,
das erfolgreichste Programm
nunmehr auf einer LP,
30-cm-LP, stereo,
Best. Nr. 99 102, DM 22,-

DE UNA VEZ

Lieder der dritten Welt
für eine einzige Welt
von Ali Primera
30-cm-LP, stereo, mit Text
Best. Nr. 88 106, DM 22,-

CHILE

Quilapayun
Lieder aus Chile mit der
bekanntesten chilenischen Gruppe
30-cm-LP, stereo, mit Text
Best. Nr. 88 105, DM 22,-

DIETER SÜVERKRÜP

die bissigsten Chansons,
Hits und Oratorien von Süverkrüp
auf einer Billigplatte
30-cm-LP, stereo, Sampler
Best. Nr. 0200, DM 15,-



Gesamtverzeichnis anfordern beim
Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62
Telefon 12 50 93